

1

Gesandter Bauch, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 10****Cito****Aufgabe: 3. Januar 1989, 11.30 Uhr¹****Ankunft: 3. Januar 1989, 12.46 Uhr**

Betr.: Innere Lage Polens;

hier: Resümee zum Jahreswechsel (auch für Treffen BM–AM Olechowski am 9.1.1989 in Paris²)

Zur Unterrichtung

1) Das Jahr 1988 hat die Herrschaft der kommunistischen PVAP weiter geschwächt. Die Führung des Landes setzt ihren Machtanspruch in verschiedenen Bereichen (z. B. Ideologie, Medien, Erziehung, Wirtschaft) nur noch teilweise durch. Entstehende Freiräume weisen aufgrund ihres Regelungsdefizits ein hohes Maß an Instabilität auf (z. B. faktische Existenz unabhängiger Arbeitnehmervertretungen in zahlreichen Betrieben; Entstehung sozialer Ungerechtigkeiten).

2) Der innere Zustand der Partei (2 Mio. Mitglieder, davon nur ca. ein Fünftel aktive oder pensionierte Arbeitnehmer) ist weitgehend desolat. Er ist gekennzeichnet durch Resignation, Unmut über Kurswechsel und Einflußverlust, Überalterung, strukturelle Probleme, Ideologiedefizit. Ansätze zu einer Parteireform stoßen auf Widerstand des primär auf Machterhalt bedachten Apparates.

3) Auslöser der beiden Streikwellen des Jahres 1988 (April/Mai, August) waren die Effekte einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Die bald dominierenden politischen Forderungen bewiesen jedoch, daß das System insgesamt in Frage gestellt war. Auch wenn nicht die gesamte Bevölkerung die Streiks getragen haben mag, so stand doch auch praktisch niemand auf seiten der herrschenden Gruppe.

4) Die wichtigste Forderung der Streikenden galt der Wiederzulassung von „Solidarität“. „Solidarität“ ist dabei vor allem auch Synonym für eine – häufig sehr allgemeine – Idee, sie verbindet sich nicht unbedingt mit bestimmten organisatorischen Vorstellungen. Die Frage, wie stark die (Organisation) „Solidarität“ noch sei, ist daher angesichts der Lebendigkeit und möglichen Stoßkraft der Idee und Bewegung eher zweitrangig.

¹ Das Fernschreiben wurde von Legationsrat Freiherr von Fritsch, Warschau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 3. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Almer „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „RL hat Durchdruck.“

Hat Almer am 3. Januar 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olechowski trafen am Rande der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen zusammen. Themen des ersten Gesprächsteils waren die bilateralen Beziehungen, auch auf kulturellem Gebiet, die Entwicklung in Polen sowie Umschuldungs- und Kreditfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14162 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

Während eines zweiten Gesprächs anlässlich eines Mittagessens erörterten Genscher und Olechowski die Beziehungen Polens zu den Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung in Polen sowie die steigende Zahl polnischer Asylbewerber in der Bundesrepublik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

5) Die Opposition ist in ihren Forderungen von einem hohen Maß an Einigkeit geprägt. Integrierendes Moment ist der Kampf für eine unabhängige Gewerkschaft, integrierende Persönlichkeit Lech Wałęsa. Mit großem politischen Geschick und gegen manche Schwierigkeiten behauptete er sich als die schließlich auch von den Machthabern wieder akzeptierte Führungspersönlichkeit der Opposition.

6) Eine entscheidende Schwäche der Opposition liegt in den sehr begrenzten ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Eine gemäßigte, auf harte Konfrontation möglichst verzichtende Politik ist gerade deshalb schwer durchzusetzen. Hier liegt die potentielle Gefährdung der Position Wałęsas.

7) Angesichts der Schwäche der polnischen Führung wie der Opposition erwies sich die römisch-katholische Kirche erneut als entscheidend stabilisierender Faktor des Landes. Entsprechend gilt jedoch auch, daß die Schwäche der politischen Kontrahenten Bedingung der starken Position der Kirche ist. Weit mehr denn als religiös-moralische Instanz wird sie als Institution nationaler Identität und Kontinuität akzeptiert. Ernstzunehmende Kritik an der als zu kompromißorientiert angesehenen Politik der derzeitigen Kirchenführung legt jedoch die Annahme nahe, daß kirchlichen Moderationsversuchen künftig nicht immer der gleiche Erfolg beschieden sein dürfte wie in der Vergangenheit. In einer ausgeprägt an Persönlichkeiten orientierten Politik erweist es sich überdies als Defizit, daß der gegenwärtige Primas³ nicht in gleichem Maße über persönliche Autorität und Charisma verfügt wie sein Vorgänger Wyszyński.

8) Bis in den frühen Herbst hinein reagierte die Führung fast ausschließlich defensiv auf die bedrohliche Entwicklung im Lande. Um eine weitere Zuspitzung zu vermeiden, zeigte sie sich schließlich bereit, substantiell auf die Forderungen der Opposition einzugehen (Verhandlungen Wałęsa–Kiszcza⁴, Idee des „Runden Tisches“⁵).

9) Mit der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch M. Rakowski (27.9.) begann sich erstmals wieder eine offensive Strategie der Führung abzuzeichnen. Durch Modernisierung, Effizienzsteigerung und partielle Flexibilisierung der Machtausübung soll sie die führende Rolle der Partei und den sozialistischen Charakter des Systems auch zukünftig sichern. Die traditionelle Nomenklatur soll um die Gruppe aufstrebender Privatunternehmer erweitert werden (Beispiel: Industrieminister Wilczek). Zugeständnisse an die Opposition i.S. einer Machtbeteiligung sind eher Ultima ratio einer auf Beruhigung und Verbesserung der Situation durch weitgehende ökonomische Reformen und atmosphärische Konzessionen zielenden Politik.

10) Vertreter der neuen Linie sind neben Rakowski eine Gruppe jüngerer, pragmatisch orientierter Politiker mit praktischer Verwaltungs- und Wirtschaftserfahrung.

Opposition gegen den neuen Kurs dürfte vor allem bei den Funktionären des Parteiapparates vorhanden sein, die ihre traditionelle Machtposition gefährdet

³ Józef Glemp.

⁴ Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, und der polnische Innenminister Kiszcza trafen am 31. August 1988 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 249.

⁵ Die Verhandlungen am „Runden Tisch“ begannen am 6. Februar 1989 in Warschau. Vgl. dazu Dok. 42.

sehen. Auch der lediglich aus der Führung, nicht aus Apparat und Basis verdrängte „Partei-Beton“ wird Veränderungen Widerstand entgegensetzen.

Andere Mitglieder der Führung dürften jederzeit bereit sein, einen strauchelnden Rakowski zu endgültigem Fall zu bringen. Als problematisch gilt sein Verhältnis zum Wirtschaftsexperten Baka, zum zeitweilig ausgespielten Innenminister Kiszcak und zum auf eigenen Erfolg bedachten Ideologie-Chef Orzechowski.

Eher blaß wirkt inzwischen die Rolle Jaruzelskis, der gelegentlich amtsmüde wirkt und auch nach außen hin nicht als bestimmende Kraft der neuen Entwicklung erscheint. Ernstzunehmende Bestrebungen, ihn abzulösen, dürfte es jedoch derzeit nicht geben.

11) Die Erfolgsaussichten der neuen Konzeption müssen eher skeptisch beurteilt werden. Die verbleibenden Hindernisse allein im wirtschaftlichen Bereich sind enorm. In weiten Teilen der Gesellschaft dominiert jenseits der Organisation des privaten Bereichs unverändert eine Haltung weitgehender Passivität. In der jüngeren Generation zeigen sich vor allem zwei Tendenzen: Bereitschaft zur Radikalisierung der Auseinandersetzung bzw. Nachlassen traditionellen Patriotismus' (ökonomisch motivierte Absetzbewegung ins Ausland).

12) Eine in dieser Kraßheit neue Erscheinung könnte in den kommenden Monaten zum Auslöser neuer Konflikte werden: Die Entstehung einer mit allen Attributen sozialer Gegensätze verbundenen Zwei-Klassen-Gesellschaft von Devisenbesitzern einerseits und zum Leben mit dem Złoty Verurteilten andererseits. Die von der Regierung Rakowski mehr oder minder ausgegebene Parole „enrichissez-vous, (Genossen)“, zeitigt einen Ellenbogen-Kapitalismus, in dem der Dollar sich machtvoll durchsetzt und dem hinlängliche soziale Sicherungen fehlen. Beschleunigt sich diese Entwicklung weiter, so wird sich der Unmut einer traditionell egalitär gestimmten Gesellschaft ein Ventil suchen.

[gez.] Bauch

Referat 214, Bd. 139853

2

Botschafter Hellner, Tripolis, an das Auswärtige Amt**114-10031/89 VS-vertraulich****Aufgabe: 4. Januar 1989, 16.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 7****Ankunft: 4. Januar 1989, 17.23 Uhr****Citissime nachts**Betr.: Angebliche C-Waffen-Produktion in Rabta²Bezug: DB Nr. 5 vom 3.1.89 – Pol 363.00 VS-Tgb. 2/89³DB Nr. 717 vom 15.11.88 – Pol 363.00 LIY⁴Telefonat Dg31⁵/Hellner vom 4.1.89

1) Stellvertretender LIY Außenminister Muftah al-Mahdi bestellte mich heute nach Bezugstelefonat ins libysche Außenministerium ein. Meinem weisungsgemäßen Treffen mit Revolutionsführer Gaddafi vom Vortage (s. Bezugs-DB Nr. 5) aufgrund teilte er mir folgendes mit:

Revolutionsführer Gaddafi bedanke sich mit Nachdruck für das Interesse der Bundesregierung an einer positiven Regelung der erörterten Frage. Auch das mit persönlicher Einsatzbereitschaft unterlagerte dienstliche Interesse des Botschafters wisse er sehr zu schätzen und hoffe, im Kontakt zu bleiben. Zur Sache selbst führte Mahdi folgendes aus:

1.1) Libyen habe alle chemische Waffen und Kampfstoffe betreffenden internationalen Abkommen wie viele andere Staaten unterzeichnet und halte sie auch strikt ein. Dies habe seine Regierung in den letzten Wochen immer und immer wieder betont (s. a. DB 717).

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 5. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Kastrup verfügte.

Hat Kastrup am 5. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bazing und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vollers verfügte.

Hat Bazing am 5. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Vollers am 5. Januar 1989 vorgelegen.

² Im November 1988 wurde die Bundesregierung durch die amerikanische Regierung darüber informiert, daß nach Geheimdiensterkenntnissen in der Nähe der libyschen Stadt Rabta mit Hilfe von Firmen aus der Bundesrepublik eine Fabrik zur Herstellung chemischer Waffen errichtet würde. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 373.

³ Botschafter Hellner, Tripolis, berichtete, er habe mit Oberst Gaddafi über die Entsendung einer Expertengruppe zur Inspektion der Chemieanlage in Rabta gesprochen. Dieser habe geäußert, „ein solches Unterfangen sollte zwischen befreundeten Ländern wie den unsrigen in irgendeiner Form realisierbar sein, und er würde sich sofort mit den entsprechenden Stellen der hiesigen Regierung in Verbindung setzen und mir eine Antwort baldmöglichst zukommen lassen. Im Laufe des Gesprächs stellte Gaddafi die rhetorische Frage, ob derartige Inspektionen nicht auch in entsprechenden (evtl. von Libyen zu benennenden?) Werken Israels möglich wären.“ Vgl. VS-Bd. 14548 (424); B 150, Aktenkopien 1989.

⁴ Botschafter Hellner, Tripolis, teilte mit, der stellvertretende libysche Außenminister al-Mahdi habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über ein Schreiben des libyschen Außenministers al-Talhi an VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar informiert. Darin weise die libysche Regierung alle Anschuldigungen hinsichtlich der amerikanischen Vorwürfe, Libyen produziere chemische Waffen, zurück. Libyen sei Vertragspartner des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 und erneuere „seine Verpflichtung zur Erfüllung aller einschlägigen internationalen Vereinbarungen und Beschlüsse“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁵ Heinz Fiedler.

1.2) Libyen stimmt uneingeschränkt allen internationalen Mechanismen zu, die alle Staaten gleichermaßen entsprechenden Kontrollen auch für die Produktion von C-Waffen unterwerfen. Libyen wende sich allerdings dagegen, daß es als einziges Land auf diskriminierende Weise solchen Kontrollen unterzogen werden soll. Sein Land sei bereit, jedem diesbezüglichen Abkommen unverzüglich beizutreten. So sei auch Libyens Interesse zu verstehen, an der C-Waffen betreffenden Konferenz in Paris (7.–11.1.89)⁶ auf Ministerebene teilzunehmen.

1.3) Libyen werde, wie ebenfalls in der Vergangenheit auf verschiedenster Ebene mehrfach angekündigt, zur Einweihung des pharmazeutischen Werkes die in Libyen akkreditierten Botschafter, Journalisten und Sachverständigen, die es wünschten, einladen.

1.4) Die libysche Regierung möchte darauf hinweisen, daß die Unbedenklichkeit der Produktion in Rabta sich eigentlich auch schon daraus ergeben sollte, daß Tausende von Menschen im unmittelbaren Umkreis oder auf dem Gelände dieses Werkes wohnen.

Anmerkung: Gegenwärtig befinden sich etwa tausend bis tausendfünfhundert Demonstranten auf dem Gelände, die auch dort bleiben wollen.

Auch müsse sie darauf hinweisen, daß durch einen Angriff auf dieses Werk durch die Vernichtung der dort selbstverständlich für die Produktion von Medikamenten lagernden chemischen Grundstoffe Tausende von Menschen innerhalb und außerhalb Libyens in unverantwortlicher Weise in Gefahr gebracht würden.

2) Im Anschluß an diese offizielle Erklärung entspann sich ein längeres Gespräch mit al-Mahdi, der noch einmal betonte, daß diese Frage „unter Freunden“, und zu diesen zähle er aufgrund der jüngsten Erfahrungen und Kontakte mit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland auch die Deutschen, in jeder Hinsicht erörtert und beleuchtet werden könne. Wir müßten jedoch auch verstehen, daß Libyen sich keinem aus seiner Sicht unberechtigten Druck beugen könne, zumal dieser auch noch die diskriminierende Komponente enthalte, daß lediglich Libyen dem Verdacht ausgesetzt wird, chemische Waffen zu produzieren, und daß dieses verhindert werden müsse, während andere Staaten, die diese Waffen produzieren und sie zudem entgegen internationalen Regeln auch noch einsetzen (und zwar auch in der hiesigen Region, fügte er hinzu), unbehelligt blieben und sich gleichen Inspektionen nicht zu unterziehen bräuchten.

Auch habe man libyscherseits den Eindruck, daß alle Beobachtungen nur zur Untermauerung einer vorgefaßten Meinung herangezogen würden. Dazu gehöre u. a. auch die Schlußfolgerung, daß aus der Verteidigungsbereitschaft des pharmazeutischen Betriebes auf dessen C-Waffen-Produktionsfähigkeit geschlossen würde. Offenbar dürfe man seine Industrien nicht gegen erwartete ungerechtfertigte feindliche Akte verteidigen, so gut es ginge. Würde man sich der gewünschten singulären Kontrolle unterwerfen, würde dies Präjudizien für alle möglichen Eingriffe in die staatliche Souveränität darstellen. So könne man morgen behaupten, daß ein Staudamm kriegswichtiger Produktion diene und daher zerstört werden müsse.

⁶ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 5.

[3] Zum Abschluß brachte al-Mahdi seine mit DB Nr. 802 (Pol 363.00/1 VS-NfD) vom 29.12.88 in Ziff. 1.2. übermittelte Frage⁷ in Erinnerung. Insoweit bittet die Botschaft, wie im Bezugstelefonat bereits erwähnt, erneut um Weisung.

4) Bewertung

Unabhängig von der Frage, ob die von den Amerikanern vorgetragenen Behauptungen beweisbar sind – hierzu kann die Botschaft aufgrund der ihr vorliegenden Beweisunterlagen nichts sagen –, erscheint mir die Reaktion der libyschen Seite bei Kenntnis der arabischen Mentalität durchaus plausibel. Der arabische Stolz läßt es einfach nicht zu, sich vor der Weltöffentlichkeit diskriminieren zu lassen. Mir erscheint es daher sinnvoll, ein Inspektionsbegehren aus der Anruchigkeit der Diskriminierung dadurch herauszuführen, daß auch das ein oder andere hier interessierende Land mit in die Inspektion einbezogen wird. Oder man müßte der libyschen Seite das Gefühl vermitteln, daß dieses Vorgehen keine diskriminierende Komponente enthält. Wie dies allerdings geschehen soll, ist aus meiner Sicht bei der psychologischen Drucksetzung seitens der USA nicht ersichtlich. Auch habe ich unter Beobachtung der lokalen politischen Bühne den Eindruck, daß die seit der Kabinettsneubildung im März 1987 eingeleitete Neuorientierung der libyschen Politik nicht genügend in die politischen militärischen (?) Entscheidungen einbezogen wird (zur Neugestaltung der libyschen Politik vgl. DB Nr. 791–793 vom 25.12.88 – Pol 310.10/0 VS-NfD⁸). Nach meiner Einschätzung wird sich durch Pressionen bei der libyschen Führung nichts ausrichten lassen. Langfristig könnte dieses sogar zu einer erneuten Verhärtung führen, da man die eigenen Bemühungen um Normalisierung desavouiert sehen wird.

[gez.] Hellner

VS-Bd. 13037 (200)

⁷ Botschafter Hellner, Tripolis, unterrichtete über ein Gespräch mit dem stellvertretenden libyschen Außenminister vom Vortag. Darin habe al-Mahdi mit Blick auf eine mögliche militärische Aktion der USA gegen die Chemieanlage in Rabta u. a. gefragt: „Sei es auch ausgeschlossen, daß eine Steuerung eines amerikanisch-israelischen (sic) Angriffes auf Libyen durch die in Stuttgart (?) sich befindende amerikanische Flugbefehlszentrale erfolge?“ Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁸ Botschafter Hellner, Tripolis, analysierte Führungsstrukturen und personelle Konstellationen in Libyen sowie die libysche Nahostpolitik. Zu den übergeordneten Überlegungen der libyschen Politik konstatierte er: „Langfristiges Bemühen um Anschluß an politische Entwicklungen in der arabischen Welt wie auch international, wobei augenblicklich die Bemühungen um bessere Beziehungen zum Europa der Zwölf im Mittelpunkt stehen [...]. Für die europäischen Staaten liegt hierin aus hiesiger Sicht eine Chance, einem entsprechend disponierten Libyen behutsam behilflich zu sein, sich aus der selbstverschuldeten Isolation ohne größere Blessuren zu lösen, und dabei einen maßgebenden Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes auszuüben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154186.

3

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew

VS-vertraulich

9. Januar 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Mitglied des Politbüros, ZK-Sekretär Alexander N. Jakowlew, am 9. Januar 1989, 9.30 Uhr bis 11.50 Uhr, im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer: Botschafter Julij Kwizinskij; sowjetischer Dolmetscher; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Dolmetscher Weiß.

Der *Bundeskanzler* begrüßte Jakowlew und gab seiner Hoffnung Ausdruck, ihn bald wiederzusehen, aber dann zu einem günstigeren Zeitpunkt, der ein ausführlicheres Gespräch ermögliche. Er sei sehr daran interessiert, auch auf dieser Ebene ein kontinuierliches Gespräch zu führen. Er lege großen Wert darauf, daß sie gemeinsam gute Gespräche führen könnten. 1989 werde ein sehr wichtiges Jahr, für das er Jakowlew ganz persönlich alles Gute wünsche.

ZK-Sekretär *Jakowlew* bedankte sich. Er berichtete, daß er vor seinem Abflug ein längeres Gespräch mit Generalsekretär Gorbatschow geführt habe. Dieser sei über sein Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler unterrichtet gewesen. Der Generalsekretär richte dem Bundeskanzler aus, daß alles in Kraft bleibe, was in Moskau³ verabredet worden sei. Bei der Vorbereitung des Gegenbesuches gingen sie davon aus, daß auch das nächste Zusammentreffen in Bonn⁴ ein großes politisches Ereignis werde. Ihre Absicht sei es, alles das, was in Moskau vereinbart worden sei, bis zum Gegenbesuch zum Abschluß zu bringen.

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Bedeutung des Jahres 1989. Er habe dies nicht zuletzt⁵ aufgrund des zu erwartenden Besuches von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn in dieser Weise charakterisiert. Er wolle nachdrücklich unterstreichen, daß dieser Besuch von Generalsekretär Gorbatschow für ihn eine wichtige Sache sei, die er zur persönlichen Sache mache. Wer ihn kenne, wisse, daß er dergleichen nicht allzu schnell sage.

Im übrigen wolle er auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß das Bundeskabinett am morgigen Tage weitere Hilfsmaßnahmen für Armenien⁶

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Januar 1989 gefertigt und am 16. Januar 1989 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

² Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, hielt sich vom 5. bis 9. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Aleksandr JAKOVLEV, *Perestrojka: 1985–1991. Neizdannoe, maloizvestnoe, zabytoe, pod red. A.A. Jakovleva*, Moskau 2008, Dok. 57.

³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁴ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Korrigiert aus: „nicht bis zuletzt“.

⁶ Referat 301 vermerkte am 19. Dezember 1988, am 7. Dezember 1988 habe sich in der Armenischen SSR ein Erdbeben der Stärke 6,9 auf der Richterskala ereignet. Da das Epizentrum in dichtbesiedeltem

beschließen werde. Er wolle dies als Geste nicht nur gegenüber der betroffenen armenischen Bevölkerung, sondern auch gegenüber der sowjetischen Führung verstanden wissen. Er wolle damit seinen Willen bekräftigen, die Beziehungen positiv zu entwickeln. Bei diesen beabsichtigten Hilfsmaßnahmen werde es voraussichtlich um den Bau eines Container-Krankenhauses und um die Zurverfügungstellung von Zuchtvieh gehen. Er wolle damit sehr konkret den Menschen helfen, aber es auch als Geste gegenüber der Sowjetunion verstanden wissen. Er bat Jakowlew, dem Generalsekretär mitzuteilen, daß dies seine erklärte Absicht sei. Im übrigen würden die Menschen in beiden Ländern solche Maßnahmen besser verstehen als viele Reden von Politikern. Für ihn sei eine solche Unterstützung gewissermaßen auch ein psychologischer Auftakt zum neuen Jahr. Ebenso sollte Jakowlew dem Generalsekretär mitteilen, daß auch für ihn alles weiterhin gelte, was in Moskau verabredet sei.

Im übrigen sei er dafür, daß für den Gegenbesuch kein besonders langes gemeinsames Dokument vorbereitet werden solle. Seine Devise laute: knapp, aber gut. Dieses gemeinsame Dokument solle gewissermaßen als neues Blatt in das Buch der Geschichte eingehen. Er selbst sehe keine unlösbaren Probleme.

Wichtig bleibe die Berlin-Frage. Die Bemühungen sollten fortgeführt werden, eine dauerhafte Formel zu finden. Dies müßte bei gutem Willen beider Seiten möglich sein.

Er wünsche dem Generalsekretär für seine Politik der Reformen Erfolg. Dies sei das Interesse der Bundesregierung. Eine sowjetische Politik der Öffnung sei im Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

ZK-Sekretär *Jakowlew* überreichte dem Bundeskanzler nach seiner Aussage ein „Souvenir“, den Splitter einer zerstörten SS-20-Rakete, die am 26. November 1988 gesprengt worden sei. Diese Rakete habe die Bundesrepublik jetzt auf eine andere Weise erreicht.

In dieser Form seien Raketen am sympathischsten, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er berichtete, daß er schon 1940 als kleiner Junge in seiner Heimatstadt Bombensplitter gesammelt habe. Er habe also sehr früh Erfahrungen damit gemacht. Der Bundeskanzler fragte Jakowlew nach der politischen Entwicklung in der Sowjetunion.

Wenn er die Lage charakterisieren wolle, erwiderte *Jakowlew*, könne er auf diese Frage keine eindeutige Antwort geben. Im großen und ganzen sei die Lage normal. Die Führung habe die politische Situation fest im Griff. Andererseits würden Schwierigkeiten offen zutage treten, die sie auch nicht herunterspielen wollen. Sie erforderten große Anstrengungen. Dabei handele es sich um objektive

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

Gebiet gelegen habe, seien Städte wie Lenakan, Kirowakan und Spitak nahezu vollständig zerstört. Nach amtlichen sowjetischen Angaben habe es über 23 000 Tote und ca. 500 000 Obdachlose gegeben; Infrastruktur und Fabriken seien ebenfalls schwer verwüstet worden. Die sowjetische Regierung habe ein Hilfsangebot der Bundesregierung vom 8. Dezember 1988 am Folgetag angenommen und erstmals auch Hilfe des Auslands erbeten. Die Hilfsleistungen aus der Bundesrepublik aus öffentlichen und privaten Mitteln beliefen sich bislang auf über 44 Mio. DM. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147125. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 13. Januar 1989: „Das Kabinett hat am 10.1.1989 grundsätzlich zwei Projekte der Wiederaufbauhilfe für Armenien gebilligt: ein Krankenhaus in Fertigbauweise mit einem Ansatz von 14 Mio. DM sowie Lieferung von Zuchtvieh als Infrastrukturmaßnahme für die schwer betroffene Landwirtschaft mit einem Ansatz von 4 Mio. DM.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147126.

Schwierigkeiten, die im großen und ganzen vorhersehbar waren. So seien die Nationalitätenprobleme nicht überraschend. Sie hätten jedoch nicht erwartet, daß sie in diesem Ausmaße und mit dieser Schärfe auftreten würden. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht unerwartet. Sie hätten jedoch erwartet, daß die neuen Wirtschaftsmechanismen schneller wirksam würden. Diese Erwartung habe sich nicht erfüllt.

Vor allem hätten sich die Probleme im Zusammenhang mit dem Geldumlauf verschärft. Dies sei damit zu erklären, daß die Betriebe im Rahmen der eigenen Rechnungsführung ihre Gewinne in stärkerem Maße für Löhne und Gehälter ausgeben würden. So habe der Geldumlauf in starkem Maße zugenommen. Aus den Läden und Geschäften sei deshalb alles aufgesaugt worden. Deshalb seien die Regale leer. Ministerpräsident Ryschkow habe jetzt die Leitung einer Kommission übernommen, die diese Probleme studiere. Hinzu komme das Problem des Haushaltsdefizits. Alle diese Probleme wollten sie dadurch positiv lösen, daß sie die Abrüstung zu einem vorrangigen Thema machen, daß sie Afghanistan zu Ende bringen wollten und möglicherweise auf Großprojekte im Innern verzichten oder sie zeitlich verschieben. Beispielsweise sei daran gedacht worden, eine neue Straße nach Georgien zu bauen, um eine Begradigung zu erreichen. Aufgrund der damit auftretenden ökologischen Probleme gebe es jedoch jetzt für dieses Projekt keine öffentliche Unterstützung mehr. Deshalb werde man möglicherweise völlig auf den Bau dieser Straße verzichten.

Auf der letzten Politbüro-Sitzung sei auch die Art und Weise der Kapitalinvestitionen kritisiert worden. Die Wirtschaftsreformen könnten nicht im vorgesehenen Maße durchgeführt werden, weil sie durch die vorhandene Geldmasse gestört würden. Allerdings müsse er auch sagen, daß sie auch Pech gehabt hätten. Tschernobyl⁷ habe bisher 7 bis 8 Milliarden Rubel gekostet; Armenien 8 Milliarden; möglicherweise sogar mehr. Es müßten ja auch die Kosten einbezogen werden, die durch den Einsatz von Militär, von Kräften des Innenministeriums, des Staatsschutzes und anderer entstünden. Dies seien alles Kosten, die in keiner Statistik auftauchen würden. Für den direkten Neuaufbau würden sie 8 Milliarden Rubel ausgeben.

Pech habe man auch in der Landwirtschaft gehabt. Es wäre für sie sehr gut, wenn sie wieder einmal eine gute Ernte einbringen könnten.

Er habe dem Bundeskanzler ein ungeschminktes Bild geschildert. Er sei jedoch nicht geneigt, die Lage zu dramatisieren. Die Wirtschaftswissenschaftler erwarteten, daß die Wirtschaftsreformen bereits in diesem Jahr ihre Wirkung entfalten würden. Seit dem 1. September sei die gesamte sowjetische Industrie auf eine neue Grundlage gestellt worden. Damit habe man die Zweiteilung der Wirtschaft aufgehoben, die bisher darin bestanden habe, daß die eine Hälfte der Unternehmen auf eigene Rechnungsführung gearbeitet habe und die andere Hälfte nicht.

⁷ Am 26. April 1986 explodierte aufgrund von Bedienungsfehlern und Konstruktionsmängeln der Reaktor in Block 4 des sowjetischen Kernkraftwerks Tschernobyl. In der Folge wurden große Mengen radioaktiver Strahlung freigesetzt, die in der Umgebung zu zahlreichen Toten führte und als radioaktiver Niederschlag viele europäische Staaten traf. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 127, Dok. 128, Dok. 136, Dok. 138 und Dok. 144.

Gute Fortschritte hätte man aufgrund der Pachtverträge in der Industrie erreicht. In diesem Zusammenhang hätte es auch fehlerhafte Prognosen gegeben, weil sie ursprünglich geglaubt hätten, daß sie mit den Pachtverträgen in der Landwirtschaft schnellere Wirkung erreichen würden als in der Industrie. Die Realität zeige, daß die Erfolge in der Wirtschaft rascher sichtbar würden. Die Arbeiter hätten Betriebe übernommen. Sie würden die Schulden rasch zurückzahlen und schon im ersten Jahr Gewinn machen. Ursprünglich hätten sie die Befürchtung gehegt, daß die Belegschaften die Fonds auffressen und sie nicht investieren würden. Diese Befürchtungen hätten sich jedoch nicht eingestellt. Die Arbeiter seien nicht interessiert, die Betriebe in die Pleite zu führen. Sie wiesen von sich aus darauf hin, daß sie in der Nähe dieser Betriebe wohnten und Kinder zu versorgen hätten.

Vor drei Wochen habe die sowjetische Führung den Beschluß gefaßt, daß jeder Betrieb das Recht erhalte, Außenhandelsbeziehungen selbständig aufzunehmen, wenn seine Produkte konkurrenzfähig seien.

Er wolle jedoch nicht verhehlen, daß es vor allem in den Ministerien ernstzunehmende konservative Kräfte gebe, die ihre bisherigen Positionen nicht räumen wollten. Dies sei seit Adam und Eva so, warf der *Bundeskanzler* ein. Dies gelte heute aber in besonderer Weise, fuhr *Jakowlew* fort. Sie seien ebenso entschlossen, ein Großhandelssystem einzuführen. Die Ministerien würden damit eines starken Mittels beraubt, das es ihnen möglich machte, umfangreiche Fonds zu verteilen.

Im Augenblick bereite sich die sowjetische Führung auf Wahlen⁸ vor. Dies sei nicht leicht, aber sie erwarte am Ende ein gutes Ergebnis. Dann werde man sich auf die Arbeit eines neuen Parlamentes einstellen müssen, das sicherlich die Nerven strapazieren werde, aber dies im positiven Sinne. Sie hätten sicherlich viele Probleme. Er könne heute schon sagen, daß Generalsekretär Gorbatschow mit neuen Erfahrungen nach Bonn kommen werde, so mit den Erfahrungen der Wahlen, des neuen Parlamentes.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Struktur der Wahlkreise. ZK-Sekretär *Jakowlew* erläuterte, daß die Abgeordneten zu zwei Dritteln über die Wahlkreise und zu einem Drittel von gesellschaftlichen Gruppen gewählt werden sollen. In der Regel werde mehr als ein Kandidat aufgestellt. Pro Wahlkreis könnte jedoch nur ein Abgeordneter gewählt werden. Erreiche ein zweiter Kandidat mehr als 40 % der abgegebenen Stimmen, werde er stellvertretender Abgeordneter bzw. Nachrücker. Morgen werde das ZK-Plenum zusammentreten, um die Kandidaten der Partei aufzustellen. Die Partei habe 300 Kandidaten für die Parteiliste nominiert, die für das ganze Land gelte. Von diesen 300 Kandidaten könnten jedoch nur 100 gewählt werden. Die Schriftsteller können 25 Abgeordnete stellen, doch habe bereits der Moskauer Verband 23 Kandidaten aufgestellt. Wie der Schriftstellerverband am Ende 25 Abgeordnete auswählen wolle, sei für ihn offen.

Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers erwiderte ZK-Sekretär *Jakowlew*, daß Minister nur kandidieren könnten, wenn sie ihr Amt zur Verfügung stellen würden. Ebenso müsse ein Abgeordneter, wenn er zum Minister ernannt

⁸ Am 26. März 1989 wurden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten abgehalten. Vgl. dazu Dok. 78.

werden sollte, sein Amt niederlegen. Gewaltige Arbeit sei zu leisten, weil sie auch erstmalig durchgeführt werden müsse.

Der Bundeskanzler wünschte Jakowlew gutes Gelingen. Er selbst sei seit 16 Jahren Parteivorsitzender. Vor wenigen Wochen habe er in seiner Amtsdauer Konrad Adenauer überrundet. Von daher sei ihm das Problem der Kandidatenaufstellung sehr vertraut.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er Konrad Adenauer in den letzten Jahren seines Lebens sehr nahegestanden habe. Dies sei nicht von Anfang an der Fall gewesen. 1953 habe er noch auf dem CDU-Bundesparteitag⁹ Adenauer angegriffen. Damals sei er selbst noch Student gewesen. Später seien sie sich dann sehr nahe gekommen. Adenauer habe ihm einmal gesagt, daß er zu früh Abgeordneter geworden sei und daher in der Gefahr stehe, Zyniker zu werden. Adenauer sei in seiner Anlage jedoch eher Zyniker gewesen als er selbst. Heute verstehe er diese Aussage von Adenauer sehr gut, weil er wisse, wieviel Gemeinheiten ein Mensch in der Politik erleben könne. Er wolle jedoch auch hinzufügen, daß es viele anständige Menschen gebe. Andererseits würden solche Erfahrungen aber auch dazu führen, daß Gegensätze parteipolitischer Art überwunden würden. Dies gelte beispielsweise für seine Beziehungen zu Willy Brandt. Politisch hätte es früher und auch heute viele Meinungsverschiedenheiten gegeben. Dagegen sei jedoch das persönliche Verhältnis immer besser geworden, weil sie beide in ihrem politischen Leben vergleichbare Erfahrungen machen mußten.

Er glaube, daß es auch solche Erfahrungen im internationalen Bereich gebe. Während er Jakowlew zugehört habe, habe er dies gerade so empfunden. Übrigens hätte er auch gleiches an dem Abend empfunden, den seine Frau und er mit dem Ehepaar Gorbatschow verbracht hätten. Solche gemeinsamen Erfahrungen könnten dazu führen, daß Gesprächspartner menschlich offener zueinander würden. Darin liege eine Chance.

Darin liege auch zum Teil sein Erfolg bei Präsident Reagan begründet. Er habe mit Reagan ein sehr offenes Verhältnis entwickelt, obwohl sie beide sehr unterschiedlich seien und einer unterschiedlichen Generation angehören würden. Reagan sei sicherlich kein Intellektueller, er habe ihn jedoch als einen zuverlässigen Mann kennengelernt. Deshalb wolle er noch einmal unterstreichen, daß über alle bürokratischen Beziehungen hinaus persönliche Beziehungen von besonderer Bedeutung seien, um ein Gefühl füreinander zu gewinnen bzw. die Chance zu haben, den Partner besser verstehen zu können, und zu lernen, was man ihm zumuten könne und was nicht.

ZK-Sekretär *Jakowlew* stimmte dem Bundeskanzler zu. Auch er habe die Entwicklung der Beziehungen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow erlebt. Wenn man den gesamten Weg von der ersten Gipfelkonferenz in Genf¹⁰ bis zur letzten in New York¹¹ vergleiche, müsse man eine gewaltige

⁹ Der Parteitag der CDU fand vom 18. bis 22. April 1953 in Hamburg statt.

¹⁰ Der amerikanische Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kamen erstmals vom 19. bis 21. November 1985 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

¹¹ Der amerikanische Präsident Reagan, der am 8. November 1988 gewählte Präsident Bush sowie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich am 7. Dezember 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 356 und Dok. 361.

Veränderung feststellen. Das erste Treffen in Genf sei sehr scharf gewesen. Erst auf Vermittlung von Außenminister Shultz seien die zugespitzten Fragen geglättet worden. Seit den Gipfeln in Washington¹², Moskau¹³ und New York seien die Gespräche ganz offen. Beide hätten sich von Anfang an verstanden und haben das, was sie sagen wollten, nicht mehr diplomatisch verbrämt. Das menschliche Verständnis sei wirklich sehr wichtig.

Deshalb sei es sein Wunsch, erwiderte der *Bundeskanzler*, mit Generalsekretär Gorbatschow, aber auch mit Jakowlew, ein gutes und persönliches Einvernehmen zu entwickeln. Er verfolge die Arbeit von Jakowlew sehr aufmerksam. Er hoffe, daß er bald wieder einmal kommen könne. Er sollte es nur frühzeitig wissen, um einen ganzen Abend einplanen zu können. *Jakowlew* bedankte sich.

Der *Bundeskanzler* wandte sich noch einmal den internationalen Entwicklungen zu. Es seien nur noch 47 Monate, bis der Binnenmarkt vollendet sein werde.¹⁴ Der Binnenmarkt selbst werde eine qualitative Veränderung bewirken. Gleichzeitig vollzögen sich wichtige Entwicklungen in der Dritten Welt, sowohl in Asien wie in Afrika und Lateinamerika.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland vollzögen sich Veränderungen. Das zurückliegende Jahr sei sehr erfolgreich gewesen, obwohl dies noch viele nicht erkannt hätten. Er sei sicher, daß das Jahr 1988 später einmal als eines der wichtigsten Jahre in der Nachkriegsgeschichte gelten werde. Dies werde sich sowohl auf die positive Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wie auf den Durchbruch in der Europäischen Gemeinschaft beziehen. Vor zwölf Monaten habe er die EG-Präsidentschaft übernommen. Damals seien seine Prognosen nicht sehr zuversichtlich gewesen. Diese EG-Präsidentschaft seien die schwierigsten sechs Monate seines politischen Lebens gewesen. Der Erfolg sei nicht nur auf Können, sondern auch auf Glück zurückzuführen. Jetzt sei ein irreversibler Prozeß in Gang gekommen, bei dem es aber noch viele Schwierigkeiten zu überwinden gelte.

Auch innenpolitisch sei das zurückliegende Jahr sehr schwierig gewesen. Die Deutschen hätten zu lange über ihre Verhältnisse gelebt. Sie wären dem Motto gefolgt: „Immer besser leben und weniger arbeiten.“ Wenn er heute davon spreche, daß Zukunft wichtiger als Freizeit sei, sei dies nicht gerade sehr populär. Heute könne er jedoch feststellen, daß er aus dem Größten heraus sei. Die wichtigsten Reformen seien in Gang gekommen.

Wirtschaftlich sei das Jahr 1988 sehr gut gewesen. Auch in der Forschung habe die Bundesrepublik Deutschland wieder eine Spitzenposition gewonnen, die vergleichbar mit der der USA und Japans sei, obwohl die Bundesrepublik nur ein Viertel der Bevölkerung der USA und die Hälfte Japans habe. Die Deutschen müßten sich mehr anstrengen, und dies hätten noch nicht alle begriffen. Insgesamt sei er jedoch ganz zufrieden.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹³ Der amerikanische Präsident Reagan hielt sich vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 165.

¹⁴ In Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 kamen die EG-Mitgliedstaaten überein, bis zum 31. Dezember 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, „in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“ gewährleistet sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Wenn sich jetzt die deutsch-sowjetischen Beziehungen gut entwickeln würden, werde das beiden Seiten helfen. Dies gelte nicht nur für den Bereich der Wirtschaft. Sein Besuch in Moskau habe eine positive Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt. Wenn sie jetzt die Verabredungen von Moskau durchführen und in Gang brächten, werde auch dies seine Wirkung nicht verfehlen. Die Menschen würden dann erkennen, daß sie nicht nur über ihre Beziehungen sprechen, sondern daß sie konkret handeln würden. Dies gelte für alle Bereiche der Beziehungen. Er sei in diesem Zusammenhang sehr optimistisch. Die nächsten drei bis fünf Jahre würden auch für die beiderseitigen Beziehungen sehr wichtig sein. Sie müßten deshalb jetzt eine Dynamik entwickeln, die langfristige trage. Er bat ZK-Sekretär Jakowlew, seinen Kollegen die Botschaft zu überbringen, daß er dies wolle und bereit sei, dazu auch im ganz persönlichen Kontakt beizutragen.

Jakowlew versicherte dem Bundeskanzler, daß es die feste und prinzipielle Absicht der sowjetischen Führung sei, die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln. Die Gespräche des Bundeskanzlers mit Gorbatschow hätten gezeigt, daß beide Seiten dazu bereit seien und ein beiderseitiges Interesse bestehe. Er wolle auch hinzufügen, daß es unter Berücksichtigung aller Faktoren in Europa keine natürlicheren Partner gebe. Der *Bundeskanzler* stimmte zu.

Jakowlew sprach das Thema der Abrüstung an. Er wolle in diesem Zusammenhang eine Frage an den Bundeskanzler richten. Michael Sergejewitsch hätte in der UNO eine einseitige Abrüstung angekündigt.¹⁵ Sie würden dem Umfang der angekündigten Reduzierungen große Bedeutung beimessen. Aber der Vorschlag habe auch eine konzeptionelle Wirkung. Es gehe jetzt darum, die Dynamik aufrechtzuerhalten, von der der Bundeskanzler gesprochen habe. Wenn es gemeinsam mit dem Westen gelänge, Ergebnisse zu erreichen, werde es das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit stärken. Die Menschen würden den Führungen glauben. Die Menschen dürften nicht enttäuscht werden. Die Möglichkeiten, die sich jetzt eröffnen würden, seien positiv und weitreichend. Die sowjetische Führung sei zu weiteren Schritten bereit. Solche Schritte hätten sie bereits bei den chemischen Waffen angekündigt.¹⁶ Es wäre deshalb sehr wichtig, wenn die Bundesregierung eine Initiative ergreifen könnte, um den Prozeß der Abrüstung zu fördern. Sie hätten gegenwärtig die Befürchtung, aber vielleicht irrten sie sich auch, daß die Gegner der Abrüstung dabei seien, ihre Positionen zu konsolidieren, weil die Abrüstung sich jetzt konkretisiere. Es sollte jedoch versucht werden, 1989/90 über den Berg zu kommen, obwohl er wisse, daß die Kluft nicht in einem Schritt überwunden werden könne.

¹⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁶ In seiner Rede vor der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen am 8. Januar 1989 in Paris erklärte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, daß die UdSSR niemals chemische Waffen verwendet habe, keine produziere oder außerhalb ihres Territoriums besitze und sie nicht an andere Staaten weitergegeben habe. Ferner habe die UdSSR eine Erklärung über den Umfang ihres Bestandes abgegeben und werde noch 1989 mit der Vernichtung beginnen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1989, D 101.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß auch er gute Chancen für weitere Abrüstungsschritte sehe. Das wichtigste sei jedoch nicht die Abrüstung allein, sondern neues Vertrauen. Waffen seien weder gut noch böse. Es komme vielmehr auf den Geist an, der hinter den Waffen stünde. In den letzten zwei Jahren hätten sich gewaltige Veränderungen vollzogen. Ihr gemeinsames Gespräch sei ein Beweis dafür.

Er rede nicht öffentlich darüber, aber jeder wisse, daß die Bundesrepublik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Nummer Eins sei. Öffentlich darüber zu reden, bringe keine Freunde ein. Von Adenauer habe er gelernt, daß die Deutschen nicht Hochstapler, sondern Tiefstapler sein sollten. Die Bundesrepublik sei der wichtigste Partner der USA. Seine Beziehungen zu dem neuen Präsidenten Bush seien sehr direkt und sehr persönlich und seit vielen Jahren gewachsen. Der neue amerikanische Botschafter in Bonn¹⁷ sei ein persönlicher Vertrauter von Bush. Dies sei kein Zufall. Bush, der jetzt neu ins Amt käme, sehe sich vor eine schwierige parlamentarische Situation gestellt. Dennoch werde er in die von Jakowlew angesprochene Richtung arbeiten. Man müsse jedoch wissen, daß dies nicht über Nacht zu Ergebnissen führen könne. Er selbst sei gegen Leute, die Riesenschritte proklamieren würden, aus denen dann nichts werde. Er sei vielmehr der Auffassung, viele Schritte zu unternehmen, viele Gespräche zu führen, um Fortschritte zu erreichen. Gegenseitiges Vertrauen erfordere, daß man dem Partner sagen könne, welches Ziel man anstrebe, aber auch hinzufügen könne, daß dafür noch Zeit benötigt werde; daß es nicht heute, aber vielleicht morgen durchsetzbar sei. Er erinnere in diesem Zusammenhang an seine Entscheidung zum Abbau der deutschen Pershing Ia im August 1987.¹⁸ Diese Entscheidung sei in der Bundesrepublik sehr umstritten gewesen. Ein Jahr früher hätte er sie nicht treffen können. Dies leuchte ihm ein, warf *Jakowlew* ein.

Der *Bundeskanzler* bat Jakowlew, dem Generalsekretär auszurichten, daß der direkte persönliche Kontakt es auch möglich machen müsse, dem Partner sagen zu können, die Zeit sei für eine bestimmte Entscheidung reif oder nicht. Heute könne er sagen, daß die Zeit reif sei für die Gesamtrichtung, die eingeschlagen worden sei. Dies sei sehr wichtig.

Jakowlew erklärte, daß er mit dem Bundeskanzler übereinstimme und verstehe, was dieser sagen wolle.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß die Sowjetunion sehen müsse, daß es sich im Westen um eine Allianz handele. Er hätte es mit Kollegen in Paris oder in London mit ihren jeweiligen besonderen Schwierigkeiten zu tun. Es gebe jedoch keine Probleme mit Präsident Mitterrand. Dieser habe die Deutschen in den letzten zehn Jahren entdeckt. Auch in Moskau solle man erkennen, daß es sich bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit um eine wirkliche Bindung handele.

¹⁷ Am 9. Januar 1989 wurde in der Presse gemeldet, der designierte amerikanische Präsident Bush habe den bisherigen VN-Botschafter Walters als Botschafter in der Bundesrepublik vorgesehen. Vgl. dazu den Artikel „Walters neuer amerikanischer Botschafter in Bonn“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Januar 1989, S. 1.

¹⁸ Korrigiert aus: „September 1987“.

Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

Mrs. Thatcher stelle ein anderes Problem dar. Sie habe in der Wirtschaftspolitik Erfolge. Vor kurzem habe die amerikanische Presse geschrieben, daß Mrs. Thatcher die richtige Politik, dagegen er als Bundeskanzler die falsche betrieben habe; er hätte jedoch die besseren Ergebnisse erreicht. Er müsse jedoch auch hinzufügen, daß die Deutschen sicherlich keine psychologischen Weltmeister seien. Dies entspräche nicht der Begabung der Deutschen. Aber die Deutschen seien gute Philosophen, warf *Jakowlew* ein.

Zum Abschluß sprach der *Bundeskanzler* den Besuch *Jakowlews* im Geburtshaus von Karl Marx in Trier an. Er berichtete, wie er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz dazu beigetragen habe, das Geburtshaus zu restaurieren und als Museum einzurichten, und wie es ihm gelungen sei, auf einer Auktion in New York Marx-Originale gegen die KPdSU und SED zu ersteigern. Der Bundeskanzler habe damit der Sowjetunion viel Geld erspart, erwiderte *Jakowlew*.

VS-Bd. 14154 (010)

4

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes

514-516.00/6

9. Januar 1989¹

Über Herrn Dg51², Herrn D5³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵ zur Unterrichtung

Betr.: Wegfall der EG-Binnengrenzkontrollen;
hier: Tagung der EG-Einwanderungsminister in Athen am 9.12.1988
(am Rande der TREVI-Ministerkonferenz)

Bezug: Vorlage 514-516.00/6 vom 14. Juni 1988 (Anlage 1)⁶

Anlg.: 1

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

² Hans Freiherr von Stein.

Die Wörter „über Herrn Dg 51“ wurden von Ministerialdirektor Oesterheld gestrichen.

³ Hat Ministerialdirektor Oesterheld am 10. Januar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 10. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Bezugnahme auf die Rücksprachen am 4.1.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Oesterheld und Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Referat 514 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Anmerk[un]g[en] BM auf den Seiten 3+4.“ Vgl. Anm. 10 und 14.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Oesterheld erneut vorgelegen.

Hat Stein am 18. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Mattes verfügte.

Hat Mattes am 18. April 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes informierte über eine Konferenz der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 3. Juni 1988 in München: „Die von der Konferenz

1) Die für Einwanderungsfragen zuständigen Minister der EG-Zwölf trafen in Athen am 9.12.1988 unter griechischem Vorsitz während der halbjährlichen TREVI-Konferenz zusammen. Die Kommission und das Ratssekretariat nahmen teil. Der BMI war durch StS Neusel vertreten. Die Gespräche erbrachten keine greifbaren Ergebnisse. Die Ad-hoc-Gruppe (Beamtenebene) erhielt den Auftrag, ihre Arbeiten mit dem Ziel konsensfähiger Lösungen fortzusetzen.

Obwohl die Innenminister in den Grundsatzfragen damit eher zögerlich auf dem Weg zum Binnenmarkt 1992 erscheinen, gibt es doch Entwicklungen, die auf ein spürbar stärkeres Zusammenwachsen dieses Kernbereichs nationalstaatlicher Souveränität hinweisen. Das allgemeine Arbeitsprogramm für den Wegfall der Binnengrenzen, das unter deutscher Präsidentschaft im Juni 1988 in München beschlossen worden war (Anlg. 1), wurde bekräftigt. Darin waren erstmals alle Aspekte der verschiedenen Ausgleichsmaßnahmen für Sicherheitsdefizite beim Binnen-Grenzkontrollabbau abgedeckt. Auch die positive Zusammenarbeit mit der EG-Kommission dauert an.

Das Auswärtige Amt nahm wie bisher am Ministertreffen nicht teil. Die Delegation beschränkte sich auf BMI-Vertreter. Die Treffen werden jedoch von der Ad-hoc-Gruppe Einwanderungsfragen vorbereitet, in der das Amt mitarbeitet. Der BMI unterrichtete – kursorisch – nach Abschluß der Tagung.

2) Der Stand der Harmonisierungsarbeiten stellt sich im einzelnen nach hiesiger Kenntnis wie folgt dar:

a) Die Innenminister konnten noch keine Einigung über eine umfassende gemeinsame Visapolitik gegenüber Drittstaaten erzielen. Die bisherige Einigung auf eine gemeinsame Liste von nunmehr 57 Staaten enthält die Fälle, in denen die zwölf EG-Mitgliedstaaten inzwischen deckungsgleiche Regelungen haben, klammert aber wichtige Problemstaaten für den einen oder anderen Partner aus. Die Notwendigkeit zu einer gewissen Harmonisierung in der Sichtvermerkspolitik gegenüber Drittstaaten ergibt sich aus der Möglichkeit freien Grenzübertritts nach Abschaffung der Binnengrenzkontrollen.

Frankreich besteht weiter auf der Einführung der Sichtvermerkspflicht gegenüber weiteren Ländern wie Jugoslawien und einigen lateinamerikanischen Staaten. Die mit dem AA abgestimmte bisherige Ablehnung der deutschen Delegation im Falle Jugoslawien wurde nach dem Ministertreffen durch den BMI aufgegeben. Dieser ist bisher nicht an das Amt wegen einer Änderung der Regierungsposition herangetreten. Sie haben Brief an BM Zimmermann gerichtet.⁷

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

verabschiedeten Papiere geben erstmals einen Rahmen der notwendigen Maßnahmen für den Abbau der Personengrenzkontrollen 1992. Dieser bedarf noch der Ausfüllung und Konkretisierung, ist aber jedenfalls im Grundsatz abgesteckt. Teile des Ausländerrechts (insbesondere Sichtvermerkspraxis) und der Asylpolitik (insbesondere verfahrensrechtliche Fragen) werden damit in einen europäischen Zusammenhang gestellt. Dies bedeutet auch, daß die Novellierung des Ausländerrechts – auch vom BMI – nicht mehr allein unter nationalen Gesichtspunkten gesehen werden kann.“ Vgl. Referat 514, Bd. 217450.

⁷ In dem Schreiben vom 6. Januar 1989 legte Bundesminister Genscher dar, trotz der steigenden Zahl jugoslawischer Asylbewerber würde er der Einführung einer Sichtvermerkspflicht mit Blick auf die guten bilateralen Beziehungen nicht zustimmen können: „Sie würde darüber hinaus Jugoslawien hinsichtlich der Einreisebestimmungen in eine Reihe mit den Ländern des Warschauer Paktes stellen. Dies müßte diejenigen Kräfte in Jugoslawien brüskieren, die gerade in jüngster Zeit mit Nachdruck

Wichtig ist für uns auch, daß Großbritannien an seiner Visumsfreiheit für Türken festhält, wodurch für uns ihr Transit insbesondere über Frankfurt weiter ein Problem bleibt.

Im Hinblick auf eine gemeinsame Visapolitik sprachen sich die Einwanderungsminister für Konsultationen und gemeinsame Berichte der Auslandsvertretungen der Zwölf aus, die noch der Zustimmung durch die EPZ (PK) bedarf.

b) Die Notwendigkeit zu einer Harmonisierung der Asylpolitik im Sinne der Verteilung der Zuständigkeiten für Asylbewerber folgt gleichfalls aus der Möglichkeit freien Grenzübertritts nach Wegfall der Binnengrenzkontrollen.

Stand der Arbeiten:

- Über das wichtigste Element einer Harmonisierung, einen verfahrensrechtlichen Kriterienkatalog zur Bestimmung der Zuständigkeiten für die Behandlung von Asylanträgen, konnten die Innenminister noch keine Einigung erzielen. Einzelbestimmungen wie die Asylzuständigkeit im Zusammenhang mit Transitaufenthalten sind weiterhin streitig. Auch ist offen, welche Form eine Vereinbarung dieses Zuständigkeitskatalogs erhalten soll (Regierungsabkommen oder „code of conduct“).

Der BMI nimmt auf Arbeitsebene seit November 1988 folgende Haltung ein: Wegen Art. 16⁸ und 19 GG⁹ könne die Bundesrepublik Deutschland zwar einer Verpflichtung zur Aufnahme gemäß dem Kriterienkatalog nachkommen, könne aber selbst keine Flüchtlinge, für die nach dem Kriterienkatalog ein anderer EG-Staat zuständig sei, an diesen weiterleiten oder zurückleiten, falls diese Asyl in der Bundesrepublik Deutschland begehren (Gefahr, zum „Asylreserveland“ zu werden). Die Vereinbarung eines Kriterienkatalogs zur Abgrenzung der Zuständigkeiten könne daher deutscherseits nur unter Vorbehalt entweder einer möglichen späteren Kündigung wegen Ungleichgewichtigkeit der Verpflichtungen oder einer Änderung von Art. 16 GG erfolgen.¹⁰

BM Justiz prüft derzeit auf Veranlassung von Staatssekretär Kinkel die Vereinbarkeit des Kriterienkatalogs mit Art. 16 und neigt – auf Arbeitsebene – einer positiven Beurteilung wegen des ausdrücklichen Vorbehalts nationalen Rechts in der Vereinbarung zu.

Wir haben uns in dieser Frage bisher nicht geäußert. Über die Gesamtsituation folgt eine gesonderte Aufzeichnung.¹¹

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

für eine engere Anlehnung des Landes an Westeuropa eintreten.“ Ferner hätte eine solche Maßnahme „möglicherweise negative Auswirkungen auf die bisherige großzügige jugoslawische Praxis, die konsularische Betreuung von DDR-Bewohnern, die sich uns zuordnen, durch die deutschen Auslandsvertretungen in Jugoslawien zu ermöglichen. So duldet die jugoslawische Regierung seit Jahren die Weiterreise von Deutschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland.“ Vgl. Referat 514, Bd. 217470.

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁹ Für den Wortlaut von Artikel 19 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3. Für die Ergänzung durch das Siebzehnte Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 710.

¹⁰ Der Passus „einer Änderung ... erfolgen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „Nein!“ Vgl. Anm. 5.

¹¹ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir müssen uns bald eine Meinung bilden u. diese vertreten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterheld vom 1. Februar 1989; Dok. 30.

- Fortschritte gab es bei der administrativen Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Asylpolitik (Katalog von Dokumentfälschungen, Informationsaustausch über Schlepperorganisationen, gemeinsames Asylantragsformular).

Das Land Baden-Württemberg hat u. a. zur Vereinbarung eines Kriterienkatalogs einen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht.¹²

3) Sonstige Fortschritte und noch offene Punkte

- Die Grundsatzfrage, ob der freie Binnenmarkt den Wegfall der Binnengrenzen 1992 auch für alle Drittausländer fordert, also nicht nur für EG-Staatsangehörige gelten soll, wird insbesondere von GB weiterhin verneint. D (AA und BMI) setzt sich für eine Reisefreizügigkeit auch der Drittstaater ein. Dies ist auch die Auffassung der Kommission.
- Die von Griechenland während seiner Präsidentschaft¹³ erstmals aufgeworfene Finanzfrage (Zuschüsse für eine verbesserte Außengrenzkontrolle) wurde nicht näher behandelt.

4) Bewertung

Die Athener Tagung hat deutlich gemacht, daß die noch offenen Fragen in der Harmonisierung der Sichtvermerks-, Asyl- und Grenzkontrollpolitik wesentliche Felder nationaler Souveränität berühren. Keine Delegation war bereits jetzt zu Kompromissen bereit.

Der BMI strebt danach, möglichst umfassende Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen durchzusetzen. Zugleich nutzt er den europäischen Rahmen, um seine innenpolitische Position zur Asyl- und Visapolitik zu fördern.¹⁴

Mattes

Referat 514, Bd. 217450

¹² Für den Antrag vom 6. Dezember 1988 für eine Entschließung des Bundesrats zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene vgl. BR DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 586/88.

¹³ Griechenland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1988 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁴ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „richtig“.

Bundesminister Genscher vermerkte hierzu handschriftlich: „Dem ist entgegenzutreten! Das ist auch eine außenpolitische Frage.“ Vgl. Anm. 5.

5

Botschafter von Stülpnagel, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 101****Citissime****Aufgabe: 11. Januar 1989, 22.59 Uhr****Ankunft: 11. Januar 1989, 23.33 Uhr**

Betr.: Pariser Konferenz zum Verbot chemischer Waffen (7.–11.1.89);
hier: Abschluß der Konferenz

Bezug: DB 93 vom 11.1.1989 – Az. w.o.¹

I. 1) Die von Staatspräsident Mitterrand unter Hinweis auf die Rolle von F als Depositarstaat des Genfer Protokolls von 1925² nach Paris einberufene Konferenz für ein Verbot chemischer Waffen ist nach fünftägiger Dauer am 11. Januar 1989 nachmittags mit der Verabschiedung einer feierlichen Schlußerklärung (s. FK³) zu Ende gegangen. Anregung zur Konferenz ging auf Präsident Reagan zurück.⁴ An der Konferenz haben 149 Staaten teilgenommen, an der Generaldebatte beteiligten sich 109 Staaten, davon fast 70 auf Außenminister-Ebene.

2) Bei der Eröffnungssitzung gab außer Präsident Mitterrand⁵ auch VN-GS⁶ eine Erklärung ab. In ihren Stellungnahmen haben sich alle teilnehmenden Staaten gegen einen zukünftigen Einsatz chemischer Waffen und für ihre Abschaffung ausgesprochen. Wie AM Dumas in seiner Abschlußrede⁷ sagte, wird die aus sechs Punkten bestehende Schlußerklärung die einvernehmliche Ablehnung chemischer Waffen durch die Weltöffentlichkeit und die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz zur Ausarbeitung einer Konvention zur Abschaffung von CW entscheidend beeinflussen. Die Schlußerklärung spiegelt den erklärten Wunsch der teilnehmenden Staaten wider, daß die Abrüstungskonferenz ihre Bemühungen wesentlich verstärkt und zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Konvention vorlegt. Der erfolgreiche Abschluß der Konferenz und die im Konsens angenommene Schlußerklärung können dazu beitragen, daß die Genfer Verhandlungen wieder in Fluß kommen.

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, z.Z. Paris, teilte mit, eine informelle Redaktionsgruppe („friends of the chairman“) habe sich auf den Entwurf einer Schlußerklärung der Konferenz geeinigt, und übermittelte den Entwurf. Vgl. dazu Referat 222, Bd. 162068.

² Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

³ Fernkopie.

Für den Wortlaut der Schlußerklärung der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 111 f.

⁴ In einer Rede vor der VN-Generalversammlung am 26. September 1988 in New York schlug der amerikanische Präsident Reagan die Abhaltung einer Konferenz aller Unterzeichnerstaaten des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 sowie weiterer interessierter Staaten vor. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1224. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 645.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 7. Januar 1989 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Januar/Februar), S. 12–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 94 f. (Auszug).

⁶ Javier Pérez de Cuéllar.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Dumas am 11. Januar 1989 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Januar/Februar), S. 17 f.

3) Neben Bekräftigung des Genfer Protokolls und Beschleunigung der Genfer CW-Verhandlungen war ein weiteres Konferenzziel der besonders vom Westen vertretene Wunsch, die Weiterverbreitung chemischer Waffen zu verhindern. Dies hat in der Abschlusserklärung darin Ausdruck gefunden, daß sich die Staaten verpflichten, Zurückhaltung zu üben und ihr Verhalten in Übereinstimmung mit den Zwecken der Deklaration verantwortlich zu gestalten. Schließlich sprechen sie ihre volle Unterstützung aus für Untersuchungen des VN-Generalsekretärs im Falle von behaupteten Verletzungen des Genfer Protokolls und sagten Unterstützung humanitärer Hilfsmaßnahmen für CW-Opfer zu.

4) Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Alle Seiten, insbesondere die Nichtgebundenen und die USA, haben in der letzten Nacht einen weiten Weg des Kompromisses zurückgelegt. Alle waren bereit, im Interesse eines Erfolges der Konferenz auf von ihnen für wichtig gehaltene Punkte zu verzichten. Insbesondere Iran, Irak, Libyen, Israel und Südafrika übten, trotz teilweiser scharfer Wortwechsel in der Generaldebatte, spürbare Zurückhaltung bei den Arbeiten an der Schlußerklärung. Die Europäer verhielten sich konstruktiv, ihre Zusammenarbeit litt gelegentlich unter britischen Alleingängen. Der spanische AM⁸ gab für die Zwölf eine substantielle, gemeinsam erarbeitete Erklärung ab.

Die SU und ihre Verbündeten zeigten trotz einer brillanten Rede des SU-AM⁹ wenig Profil, während der Textformulierungen waren sie jedoch sichtlich um einen Konferenzernfolg bemüht. Für den Gesamtverlauf spielten die aktuellen Vorgänge um die angebliche libysche CW-Produktionsanlage¹⁰ keine Rolle. Von der Mehrzahl afrikanischer und pazifischer Redner wurde eindringlich auf das Problem des Transfers von toxischem und radioaktivem Müll hingewiesen.

5) Vor und während der Konferenz traten zehn Staaten dem Genfer Protokoll bei oder erklärten sich hierzu bereit. Unter ihnen befanden sich auch Süd- und Nordkorea.

6) BM leitete deutsche Delegation, reiste während dreier Tage nach Paris und gab am 9.1. vor dem Plenum ein eindringliches Plädoyer für ein weltweites CW-Verbot ab.¹¹ Am Rande der Konferenz führte er bilaterale Gespräche mit PM Rocard, mit den AM von F¹², IT¹³, US¹⁴, SU¹⁵, PL¹⁶, ISR¹⁷, Ägypten¹⁸, Neuseeland¹⁹, Angola (Justizminister)²⁰ und Kuba²¹.

⁸ Francisco Fernández Ordóñez.

⁹ Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 3, Anm. 16.

¹⁰ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2 und Dok. 9.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in Paris vgl. BULLETIN 1989, S. 5–7.

¹² Roland Dumas.

¹³ Giulio Andreotti.

¹⁴ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 9, Anm. 6.

¹⁵ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse trafen am 7. Januar 1989 in Paris zusammen und erörterten die bilateralen Beziehungen, das Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien und diesbezügliche Hilfsmaßnahmen, die Entwicklung in der UdSSR, die kulturelle Zusammenarbeit in Europa sowie Abrüstungsfragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹⁶ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olechowski am 9. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 2.

7) Das verbesserte Ost-West-Verhältnis, die Fortschritte in der Rüstungskontrolle (INF, START) und die erfolgreichen Bemühungen um Entschärfung regionaler Konflikte fanden ihren Ausdruck in den Erklärungen der meisten Redner und wirkten sich positiv auf das Verhandlungsklima aus.

8) Die hervorragende Vorbereitung durch F und die geschickte Konferenzleitung durch AM Dumas wurden von allen Teilnehmern besonders gewürdigt.

II. Im einzelnen

Der Durchbruch zum Erfolg der Konferenz wurde in der Nacht vom 10. zum 11. Januar in einer Gruppe der „Freunde des Vorsitzenden“, an der auch wir teilnahmen, unter finnischem Vorsitz erzielt. Die Gruppe hatte folgende Hauptkomplexe zu erörtern, die sich während der vorangegangenen Diskussion des Entwurfs der Abschlusserklärung als problematisch herausgestellt hatten:

- 1) Berücksichtigung bestehender Vorbehalte zum Genfer Protokoll von 1925 in Schlusserklärung.
- 2) Behandlung der Nicht-Weiterverbreitung von chemischen Waffen in einer Weise, die sich nicht dem Vorwurf der Diskriminierung aussetzen sollte.
- 3) Rolle der Abschaffung von CW im weiteren Kontext der VN und der Abrüstung insgesamt.
- 4) Beschleunigung der Vertragsarbeiten der Abrüstungskonferenz.

Ad 1) Der Erörterung der Vorbehalte zum Genfer Protokoll waren Wünsche einiger lateinamerikanischer und asiatischer Staaten vorausgegangen, die Pariser Konferenz zum Verzicht auf diese Vorbehalte zu nutzen. Die Angelegenheit konnte durch eine interpretationsfähige Formulierung gelöst werden.

Ad 2) Die Ungebundenen empfanden die Forderung nach Nicht-Weiterverbreitung als diskriminierend. Sie suchten daher, Besitz und Entwicklung von CW als in noch stärkerem Maße friedensgefährdend als die Weiterverbreitung von CW darzustellen. Trotz der Bemühungen insbesondere westlicher Staaten gelang es deshalb nicht, klare Aussagen zur Nicht-Weiterverbreitung von CW zu erzielen. An dieser Stelle ist die Schlusserklärung am vagesten geblieben. Immerhin haben die Länder der Dritten Welt damit in einem wichtigen Dokument die

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

- 17 Themen des Gesprächs zwischen Bundesminister Genscher und dem israelischen Außenminister Arens am 9. Januar 1989 in Paris waren die israelisch-sowjetischen Beziehungen, insbesondere die Auswanderungsmöglichkeiten für sowjetische Juden, sowie der Nahostkonflikt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Unterabteilung 31, Bd. 147568.
- 18 Im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem ägyptischen Außenminister Abdel-Meguid am 9. Januar 1989 in Paris wurden der Nahostkonflikt sowie die Rolle Libyens erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 149726.
- 19 Bundesminister Genscher und der neuseeländische Außenminister Marshall erörterten am 11. Januar 1989 in Paris die Entwicklung in der UdSSR sowie in Mittel- und Osteuropa, ferner die neuseeländischen Agrarexporte. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144544.
- 20 Am 11. Januar 1989 fand in Paris ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem stellvertretenden angolanischen Außenminister da Moura statt. Vgl. dazu den handschriftlichen Vermerk des Legationsrats Keilholz auf der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke vom 10. Januar 1989; Referat 320, Bd. 155828.
- 21 Bundesminister Genscher und der kubanische Außenminister Malmierca trafen am 11. Januar 1989 in Paris zusammen. Sie befaßten sich mit den Verträgen vom 22. Dezember 1988 zur Regelung der Angola-Namibia-Frage und dem weiteren Weg zur Unabhängigkeit Namibias sowie mit der Lage in Lateinamerika und dem Besuch der VN-Menschenrechtskommission auf Kuba. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 144001.

Weiterverbreitung von CW als eine zunehmende Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit bezeichnet.

Ad 3) Insbesondere den Neutralen und Ungebundenen lag daran, in der Schlußerklärung allgemein die Bedeutung der VN in der Abrüstung, einschließlich künftiger CW-Behandlung, herauszuheben. Überzogene Formulierungen konnten jedoch vermieden werden. Die Rolle des VN-GS bei der Untersuchung vermuteter Verstöße gegen das Genfer Protokoll wurde bekräftigt.

Ad 4) Wir sind besonders befriedigt, daß es uns gelungen ist, mit Unterstützung der meisten EG-MS einen Text in den Konsens einzuführen, dem zufolge die Abrüstungskonferenz ihre Bemühungen verdoppeln und die verbleibenden Probleme zügig lösen soll.

Bemühungen, insbesondere arabischer Staaten und hier Iraks, die Abschaffung von CW mit einer Abschaffung anderer Massenvernichtungswaffen, vor allem Nuklearwaffen, zu koppeln, wurden – auch mit Hilfe Neutraler – abgewehrt.

[gez.] Stülpnagel

Referat 222, Bd. 162068

6

Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 32
Citissime

Aufgabe: 12. Januar 1989, 14.47 Uhr¹
Ankunft: 12. Januar 1989, 15.28 Uhr

Vermerk Nr. 1/89

Betr.: Uruguay-Runde²;
hier: Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Frage, wie die Verhandlungen der Uruguay-Runde (UR) nach dem Einfrieren der Ergebnisse von Montreal bis April fortgeführt werden sollen, dürfte erst

¹ Das von Ministerialrat Witt und Botschaftsrat Zepter, beide Genf (GATT-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

² Auf einer Konferenz vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este einigten sich die GATT-Teilnehmerstaaten auf die insgesamt achte Runde von Handelsverhandlungen („Uruguay-Runde“), für die ein Zeitraum von vier Jahren vorgesehen war. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268. Zum Verlauf der „Uruguay-Runde“ vgl. AAPD 1987, I, Dok. 42, AAPD 1987, II, Dok. 379, sowie AAPD 1988, II, Dok. 239.

Vom 5. bis 9. Dezember 1988 fand in Montreal die sogenannte „Halbzeit-Konferenz“ statt, auf der u. a. beschlossen wurde, noch offene Fragen auf einem Treffen auf Beamtenebene im April 1989 in Genf zu behandeln. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 368.

allmählich geklärt werden können. In Genfer Kreisen gibt es derzeit noch die unterschiedlichsten Auffassungen:

Vor der Weihnachtspause schien – wohl noch unter dem direkten Eindruck von Montreal – die Meinung vorzuherrschen, daß business as usual die beste Vorgehensweise sei und daß, wie bereits terminiert, ab 23.1. die einzelnen Verhandlungsgruppen (VG) ihre Arbeit wiederaufnehmen sollten. GATT-GD Dunkel, der seit Wochenbeginn seine Konsultationen wiederaufgenommen hat und der am 13.1. Gespräche führen wird, scheint demgegenüber Sitzungen der einzelnen VG abzulehnen und den Prozeß bis April ausschließlich in kleineren informellen Gruppen vorantreiben zu wollen.

Aus unserer Sicht sollte in Anbetracht der sehr unterschiedlichen Interessenlagen nicht nur der Hauptverhandlungspartner EG, USA und Japan, sondern auch der sich nach Montreal gestärkt fühlenden EL-Front unter Führung einiger lateinamerikanischer Staaten alles vermieden werden, was die in Montreal bereits erzielten Ergebnisse gefährdet. Andererseits muß der in Montreal beschlossene informelle Konsultationsprozeß des GATT-GD Dunkel in den vier noch offenen Bereichen (Agrarhandel, Textil, Schutz geistigen Eigentums, Schutzklausel) wirksam unterstützt werden. Wichtig ist ferner, daß jeglicher Eindruck vermieden wird, als seien die Verhandlungen der UR, etwa wegen des Widerstandes der EL, zum Stillstand gekommen.

Nach Auffassung des GATT-Büros könnte nach klarer Festlegung der Bedingungen (informelle Sitzungen, kein Aufschnüren der Montrealer On-Hold-Ergebnisse, Konzentration auf Verfahrensfragen) der vorgesehene Sitzungskalender der Verhandlungsgruppen im Januar, Februar und März abgewickelt werden.

II. Im einzelnen

1) Nach Montreal stellt sich die Verhandlungslage in Genf wesentlich komplizierter dar als vor dem Ministertreffen:

- Die USA, bisher treibende Kraft und Hauptinteressent an den UR-Verhandlungen, sind vorübergehend nur eingeschränkt handlungsfähig und mindestens bis März mit der Neubildung der Administration beschäftigt. Bereits in Montreal haben überzogene US-Forderungen Spekulationen gefördert, die Amerikaner seien, wegen interner Abstimmungsprobleme und um den neuen Kongreß nicht vorzeitig festzulegen, eher an einer Verschiebung des Konferenzabschlusses interessiert.
- Die Haltung der EG war auch schon vor Montreal eventuellen Zwischenergebnissen gegenüber eher lauwarm. Einige EG-Staaten lehnten eine vorzeitige Festlegung von Ergebnissen aus taktischen und materiellen Gründen ab. Die Verhandlungsinteressen der EG sind nach wie vor nicht völlig klar: Undefinierten Interessen im Bereich von Dienstleistungen, bei der institutionellen Reform des GATT und im Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums stehen klare Widerstände einer Reihe von Mitgliedstaaten in den Verhandlungsbereichen Landwirtschaft, Textil, Schutzklausel und beim Subventionsabbau entgegen. EG-interne Unstimmigkeiten werden mit der Forderung nach Globalität und Gleichgewicht der Vorteile und Pflichten überdeckt. Festlegungen von Zugeständnissen, die für das Gelingen der Verhandlungen unerlässlich sind, sind nur sehr mühsam zu erreichen. Ihr Minimalcharakter macht es der anderen Seite leicht, Forderungen der EG abzulehnen.

- JAN ist in seine mehr oder weniger passive Rolle zurückgefallen, mit der es in der Vergangenheit immer gut gefahren ist. JAN weiß, daß es in der Runde insgesamt mehr zahlen muß, als es gewinnen kann.
- Die Cairns-Gruppe hat der Verlauf des Treffens von Montreal frustriert. Ihre Vorschläge für Agrar haben in den Beratungen keine Rolle gespielt. AUS und NEU haben in der UR ohnehin nur spezifische Interessen im Agrarbereich. Der ohnehin unstabile Zusammenhalt der Gruppe dürfte nach Montreal nicht gefestigt worden sein.
- Die Verhandlungspositionen der übrigen OECD-Länder sind nicht stark und homogen genug, um die Verhandlungen entscheidend voranzubringen.
- Frustration auch im Lager der EL: Die lateinamerikanischen Staaten fühlen sich durch Montreal nicht ausreichend bedient und gefallen sich in der Rolle derjenigen, ohne die in der UR nichts mehr läuft. Die AKP-Staaten haben im Rahmen der Verhandlungen über tropische Produkte schmerzlich erfahren müssen, daß Liberalisierung im Rahmen des GATT zu Lasten ihrer EG-Präferenzen gehen dürfte und Spielraum für Kompensation nur in sehr marginalem Rahmen vorhanden ist. ASEAN-Staaten und andere NICs³ handeln nur unter amerikanischem und europäischem Druck und haben außer Forderungen bisher noch keine für sie interessanten substantiellen Zugeständnisse der IL gesehen.
- Insgesamt fühlten sich alle kleineren Länder, IL wie EL gleichermaßen, in Montreal übergangen und nur marginal am Verhandlungsprozeß beteiligt.

2) Zwar sind die allgemein politischen und makroökonomischen Interessen an einem erfolgreichen Abschluß der UR-Verhandlungen nach wie vor sehr stark. In den Detailverhandlungen dominieren jedoch Partikularinteressen und relativieren die generelle Zielsetzung der Runde. Die Chance, in Montreal sozusagen zur großen Linie zurückzukehren und in einigen Bereichen den gordischen Knoten einfach durchzuhauen, konnte selbst von den Ministern nicht genutzt werden. Als Folge besteht die Gefahr, daß die Einzelinteressen immer stärker zu einer Erosion des Verhandlungsverlaufes führen. Für das weitere Schicksal der UR kommt daher dem Treffen im April⁴ entscheidende Bedeutung zu. Es ist insofern wichtig, dieses Treffen taktisch wie materiell optimal vorzubereiten.

3) Voraussetzung für die richtige Vorbereitung des Treffens ist zunächst die klare Definition der deutschen Interessen innerhalb der Gemeinschaft. Sie dürfen sich aus hiesiger Sicht wie folgt darstellen:

(1) Die vorläufigen Festlegungen von Montreal dürfen bis April nicht mehr in Frage gestellt werden. Die Entscheidung der Minister, die Ergebnisse seien on hold, darf nicht Gegenstand von Interpretationen werden.

(2) Es sollte jede weitere Verhärtung der Fronten in den noch offenen Verhandlungsbereichen vermieden werden. Dazu gehört auch Zurückhaltung bei der Darstellung der Erfolge aus der Sicht der IL-Interessen (z. B. im Bereich Dienstleistungen).

³ Newly Industrialized Countries.

⁴ Der Abschluß der Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT fand vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 103.

(3) Der Negativ-Interpretation der Ergebnisse von Montreal durch die öffentlichen Medien ist entgegenzuwirken. Dies geschieht am besten durch den Nachweis, daß der Verhandlungsprozeß als solcher nicht unterbrochen ist.

(4) Es ist mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der Verhandlungsprozeß nicht durch andere GATT-Streitigkeiten in Mitleidenschaft gezogen wird. Dies gilt insbesondere für die jüngsten Streitfälle im Verhältnis USA und EG⁵, aber auch für die Auseinandersetzungen zwischen USA und BRA wegen Verletzungen von Rechten am geistigen Eigentum. Diese Fälle sollten – wenn sie nicht anderweitig beigelegt werden können – im Rahmen eines ordentlichen GATT-Verfahrens behandelt werden.

(5) Die Hauptbeteiligten müssen ihrer Verantwortung für den Verhandlungsprozeß gerecht werden und noch vor dem Treffen im April ihre unterschiedlichen Verhandlungsansätze notfalls bilateral klären. Ohne intensive Bemühungen von EG und USA um Annäherung im Bereich Agrar sind die Konsultationen von Dunkel und damit das Treffen in Genf von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(6) Die Vermittlungsbemühungen Dunkels dürfen nicht gefährdet, sondern sollten unterstützt werden.

4) An diesen Zielen sind die Optionen zu prüfen, die für das weitere taktische und materielle Vorgehen in der UR zur Verfügung stehen. Im großen und ganzen sind es drei Optionen, die hier in Genf in Delegationskreisen diskutiert werden:

(1) An dem bereits vor Montreal festgelegten Verhandlungsrhythmus wird festgehalten (business as usual). Diese Option, die z. B. von Teilen der EGK befürwortet wird, hat den Vorteil der Klarheit und entspricht insbesondere der Zielsetzung 3(3). Allerdings birgt diese Option auch die größten Risiken. Sie überläßt die Initiative weitgehend den Vorsitzenden der einzelnen Verhandlungsgruppen und fördert damit das Auseinanderdriften der einzelnen Gruppen. Formelle Sitzungen der Gruppen bieten zudem den einzelnen Verhandlungsdelegationen das geeignete Forum, materielle Festlegungen von Montreal erneut zur Debatte zu stellen, was nach Zielsetzung 3(1) unbedingt vermieden werden soll.

(2) Es finden bis April keine formellen Sitzungen der einzelnen Verhandlungsgruppen statt. GD Dunkel versucht, in informellen Beratungen (Green Room) und bilateralen Kontakten die Probleme der noch nicht festgelegten Bereiche Agrar, TRIPS⁶, Textil und Schutzklausel zu lösen. Diese Lösung, die Dunkel derzeit wohl vorzieht, entspricht sicherlich am besten den Zielsetzungen 3(1), 3(2) und 3(6). Sie entspricht jedoch nicht der Forderung nach Transparenz und dürfte insbesondere von kleineren Verhandlungsdelegationen zunehmend als Diskriminierung ihrer Interessen bekämpft werden. Außerdem wird nach außen ein negatives Zeichen gesetzt, die Verhandlungen seien praktisch zum Stillstand gekommen.

⁷(3) Man unterscheidet zwischen den noch offenen Fragen, in denen die Verhandlungen auch offiziell fortgeführt werden, und den Bereichen, in denen in

⁵ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 32, Anm. 15.

⁶ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

⁷ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 33 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Montreal vorläufige Ergebnisse erzielt wurden. Diese Verhandlungen ruhen bis April. Notfalls sollte nur in den Bereichen weiterverhandelt werden, bei denen in Montreal selbst keine substantiellen Festlegungen vorgenommen wurden (Statusberichte). Diese Lösung kombiniert die Zielsetzungen 3(2) und 3(3) und läßt Freiraum für (4), (5) und (6). Die Gefahr nicht gewünschter Sachdebatten ist freilich auch bei dieser Option nicht ganz zu bannen. Außerdem könnten langwierige Geschäftsdebatten über die Abgrenzung der Kategorien beginnen.

5) Aus unserer Sicht kann keine der angebotenen Optionen voll befriedigen. Man sollte daher eher eine Kombination erwägen. Diese könnte wie folgt vorgenommen werden:

a) Um Zielsetzung (3) zu verwirklichen, sollte im Prinzip am Zeitplan für die weiteren Gruppensitzungen festgehalten werden.

b) Es müßten aber Sicherungen eingebaut werden, die zumindest einigermaßen sicherstellen, daß das Paket von Montreal nicht wieder aufgeschnürt wird (ganz läßt sich eine solche Gefahr ohnehin nicht vermeiden). Deshalb müßte zunächst im Greenroom und einem den VG-Sitzungen vorgeschalteten GNG/TNC⁸ eine klare Marschroute bis zum April-Treffen etwa nach folgenden Vorgaben festgelegt werden:

- Die Gruppen tagen bis April nur einmal, und zwar kurz und informell.
- Die Ergebnisse von Montreal sind on hold, d.h. sie dürfen nicht Gegenstand der Beratungen sein. Nur das TNC im April hat das Recht, sich erneut über die materiellen Fragen in ihrer Gesamtheit zu beugen. Die Gruppen sollen ihre Beratungen deshalb auf prozedurale Fragen beschränken, d.h. sich auf einen informellen Gedankenaustausch über die Organisation der Arbeit nach April (auf der Grundlage der zu erwartenden Festlegungen) konzentrieren.
- Diese Einschränkungen (mit Ausnahme der Festlegung der Zahl der Gruppensitzungen) müssen nicht unbedingt auch für die vier noch offenen Verhandlungsbereiche gelten: In diesen Bereichen sind weitere materielle Verhandlungen notwendig und erwünscht. Sie könnten die Konsultationen des GATT-GD über Kompromißlösungen flankieren.
- Nach der Verhandlungsrunde tritt die GNG erneut zusammen. Die weitere Vorbereitung des Apriltreffens liegt dann ausschließlich bei der GNG entsprechend dem Verfahren von Montreal. Ein weiteres Treffen der GNS⁹ findet dagegen nicht statt.

6) Dieses Vorgehen hätte aus hiesiger Sicht am ehesten die Chance, daß die von EG und D verfolgten Ziele im weiteren Verhandlungsprozeß erreicht werden. Es warnte vor allem auch das früher von der EG so gern herausgestellte Prinzip der Globalität, das bei einer selektiven Vertagung von VG-Sitzungen von EL-Seite leicht ins Feld geführt werden könnte.

7) Ein derartiger taktischer Ansatz entbindet die Gemeinschaft jedoch nicht von der Notwendigkeit, ihre Positionen in den noch offenen Bereichen noch einmal zu überdenken. So erscheint es insbesondere vordringlich, im Textilbereich und in der Schutzklauselfrage größere Phantasie zu entwickeln. Nur so kann dem

⁸ Group of Negotiations on Goods/Trade Negotiations Committee.

⁹ Group of Negotiations on Services.

Druck sowohl der USA wie auch der EL in anderen Bereichen entgegengewirkt und seitens der Gemeinschaft der notwendige Beitrag zum Gelingen des Apriltreffens geleistet werden.

[gez.] Witt

Referat 411, Bd. 160545

7

**Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 99
Citissime

Aufgabe: 16. Januar 1989, 20.00 Uhr¹
Ankunft: 17. Januar 1989, 07.50 Uhr

Delegationsbericht Nr. 505

Betr.: Drittes KSZE-Folgetreffen in Wien (WFT)²;
hier: Bewertung des Wiener Abschlußdokuments (WAD)³

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Das Abschlußdokument des dritten KSZE-Folgetreffens in Wien hält ein Verhandlungsergebnis von 21/2 Jahren fest, das die zu Beginn des WFT im November 1986 gehegten westlichen, nicht zuletzt auch deutschen Erwartungen, insbesondere in der menschlichen Dimension, in einem nicht für möglich gehaltenen Maß übertrifft. Das im WAD enthaltene Ergebnis der Wiener Verhandlungen (d. h. sowohl des WFT als auch der KRK-Mandatsverhandlungen⁴) bringt in allen KSZE-Bereichen weiterführende Vereinbarungen und strukturiert gleichzeitig durch den Einschluß des KRK-Mandats in den Rahmen des KSZE-Prozesses und die implizierte Beendigung von MBFR die auf Europa bezüglichen multilateralen West-Ost-Verhandlungsforen grundsätzlich neu. Das Wiener Ergebnis umschreibt daher eine in der europäischen Nachkriegsgeschichte präzedenzlose politische Entwicklung. Das Resultat der Wiener Verhandlungen ist für die Bundesrepublik Deutschland in jeder Hinsicht befriedigend.

II. Zum Ergebnis des WFT im einzelnen

Das WAD führt den KSZE-Prozeß in allen Bereichen substantiell weiter. Im Bereich der menschlichen Dimension (Menschenrechte und menschliche Kontakte) stellen die Wiener Ergebnisse darüber hinaus eine wesentliche Fortentwicklung

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Altenburg, Wien (KSZE-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

² Die dritte KSZE-Folgekonferenz fand vom 4. November 1986 bis 19. Januar 1989 statt.

³ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105.

⁴ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

im KSZE-Prozeß dar. Die Vereinbarung eines neuen Konsultations-, Überprüfungs- und Konferenzmechanismus bezüglich der KSZE-Vereinbarungen über Menschenrechte und menschliche Kontakte bildet zudem das politische Gegengewicht zu den im Rahmen des KSZE-Prozesses, aber autonom vereinbarten Verhandlungen über KRK (vgl. zu letzterem Berichterstattung und Bewertung der KRK-Delegation).

1) Korb I Prinzipien⁵

Eindeutigen Schwerpunkt im Prinzipienteil von Korb I bilden die detaillierten, operativen Bestimmungen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens- und Religions- und Überzeugungsfreiheit. Das WAD widmet diesen Themen sechs von zehn Seiten, die restlichen enthalten eher deklaratorische Texte (Bekräftigung der Fortgeltung aller zehn Prinzipien, eine Seite Verurteilung und Bekämpfung des Terrorismus, etc.) sowie die Vereinbarung eines Expertentreffens über friedliche Streitbeilegung. Trotz gewisser, jedoch deutlich umgrenzter Vorbehalte für nationales Verfassungsrecht und die jeweilige nationale Gesetzgebung der Teilnehmerstaaten entsprechen die Vereinbarungen über Menschenrechte eindeutig westlichen Vorstellungen. Insbesondere sind folgende neue Vereinbarungen hervorzuheben, die jede für sich einen bedeutenden qualitativen Fortschritt darstellen und in ihrer Gesamtheit eine Art Verfassungscharta für alle KSZE-Teilnehmerstaaten bilden:

- Einzelpersonen und Gruppen erhalten das Recht, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen („zu Förderung und Schutz der menschlichen Rechte beizutragen“), auch wenn das von US gewünschte Symbolwort „monitor“ nicht erscheint.
- Die verbesserten Möglichkeiten für Rechtsmittel bei Menschenrechtsverletzungen, die durch das Erfordernis schriftlicher Bescheide und die Eröffnung des Gerichtsweges im Kern darauf hinauslaufen, daß eine eigene Aktivlegitimation des Individuums in Verfassungs- und Verwaltungsstreitfragen erstmals auch in den sozialistischen Staaten anerkannt wird.
- Die detaillierten Vereinbarungen zur Ausübung der Religionsfreiheit durch einzelne und Gruppen (insbesondere Diskriminierungsverbot, Anerkennung der Religionsgemeinschaften, Achtung ihrer organisatorischen, finanziellen und personellen Autonomie, Freiheit der religiösen Erziehung, Publikationen, Zugang zu Massenmedien u. a.) sichern in diesem zentralen, ideologisch umkämpften Bereich Individuen und Religionsgemeinschaften erstmals eine gewisse Autonomie gegenüber der Staatsgewalt auch in sozialistischen Staaten.
- Die ausdrückliche und insofern erstmalige Verankerung des Menschenrechtes auf Freizügigkeit bringt trotz der einschränkenden Verweise auf Verfassungsrecht und nationale Gesetzgebung einen vom Westen seit langem erhofften Durchbruch in dieser zwischen West und Ost bisher umstrittenen und für die Stellung des einzelnen gegenüber der Staatsgewalt ebenfalls zentralen Frage.
- Das WAD sieht im übrigen den Ausbau des Schutzes von Minderheiten und der Bewahrung ihrer Religion, Kultur und Sprache vor.

⁵ Für den Wortlaut der Prinzipienklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–921.

- Im Rahmen der vereinbarten Verbesserungen in der Behandlung inhaftierter Personen kommt dem Schutz vor Mißbrauch der Psychiatrie angesichts der in der Vergangenheit in diesem Bereich bekannten Mißbräuche besondere Bedeutung zu.
- Eine Sonderstellung nehmen die Vereinbarungen über einen Konsultations-, Überprüfungs- und Konferenzmechanismus hinsichtlich der menschlichen Dimension (Menschenrechte und menschliche Kontakte) ein. Diese Vereinbarungen umfassen systematisch Materie sowohl aus Korb I als auch Korb III⁶. Obwohl sie im WAD zwischen Korb III und dem Kapitel über Folgeveranstaltungen behandelt werden, wodurch der besondere Charakter und das besondere Gewicht dieser Vereinbarungen unterstrichen werden, gehören sie – auch nach westlicher Auffassung – eher in den Zusammenhang der Prinzipien und insbesondere der Menschenrechte. Durch die Vereinbarungen über die menschliche Dimension wird nicht nur die bisher von den westlichen Staaten geübte Praxis der Implementierungskritik an der Praxis der Achtung der Menschenrechte in sozialistischen Staaten legitimiert, sondern darüber hinaus der Ansatz für einen alle KSZE-TNS umfassenden, überstaatlichen Überprüfungsmechanismus in diesem Bereich geschaffen. Vorstellungen für einen internationalen Menschenrechtsgerichtshof u. a. m. können dadurch befördert werden. Im einzelnen sehen die Vereinbarungen die Verpflichtung der TNS zu bilateralen Konsultationen über ungelöste menschenrechtliche Fälle und Situationen und das Recht jedes TNS vor, ungelöste Fälle und Situationen im Kreis der 35 bei den drei geplanten Treffen einer Konferenz zur menschlichen Dimension sowie beim nächsten KSZE-Hauptfolgetreffen⁷ zur Sprache zu bringen.

2) Korb I Militärische Aspekte der Sicherheit⁸

Im Bereich der militärischen Sicherheit bestand seit Beginn des WFT zwischen West und Ost und den N+N Übereinstimmung darüber, einen weiteren Satz von VSBM auszuhandeln und neue Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in ganz Europa aufzunehmen. Die Vereinbarung der beiden Verhandlungsmandate im WAD, die Verhandlungsstrukturen (VSBM im Rahmen der 35 TNS, KRK zu 23 im Rahmen des KSZE-Prozesses, aber autonom), das Verhältnis der beiden Verhandlungsstränge zueinander sowie der Informationsaustausch zwischen den 23 KRK-Teilnehmern und den übrigen KSZE-TNS entspricht nicht nur substantiell den in Halifax⁹ und Reykjavik¹⁰ vereinbarten NATO-Leitvorstellungen. Das WAD spiegelt darüber hinaus auch bis in die Wortwahl west-

⁶ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

⁷ Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 in Helsinki statt.

⁸ Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

⁹ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

¹⁰ Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

liche, insbesondere US-amerikanische Vorstellungen über die Regelung von Detailfragen wider. Jede Unterordnung von KRK unter jetzige und künftige Beschlußfassung zu 35 wurde vermieden. Die im KVAE-Mandat von Madrid¹¹ aufgezeigten Perspektiven für Abrüstungsverhandlungen zu 35 weiter hinausgeschoben und verflüchtigt.¹² Die Kritik aus dem Kreis der N+N, daß dadurch der KSZE-Prozeß im Bereich der militärischen Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Rüstung, amputiert worden sei, ist angesichts der umfassenden Umstrukturierung dieses Bereichs (Beendigung von MBFR¹³, Einbeziehung von KRK in den Rahmen des KSZE-Prozesses, wenngleich autonom) nicht gerechtfertigt.

3) Korb II Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt¹⁴

Das Verhandlungsergebnis in Korb II trägt Kompromißcharakter. Es entspricht nicht allen Zielvorstellungen der Bundesrepublik Deutschland und anderer Westeuropäer und N+N. Es berücksichtigt aber den Kernbereich gemeinsamer westlicher Forderungen und schreibt insofern das Madrider Ergebnis¹⁵ im westlichen Sinne weiter fort. Bedeutsam sind insbesondere folgende Vereinbarungen:

- Der von uns eingebrachte, von den meisten westlichen Staaten unterstützte Vorschlag einer West-Ost-Wirtschaftskonferenz in Bonn wurde – trotz gewisser Konzessionen an die bis zuletzt in dieser Frage skeptischen USA – in seinen wesentlichen substantiellen und prozeduralen Charakteristika durchgesetzt. Die Frage der Verabschiedung von Schlußempfehlungen durch die Konferenz wird nicht mehr ausdrücklich erwähnt, aber auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen und bleibt der Disposition der Konferenz selbst vorbehalten. Unter den Regeln des Konsenses hätte ohnehin jeder TNS bei der Konferenz die Verabschiedung von Schlußempfehlungen auch nach dem ursprünglich vorgesehenen Text verhindern können.
- In der Frage der Wanderarbeit gelang es vor allem durch eigene Verhandlungen der Delegation gegen den erheblichen Widerstand interessierter N+N-Staaten, diese Thematik in Korb II festzuschreiben und damit den Vorrang bilateraler Vereinbarungen für die Materie zu sichern und eine Proliferation von Vereinbarungen über Wanderarbeit in andere KSZE-Bereiche zu verhin-

¹¹ Für den Wortlaut der Erklärung „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

¹² Unvollständiger Satz in der Vorlage.

¹³ In der Erklärung des Vorsitzenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (Anhang III des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989) wurde der Beginn von Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa „nicht später als in der siebenten Woche nach Abschluß des Wiener KSZE-Treffens“ bekanntgegeben. Vgl. BULLETIN 1989, S. 97.

Mit Blick auf diese Verhandlungen gaben die Teilnehmer der MBFR-Verhandlungen am 2. Februar 1989 deren Ende bekannt. Vgl. dazu das gemeinsame Kommuniké; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXV (1989/1992), S. 14.

¹⁴ Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

¹⁵ Vgl. dazu die Erklärung „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 542–547.

dern. Die Bestimmungen im einzelnen tragen Kompromißcharakter, bringen jedoch keine zusätzlich belastenden Verpflichtungen für die Aufnahmeländer.

- Die Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen für Handlungen industrieller Kooperation (Direktkontakte zwischen Geschäftspartnern, mehr Wirtschaftsinformation) trägt eindeutig westlichen Forderungen Rechnung.
- Die Verbreiterung der Basis für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (mehr Kontakte und freie Kommunikation zwischen Wissenschaftlern, Ausbau der technischen Kooperation unter Einschluß der kommerziellen Möglichkeiten) trägt westlichen Vorstellungen auch hinsichtlich der Bedeutung der menschenrechtlichen Aspekte in diesem Bereich Rechnung.
- Einen neuen Akzent hat die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes als Konsequenz gleichartiger Betroffenheit durch Umweltgefährdung in West und Ost im WAD gefunden (Schwefel, Ozonschicht, Wasserverschmutzung, Verursacherprinzip bei Industrieunfällen). Auch in diesem Bereich konnten sich vor allem im westeuropäischen Bereich entwickelte Leitvorstellungen weitgehend durchsetzen.
- Im Bereich der Bestimmungen über den Tourismus gelang ein bemerkenswerter Fortschritt mit den Vereinbarungen zum schrittweisen Abbau des Mindestumtausches und zum Recht des Rücktausches nicht verwendeter Währung des Gastlandes sowie des Einschlusses von Aspekten der menschlichen Dimension in diesen Bereich.
- Ein gewisser westlicher Verhandlungserfolg ist auch in der Eindämmung östlicher Forderungen nach Revision und Aufhebung von COCOM u. a. m. zu sehen.

164) Mittelmeerteil

Der Mittelmeerteil des WAD entspricht im Ergebnis weit überwiegend westlichen Interessen. Als Erfolg darf gewertet werden, daß der WP in diesem – ohnehin als Kompromißbereich anzusehenden Feld – seine Vorstellungen, eine Behandlung sicherheitsspezifischer Aspekte der Mittelmeerregion zu erweitern, nicht durchsetzen konnte. Die in diesem Bereich vorgesehene Folgeveranstaltung wird lediglich eine geringe Zeitspanne für den allgemeinen Gedankenaustausch auch für diese Fragen vorsehen, im übrigen aber schwerpunktmäßig anderen Themen gewidmet sein. Dieses Kapitel folgt damit unserem Gedankengang, daß über breiter angelegte und aktivere Zusammenarbeit zum gegenseitigen Verständnis beigetragen und damit Vertrauen gestärkt und letztlich auch so Stabilität, Sicherheit und Frieden in diesem Raum gefördert werden können. Unser Interesse, die Zusammenarbeit mit und unter den Mittelmeeranrainern zu verstärken, insbesondere alle Aspekte des Umweltschutzes, der Erhaltung bzw. Verbesserung des labilen ökologischen Gleichgewichts zu fördern, ist im Textteil und Mandat der Folgeveranstaltung reflektiert.

5) Korb III¹⁷

Das WAD enthält zu den vier Kapiteln des Korb III – menschliche Kontakte, Information, Kultur, Bildung – eine Vielzahl von Vorschriften, die der westlichen

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 100 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Zu den Ergebnissen im Bereich von Korb III vgl. auch Dok. 21.

Zielvorstellung für diesen Korb, d.h. freier Austausch von Personen, Informationen und Meinungen, stärker als jemals zuvor im KSZE-Prozeß Rechnung tragen.

Von besonderem Gewicht für die Bundesrepublik Deutschland sind die Vereinbarungen im Bereich der menschlichen Kontakte. Diese neuen Bestimmungen gehen auf ursprünglich westliche, von der¹⁸ Bundesrepublik Deutschland mit-eingebrachte Vorschläge zurück und sind von unmittelbar einsehbarer, erheblicher deutschlandspezifischer Bedeutung. Schwerpunkt und Leitmotiv der neuen Vereinbarungen ist die praktische Ausprägung des Menschenrechtes der Freizügigkeit. Dieses Recht (Ausreise und Rückkehr) steht ausdrücklich am Anfang des Abschnittes. Seiner Verwirklichung im Konkreten dienen insbesondere folgende Einzelbestimmungen:

- Vereinfachung und Beschleunigung der Antragsverfahren für Familienzusammenführung und Familienkontakte (Entscheidungsfrist drei bzw. einen Monat).
- Entscheidung über Reiseanträge bei dringenden humanitären Härtefällen innerhalb von drei Tagen.
- Fortgeltung von Antragsdokumenten zur Gesamtdauer eines Antragsverfahrens.
- Recht der Familienmitglieder auf gemeinsame Auslandsreisen.
- Nicht-Diskriminierung von Ausreiseanträgen aus politischen oder religiösen Gründen. Begrenzung der Möglichkeiten, die Ausreise von Geheimnisträgern zu beschränken.
- Direkte persönliche Kontakte, z.B. durch Städtepartnerschaften, Sportbegegnungen, auch auf lokaler und regionaler Ebene, sowie Schüler- und Lehrer-austausch.
- Kontakte zwischen Gläubigen und Anerkennung ihres Rechtes, religiöse Publikationen und Objekte zu erwerben und über die Grenze hinweg mitzuführen.
- Rechtsbehelfe (auch gerichtliche) bei Ablehnung von Ausreiseanträgen (auch aus Gründen nationaler Sicherheit) und grundsätzliche Erteilung dieser Bescheide in Schriftform.

Zur Information sieht das WAD u. a. bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten und v. a. den direkten, ungestörten Empfang von Radiosendungen (Ende des Jamming) vor.

Im Bereich der Kultur werden u. a. die Einrichtung von Kulturinstituten und allgemein ungestörte Kontakte zwischen kulturell interessierten Personen und Organisationen befürwortet. Die Interessen der Minderheiten sind insbesondere bedacht worden. Auf dem Gebiet der Bildung wird u. a. die Nicht-Diskriminierung für den Zugang von allen Arten und Stufen von Bildungseinrichtungen beschlossen.

6)¹⁹ KSZE-Folgeveranstaltungen nach Wien

Das Programm der Folgeveranstaltungen nach Wien trägt Kompromißcharakter. Aufgrund der präzedenzlos großen Zahl von Vorschlägen in diesem Bereich sind

¹⁸ Korrigiert aus: „westliche, der“.

¹⁹ Korrigiert aus: „5)“.

zwischen Wien und dem nächsten KSZE-Hauptfolgetreffen in Helsinki 1992 insgesamt elf Folgeveranstaltungen vorgesehen. Dies bedeutet, daß die KSZE-TNS praktisch in Permanenz zumindest auf Expertenebene weiter tagen werden. Dadurch wird auf der einen Seite eine ständige Überwachung der Implementierung v. a. in der menschlichen Dimension sichergestellt. Zum anderen ergibt sich daraus die Möglichkeit, neue Ansätze für die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses in der Zukunft zu diskutieren. Nachdem mit dem Wiener Folgetreffen ohnehin der Prozeß gemeinsamer Vereinbarung von neuen KSZE-Normen einen Höhepunkt erreicht hat, der vermutlich in absehbarer Zeit schwer zu überschreiten sein wird, wird sich der KSZE-Prozeß nach allgemeiner Erwartung stärker in Folgeveranstaltungen artikulieren, als dies bisher der Fall war. In diesem Zusammenhang kommt einem Anhang über die Offenheit von und den Zugang zu den im WAD vorgesehenen KSZE-Folgetreffen besondere Bedeutung zu. Erstmals ist es gelungen, Formulierungen aufzuschreiben, die die bisher geübte Praxis betr. die Offenheit und den Zugang von KSZE-Treffen fixieren. Dies ist im Hinblick auf die in WP-Staaten stattfindenden Veranstaltungen (Moskau, Krakau, Sofia) von Bedeutung.

Der KSZE-Fahrplan sieht zwischen Wien und Helsinki folgende Folgeveranstaltungen vor:

- Ab März 1989 sollen die Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (Fortsetzung der KVAE) in Wien aufgenommen werden.²⁰ Ebenso wie die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa²¹ (KRK, die nicht als KSZE-Veranstaltung gezählt wird).
- Die Konferenz über die menschliche Dimension findet in drei Treffen in Paris (Mai/Juni 1989²²), Kopenhagen (Juni 1990²³) und Moskau (September/Okttober 1991²⁴) statt.
- Expertentreffen über die friedliche Streitbeilegung wird im Januar 1991 in Valletta, Malta, stattfinden.²⁵
- Die West-Ost-Wirtschaftskonferenz wird im März/April 1990 in Bonn stattfinden.²⁶ Das ursprünglich vorgesehene Wissenschaftsforum wurde auf Insistieren der USA und nach dem Verzicht Italiens gestrichen. Einige Themen haben Eingang in das Mandat der West-Ost-Wirtschaftskonferenz gefunden.
- Das Umweltschutztreffen im Oktober/November 1989 wird in Sofia stattfinden.²⁷

²⁰ Die VSBM-Verhandlungen begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 75.

²¹ Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

²² Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

²³ Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁴ Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

²⁵ Das Expertentreffen über die friedliche Streitbeilegung wurde vom 15. Januar bis 8. Februar 1991 abgehalten.

²⁶ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁷ Zum KSZE-Umweltschutztreffen vom 16. Oktober bis 3. November 1989 vgl. Dok. 343.

- Das Treffen über den Mittelmeerraum wird in Palma de Mallorca im September/Oktobre 1990 stattfinden.²⁸
- Das Informationsforum in London findet im April/Mai 1989 statt.²⁹
- Das Symposium über das kulturelle Erbe wird in Krakau im Mai/Juni 1991 durchgeführt.³⁰

[gez.] Rantzaus

Referat 212, Bd. 158457

8

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Wien

VS-NfD

17. Januar 1989¹

Gespräch von BM Genscher mit dem bulgarischen AM Mladenow aus Anlaß eines (von BM gegebenen) Mittagessens in Wien am 17.1.1989²

Aus dem Gespräch wird festgehalten:

1) Nach einleitenden Bemerkungen, u. a. über den in Sofia bevorstehenden Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand³, wurde kurz über die Fortsetzung des Besuchs austauschs gesprochen. *BM* wies darauf hin, daß jetzt ein Besuch von Mladenow in die Bundesrepublik anstehe.⁴ Er wolle dafür einen schönen Ort in der Bundesrepublik aussuchen. *Mladenow* erwähnte, daß er außer Bonn, Köln, Hannover und München keine Städte unseres Landes kenne.

Mladenow erwähnte das breite und positive Echo auf den Besuch des Bundespräsidenten in Bulgarien.⁵ Der Besuch sei nicht nur von der bulgarischen Führung sehr hoch eingeschätzt worden. Aus der gesamten Bevölkerung seien sehr positive Reaktionen gekommen. Der Besuch solle dazu führen, daß sich die Beziehungen weiterhin noch besser entfalten.

²⁸ Das Treffen über den Mittelmeerraum wurde vom 24. September bis 19. Oktober 1990 abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1990.

²⁹ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

³⁰ Das KSZE-Seminar über das kulturelle Erbe fand vom 28. Mai bis 7. Juni 1991 statt.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck, z. Z. Wien, am 18. Januar 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich des Abschlusses der dritten KSZE-Folgekonferenz vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

³ Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 18./19. Januar 1989 in Bulgarien auf.

⁴ Zum Besuch des bulgarischen Außenministers Mladenow vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 201.

⁵ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Bulgarien vom 20. bis 24. November 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 331.

2) Mladenow erwähnte die begonnene neue Etappe der Reformen in Bulgarien. Die Phase der praktischen Umsetzung der Reformpläne habe begonnen. Für ihn sei klar, daß die Reformen nur unter Einbeziehung der Erfahrungen Europas zum Erfolg führen könnten. Besonders wichtig sei jetzt die Vereinbarung eines breiten Programms für die Ausbildung, insbesondere von Managern. Er stelle sich ein solches Programm auf drei Stufen vor: Studenten sollten an deutschen Universitäten eine vier- bis fünfjährige solide Ausbildung erhalten; solide ausgebildete Fachleute mit guten deutschen Sprachkenntnissen sollten zu einer praktischen und theoretischen Nachschulung in die Bundesrepublik zu kürzeren Aufenthalten entsandt werden; Seminare und Lehrveranstaltungen für entsprechende Fachleute könnten in Bulgarien von deutscher Seite veranstaltet werden. Er wolle sich dafür einsetzen, daß alle drei Formen nebeneinander entwickelt würden.

BM stimmte zu. Der Ansatz sei überzeugend, und man solle sich um seine Verwirklichung bemühen. Die deutsche Seite habe die Entsendung von Experten angeboten. Die Expertengespräche sollten jetzt möglichst schnell beginnen. Uns sei daran gelegen, die bulgarischen Wünsche zu erfahren und unsere Möglichkeiten darzulegen. Der Ausbildungsbereich sei auch nach seiner Beurteilung ein besonders wichtiger Sektor der Zusammenarbeit. Man müsse dies so gestalten, daß bulgarische Fachleute bei uns erleben könnten, wie Management praktisch funktioniere. Unsere Unternehmen hätten daran im Hinblick auf künftige Zusammenarbeit auch ein eigenes Interesse. Man solle auch die Chancen nutzen, die die Einrichtung von Kulturinstituten⁶ für diesen Bereich biete. Die bulgarische Seite könne klarstellen, welche Veranstaltungen für sie von Interesse seien. Er könne sich dabei auch Vorträge und dgl. vorstellen, die dazu dienten, bei bulgarischen Fachleuten das Interesse an einer weitergehenden Ausbildung zu wecken.

Mladenow stimmte zu. Auch aus bulgarischer Sicht sollten die Kulturinstitute nicht nur dazu dienen, Literaturkenntnisse zu vermitteln. Er werde sich dafür einsetzen, daß die Einladung von Experten zu Gesprächen über Aus- und Fortbildung beschleunigt werde. Er wolle noch hinzufügen, daß Bulgarien natürlich auch Interesse habe an Zusammenarbeit mit anderen westlichen Ländern in diesem Bereich. Aber aus bulgarischer Sicht sei die deutsche Wirtschaft besonders vorbildlich. Interesse bestehe auch an näherer Kenntnis über unsere Erfahrungen mit mittelständischen Unternehmen. Was die Kulturinstitute anbelange, so gehe er davon aus, daß alle Probleme gelöst seien. Man könne die Institute sehr bald eröffnen. Allerdings habe er den Eindruck, daß auf unserer Seite noch Schwierigkeiten bestünden, die sich wohl aus der Notwendigkeit der Verabschiedung eines entsprechenden Haushalts durch den Bundestag ergäben.

BM stellte klar, daß dies nicht der Fall sei. Es gebe wohl noch praktische Probleme. Auch darüber sei mit der bulgarischen Seite bereits gesprochen worden. Wir warteten auf eine Einladung zur Aufnahme von Expertengesprächen.⁷

⁶ Die Bundesrepublik und Bulgarien schlossen am 21. November 1988 eine Vereinbarung über den Austausch von Kulturinstituten in München und Sofia. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 779 f.

⁷ Vortragender Legationsrat Heide notierte am 7. Februar 1989, am Rande der Sitzung des für Kulturfragen zuständigen deutsch-bulgarischen Gemischten Ausschusses sei die Frage der Kulturinstitute angesprochen worden: „Unsererseits wurde das Interesse an einem von unserer Botschaft empfoh-

Mladenow erwiderte, hiermit spreche er diese Einladung „in zehn Tagen“ aus. Wir sollten umgehend mitteilen, wer auf unserer Seite die Gespräche führe. Auf bulgarischer Seite gebe es keine Hindernisse. Die praktischen Fragen, wie z. B. die Unterbringung etc., müßten jetzt konkret geklärt werden. Er wolle noch darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik das erste Land sei, das ein solches Kulturinstitut in Bulgarien errichten könne. Er rechne damit, daß die französische Regierung bei dem morgen beginnenden Besuch einen ähnlichen Wunsch äußern werde. Die bulgarisch-französischen Beziehungen seien wohl aber noch nicht soweit.

3) Auf die Frage von BM nach der Durchführung des bulgarischen Reformprogramms erläuterte Mladenow die jetzt vorgesehene Gleichstellung der verschiedenen Eigentumsformen. Besonders großzügig sollten in Zukunft Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten behandelt werden. Hier werde der Staat sich in keiner Weise mehr einmischen, abgesehen davon, daß diese Betriebe Steuern zahlen müßten. Wenn sie keinen Erfolg hätten, würden solche Betriebe dann eben Konkurs machen. Wichtig sei, daß sich Staat und Partei aus solchen Unternehmen heraushielten. Insbesondere die Partei sei in Bulgarien jetzt nicht mehr „eine Etage der Macht“. Es gelte schlicht das Gesetz. Entsprechende Freiheiten würden z. B. auch für Verlagshäuser gelten. Diese könnten frei entscheiden, welche Publikation sie nach unternehmerischen Gesichtspunkten veröffentlichen wollten. Auch in Bulgarien würden nicht alle den Umfang der jetzt anstehenden Reformen begreifen. Einige wollten auch nicht begreifen. Die Ideologisierung sei lange Jahre die Grundlage „von allem“ in Bulgarien gewesen. Die Einführung neuer Formen sei keine leichte Angelegenheit. Es gehe nicht ohne Kampf ab. Aber die Bemühungen würden mit einem Erfolg enden.

Abschließend zu diesem Themenkreis betonten BM und Mladenow die zentrale Bedeutung des Wettbewerbs für alle wirtschaftlichen Reformbemühungen.

4) Auf die Frage von BM nach der Einschätzung der internationalen Entwicklung erwiderte Mladenow, das Wiener Schlußdokument⁸ und das Ergebnis der Konferenz in Paris⁹ zeigten beispielhaft, in welchem Maße sich die internationale Lage gebessert habe. Die großen Probleme blieben. Aber man sei auf dem richtigen Wege. Er wolle die zentrale Rolle der Bundesrepublik Deutschland in diesem Prozeß unterstreichen. Das gelte insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß Europa noch geteilt sei, aber Ansätze dafür sichtbar seien, daß Europa wieder ein Ganzes werde.

BM nahm die positiven Bemerkungen zu dem Wiener Schlußdokument auf und unterstrich die Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas. Dabei sei deutlich erkennbar, daß die sozialistischen Länder, die zu entschlossenen Refor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 37

lenen konkreten Objekt in Sofia angemeldet und unsere Absicht bekundet, demnächst provisorisch in der ehemaligen Paßstelle der Botschaft ein Gründungsbüro für das zukünftige Institut einzurichten. Die bulgarische Delegation war zu diesem Thema erstaunlich unvorbereitet, was hier verwunderte, da Mitte Januar noch Botschafter Evtimov gegenüber D6 erklärt hatte, daß die bulgarische Seite bereits Gebäude für unser Institut in Sofia anbieten könne und der bulgarische Außenminister Mladenow in einem Gespräch mit dem Herrn Minister am 17.1.1989 Aktivitäten von unserer Seite zur Umsetzung der Vereinbarung angemahnt hatte.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139831.

⁸ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

⁹ Für den Wortlaut der Schlußerklärung der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 111f. Vgl. dazu auch Dok. 5.

men ansetzten, den größten Vorteil aus der Zusammenarbeit zwischen West und Ost ziehen würden. Er erläuterte dann in diesem Zusammenhang die dreifache Dynamik (EG, sozialistische Länder, West-Ost-Beziehungen). Dies alles unterstreiche, daß die Interdependenz insbesondere innerhalb Europas wachse. Negative, aber insbesondere positive Prozesse in West und Ost würden sich gegenseitig stützen. Daraus ergebe sich, daß jeder auch den Vorteil des anderen mit im Auge haben müsse. Für Versuche von Destabilisierung sei in Europa kein Raum mehr. Einige sozialistische Länder befänden sich in einer schwierigen Übergangsphase, die eine große Zahl von Problemen aufwerfe. Die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion seien für jedermann erkennbar. Wir hätten nicht die Absicht, solche Schwächen auszunutzen, sondern wir wollten helfen, diese schwierige Lage zu überwinden. Unsere besondere Aufgabe sehe er darin, konstruktiv zu sein. Heute seien im ganz besonderen Maße Staatskunst¹⁰, Vernunft und Verantwortung gefragt. Eine gegenseitige Offenheit sei erforderlich. In diesem Sinne verstünden wir auch die Idee vom europäischen Haus, die für uns dasselbe bedeute wie die europäische Friedensordnung, von der auf unserer Seite gesprochen würde.

Mladenow stimmte zu. Es sei unser gemeinsames Interesse, daß die sozialistischen Länder sich entwickeln könnten. Niemand werde Gewinn aus dem Versuch von Destabilisierung ziehen. In immer stärkerem Maße gingen die Interessen von West und Ost in die gleiche Richtung. Auf diesem Wege könne aus einem zersplitterten Europa wieder ein gemeinsames Europa werden. Solche Entwicklungen hätten Zukunftsperspektive. Dagegen habe eine „Festung Europa“, auch wenn sie ihre eigenen Probleme vorübergehend in besonders guter Weise lösen könne, keine langfristige Existenzgrundlage. Das Gewicht und die Möglichkeiten der Bundesrepublik in dieser konstruktiven Phase europäischer Politik seien kaum zu überschätzen. Es sei eine geschichtliche Erfahrung, daß gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland eine Garantie für den Weltfrieden seien. Auf der Grundlage dessen, was er über diese Beziehung erfahre, wolle er feststellen, Bulgarien freue sich über unsere guten Beziehungen mit der Sowjetunion. Wie er höre, werde der Besuch von Gorbatschow bei uns wohl zustande kommen.¹¹ Bulgarien würde dies nachdrücklich begrüßen. Denn ohne gute Beziehungen zwischen uns und der Sowjetunion könne der europäische Ost-West-Prozeß nicht wirklich konstruktiv weitergehen. In der Sowjetunion seien tiefgreifende Prozesse im Gang. Für uns alle sei wichtig, daß diese erfolgreich verliefen.

BM verwies abschließend auf seine Einschätzung der Entwicklungen in der Sowjetunion vor zwei Jahren in Davos.¹² Er werde in Kürze am gleichen Orte erneut dazu Stellung nehmen, auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung.¹³

5) Aufgrund einer Frage von Mladenow folgte ein kurzer Meinungsaustausch über die neue US-Administration. *BM* betonte den Gesichtspunkt der Konti-

¹⁰ Korrigiert aus: „Staatsgunst“.

¹¹ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹² Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 93–97. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 65.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vor dem Weltwirtschaftsforum am 29. Januar 1989 in Davos vgl. BULLETIN 1989, S. 117–120 bzw. S. 140.

nuität der neuen Administration. Präsident Bush habe große außenpolitische Erfahrung. AM Baker habe große wirtschafts- und finanzpolitische Erfahrung und könne unbefangen an die weltpolitischen Probleme herangehen. Beide Seiten verwiesen auf die großen Europaerfahrungen von Eagleburger.

Mladenow meinte, die bulgarisch-amerikanischen Beziehungen seien in einer Phase positiver Entwicklung. Falls die neue Administration dies wünsche, könne dieser Prozeß fortgesetzt werden.

6) *Mladenow* äußerte zwei konkrete Bitten um deutsche Unterstützung im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Kommission im Hinblick auf ein Abkommen zwischen der Gemeinschaft und Bulgarien.¹⁴ *BM* sagte, Bulgarien könne sich auf uns verlassen.

Auf die bulgarische Bitte um Unterstützung bei dem Wunsch Bulgariens, dem GATT beizutreten¹⁵, verwies *BM* auf die Zuständigkeit der Kommission. Wir wollten aber in dem uns möglichen Rahmen auch hierbei hilfreich sein.

7) Im Hinausgehen befragte *Mladenow*, ob *BM* nicht ein Wochenende im Rahmen eines ganz inoffiziellen Besuchs in Bulgarien verbringen wolle. *BM* sagte, er wolle sehen, was möglich sei.

Referat 010, Bd. 178931

9

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Trautwein

012-312.74 VS-NfD 171650

17. Januar 1989¹

Fernschreiben Nr. 5 Ortez

Zur angeblichen Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer Anlage zur Herstellung chemischer Waffen in Rabta/Libyen.²

¹⁴ Referat 411 legte am 25. Januar 1989 dar, nach vier Runden inoffizieller Gespräche mit der bulgarischen Regierung zwischen Oktober 1986 und September 1988 habe die EG-Kommission am 14. Dezember 1988 den Entwurf eines Verhandlungsmandats für ein Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Bulgarien verabschiedet: „Die spanische Präsidentschaft beabsichtigt, einen Ratsbeschluß zur Verabschiedung des Verhandlungsmandats auf der nächsten Tagung des Allg. Rats am 20./21.2.1989 herbeizuführen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160500.

¹⁵ Bulgarien stellte am 8. September 1986 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft im GATT. Referat 411 erläuterte dazu am 25. Januar 1989: „Während wir diesem Wunsch positiv gegenüberstehen, sind GB und F hier sehr zurückhaltend (insbesondere wegen bulgarischen Anliegens, seinen Status als Entwicklungsland festzuschreiben [...]). Am 17.10.1986 ist innerhalb der EG, die gemeinschaftsrechtlich für GATT-Beitrittsverfahren ausschließlich zuständig ist (gemeinsame Handelspolitik), Einverständnis erzielt worden, sich gegenüber dem bulgarischen Beitrittswunsch aufgeschlossen zu zeigen, nicht aber einen Entwicklungsländerstatus zu akzeptieren. Bulgarien muß sich nun dem üblichen Beitrittsverfahren im GATT unterziehen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160500.

¹ Ablichtung.

² Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2.

I. Dieses Ortez knüpft an Ortez Nr. 3 vom 4.1.1989³ sowie an die per Infotext übermittelten öffentlichen Erklärungen des Regierungssprechers⁴ und anderer Kabinettsmitglieder⁵ an. Inhalt des Ortez kann bei Anfragen staatlicher Stellen des Gastlandes und der Presse als Sprachregelung verwendet werden.

II. 1) Am 12. und 13.1.1989 hat sich – wie zwischen BM Genscher und AM Shultz auf der Pariser CW-Konferenz⁶ vereinbart – ein deutsches Expertenteam in Washington aufgehalten, um in das dort vorliegende Material Einsicht zu nehmen und es mit der US-Seite zu diskutieren.⁷

Das von den USA vorgelegte neue Material erhärtet den Verdacht, daß es sich bei der Anlage in Rabta um eine Fabrik für die Herstellung chemischer Waffen handelt. Die Bundesregierung geht daher nunmehr auch von dieser Einschätzung aus, wie BM Stoltenberg auf der Pressekonferenz am 16.1.1989 erklärte.⁸

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Trautwein übermittelte eine Sprachregelung zu Pressemeldungen über eine Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Errichtung einer Chemieanlage in Rabta, in der mutmaßlich chemische Waffen hergestellt wurden. Ferner bat er „um laufende Berichterstattung über Reaktionen im Gastland“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

⁴ Staatssekretär Ost, Presse- und Informationsamt, äußerte sich am 6. Januar 1989 vor der Bundespressekonferenz zur Chemieanlage in Rabta. Vgl. dazu das Manuskript Nr. 3/89 der Bundespressekonferenz; Referat 424, Bd. 168198.

Für den Wortlaut einer weiteren Erklärung Osts vom 10. Januar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 23.

Zu Äußerungen von Ost vom 13. Januar 1989 vgl. den Artikel „Schon im Oktober Hinweise in Bonn auf deutsche Mitarbeit an der libyschen Chemiefabrik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Januar 1989, S. 1.

Ost äußerte sich erneut am 15. Januar 1989. Vgl. dazu den Artikel „Weiterhin Unklarheit über deutsche Beteiligung in Libyen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1989, S. 1f.

⁵ Bundeskanzler Kohl äußerte sich in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“. Vgl. DIE WELT vom 11. Januar 1989, S. 6.

⁶ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

Referat 311 vermerkte am 10. Januar 1989, im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7. Januar 1989 habe Bundesminister Genscher herausgestellt: „Die Bundesrepublik Deutschland hat als bisher einziger Staat auf die Herstellung von C-Waffen verbindlich verzichtet. Es entspricht deshalb unserer Grundüberzeugung, alles zu tun, um eine Mitwirkung deutscher Firmen und deutscher Einzelpersonen an der Herstellung dieser Waffen in anderen Ländern zu verhindern. Solche Mitwirkung ist kriminelles Unrecht, sie muß auch so behandelt und bestraft werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat schon 1982 obligatorische Verdachtskontrollen gefordert. Sie will ein weltweites Verbot der chemischen Waffen, nicht nur ein Verbot ihrer Anwendung, sondern auch ein Verbot ihrer Herstellung und Lagerung. [...] Die Bundesregierung hat die Absicht, auch in dieser Angelegenheit weiterhin vertrauensvoll mit den USA zusammenzuarbeiten, damit die transatlantische Partnerschaft – auch in den Augen der Öffentlichkeit – keinen Schaden nimmt. AM Shultz sagte, er vertraue darauf, daß die Bundesregierung die Angelegenheit sehr ernst nehme und alles tue, um Hinweisen nachzugehen und deutsche Gesetzgebung ggf. zu ergänzen bzw. zu verschärfen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154189.

⁷ Am 13. Januar 1989 teilte Botschafter Ruhfus, Washington, zu den Expertengesprächen mit: „Die Diskussion zur Frage der Beteiligung deutscher oder in Deutschland ansässiger Firmen und Personen wurde von amerikanischer Seite dahingehend zusammengefaßt, daß die Amerikaner dazu weniger Informationen hätten, als die Deutschen brauchten und als sie selbst es wünschten. [...] In den Gesprächen wurde klar, daß Washington viel Zeit und Mühe darauf verwandt hatte, die Natur der Anlage Rabta und das erforderliche internationale Beschaffungsnetz aufzuklären, und daß von Bonn erwartet wird, weitere Zulieferungen zu verhindern und illegal handelnde Exporteure zur Verantwortung zu ziehen. [...] Von Seiten der deutschen Experten wurde das Bedauern ausgedrückt, daß für die Ermittlungstätigkeit hinsichtlich illegaler Exporte von Waren und Technologie aus Deutschland keine konkreten Hinweise oder Beweise vermittelt wurden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187/188; Referat 424, Bd. 168198.

⁸ Dazu wurde in der Presse berichtet: „Zum ersten Mal ist am Montag in einer Stellungnahme der Bundesregierung die libysche Anlage in Rabta als ‚Chemiewaffenanlage‘ und als ‚Kampfstoffanlage‘ gekennzeichnet worden. Diese Stellungnahme ist von Finanzminister Stoltenberg verlesen worden.“

Zusätzliche Erkenntnisse, die gerichtsverwertbar sind, hat das deutsche Team aus den USA nicht mitgebracht.

2) Die umfangreichen Untersuchungen, die von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen veranlaßt wurden, haben aber zu Hinweisen auf eine Beteiligung deutscher Firmen in Rabta geführt. In diesem Zusammenhang hat die Staatsanwaltschaft Offenburg gegen die Firma Imhausen am 13.1.1989 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie sieht auf Grund von Presseberichterstattung und anderen Hinweisen den notwendigen Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz⁹ als gegeben an. Zur Zeit wird geprüft, ob gegen weitere Firmen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann.

3) Der in weiten Teilen der deutschen und internationalen Presse entstandene Eindruck, daß nach der ergebnislos verlaufenen Außenwirtschaftsprüfung der Firma Imhausen feststehe, daß kein deutsches Unternehmen – insbesondere nicht die Firma Imhausen – an möglichen illegalen Exporten nach Libyen beteiligt gewesen sei, ist nicht richtig und ist in dieser Form auch nicht von seiten der zuständigen Stellen so dargestellt worden. Ob selbst bei einem erfolgreichen Abschluß der laufenden Ermittlungen das Ergebnis ausreichende Anhaltspunkte für eine Anklageerhebung enthalten wird, ist angesichts schwieriger Rechts- und Beweisfragen noch offen.

4) Meldungen und Erklärungen der letzten Tage, wonach der Bundesregierung bereits vor dem Besuch von BK Kohl in Washington¹⁰ Hinweise auf die geplante CW-Fabrik in Rabta sowie eine deutsche Beteiligung daran zugegangen waren, treffen zu. Diese Hinweise sind jeweils unverzüglich an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden. Die Ermittlungen mußten verständlicherweise zunächst vertraulich geführt werden.

5) Das Bundeskabinett hat am 10.1.1989 als Reaktion auf die Vorwürfe wegen illegaler Nuklearausfuhren und der möglichen Beteiligung deutscher Unternehmen an der CW-Produktion in Libyen folgende Maßnahmen beschlossen:

- stärkere Zusammenarbeit und erweiterter Datenaustausch zwischen den Kontrollbehörden sowie Verbesserung der Personal- und Sachausstattung dieser Stellen,
- bessere Erfassung der im Nuklearbereich tätigen Unternehmen durch Einführen einer Meldepflicht,
- Ausdehnung des Genehmigungserfordernisses für die Ausfuhr von Technologie-Unterlagen sowie für die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen über die Fertigung sensibler Waren und über sensitive Technologie,

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

Bisher war nur von einem ‚Industriekomplex‘ und von einer ‚Chemieanlage‘ die Rede. Daraus wird in Bonn geschlossen, daß jetzt auch die Bundesregierung über Erkenntnisse verfügt, daß die Fabrik in Rabta für Giftgase und Chemiewaffen verwendet werden soll. Das hat Stoltenberg auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuter auch bestätigt.“ Vgl. den Artikel „Die Bundesregierung nennt die libysche Fabrik zum ersten Mal ‚Chemiewaffenanlage‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Januar 1989, S. 1.

⁹ Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 12. bis 16. November 1988 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 324, Dok. 325, Dok. 327 und Dok. 328.

- Verdoppelung des höchstzulässigen Bußgeldes auf 1 Mio. DM,
- Einführung einer neuen Strafvorschrift, die die Herstellung von B- und C-Waffen im Inland und die Mitwirkung von Deutschen an ihrer Herstellung im Ausland verbietet.

Bereits am 20.12.1988 und unabhängig vom Libyen-Fall hatte das Bundeskabinett eine Verschärfung der Strafvorschriften für illegale Exporte (Umwandlung von einem Erfolgs- in ein Gefährdungsdelikt mit von drei auf fünf Jahre erhöhter Höchststrafe) beschlossen.¹¹

6) Die Bundesregierung nimmt weiterhin jeden Hinweis auf illegale Ausfuhr-geschäfte im Zusammenhang mit der Chemieanlage bei Rabta ernst. Sie ist entschlossen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln derartige Exporte zu verhindern und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Für die Zukunft wird nicht zuletzt die Verschärfung des Strafrechts dafür sorgen, daß einer deutschen Beteiligung an der Herstellung von Massenvernichtungsmitteln im Ausland noch wirksamer entgegengetreten werden kann.

[gez.] Trautwein

Referat 201, Bd. 151249

10

Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 96

Aufgabe: 17. Januar 1989, 14.54 Uhr¹

Ankunft: 17. Januar 1989, 09.39 Uhr

Betr.: Chinas gesellschaftliche Umwandlung;
hier: Glasnost in China

I. Zehn Jahre Reformen haben China ein Auf und Ab bei der Freiheit politischer Diskussion beschert. Heute sind die bildenden Künste relativ frei, Literatur, Film und Presse dürfen vergangene Fehler der Partei kritisieren, sofern sie ihren Primat für die Zukunft nicht in Frage stellen. Es gibt auch ermutigende

¹¹ Ministerialdirigent Trumpf erläuterte am 15. Dezember 1988 zur Vorbereitung der Kabinettsitzung am 20. Dezember 1988, die bisherige Fassung von § 34 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 habe zu dem unbefriedigenden Ergebnis geführt, „daß ein Täter nicht bestraft werden konnte, wenn sein Umgehungsgeschäft frühzeitig vereitelt werden konnte“, und daß „die Täter illegaler Exporte meist nicht bestraft, sondern nur mit einem Bußgeld belegt werden konnten“. Durch die Neufassung von § 34 sei künftig eine Verfolgung und Ahndung als Straftat möglich, wenn die Tat geeignet sei, die Sicherheit der Bundesrepublik und ihre auswärtigen Beziehungen sowie das friedliche Zusammenleben der Völker zu beeinträchtigen. Vgl. Referat 424, Bd. 168202. Die Änderung erfolgte am 20. Juli 1990 durch das Fünfte Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil I, S. 1458 f.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Röhr, Peking, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 17. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ausgezeichneter Bericht. Gelber Dienst + Lob.“

Ansätze zu Demokratisierung, Verrechtlichung und Verbesserung der Verwaltung. Im Vergleich mit der SU liegt China bei den Wirtschaftsreformen vorn, muß sich bei der politischen Reform jedoch mit einem zweiten Platz zufriedengeben.

II. 1) Nach zehn Jahren Reformpolitik in China stellt sich ein uneinheitliches Bild der Meinungs-, Informations- und künstlerischen Freiheit dar. Dies gilt in zweierlei Hinsicht:

In den zehn Jahren seit 1978 ist die Entwicklung nicht kontinuierlich verlaufen. Perioden vergleichsweise großer Freiheit – Mauer der Demokratie (1978/79), Diskussion über innenpolitische Alternativen (1986) – wechselten mit Zeitspannen ab, in denen die Führung die Zügel straffer anzog – Kampagne gegen „Geistige Verschmutzung“² (1983), Kampf gegen „bürgerliche Liberalisierung“ (1987). Gegenwärtig ist das Diskussionsklima wieder vergleichsweise offen, hat allerdings noch nicht den 1986 unter dem damaligen Parteichef Hu Yaobang erlaubten Stand erreicht. Das eingeräumte Maß an Freiheit ist in den einzelnen Bereichen des sozialen Lebens unterschiedlich.

2) Es gibt erstaunliche Entwicklung, und es gibt unanrührbare Tabus:

- Am größten – weil am ungefährlichsten – ist der Spielraum in der bildenden Kunst. Die soeben in Peking beendete erste Ausstellung chinesischer Aktmalerei ist dafür nur ein – allerdings gutes – Beispiel. Bildhauer und Maler sind heute weitgehend frei in der Wahl ihrer Sujets, Vorschriften werden ihnen, soweit ersichtlich, nicht gemacht. Daß es in der chinesischen Malerei an einer sozialkritischen Komponente weitgehend fehlt, hat weniger mit Vorschriften der Partei als mit der Tradition und auch der Qualität der Künstler zu tun. Erstaunlich spitz ist allerdings die Feder der Karikaturisten. Bestechlichkeit und Großmannssucht der Kader werden ebenso wie Muckertum und die Sorgen des Alltags treffend aufgespießt. Vor der Führung von Partei und Staat machen die Karikaturisten allerdings wieder Halt: Die – von der internationalen Presse stark beachteten – Karikaturen von Deng Xiaoping und Hu Yaobang aus dem Jahre 1986 blieben Einzelfälle.
- Mit der Überwindung der „Kulturrevolution“ wurde den chinesischen Schriftstellern die Aufarbeitung der Katastrophe lediglich in der sog. „Narbenliteratur“ gestattet. Dabei stand und steht einer ausführlichen Schilderung damals verübter Greueltaten nichts im Wege, wenn nur Zweifel an der Weisheit der Partei und dem Gründer Mao – Periode³ unterbleiben und am Ende gezeigt wird, wie die Partei die in ihrem Namen verübten Untaten wiedergutmacht: Sie rehabilitiert, vergibt und belohnt, Uneinsichtige in ihrem Schoß bleiben eine Minderheit. Bücher, die wie Nien Chengs „Leben und Tod in Schanghai“⁴ diese Wiedergutmachung nicht akzeptieren und die Rolle der Partei als solche in Frage stellen, werden in China nicht verlegt. Neben die „Narben-“ hat sich als zweiter großer Trend der nachkulturrevolutionären Literatur die Reportageliteratur gestellt. Sie stellt mit geringem literarischem Anspruch – bekanntestes Beispiel sind die „Peking-Menschen“ –

² Korrigiert aus: „Geiste Verschmutzung“.

³ So in der Vorlage.

⁴ Vgl. NIEN CHENG, Leben und Tod in Schanghai, Frankfurt am Main, Berlin 1988.

Einzelschicksale oder Begebenheiten aus dem Alltagsleben und der Arbeitswelt dar, bei denen durchaus auch Mängel des Systems aufscheinen. Die Frage nach dem „Warum“ und den Aufruf zur Änderung versagt sich diese Literatur jedoch.

- Am Charakter dieser Literatur ändert sich naturgemäß wenig, wenn sie für den Film aufbereitet wird. Filmdrehbücher ohne literarische Vorlage sind meist unterhaltend, gesellschaftskritische lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Filme wie die „Schwarze Kanone“, in der die Partei bis zum Schluß ratlos bleibt, oder die „Gelbe Erde“, in dem die Hilfe durch den Soldaten der Volksbefreiungsarmee unwiderruflich zu spät kommt, werden viel diskutiert und wenig gezeigt.

- Für die politische Diskussion in der Öffentlichkeit gelten recht deutlich sichtbare Regeln:

Die „Vier Grundprinzipien“ (Sozialismus, Demokratische Diktatur des Volkes, Führung durch die KP, Marxismus, Leninismus und Mao-Zedong-Gedanken) bleiben – wie zu Jahresbeginn ein Sprecher des Staatsrats in überraschender Offenheit erklärt hat – der öffentlichen Diskussion entzogen. Dieses Tabu ist jedoch weitgehend ein formales: In der Ende 1987 ausgerufenen, bis in die Mitte des nächsten Jahrhunderts reichenden „Anfangsphase des Sozialismus“ ist fast jede Anleihe beim Kapitalismus gestattet. Der Marxismus bleibt für die Sonntagsrede verbindlich, die Mao-Zedong-Gedanken werden selbst in dieser kaum noch erwähnt, während der restlichen Tage der Woche darf aber über wirtschaftliche Alternativen nachgedacht werden. Ausnahme ist die Führung durch die KP: Ihre Machterhaltung bleibt ein Tabu, an dem nicht gerührt wird. Allein unter dieser Voraussetzung wird auch eine Aufarbeitung der Geschichte der KP gestattet. Sofern nur die KP als aus sich heraus erneuerungsfähige bestimmende gesellschaftliche Kraft akzeptiert wird, ist der Hinweis auf vergangene Fehler gestattet. Dies schließt auch die in aller Stille vor sich gehende fortdauernde Demontage Mao Zedongs ein, dessen Platz in der Geschichte zunehmend durch Zhou Enlai – und später Deng Xiaoping – relativiert werden wird.

Tabu sind die Namen jener Dissidenten, die die Rolle der KP in Frage stellen. Weder Wei Jingsheng, der an der Mauer der Demokratie eine echte Demokratisierung gefordert hatte (15 Jahre Gefängnis), noch Fang Lizhi, der⁵ die KP für nicht mehr erneuerungsfähig hält (Parteiausschluß), werden von der chinesischen Presse erwähnt.

Tabu bleiben auch Grundfragen der Außenpolitik. Die Veröffentlichung einer auch nur leicht abweichenden Meinung etwa zur Wiedervereinigung mit Hongkong oder Taiwan, zu den Territorialfragen im südchinesischen Meer oder zu Chinas Rolle im Kambodscha-Konflikt ist undenkbar.

- 3) Kulturminister Wang Meng, dessen in den 50er Jahren verfaßte Darstellung der Desillusionierung eines jungen Parteimitglieds⁶ ihm 20 Jahre Verbannung in Xinjiang einbrachte, dürfte sich hinter den Kulissen nach Kräften bemühen,

⁵ Korrigiert aus: „die“.

⁶ Vgl. WANG MENG, Der Neuling in der Organisationsabteilung, in: Hundert Blumen. Moderne chinesische Erzählungen. Zweiter Band: 1949 bis 1979, hrsg. von Wolfgang KUBIN, Frankfurt am Main 1980, S. 83–149.

den Spielraum für Schriftsteller und Künstler möglichst weit zu halten. Fehlende rechtliche Vorschriften für Zensur und Presse einerseits und die – zwar häufig kritisierte, gleichwohl aber ungebrochene – Einflußmöglichkeit auch dem Kulturbereich völlig fremder Kader schaffen für kritische Intellektuelle einen Bereich der Unsicherheit, der die meisten vorsichtig sein läßt. Die niemals ganz auszuschließende Gefahr einer neuen Kampagne tut ein übriges.

III. Demokratisierung und Verrechtlichung der Gesellschaft stecken in den Kinderschuhen.

Es gibt einige ermutigende Ansätze zu größerer Partizipation der Bürger: Bei Wahlen übersteigt die Zahl der Kandidaten bisweilen schon die Zahl der zu füllenden Plätze. Die Einflußmöglichkeiten der acht nichtkommunistischen Parteien sollen erhöht werden – bisher gibt es aber nur einen aus dem Kreis dieser Parteien stammenden Vizeminister. Der Nationale Volkskongreß will demnächst öffentlich tagen.⁷

Auch die Verrechtlichung des gesellschaftlichen Lebens hat eben erst begonnen: Nachdem es bis vor zehn Jahren nur zwei (!) Gesetze gab, von denen eines nicht eingehalten wurde, fehlt es heute zwar nicht mehr an Gesetzen, aber doch an Richtern und Rechtsanwälten. Die im Fernsehen regelmäßig gezeigten Bilder aus Strafprozessen – von bewaffneten Polizisten in Demutshaltung vorgeführte gefesselte Angeklagte, die vor mehreren hundert Zuschauern vom Richter abgekanzelt werden, – wecken unerfreuliche Erinnerungen. In diesem Bereich ist der Führung der beste Willen zu attestieren, doch wird sie noch Jahre brauchen, die von ihr gesetzten Ziele zu erreichen.

Durch Ausschreibungen von Stellen und ihre Besetzung nach den Ergebnissen von Prüfungen – deren grundsätzliche Ähnlichkeit zu den Examina der Kaiserzeit nicht geleugnet wird – soll ebenso wie durch Abschaffung der lebenslangen Innehabung von Ämtern eine größere Qualität der Administration erreicht werden. Verbesserungen können sich hier nur langsam durchsetzen. In der Bevölkerung überwiegt Zynismus, der angesichts des Umstandes, daß bei zahlreichen hohen Kadern bis hin zum Regierungschef nicht nur sachliche Qualifikation, sondern auch die Abstammung von verdienten Revolutionären eine Rolle gespielt hat, nicht unverständlich ist.

IV. Chinas Wirtschaftsreformen dürften – auch wenn sie derzeit mit Inflation zu kämpfen haben – neben denen Ungarns die fortschrittlichsten aller sozialistischen Länder sein und insbesondere die der SU deutlich hinter sich lassen. Im politischen Bereich hinkt China demgegenüber hinter der SU hinterher. Wesentliche Gründe hierfür sind: Die SU ist der europäischen Tradition der Aufklärung verhaftet, China kennt den Wechsel von Dynastien und die Änderung durch Revolutionen, nicht aber die intellektuelle Auseinandersetzung mit der Obrigkeit. Trotz aller Schrecken der Kulturrevolution: Die SU hat mit Stalin vielleicht mehr aufzuarbeiten als China mit Mao. China fehlt die charismatische, selbstbewußte Führerfigur, als die sich Gorbatschow für die SU entwickelt hat. Deng altert, und unter den Nachfolgern ist eine Persönlichkeit von der Ausstrahlung Gorbatschows derzeit nicht in Sicht.

⁷ Die zweite Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses fand vom 20. März bis 4. April 1989 in Peking statt.

Einige Defizite gibt es in beiden großen sozialistischen Ländern: Ein Pressegesetz, das den Rahmen des Erlaubten absteckt, fehlt hier wie dort. In Peking wie in Moskau fürchten Kader bei politischen Änderungen um ihre Privilegien. Und das Erreichen echter Partizipation der Bevölkerung von mehr Demokratie hat sich auch Gorbatschow zunächst einmal eine besonders große Machtfülle bewilligen lassen.⁸

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161811

11

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10235/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 215
Citissime

Aufgabe: 17. Januar 1989, 20.18 Uhr¹
Ankunft: 18. Januar 1989, 03.05 Uhr

Betr.: CW-Fähigkeit Libyens²;
 hier: Sieben Fragen zur amerikanischen Haltung –
 eine Zusammenfassung

Bezug: DB Nr. 187 und 188 vom 13.1.1989³

Zur Unterrichtung

Hinweis: Folgt Sachstand im Hinblick auf BT-Debatte am 18.1.89⁴

I. Durch die seit nunmehr vier Wochen (Reagan-Äußerung über eventuellen Präventivschlag⁵, vgl. DB Nr. 5158 vom 22.12.88⁶) anhaltende öffentliche und

⁸ So in der Vorlage.

¹ Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 18. Januar 1989 vorgelegen.

² Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 9.

³ Zum Drahtbericht des Botschafters Ruhfus, Washington, über den Besuch einer Expertendelegation in den USA vgl. Dok. 9, Anm. 7. Vgl. ferner Anm. 7.

⁴ Der Bundestag debattierte am 18. Januar 1989 über die Chemieanlage in Rabta und die Frage einer Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und Firmen an einer möglichen Produktion von chemischen Waffen. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 118. Sitzung, S. 8619–8643.

⁵ Für den Wortlaut der Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Reagan in einem am 22. Dezember 1988 ausgestrahlten Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender ABC vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1988/89, S. 1648.

⁶ Gesandter Paschke, Washington, teilte mit, für die amerikanische Regierung sei „Option eines militärischen Schlages gegen libysche CW-Anlage bei Rabta derzeit in keiner Weise aktuell“. Nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums seien die gegenwärtigen Bemühungen „klar auf diplomatisches Vorgehen konzentriert (focus on diplomacy), bezweckten die Sensibilisierung zunächst der Verbündeten und interessierter Staaten und verfolgten darüber hinaus bekanntlich als zweiten Hauptzweck, den Fluß von Materialien (Ersatzteile, Kunststoffe) und Dienstleistungen (service) für die libysche Anlage möglichst abzuschneiden“. Vgl. Referat 311, Bd. 154188.

administrationsinterne Debatte sowie den intensiven amerikanisch-deutschen Dialog hierzu (Besuche BM Stoltenberg⁷, MdB Rühle⁸, Expertenkommission in Washington) ist amerikanische Haltung immer deutlicher geworden.

Zusammenfassend:

Frage 1:

Inwieweit ist aus US-Sicht bewiesen, daß es sich bei der Anlage in Rabta um eine als solche geplante und angelegte Kampfstoff-Fabrik handelt?

Aus US-Sicht ist dieser Beweis in vollem Umfang geführt. Amerikaner, die ihre diesbezüglichen Erkenntnisse wie uns auch anderen Verbündeten zur Verfügung gestellt haben, sind im Rahmen ihrer diplomatischen Initiative derzeit bemüht, möglichst viele Regierungen von Verbündeten zu öffentlichen Erklärungen zu bewegen, daß es sich in der Tat um eine für die CW-Herstellung von vornherein geplante und errichtete Anlage handelt. Libyen-Referatsleiterin im State Department sagte uns soeben (17.1.), bis jetzt gebe es solche Erklärungen von GB, Kanada, NL.

Frage 2:

Welches ist derzeit aus US-Sicht das prioritäre Ziel, für das USA die Unterstützung der Verbündeten wie von uns gewinnen wollen?

Aus amerikanischer Sicht geht es in nächster Zeit darum, die Fähigkeit der libyschen Seite zur Aufnahme von Mengenproduktion zu verhindern. Konkret bedeutet dies, daß der Export nach Libyen und Einbau höchstwahrscheinlich noch fehlender sensibler Anlagekomponenten (vor allem: Steuerungscomputer mit Software) verhindert werden muß, dazu auch die Einstellung bzw. das Verbleiben westlicher Experten in Rabta, die bisher noch für Betrieb und Wartung der Anlage unentbehrlich sind.

⁷ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 13. Januar 1989, der stellvertretende amerikanischen Außenminister Whitehead habe gegenüber Stoltenberg am selben Tag ausgeführt: „Die aktuelle Libyenfrage sei zwischen den USA und Deutschland auf dem Wege der Lösung. Die jüngsten Erklärungen der Bundesregierung ließen erkennen, daß die Bundesregierung grundsätzlich anerkennt, daß deutsche Firmen an der Anlage Rabta beteiligt waren und daß in früheren amerikanischen Behauptungen auch Wahrheit stecke. [...] Bonn und Washington lägen in dieser Sache nun wieder auf gleicher Wellenlänge. Die Administration habe nicht den Finger auf die Deutschen zeigen wollen, ihr sei daran gelegen, Deutschland zu unterstützen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187/188; Referat 424, Bd. 168198.

Am selben Tag berichtete Ruhfus außerdem über Äußerungen Stoltenbergs vor Journalisten: „Nur kurz befragten die Journalisten BM zum Libyen-Fall. BM betonte, daß Bundesregierung alle eingegangenen Informationen sofort untersucht habe [...]. Alles laufe auf die Frage hinaus, ob genehmigungspflichtige Waren ungenehmigt geliefert worden seien, nur dann sei gegen bisheriges Recht verstoßen worden. Daß Bundesregierung die Problematik seit langem erkannt habe, ergebe sich daraus, daß die Neufassung des AWG lange vor dem Libyen-Fall begonnen worden sei. Er, BM, fürchte inzwischen allerdings, daß es sich bei der Anlage in Libyen tatsächlich um eine CW-Fabrik handele. Genaues allerdings wisse er nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191/192; Referat 411, Bd. 160524.

⁸ Der CDU-Abgeordnete Rühle hielt sich vom 8. bis 11. Januar 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, informierte hierzu am 11. Januar 1989, Rühle habe „mit Nachdruck“ deutlich gemacht, daß „– bei allem Verständnis für amerikanische Besorgnis und aller Aufgeschlossenheit für Kritik – es unerträglich sei, wenn in der Öffentlichkeit der politische Wille und die Entschlossenheit der Bundesregierung angezweifelt würden, ihren Beitrag zur Klärung der Angelegenheit zu leisten. Gefordert sei jetzt die vertrauensvolle Arbeit zwischen den Regierungen und den Experten, damit der Fall Rabta aufgeklärt werden könne. Diese Ausführungen Rühes wurden von allen amerikanischen Gesprächspartnern positiv zur Kenntnis genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139/142; Referat 311, Bd. 154189.

Frage 3:

Warum ist eine Inspektion, wie von libyscher Seite angeboten⁹, aus US-Sicht nicht geeignet, die amerikanischen Befürchtungen zu entkräften?

Aus US-Sicht besteht eine Besonderheit der libyschen CW-Fabrik darin, daß sie von vornherein (vermutlich zum Zweck der Täuschung) so angelegt wurde, daß sie (quasi per Knopfdruck) in kurzer Zeit auf „friedliche Produktion“ umgestellt werden kann. Amerikaner schätzen den Zeitbedarf zum Verwischen der Spuren auf „etwa sechs bis acht Stunden“.

Alle bisherigen „Inspektions“-Angebote von libyscher Seite laufen auf (nur) einmalige Inspektion hinaus. Dies bestärkt USA in Verdacht, daß hier ggf. ein Täuschungsmanöver vorbereitet werden soll. Amerikaner haben sich zu der für sie akzeptablen Art von Inspektionen daher öffentlich noch nicht geäußert. In internen Gesprächen haben sie dagegen unterstrichen, daß nur ein dauerhaftes Monitoring bzw. die Möglichkeit jederzeitiger überraschender Inspektionen ausreichend sein würden.

Frage 4:

Wie schätzen Amerikaner Involvierung deutscher Firmen ein?

Auf amerikanischer Seite geht man von einem von dem Iraker Barbouti für Gaddafi wahrscheinlich zu diesem besonderen Zweck errichteten internationalen Beschaffungssystem (international supply network) aus, in dem deutsche Staatsangehörige und Firmen (einschließlich der von US-Seite uns genannten) eine zentrale Rolle gespielt haben (insbesondere mit dem Transfer von Expertise beim Erwerb CW-geeigneter Systemkomponenten). Sie haben hierzu eine Reihe konkreter Informationen und Hinweise, die sie als Ansatzpunkte für weitere deutsche Ermittlungen mit uns zu teilen bereit sind.

Amerikaner erkennen zugleich an, daß sie bisher nicht wissen und keine konkreten gerichtlich verwertbaren Beweise dafür haben, daß in bestimmten Fällen deutsche Ursprungswaren unter Verletzung unserer Exportkontroll-Vorschriften nach Rabta verbracht wurden. Bei zunehmend besserem US-Verständnis für deutsches Exportkontroll-Regime schließen Amerikaner sogar die Möglichkeit nicht völlig aus, daß trotz der aus ihrer Sicht feststehenden Involvierung deutscher Staatsangehöriger und Firmen keine exportkontroll-relevanten Vorgänge angefallen sind. Allerdings scheinen sie guten Grund zu der Annahme zu haben, daß die deutschen Behörden bei der Vielzahl der Transaktionen für Rabta auch auf illegale Vorgänge stoßen werden.

Frage 5:

Wie ist die Haltung der US-Administration zu den Aufklärungsbemühungen der Bundesregierung?

Botschaft geht weiterhin davon aus, daß die Informationen des Artikels in der New York Times von Michael Gordon vom 30.12.88¹⁰ auf gezielten Presse-

⁹ Zur Frage von Inspektionen der Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 2.

¹⁰ In dem am 1. Januar 1989 veröffentlichten Artikel von Stephen Engelberg und Michael R. Gordon wurde unter Berufung auf amerikanische Regierungsmitarbeiter die Beteiligung der Firma Imhausen-Chemie am Bau einer Anlage in Rabta zur Herstellung von chemischen Waffen dargelegt. Ferner wurde auf die nach Ansicht der amerikanischen Regierung unzureichenden Bemühungen der Bundes-

Indiskretionen (wahrscheinlich aus CIA-Kreisen) beruhten und mit der Absicht erfolgten, öffentlichen Druck auf die deutsche Seite zu erzeugen.

Näheres hierzu wissen wir jedoch nicht. Keine US-Stelle hat sich hierzu bekannt. Vertreter des Weißen Hauses und des State Department (Ridgway) haben sich sogar nachdrücklich hiervon distanziert (gegenüber MdB Rühle¹¹).

Bedeutsamer ist jedoch, daß alle offiziellen Stellungnahmen von seiten der US-Regierung jeweils ihr Vertrauen zum politischen Willen der Bundesregierung zum Ausdruck brachten. Beispiele:

- Erklärung AM Shultz in Paris nach Treffen mit BM (7.1.)¹²
- Erklärung US-Präsident Reagan im CNN-Fernsehen (16.1.)
- positive Erklärung President-elect Bush (13.1.) über „commitment“ des Bundeskanzlers: „I never doubted Chancellor Kohl's commitment to the control and elimination of chemical weapons. His integrity is beyond reproach in this regard. His commitment is honest and open.“¹³
- Deputy Secretary Whitehead zu BM Stoltenberg (13.1.) (s. Bezugsbericht)

Insgesamt steht US-Bereitschaft zu einer nicht kontroversen, kooperativen Behandlung dieser Problematik damit außer Frage.

Frage 6:

Warum konzentrieren sich USA trotz anderer Schwellenländer derzeit so stark auf Gaddafi?

Sachliche und politisch-taktische Gründe kommen zusammen. In sachlicher Hinsicht ist bedeutsam:

- Rabta: größte erkannte CW-Fabrik in DW;
- Unberechenbarkeit und in der Vergangenheit bewiesene menschenverachtende Rücksichtslosigkeit von Gaddafi geben zu besonderen Befürchtungen Anlaß.

Darüber hinaus machen Schwäche und fehlende Popularität von Gaddafi auch in der Dritten Welt ihn zu einem „geeigneten Kandidaten“, bei dem mit Aussicht auf Erfolg und erhoffte abschreckende Wirkung für andere ein Exempel statuiert und der Tendenz zu wachsender CW-Verbreitung in sensibler Nahostregion Einhalt geboten werden soll.

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

regierung zur Verhinderung von Lieferungen verwiesen. Vgl. dazu den Artikel „Germans Accused of Helping Libya Build Nerve Gas Plant“; THE NEW YORK TIMES vom 1. Januar 1989, S. 1 bzw. S. 8.

¹¹ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 11. Januar 1989, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe gegenüber dem CDU-Abgeordneten Rühle ausgeführt, „daß im State Department niemand mit Michael Gordon gesprochen habe. [...] Sie riet abschließend zur Vorsicht bei der Abgabe von öffentlichen Stellungnahmen und sagte sehr prononciert, die von den USA der Bundesregierung bekanntgegebenen Informationen seien nicht aus der Welt zu schaffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 139/142; Referat 311, Bd. 154189.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 9, Anm. 6.

Zu den Äußerungen von Shultz im Anschluß an das Gespräch vgl. den Artikel „Moskau kündigt einseitig Abbau der C-Waffen an“; DIE WELT vom 9. Januar 1989, S. 1.

¹³ Zu den Äußerungen des designierten amerikanischen Präsidenten Bush vgl. den Artikel „Bush beschwichtigt in den deutsch-amerikanischen Verstimmungen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1989, S. 3.

Frage 7:

Wie aktuell ist eventuelle militärische Option?

Aus hiesiger Sicht gibt es keinerlei Anzeichen, daß ein gezielter militärischer Schlag gegen die Anlage bei Rabta derzeit intern erwogen wird. Im Gegenteil waren von Präsident Reagan abwärts Sprecher der Administration und des Bush-Teams in den letzten Wochen übereinstimmend bemüht, solchen Spekulationen entgegenzutreten. Derzeitige US-Bemühungen zielen klar auf politischen Druck und Verhinderung der Inbetriebnahme von Rabta durch Abschneiden ausländischer Hilfe.

II. Vor allem die Medien in den USA (aber auch in D) haben in letzter Zeit ein Bild dieser Problematik mit amerikanisch-deutschen Negativ-Akzenten gezeichnet:

- Bei Frage deutscher Zulieferungen ein Aneinandervorbeireden auf zwei völlig verschiedenen Ebenen: US-Darlegung „überzeugender Hinweise“ versus deutsches Verlangen nach „konkreten, gerichtsverwertbaren Beweisen“.
- Im Zusammenhang damit angeblich gegenseitige Vorwürfe und Schuldzuweisungen.
- Fehlinterpretation der US-Bemühungen als angeblichen „Generalangriff auf liberales deutsches Außenhandelssystem“.

Morgige Debatte im BT wird ein wichtiger Beitrag zur weiteren Versachlichung sein. Hierfür günstig wäre:

- eine erneute, zukunftsorientierte Betonung der gemeinsamen politischen Zielsetzung, der weiteren CW-Verbreitung entgegenwirken zu wollen. Konkret zu Libyen wäre eine Bekräftigung der Äußerung von BM Stoltenberg sicherlich hilfreich, nach Auffassung der Bundesregierung handele es sich bei der Anlage in Rabta um eine Giftgas-Fabrik.¹⁴ Sie würde die Aufmerksamkeit wieder auf die zugrundeliegende Problematik und die damit verbundene Frage zurückführen, wie die auch von uns keinesfalls gewünschte Produktionsaufnahme in Rabta noch verhindert werden kann.

¹⁵Zur Frage der Involvierung deutscher Unternehmen könnte ggf. zweckmäßig sein, von einer legalistischen Sicht („keine gerichtsverwertbaren Beweise“) stärker auf eine betont politische Sprache überzugehen, die im Sinne der bisherigen Vorschläge zur Kriminalisierung bewußter CW-Zulieferungen auch die moralisch bewertende Komponente hervortreten läßt. Darüber hinaus könnte dargetan werden, mit welchen großen rechtlichen und tatsächlichen Schwierigkeiten die nationalen Ermittlungsbehörden gegenüber einem internationalen Netzwerk von Beschaffungsorganisationen zu kämpfen haben und daß auch in den USA als Schlußfolgerung hieraus die Notwendigkeit klar gesehen wird, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter zu verstärken.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 13041 (204)

¹⁴ Zu den Äußerungen des Bundesministers Stoltenberg vom 16. Januar 1989 vgl. Dok. 9, Anm. 8.

¹⁵ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 216 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

12

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van den Broek in Wien

220-370.70 NDL VS-NfD

18. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Vermerk über das Gespräch Bundesminister Genschers mit dem niederländischen Außenminister van den Broek am Rande der Schlußsitzung des Wiener KSZE-Folgetreffens am 18.1.1989²

Niederländischer Außenminister schlägt vor, über Fragen der Abrüstung und der Verteidigung zu sprechen, insbesondere über das Gesamtkonzept³ (hier wirft *Bundesminister* ein, es handele sich um ein Gesamtkonzept „über Abrüstung und Rüstungskontrolle“, während *niederländischer Außenminister* bemerkt, man müsse bei der Bezeichnung des Gesamtkonzepts hinzufügen: „and for defence requirements“).

Niederländischer Außenminister fährt fort, die niederländische Regierung habe im Zuge der Behandlung des Gesamtkonzepts im Bündnis eine Reihe von deutschen Besorgnissen in Rechnung gestellt; die Niederlande hätten immer darauf hingewiesen, daß man sich mit SNF-Rüstungskontrolle ernsthaft befassen müsse und diese Frage nicht einfach verdrängen und außer acht lassen dürfe. Die Niederländer seien jedoch der Auffassung, daß man auch die andere Seite der Medaille, nämlich die Verteidigungserfordernisse bei SNF, nicht einfach beiseite schieben könne. Das Bündnis sei in Reykjavik klar davon ausgegangen, daß die SNF-Systeme „instand gehalten“ werden müßten („kept up to date“).

Die niederländische Regierung teile die Auffassung von SACEUR⁴, daß man einseitige Abrüstungsmaßnahmen bei der Nuklearartillerie verbinden solle mit gleichzeitiger Hinwendung (shift) zu größeren Reichweiten von SNF-Systemen (einschließlich Lance). Die niederländische Regierung habe eine klar umrissene Position zur Verminderung nuklearer Artillerie. Hierüber könne man nicht verhandeln. Dieses Problem müsse man auf dem Wege einseitiger Maßnahmen lösen, jedoch auch verteidigungspolitisch mit einer Hinwendung zu größeren SNF-Reichweiten verbinden. Außenminister antwortet auf Frage Bundesministers, daß in den Niederlanden eine limitierte Anzahl nuklearfähiger Artillerie,

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, z. Z. Wien, gefertigt und am 19. Januar 1989 über Botschafter Holik an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 26. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178931.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

³ In Ziffer 8 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik wurde der Ständige NATO-Rat mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung beauftragt. Vgl. dazu NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 384. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Zum Stand der Beratungen vgl. AAPD 1988, II, Dok. 362.

⁴ John R. Galvin.

wie übrigens auch Lance-Raketen, stationiert seien (sechs Launchers, was nichts über die Raketenzahl aussage).

Außenminister faßt Position in folgenden Punkten zusammen:

- Rüstungskontrollposition für Lance: x Raketen weniger als gegenwärtiger Bestand (z. B. Reduzierung von 600 auf 400 Raketen). Gleichzeitiger Vorbehalt, daß wir im Zuge einer Modernisierung höhere Raketenzahl erreichen könnten, falls die Sowjetunion ihren derzeitigen Bestand an SNF nicht erheblich verringere.
- Einseitige – militärisch relevante – Reduzierung der nuklearfähigen Artillerie bei gleichzeitiger Perspektive, Nuklearartillerie einseitig ganz zu beseitigen, wenn die Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte deutliche, die Sicherheit erhöhende Erfolge aufwiesen.

Dies stelle ein umfassendes, „süß-saures“ Paket sicherheitspolitischer Maßnahmen („comprehensive package of sour and sweet“) dar, durch das die Allianz in die Lage versetzt werde, die Initiative zu ergreifen und ein deutliches Signal an den Osten zu geben.

Bundesminister erwidert: Wir befänden uns im Meinungsbildungsprozeß. Wir orientierten uns an der westlichen Sicherheit. Wir seien zunehmend irritiert über die Weigerung maßgeblicher Verbündeter, sich um eine Reduzierung der sowjetischen Überlegenheit bei den SNF zu bemühen.

Hier handele es sich um einen Punkt, bei dem wirklich Zeitdruck bestehe. Es gehe um die Vereinbarung eines Verhandlungsmandates durch das Bündnis mit dem Ziel, die sowjetische Überlegenheit bei SNF abzubauen oder nachzuweisen, daß die SU hierzu nicht bereit sei. Wenn irgendwo ein Test sowjetischen Abrüstungswillens verlangt sei, dann hier. Es müsse der Versuch gemacht werden und auf der anderen Seite eine Bereitschaft vorliegen, eine ernstzunehmende Bedrohung des Bündnisses zu beseitigen. Für uns sei gänzlich unverständlich – und unserer Öffentlichkeit immer schwerer verständlich zu machen –, daß die Allianz fortfahre, der Sowjetunion zu erlauben, diese Überlegenheit beizubehalten. Es gehe hier um eine bedeutsame Belastung westlicher Sicherheit. Daher müsse die Frage der Sicherheit im Vordergrund stehen. Hier dränge die Zeit. Sie dränge nicht in der Frage der Modernisierung. Letztere sei erst aktuell in den frühen neunziger Jahren.

In diesen Fragen besäßen wir eine gewisse Erfahrung. Wir hätten im Dezember 1979 die Entscheidung über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles getroffen⁵, und zwar mit dem Ziel der Stationierung 1983. Diesmal bräuchten wir neue SNF-Systeme gegebenenfalls frühestens 1996. Dies setze voraus, daß die Lance 1995 ausfalle. Dann müsse 1996 der Austausch vollzogen werden. Die Entscheidungen hierzu müßten frühestens 1992 getroffen werden.

Zur SNF-Rüstungskontrolle sei in Reykjavik gesagt worden, wir wollten gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau.⁶ Dies bedeute möglicherweise weniger als

⁵ Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

⁶ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

88 Lance-Werfer auf beiden Seiten. Eine Null-Lösung komme für uns nicht in Betracht. Diese würde eine negative Präjudizierung gegen die Modernisierung bedeuten und die Entscheidung in 1992 vorwegnehmen.

Wir wollten ganz eindeutig die Option für eine Modernisierung offenhalten. In Reykjavik sei gesagt worden: Modernisierung „if necessary“. Darüber wollten wir 1992 in aller Ruhe entscheiden. Ein Zeitdruck bestehe hier nicht. Er bestehe jedoch für die Vereinbarung eines Verhandlungsmandats im Bündnis. Der Kollege Dregger habe sich zweimal in diesem Sinne öffentlich geäußert. Er, der Bundesminister, äußere sich in dieser Frage öffentlich nicht; auch die FDP sei hier sehr zurückhaltend. Er, der Bundesminister, und die Partei beschränkten sich auf die Feststellung, sie unterstützten die Entscheidung von Reykjavik. Herr Dregger sei in der öffentlichen Erklärung viel weiter gegangen.

Man müsse diese Frage auch unter dem Gesichtspunkt unserer Kriegsverhütungsstrategie sehen. Wir seien uns darüber einig, daß die Bedeutung der Nuklearwaffen für die Abschreckung vom Kriege um so geringer werde, je kleiner die Reichweiten seien. Wenn man über die Abschreckungsfunktion kürzerer Reichweiten rede, dann werde alsbald ein Kriegsführungsdenken deutlich; uns komme es aber auf die Kriegsverhinderung an.

Auch müsse man in Erwägung ziehen, daß die Stationierung von Nuklearartillerie auf unserem Territorium bedeute, daß wir die einzigen seien, bei denen Abschußort und Ziel dieser Systeme im gleichen Land lägen. Insofern beeindruckten uns Erklärungen einzelner Verbündeter von „firmness“ nicht. Diese müßten erst einmal vorweisen, daß auch sie bereit wären, Waffen zu stationieren, wobei Abschußort und -ziel im gleichen Lande lägen. Wir hätten über 2000 nukleare Sprengköpfe für die Nuklearartillerie auf unserem Territorium. 50 dieser Sprengköpfe reichten aus, um die Bundesrepublik Deutschland völlig zu vernichten. Selbst wenn man diese Sprengköpfe um die Hälfte reduziere, bestehe immer noch eine gewaltige Overkill-Kapazität. Wir bewunderten die Geduld unserer Bevölkerung in diesen Fragen.

Zusätzlich müsse bei den Kurzstreckensystemen auch noch auf folgendes hingewiesen werden: Ob die SNF eine Reichweite von 120km oder von 450km aufwiesen: Beiden Reichweiten sei gemeinsam, daß der potentielle Aggressor nicht erreicht werden könne. Wenn es einen potentiellen Aggressor gebe, dann sei das nicht die DDR, nicht Polen und nicht die ČSSR. Man müsse sich auch vergegenwärtigen: Wie stünden wir da, wenn wir 50 Jahre nach Kriegsbeginn einer Modernisierung von Raketen zustimmten, die zwar nicht die Sowjetunion, aber sehr wohl Polen erreichen könnten? Letzteres sei im Moment ohne Durchführung der SNF-Modernisierung nicht möglich, denn wir bauten die LRINF ab, mit denen man eine solche Wirkung hätte erzielen können.⁷

Er, der Bundesminister, habe zusammen mit dem Bundeskanzler 1982 einen Regierungswechsel herbeigeführt⁸, um die sicherheitspolitische Landschaft zu

⁷ Referat 220 erläuterte am 1. Februar 1989, nach Inkrafttreten des INF-Vertrags am 1. Juni 1988 seien bis zum offiziellen ersten Stichtag am 1. Dezember 1988 von den USA 108 Mittelstreckenflugkörper vernichtet worden und von der UdSSR 432. Bis zum 31. Dezember 1988 hätten die USA 27 Pershing II aus der Bundesrepublik sowie 64 aus Belgien, Großbritannien und Italien abgezogen. Die UdSSR habe 53 SS-23 aus der DDR entfernt. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144784.

⁸ Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. Septem-

verändern und den Doppelbeschluß herbeizuführen. Zusätzlich habe man die Änderung der Finanzpolitik als Grund für den Regierungswechsel genannt, um nicht allein auf die Sicherheitspolitik abzustellen. Man könne ihm, dem Bundesminister, deshalb keine grundsätzliche und allgemeine Abneigung gegen Modernisierungen vorwerfen.

Auf dem Hintergrund der Entwicklung der politischen und sicherheitspolitischen Ost-West-Beziehungen wollten wir zunächst sehen, wie es mit der konventionellen Abrüstung vorangehe. Wenn dort nichts passiere, werde mit der SNF-Modernisierung alles viel leichter sein. Wenn bei KRK ernstzunehmende Erfolge zu verzeichnen seien, müsse man die Frage der Modernisierung um so mehr überdenken.

Beseitigung der Nuklearartillerie in Europa bedeute im übrigen nicht die Denuklearisierung Europas. Wenn man nur auf die SNF blicke, dann müßte Großbritannien nach Vollzug des INF-Vertrages⁹ nach dieser Betrachtungsweise schon denuklearisiert sein. Aber in Großbritannien stünden nuklearfähige Flugzeuge ebenso wie bei uns, in Italien, in Belgien und in den Niederlanden. Bei uns verbliebe immer noch die größte Konzentration an Nuklearwaffen.

Er, der Bundesminister, habe kürzlich ein sehr ernstes Gespräch mit Außenminister Schewardnadse am Rande der Pariser Konferenz geführt.¹⁰ Er habe dabei die Ankündigung der einseitigen Maßnahmen durch Generalsekretär Gorbatschow¹¹ gutgeheißen, jedoch auch auf folgendes hingewiesen: Die Sowjetunion habe im SNF-Bereich in Europa 1000 Werfer, die nach unserer Rechnung vier- bis sechsmal nachgeladen werden könnten. Also verfüge die Sowjetunion über mindestens 4000 Systeme und Sprengköpfe. Wir hätten etwa 600 Systeme und Sprengköpfe auf 88 Werfern. Die Sowjetunion müsse in Europa mindestens 912 Werfer beseitigen, um auf unser Niveau von 88 Werfern zu gelangen.

Niederländischer Außenminister bemerkt abschließend, er sehe die Situation aus einem politischen Blickwinkel. Wenn wir uns mit unserem Wunsch nach einer Bündnisposition zu SNF-Rüstungskontrolle auf das Kommuniqué von Reykjavik beriefen, so dürften wir uns nicht wundern, wenn andere Bündnispartner auf dem Kommuniqué-Wortlaut „in Verbindung mit Reduzierungen der konventionellen und chemischen Waffen“ bestünden.

Bundesminister verdeutlicht, daß sich diejenigen täuschten, die glaubten, SNF-Rüstungskontrolle sei ein Geschenk an die Bundesrepublik Deutschland. Sie sei vielmehr ein Beitrag zur Sicherheit des Bündnisses. Wir säßen alle in einem Boot. Wenn das Boot anfangs zu sinken, würden wir alle zusammen naß.

Fortsetzung Fußnote von Seite 54

ber 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

⁹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Januar 1989 während der Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 5, Anm. 15.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

Niederländischer Außenminister weist darauf hin, daß der Risikofaktor, der von SNF ausgehe, auch die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Alliierten betreffe und ferner auch die unmittelbaren Nachbarn der Bundesrepublik. Das Bild vom einzigen Opfer Bundesrepublik Deutschland stelle ein falsches Bild dar.

Bundesminister führt abschließend aus, er und niederländischer AM sollten recht bald in Bonn oder in Den Haag wieder zusammentreffen. Man solle sich an einem Abend zusammensetzen und über alle diesbezüglichen Fragen sprechen. Er gebe nochmals zu bedenken, daß der Vorsitzende der stärksten Regierungsfraktion, Kollege Dregger, und auch die CSU in die gleiche Richtung dächten wie er. Diejenigen in Washington und London, die ihn, den Bundesminister, in diesem Zusammenhang allein verantwortlich machen wollten, befänden sich im Irrtum.

Niederländischer Außenminister stimmt einem nochmaligen beiderseitigen Treffen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu.

Referat 010, Bd. 178931

13

Botschafter Hartmann, Wien (KRK-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 109

Aufgabe: 18. Januar 1989, 13.00 Uhr¹

Ankunft: 18. Januar 1989, 14.16 Uhr

Delegationsbericht Nr. 427

Betr.: KRK;

hier: Abschluß der Mandatsverhandlungen am 14.1.1989 (offiziell: am 10.1.)

1) Nach einer bis in die letzten Stunden anhaltenden dramatischen Abschlußphase sind die am 17.2.1987 in Wien aufgenommenen Verhandlungen² der 23 Mitgliedstaaten von NATO und WP über ein Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa bei angehaltener Uhr³ offiziell am 10.1.1989 (tatsächlich am 14.1.) durch Paraphierung des Mandats abgeschlossen worden. Damit ist der Weg frei für im Rahmen des KSZE-Prozesses stattfindende

¹ Das von Legationsrat Hoffmann, Wien (KRK-Delegation), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 18. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vorwerk und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Erck „z[ur] K[enn]tnisnahme!“ verfügte.

Hat Vorwerk und Erck vorgelegen.

² Zum Beginn der Mandatsverhandlungen vgl. AAPD 1987, I, Dok. 44.

³ Die Wörter „angehaltener Uhr“ wurden von Vortragendem Legationsrat Vorwerk hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Verhandlungen der 23 der NATO und dem WP angehörenden Staaten, als deren Ziel im Mandat die „Festigung der Stabilität und Sicherheit in Europa durch die Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau“ genannt wird.⁴

Diese Verhandlungen werden – zugleich mit neuen Verhandlungen im Kreis der 35 KSZE-Staaten über einen weiteren Satz vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Fortsetzung der Stockholmer KVAE⁵ – voraussichtlich am 6. März 1989 im Rahmen einer auf Einladung des österr. AM Mock vorgesehenen AM-Sitzung in Wien beginnen.⁶

2) Die letzten Wochen und Monate der Mandatsgespräche standen im Zeichen teilweise sehr kontroverser Auseinandersetzungen zu drei Mandatskapiteln:

a) Verbindung der Verhandlungen der 23 zum KSZE-Prozeß:

Die konkrete Ausgestaltung des in Reykjavik im Juni 1987⁷ zwischen US und F hergestellten Einverständnisses, wonach die Verhandlungen der 23 „im Rahmen des KSZE-Prozesses“ stattfinden sollten, gestaltete sich außerordentlich schwierig, da insbesondere US mit größter Hartnäckigkeit für ein Maximum von „Autonomie“ der 23 eintrat. US achtete sehr sorgfältig darauf, daß die einzelnen Verbindungselemente zwischen den 23 und den 35 im Zuge eines erneuten franz.-amerikanischen Kompromisses von Anfang Dezember 1988⁸ über folgende Kernelemente hergestellt werden: regelmäßige Informationstreffen mit den N+N über die 23er-Verhandlungen; Zusage der 23, die von den nichtteilnehmenden Staaten zum Ausdruck gebrachten Auffassungen zu berücksichtigen; Unterrichtung des nächsten KSZE-FT in Helsinki⁹ über Ergebnisse der 23er-Verhandlungen einschließlich Meinungsaustausch hierüber; zeitweise Unterbrechung der KRK-Verhandlungen zu diesem Zweck; gemeinsames Gebäude (Hofburg) für KRK- und VSBM-Verhandlungen.

b) Verhandlungsgegenstand

Nachdem es in monatelangem Ringen gelungen war, SU von ihrer ursprünglichen Forderung nach Einbeziehung der taktischen Nuklearwaffen abzubringen, stand Frage der Einbeziehung doppelt verwendbarer Waffen im Mittelpunkt. Hier legte insbes. F großen Wert auf eine Formulierung, die es erlaubt, bestimmte¹⁰ Waffensysteme, die aus F-Sicht zwar dominant nuklear sind, zumindest theore-

⁴ Für den Wortlaut der Erklärung des Vorsitzenden „Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (Anhang III des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989) und der dazugehörigen Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 96–99.

⁵ Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 eröffnet und endete nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

⁶ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE sowie die VSBM-Verhandlungen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 75.

⁷ Korrigiert aus: „Juli 1987“.

In Reykjavik fand am 11./12. Juni 1987 die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁸ Vgl. dazu das amerikanisch-französische Papier vom 5. Dezember 1988; VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 331–334.

⁹ Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 statt.

¹⁰ Korrigiert aus: „daß bestimmte“.

tisch aber auch konventionell genutzt werden könnten, von den Verhandlungen ausschließen zu können. Das Mandat sieht vor, daß Gegenstand der Verhandlungen die auf Land stationierten konventionellen Streitkräfte der Teilnehmer sind. Es stellt klar, daß das Vorhandensein mehrfacher Einsatzfähigkeiten auf den Verhandlungsgegenstand keine Auswirkungen haben soll:

- Keine konventionelle Bewaffnung wird deshalb ausgeschlossen, weil sie neben konventioneller auch andere Einsatzfähigkeiten haben kann.
- Kernwaffen werden nicht Gegenstand der KRK-Verhandlungen sein.

Diese Formulierungen lassen auch die Möglichkeit offen, daß – entsprechend der insbes. von der Bundesrepublik Deutschland vertretenen Auffassung – gesonderte Verhandlungen über SNF stattfinden können.

c) Anwendungsgebiet

Unstrittig war von Anfang an, daß Europa vom Atlantik bis zum Ural Anwendungsgebiet sein sollte. Im einzelnen klärungsbedürftig waren drei Fragen:

- Präzise Festlegung für einbezogenes SU-Territorium im Kaukasus. Westen setzte sich hier mit seiner Forderung nach Einbeziehung der beiden kaukasischen Militärbezirke der SU (entlang Ural-Fluß und Kaspischen Meeres) durch.
- Explizite Einbeziehung der europäischen Inseln. Hierbei entstanden Schwierigkeiten dadurch, daß SP, PORT, DK und NWG aus verfassungspolitischen Gründen unterschiedliche Auffassungen über die Opportunität einer expliziten Feststellung der Einbeziehung bestimmter Inseln (Kanarische Inseln, Azoren etc.) vertraten, wenn auch alle frühzeitig von der faktischen Einbeziehung dieser Inseln ausgingen. Auf östliches Drängen wurde die Einbeziehung einer Reihe namentlich genannter Inseln festgestellt, die die äußerste Grenze des Anwendungsgebiets markieren. Nach einem zwischen den beteiligten Staaten erreichten Kompromiß wird dies in den dem¹¹ Mandat beigefügten nationalen Erklärungen festgehalten. Ausdrücklich erwähnt ist die Einbeziehung folgender Inseln: Färöer, Svalbard (Nordspitzbergen) einschließlich der Bäreninsel, Azoren, Madeira, Kanarische Inseln, Franz-Joseph-Land, Nowaja Semlja.
- Festlegung einer Ausschußzone in der Türkei angrenzend an Iran, Irak und Syrien. Osten anerkannte zwar schon im Sommer 1988 Berechtigung einer Ausschußzone im Hinblick auf Nachbarschaft der Türkei mit nichtteilnehmenden Staaten, war jedoch hartnäckig um möglichst kleinen Zuschnitt dieser Ausschußzone bemüht. Als SU schließlich Anfang Januar 1989 einer Linie zustimmte, die auch den türkischen Mittelmeerhafen Mersin ausschloß (Mersin hat für TUR große strategische Bedeutung im östlichen Mittelmeer, ist aber auch Nachschubhafen für türk. Streitkräfte auf Zypern), entstand hierüber ein heftiger Streit zwischen TUR und GR, der den zeitgerechten Abschluß der Mandatsgespräche und des Wiener KSZE-FT¹² vor der Amtsübergabe in Washington fast verhindert hätte. In einer etwa zehntägigen dramatischen Schlußphase gelang es, GR und TUR in buchstäblich letzter Minute vor dem geplanten Beginn der KSZE-Abschlußsitzung auf AM-Ebene zur Annahme

¹¹ Korrigiert aus: „in dem“.

¹² Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

eines Kompromisses zu bewegen, der einerseits formulierungsmäßig im Mandat die Frage des Ein- oder Ausschlusses von Mersin offenhält, andererseits TUR im Rahmen eines Briefwechsels für die in den eigentlichen Verhandlungen zu gegebener Zeit zu lösende Frage in der Sache die Unterstützung seitens US, SU, UK und D zusichert.

¹³³) Das Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa liegt in sechs Sprachfassungen vor, deren Authentizität von den 23 DL durch ihre Paraphe bestätigt wurde. Die sechs Sprachfassungen wurden publiziert, erscheinen aber auch als integraler Anhang des Abschließenden Dokuments des Wiener KSZE-FT.

Das Mandat besteht aus vier Teilen:

- dem eigentlichen Mandat,
- den Verfahrensregeln einschließlich Arbeitsprogramm für die ersten zwei Wochen (Anhang 1),
- den Modalitäten für Informationsbegegnungen mit nichtteilnehmenden KSZE-Staaten (Anhang 2),
- den nationalen Erklärungen von DK, NWG, PORT, SP und SU über Einbeziehung spezifisch genannter Inseln.

Das eigentliche Mandat hat folgende Abschnitte:

- Präambel
- Teilnehmer
- Ziele und Methoden (u. a. Schaffung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau; Beseitigung von Ungleichgewichten, die nachteilig für Stabilität und Sicherheit sind; und – als vorrangige Angelegenheit – die Beseitigung der Fähigkeit zur Auslösung von Überraschungsangriffen und zur Einleitung großangelegter offensiver Handlungen. Jeder Teilnehmer ohne Ausnahme verpflichtet sich, zur Erreichung dieser Ziele beizutragen.

Die genannten Ziele sollen durch die Anwendung militärisch bedeutsamer Maßnahmen, wie unter anderem Reduzierungen, Begrenzungen, Bestimmungen zu Umdislozierungen, gleiche Obergrenzen und ähnliche Maßnahmen, erreicht werden.

- Verhandlungsbereich und Anwendungsgebiet (s. 2b) und 2c));
- Informationsaustausch und Verifikation (wirksames und striktes Verifikationsregime, das u. a. das Recht auf Vor-Ort-Inspektionen sowie den Austausch von Informationen einschließen wird.);
- Verfahren und andere Regelungen (Verbindungselemente zwischen 23 Teilnehmern und 35 KSZE-Staaten, s. 2a));
- Charakter der Vereinbarungen (international verbindlich);
- Verhandlungsort (Wien, Beginn: nicht später als in siebenter Woche nach Abschluß WFT);

¹³³ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 108 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

- Schlußformel (Empfehlung, Mandat abschließendem Dokument des KSZE-WFT beizufügen).

4) Mit nahezu zweijähriger Dauer haben sich die Mandatsgespräche erheblich länger als ursprünglich erwartet hingezogen. Diese Dauer erklärt sich nur teilweise aus den schwierigen Fragen, die im Mandat selbst gelöst werden mußten. Insbes. auf westlicher Seite wurde auch stark darauf geachtet, zwischen Fortschritten bei der Erarbeitung eines substantiellen Schlußdokumentes des Wiener KSZE-FT und Fortschritten im Mandat einen gewissen Parallelismus zu wahren. Zur Durchsetzung der bemerkenswerten Einzelbestimmungen insbes. im Bereich der humanitären Dimension des Abschließenden Dokumentes von Wien war diese Strategie von Nutzen. Für die Zukunft wird im Interesse einer rüstungskontrollpolitischen Eigendynamik der KRK-Verhandlungen auf „Autonomie“ auch in dem Sinne zu achten sein, daß Verhandlungsfortschritte nicht mit Fortschritten hinsichtlich der menschenrechtlichen Dimension des KSZE-Prozesses verknüpft werden.

Inhaltlich enthält das Mandat Festlegungen, deren Akzeptanz durch den WP, insbes. SU, vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar gewesen wäre. Der neue Kurs der sowjetischen Führung unter Gorbatschow war – vor allem ab Mitte 1988 – deutlich in den Mandatsverhandlungen zu spüren. Die SU-Delegation hat – selbstverständlich unter Vertretung ihr wichtiger Positionen – durchgehend geschäftsmäßig und konstruktiv verhandelt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, daß nach allem Anschein die SU innerhalb der östlichen Gruppe keineswegs selbstverständlich ihre Positionen durchsetzen konnte, sondern sich der Zustimmung ihrer Bündnisgenossen in einem internen Diskussionsprozeß versichern mußte. In den 23er-Begegnungen sichtbar war es insbes. die HU-Delegation, die sich für Kompromißlösungen einsetzte, wenn auch zweifelhaft blieb, welcher tatsächliche Einfluß auf die Meinungsbildung innerhalb der östlichen Gruppe HU letztlich zukam.

Für unsere Delegation war neben SU auf östlicher Seite PL der wichtigste Partner. Auf westlicher Seite ist – vor allen in der Schlußphase – die enge Zusammenarbeit mit UK und US hervorzuheben.

[gez.] Hartmann

Referat 209, Bd. 148765

14

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Wien

VS-NfD

19. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch von BM mit AM Schewardnadse (S.) am 19.1.1989 in der Residenz des deutschen Botschafters² (Frühstück)³

Nach beiderseitigen einleitenden Bemerkungen zur Veränderung der Atmosphäre sowohl in den West-Ost-Beziehungen als auch im bilateralen Verhältnis seit Beginn des Wiener Folgetreffens⁴ würdigte *Schewardnadse* Beitrag von BM hierzu. Die Unterschiede der verschiedenen an dieser Entwicklung beteiligten Persönlichkeiten machten den Dialog interessant und fruchtbar. Zu Beginn des Wiener Folgetreffens habe es eine sehr schwierige Lage gegeben, weil die Atmosphäre nicht gut gewesen sei. Die sowjetische Seite sei aber darauf nicht wieder zurückgekommen. Jetzt wolle er BM zum Abschluß des Wiener Folgetreffens⁵ gratulieren. Die Sowjetunion wisse den persönlichen Beitrag von BM zu schätzen. Das gelte auch für die Bemühungen während der letzten Tage vor Erreichung des Konsenses. Die Stimmung jetzt sei gehoben, wozu auch die Verhandlungsführer ihren Beitrag geleistet hätten. Nun sei die Aufgabe, das zu verwirklichen, was vereinbart worden sei. Dies sei der schwierigste Teil der Arbeit.

Auch *BM* würdigte die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Delegationen auf deutscher und sowjetischer Seite, die zum Erfolg des Wiener Folgetreffens beigetragen habe. Die jeweiligen Delegationsleiter⁶ hätten sich insoweit auch persönliche Verdienste erworben.

Schewardnadse dankte BM für seine frühe Unterstützung des sowjetischen Vorschlags auf Abhaltung eines Folgetreffens zu humanitären Fragen in Moskau.⁷ Die sowjetische Seite habe sich sehr eingesetzt für die West-Ost-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck gefertigt und an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Zustimmung des Herrn BM herbeizuführen“.

² Botschafter der Bundesrepublik in Wien war Dietrich Graf von Brühl.

³ Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich des Abschlusses der dritten KSZE-Folgekonferenz vom 16. bis 19. Januar 1989 in Österreich auf.

⁴ Die KSZE-Folgekonferenz in Wien wurde am 4. November 1986 eröffnet. Zur ersten Verhandlungsrunde bis 19. Dezember 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 374.

⁵ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

⁶ Detlev Graf zu Rantzau bzw. Jurij Borissowitsch Kaschlew.

⁷ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug erstmals am 5. November 1986 in einer Rede in Wien die Abhaltung einer Konferenz über Menschenrechtsfragen in Moskau vor. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 341.

Der Vorschlag wurde von der UdSSR am 10. Dezember 1986 in der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingebracht. Vgl. dazu das Dokument CSCE/WT.2; Referat 212, Bd. 153445.

Wirtschaftskonferenz.⁸ Sie wolle sich an dieser Folgeveranstaltung aktiv beteiligen.⁹

Es folgte ein Meinungsaustausch über das Datum für einen Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik (siehe hierzu gesonderten Vermerk¹⁰). Zum Besuch von AM Schewardnadse in Bonn im Rahmen der vereinbarten deutsch-sowjetischen Konsultationen ergaben sich zwei Varianten für die zweite März-Hälfte 1989.¹¹

S. versicherte, eine dieser Varianten werde wohl in seine übrigen Pläne passen. Es bestand Einigkeit, daß die deutsche Seite auf die Überlegungen zum Datum für einen Besuch Generalsekretär Gorbatschows reagiert; die sowjetische Seite wird sich zu dem Datum für den Besuch von AM Schewardnadse äußern.

Im Hinblick auf die Gemeinsame Erklärung erwähnte *BM*, daß wir in Kürze unseren Vorschlag übermitteln wollten. Die Diskussion in Paris¹² habe ergeben, daß man in die gleiche Richtung denke. *Schewardnadse* bestätigte, daß auch er davon ausgehe, daß bereits eine Grundlage bestehe. Er nehme an, daß man die Gemeinsame Erklärung bei seinem Besuch im März mehr oder weniger definitiv vereinbaren könne. *BM* stimmte zu.

Zu dem Konsultationsplan für 1989 meinte *Schewardnadse*, auch dies könne Gegenstand der Gespräche der beiden Außenminister im März sein. Er überreichte hierzu einen ausführlichen sowjetischen Vorschlag.¹³ Darüber könne auch auf anderer Ebene zwischen den Außenministerien weiter gesprochen werden. *BM* stimmte zu.

Schewardnadse fuhr fort, daß im März eine wichtige Etappe der Verhandlungen zwischen den 23 und den 35 beginne.¹⁴ Es sei ein schwieriger Prozeß, bei dem viel davon abhängen, daß man einen guten Start erreiche. Zur Ebene des Beginns dieser Verhandlungen habe Außenminister Mock gestern der Ministerebene zugestimmt. Dies sei auch die Meinung der Minister der WTO¹⁵ (Warschauer Vertragsorganisation). Für diese Ebene spreche auch noch, daß sie eine Teilnahme von AM Baker ermöglichen werde.

⁸ In seiner Rede am 7. November 1986 in Wien schlug Bundesminister Genscher die Abhaltung einer Ost-West-Wirtschaftskonferenz vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1986, S. 1147. Dieser Vorschlag wurde von den EG-Mitgliedstaaten am 18. Februar 1987 gemeinsam eingebracht. Für das Dokument CSCE/WT.58 vgl. Referat 212, Bd. 153446.

⁹ Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹⁰ Ministerialdirigent Höynck vermerkte am 20. Januar 1989, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe im Gespräch mit Bundesminister Genscher am Vortag in Wien die Zeit vom 12. bis 15. Juni 1989 für einen Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in der Bundesrepublik vorgeschlagen. Genscher habe auf den Termin der Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 verwiesen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147130.

¹¹ Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse fand am 12./13. Mai 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 133.

¹² Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 7. Januar 1989 vgl. Dok. 5, Anm. 15.

¹³ Für den vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse übergebenen Terminplan für Konsultationen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem sowjetischen Außenministerium vgl. Referat 213, Bd. 147141.

¹⁴ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE sowie die VSBM-Verhandlungen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74 und Dok. 75.

¹⁵ Warsaw Treaty Organisation.

BM unterstrich die besondere Bedeutung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaterie. Auf beiden Seiten seien die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland am stärksten betroffen. Deshalb sei es auch richtig, daß diese beiden Staaten die größten Anstrengungen machen müßten. Mit der Außenministerebene für den Beginn der Verhandlungen sei er einverstanden. Es sei anzunehmen, daß auch AM Baker teilnehmen wolle. Gerade weil die Verhandlungen so kompliziert seien, komme es auf einen guten Impuls an, der es ermögliche, signifikante Fragen zu lösen. Die Ankündigung von Generalsekretär Gorbatschow bei seiner UNO-Rede von Reduzierungen offensiver Waffen¹⁶, insbesondere von Panzern und Artillerie, werde bei uns hoch eingeschätzt. Es komme jetzt darauf an, schnell erste Schritte zu ermöglichen, damit sich erweise, daß auch konventionelle Abrüstung möglich sei. Wenn man einige Jahre mit der Diskussion grundsätzlicher Fragen zubringe, drohe das Momentum verlorenzugehen. 1989 habe man jedenfalls einen guten Beginn gemacht mit der Konferenz in Paris¹⁷ und mit dem Wiener Folgetreffen. Die Bundesregierung werde sich an den bevorstehenden Verhandlungen mit Interesse, mit Nachdruck und mit Ideenreichtum beteiligen.

Schewardnadse unterstrich, daß sich aus dem Vorschlag von Generalsekretär Gorbatschow vor der UNO ergebe, daß die Abrüstung offensiver Waffen Priorität haben solle. Man hoffe darauf, daß der Westen ebenfalls offensive Streitkräfte reduzieren werde, und zwar unter Einschluß von Panzern, Artillerie, aber auch unter Einschluß der Luftstreitkräfte. Auf den Einwurf von *BM*, daß dies ein komplizierter Zusammenhang sei, fuhr *Schewardnadse* fort, daß Verhandlungen über alle diese Bereiche kommen müßten. Auch für die VSBM gelte, daß es sich um einen allgemein anwendbaren Gedanken handle, der auch auf See-Streitkräfte ausgedehnt werden müsse. Dies sei ein für die Sowjetunion wichtiger Bereich. Das gesamte Spektrum gehöre in den Rahmen von Verhandlungen. Er meine, daß man zu diesen Fragen ein System aufbauen müsse, das enge Kontakte über die auftauchenden Probleme erlaube. Auch bei INF hätte es keinen Verhandlungserfolg gegeben, wenn nicht Kontakte auf hoher Ebene, darunter auch die Ebene der Außenminister unter Einbeziehung von BM, stattgefunden hätten. Über diesen Fragenkreis solle man sowohl bei seinem Besuch im März sprechen als auch bei dem Besuch von GS Gorbatschow. Die Sowjetunion habe die Idee eines gesamteuropäischen Gipfels unter Einschluß der USA und Kanadas in einer gewissen Etappe der Verhandlungen ins Gespräch gebracht. Auch dies sei ein Thema, über das man bei dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow sprechen könne.

BM warf ein, daß während des Moskau-Besuchs des Bundeskanzlers¹⁸ von unserer Seite bereits eine prinzipiell positive Reaktion erfolgt sei. Selbstverständlich müßten sich die Regierungen im Hinblick auf die neuen Verhandlungen in hohem Maße engagieren. Er rege an, daß vor dem Besuch von S. in Bonn Abrüstungs-

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁷ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

¹⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

konsultationen stattfinden, damit bei diesem Besuch sehr konkret über Abrüstung gesprochen werden könne.¹⁹ (*Schewardnadse stimmte zu.*)

Nach Hinweis von *BM*, daß er zusammen mit *AM Andreotti* und *AM Dumas* am 16.2.1989 erneut in Genf sprechen wolle²⁰, fuhr *Schewardnadse* fort, daß 1989 die Vorbereitungen einer CW-Konvention abgeschlossen werden könnten. *S.* ging dann auf die Frage der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen ein, auf die *BM* ihn in Paris angesprochen habe. Er wolle heute bestätigen, daß die Sowjetunion nicht den Wunsch habe, diese Waffen zu modernisieren. Die sowjetische Seite schlage vielmehr vor, Verhandlungen mit dem Ziel radikaler Reduzierung dieser Waffengattung zu beginnen. Allerdings sei man in Moskau beunruhigt über die erste Rede *Secretary Bakers*, der sich für eine Modernisierung der konventionellen Rüstung und der taktischen Nuklearwaffen ausgesprochen habe.²¹ In Kenntnis der Haltung von *BM* wolle er unterstreichen, daß es nicht einfach sein werde, den Prozeß der Modernisierung zu stoppen. Wenn der Westen beginne, werde die Sowjetunion zu ähnlichen Schritten gezwungen. Eine solche Lage werde auch ein Störfaktor bei den Verhandlungen über konventionelle Rüstung sein. Er wolle in diesem Zusammenhang betonen, daß der von Generalsekretär *Gorbatschow* angekündigte Abzug von Truppen so vollzogen werden solle, daß vollständige Verbände einschließlich ihrer Nuklearträger, das heiße Raketen und Artillerie, reduziert werden sollten.

BM wies darauf hin, daß die NATO sich schon in Reykjavik²² für radikale Reduzierung mit dem Ziel gleicher Obergrenzen ausgesprochen habe. Im Hinblick auf die Modernisierung sowjetischer Kurzstreckenwaffen lägen uns Informationen vor, daß eine solche Maßnahme gerade stattgefunden habe und vor kurzem abgeschlossen worden sei.

Schewardnadse wies darauf hin, daß es verschiedene Systeme, dazu wieder Untersysteme, gebe, und möglicherweise habe es irgendwo Entwicklungen der von *BM* geschilderten Art früher gegeben. Er wolle aber nochmals versichern, daß zur Zeit nichts dergleichen stattfinde. Reduzierungen dieser Waffenart seien im Rahmen von Verhandlungen zu erreichen. Dabei spreche der Westen von landgestützten Systemen. Taktische Luftstreitkräfte und andere nukleare Trägersysteme müßten aber ebenfalls einbezogen werden. Die Sowjetunion sei nicht daran interessiert, diese Waffenart zu behalten. Er wolle abschließend nochmals unterstreichen, daß es keine Modernisierung gebe und daß man schnell mit

¹⁹ Die rüstungskontrollpolitischen Konsultationen mit der UdSSR fanden am 27./28. Februar 1989 statt. Ministerialdirigent Roßbach vermerkte dazu am 1. März 1989, im Mittelpunkt hätten die bevorstehenden VKSE gestanden. Ferner sei über die Genfer Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen gesprochen worden. Bei den Gesprächen über Nuklearsysteme hätten die SNF im Mittelpunkt gestanden. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 144784.

²⁰ Der französische Außenminister *Dumas* sprach am 7. Februar 1989 vor der Genfer Abrüstungskonferenz. Für den Wortlaut vgl. *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1989 (Januar/Februar), S. 79–82. Bundesminister *Genscher* hielt seine Rede in Genf am 2. März 1989. Für den Wortlaut vgl. *BULLETIN* 1989, S. 209–213.

²¹ Für den Wortlaut der Ausführungen des designierten amerikanischen Außenministers *Baker* in einer Anhörung vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats am 17. Januar 1989 in Washington vgl. *DEPARTMENT OF STATE BULLETIN*, Bd. 89 (1989), Heft 2145, S. 12.

²² Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. *NATO FINAL COMMUNIQUES* 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. *AAPD* 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

Verhandlungen beginnen sollte. Wahrscheinlich wäre es gut, diese Ideen zunächst prinzipiell weiterzuentwickeln. Später könne man dann auf die praktischen Konsequenzen zurückkommen.

BM hob hervor, daß es wichtig sei, jetzt mit Verhandlungen zu beginnen, damit in Zukunft alle Waffenarten erfaßt seien. Im Hinblick auf die Genfer CW-Verhandlungen interessiere ihn, wo aus sowjetischer Sicht zur Zeit das Haupthindernis liege.

Schewardnadse sah keine unlösbaren Probleme. Auch die lange Zeit streitige Frage der „kleinen Labors“ sei gelöst worden. Es sei klar, daß auch private Unternehmen mit ziviler Chemieproduktion in die Inspektion einbezogen werden müßten. Einige Staaten könnten in Zukunft vielleicht in der Lage sein, eine CW-Konvention zu umgehen. Man könne nicht vorhersehen, in welcher Weise Wissenschaft und Forschung sich entwickeln würden. Davor solle man aber keine zu große Angst haben; denn mit der allgemeinen Entwicklung der Wissenschaft würden sich auch die Formen der möglichen Kontrolle vervollkommen. Eine internationale Organisation könne jeden Staat und jede Region kontrollieren. Das Haupthindernis heute seien wohl binäre Waffen. Frankreich habe in dieser Richtung heute mehr Verständnis. Das Haupthindernis seien die USA. Sie seien das einzige Land, in dem binäre Waffen produziert würden. Dazu passe nicht gut die Kritik an der CW-Produktion durch ein anderes Land. Binäre Waffen müßten einbezogen werden, weil sonst Optionen für Wettrüsten offenblieben. Er sehe die Möglichkeit eines Abschlusses für 1989, wenn die USA bereit seien mitzumachen. Die bilaterale Zusammenarbeit in diesem Bereich sei gut. Er frage sich, ob man vielleicht bei dem Außenministertreffen im März Experten beteiligen solle. Vielleicht auch bei dem Gipfeltreffen im Juni.

BM unterstrich daraufhin nochmals, daß die Abrüstungsexperten solche Gespräche vorbereiten sollten. Wir machten keinen Unterschied zwischen guten und bösen CW. Alle CW seien böse. Alle seien zu beseitigen. Unter Hinweis auf das Gespräch von S. mit Botschafter M.-L.²³ führte *BM* aus, daß Verifikationsmaßnahmen vielleicht nicht absolut zuverlässig und vollkommen seien. Wir seien auch bereit zu einer Folgekonferenz nach Abschluß von Genf, die sich mit der Perfektionierung der Verifikation unter Berücksichtigung neuer technischer Entwicklungen befassen könne. Wir wollten nicht nur die Proliferation zwischen den Staaten verhindern, sondern auch eine technologische Entwicklung, die neue Möglichkeiten eröffne. Dazu gehöre auch ein Appell an die betreffenden Wissenschaftler, sich solchen Entwicklungen zu verweigern.

Referat 010, Bd. 178931

²³ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 12. Januar 1989, der sowjetische Außenminister Schewardnadse habe ihm telefonisch für Bundesminister Genscher mitgeteilt, die sowjetische Führung „habe mit Genugtuung von Verlauf und Ergebnis der Pariser CW-Konferenz Kenntnis genommen. Die Erklärung des BM in Paris sei besonders wichtig und hilfreich gewesen. Die Abschlußerklärung sei nach sowjetischer Auffassung substantiell und umfassend. Sie trage bei zur Beschleunigung des Verhandlungsprozesses über eine CW-Verbotskonvention. Er, Schew[ardnadse], stelle mit besonderer Genugtuung fest, daß wesentliche Elemente der Schlußerklärung von Paris den von BM und ihm im Januar 1988 in Bonn gemeinsam definierten Zielsetzungen zu CW entsprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; Referat 010, Bd. 178932.

15

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-424.02/6 VS-NfD

19. Januar 1989

Über Dg41¹, D4² Herrn Staatssekretär³ zur Information

Betr.: Fortgang der Arbeiten des Delors-Ausschusses über die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa⁴

1) Der Delors-Ausschuß hat am 10. Januar 1989 seine fünfte Sitzung abgehalten. Sie hat anscheinend eine Annäherung der verschiedenen Standpunkte gebracht, die erwarten läßt, daß der Ausschuß einen in wichtigen Punkten einvernehmlichen Bericht wird vorlegen können.

Allerdings zeichnet sich hinsichtlich des dritten Kapitels des Berichts mit den darin enthaltenen Optionen für konkrete Schritte zur Erhaltung einer Wirtschafts- und Währungsunion eine gewisse Isolierung Frankreichs ab.

2) Im ersten Kapitel werden Stand und Perspektiven der wirtschaftlichen und monetären Integration beschrieben. Es ist weitgehend unumstritten und entspricht im ganzen auch unseren Vorstellungen.

3) Im zweiten Kapitel werden Charakteristika und Implikationen einer WWU beschrieben. Es lehnt sich eng an die von BBK-Präsident⁵ Pöhl gelieferten Schriftbeiträge⁶ an. Aufgrund der bisherigen Diskussion über die Integrations-

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek, am 20. Januar 1989 vorgelegen.

² Alois Jelonek.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister z[ur] Kenntnisnahme). Der im Prinzip von Ihnen vorgesehene Besuch bei der Bundesbank sollte baldmöglichst terminiert werden (mit angemessener Vorbereitungszeit). Siehe auch letzter Absatz.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe und Legationsrat Berger am 23. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Berger am 13. Februar 1989 erneut vorgelegen, der zur handschriftlichen Bemerkung von Lautenschlager vermerkte: „7.4. vorgesehen.“

Hat Berger am 22. März 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 412 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Inhalt der Vorlage vom 19.1. ist in die Vorlage vom 17.3. integriert, die BM noch vorliegt.“

Hat den Vortragenden Legationsräten Zeisler und Zirpel am 22. bzw. 23. März 1989 vorgelegen.

⁴ Auf seiner Tagung am 27./28. Juni 1988 in Hannover setzte der Europäische Rat einen Ausschuß unter Vorsitz von EG-Kommissionspräsident Delors ein, der Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion unterbreiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 191.

Auf einer Sitzung am 13. Dezember 1988 in Basel erörterte der Delors-Ausschuß einen ersten Entwurf für einen Bericht an den Europäischen Rat. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 363.

⁵ Bundesbank-Präsident.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder notierte am 1. Dezember 1988, Bundesbankpräsident Pöhl habe dem Delors-Ausschuß im November 1988 ein Papier zugeleitet: „In dem Papier werden als entscheidendes Kriterium für eine Wirtschafts- und Währungsunion unveränderliche, stabile Wechselkurse genannt. Außerdem setzt es sich auseinander mit den institutionellen und rechtlichen Erfordernissen einer WWU (Europäisches Zentralbanksystem). [...] In der Bundesbank ist außerdem ein Brief

erfordernisse in den relevanten nichtmonetären Bereichen muß allerdings noch mit erheblichen Textänderungen gerechnet werden. Insbesondere scheinen einige Mitgliedstaaten die bisher enthaltenen rigiden Stabilitätsanforderungen als zu weitgehend zu empfinden.

Das zweite Kapitel enthält folgende Kernaussagen:

- Wirtschafts- und Währungsunion sind die beiden Teile eines einheitlichen Ganzen. Seine Verwirklichung erfordert ein neues Vertragswerk.
- Eine Währungsunion setzt letztlich eine einheitliche Währung voraus. Die hierfür erforderliche Konvertibilität der Währungen und Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs sind bereits bzw. werden spätestens 1992⁷ realisiert. Zur unwiderruflichen Festschreibung der Wechselkurse bedarf es aber noch höherer realwirtschaftlicher Konvergenz.
- Die Wirtschaftsunion setzt einen Binnenmarkt voraus, in dem die „vier Freiheiten“ verwirklicht sind. Regionale Ungleichgewichte lassen sich nicht mehr durch Paritätsänderungen im EWS ausgleichen. Sie erfordern u. a. Lohndifferenzierungen und Finanztransfers, um regionalpolitisch unerwünschte Wanderbewegungen von Arbeit und Kapital in Grenzen zu halten, und eine enge Abstimmung der nationalen Finanzpolitiken, solange die Gemeinschaft selbst nur begrenzte Haushaltsbefugnisse hat.
- Gemeinschaftliche Politiken müssen von gemeinschaftlichen Institutionen beschlossen werden.
 - Ein europäisches Zentralbanksystem (bestehend aus einer europäischen Währungsbehörde und den nationalen Notenbanken) ist für (innere) Geld- und (äußere) Währungspolitik zuständig. Es räumt der Geldwertstabilität Priorität ein, ist von nationalen oder gemeinschaftlichen Instanzen unabhängig und föderal strukturiert.
 - Ein Zentrum für wirtschaftspolitische Koordinierung wird auf Gemeinschaftsebene dafür sorgen, daß die Mitglieder der WWU eine kompatible Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben.
 - Die institutionellen Voraussetzungen der WWU werden im Rahmen eines völkerrechtlichen Vertrages aufgrund Art. 236 EWG-Vertrag⁸ gelegt.

4) Im dritten Kapitel (Optionen für konkrete Schritte) wurden im ursprünglichen Entwurf zwei Szenarien nebeneinandergestellt.

Szenario A enthielt im wesentlichen Vorschläge, die BBK-Präsident Pöhl mit dem Ziel größerer Kompetenz des Ausschusses der EG-Zentralbankpräsidenten gemacht hatte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 66

Bundesbankpräsident Pöhl an alle Mitglieder des Delors-Ausschusses vorbereitet worden, der allerdings noch nicht abgesandt wurde. In diesem Brief werden konkrete Schritte für den Ausbau der Befugnisse des monatlich in Basel tagenden Ausschusses der Zentralbankpräsidenten der EWS-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, u. a. Ausarbeitung von Empfehlungen an die jeweiligen Nationalnotenbanken (z. B. in Zins- und Geldpolitik) sowie parallele wirtschaftspolitische Empfehlungen an die Regierungen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168728.

⁷ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁸ Für den Wortlaut von Artikel 236 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898f.

Szenario B gab wörtlich den Vorschlag des französischen Zentralbankpräsidenten de Larosière wieder, die in der EWS-Resolution des Europäischen Rates von 1978⁹ vorgesehenen Reformvorschläge aufzugreifen und insbesondere einen europäischen Reservefonds mit gewissen Kompetenzen in der Wechselkurs- und Geldpolitik zu schaffen.

In den beiden Szenarien kommen unterschiedliche Zielsetzungen für die Währungsintegration zum Ausdruck.

Nach französischem Verständnis ist der mangelnde Zusammenhalt des EWS hauptsächlich den von außen kommenden Wechselkurseinflüssen zuzuschreiben. Daher müsse man sich darauf konzentrieren, diese Einflüsse durch eine gemeinsame Wechselkurspolitik zu neutralisieren. Die Frage der internen Geldwertstabilität spielt dabei eine sekundäre Rolle („Fondsmodell“).

Nach deutscher Auffassung sind es dagegen Konvergenzmängel im EWS, die zu einer unterschiedlichen Markteinschätzung einzelner wichtiger EWS-Währungen führen, in deren Folge Spannungen im EWS auftreten können.

Diese Mängel lassen sich nicht durch Interventionen auf den Devisenmärkten überspielen, sondern nur durch eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungspolitik aus der Welt schaffen („Zentralbankmodell“).

Das „deutsche“ Modell ist mehr als das französische ein Modell, das letztlich zu echter Integration führt.

Nach der Sitzung vom 10. Januar kann davon ausgegangen werden, daß die große Mehrheit der Ausschußmitglieder (einschließlich des GB-Vertreters¹⁰) dem Szenario A zugeneigt und bereit ist, einige Elemente aus Szenario B in Szenario A zu übernehmen, aber ohne den von de Larosière vorgeschlagenen Reservefonds. Es wird in den nächsten Wochen darauf ankommen, die Franzosen dazu zu bewegen, sich der Mehrheit anzuschließen.

5) Unter der Annahme, daß dies gelingt, würde der Bericht für das gemeinsame Szenario drei Stufen vorsehen:

a) Die erste Stufe beginnt mit der Herstellung der völligen Freiheit des Kapitalverkehrs¹¹. Sie geht nicht mit einer Übertragung von Befugnissen auf die Gemeinschaft einher. Ziel ist die immer engere Koordinierung von Wirtschafts- und Währungspolitik.

– Im Bereich der Wirtschaftspolitik sind das Binnenmarktprogramm für 1992¹² zu verwirklichen und gleichzeitig weitere Anstrengungen zu größerer Übereinstimmung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu unternehmen.

⁹ Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel die Errichtung eines Europäischen Währungssystems zum 1. Januar 1979. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 124–129. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 380.

¹⁰ Robert Leigh-Pemberton.

¹¹ Die Wörter „völligen Freiheit“ und „Kapitalverkehrs“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies impliziert m. E. die Lösung der schwierigen Frage der Steuerharmonisierung (Frankreich!).“

¹² Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rates am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch bzw. den Anhang „Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes 1992“ vgl. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf bzw. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de_annexe.pdf. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 177.

- Im Bereich der Währungspolitik ist die Stellung des Gouverneursausschusses, das Funktionieren des EWS und die Rolle der ECU zu stärken.

(Für beide Bereiche enthält der Berichtsentwurf detaillierte Einzelvorschläge.)

In der ersten Stufe ist außerdem mit der Ausarbeitung eines WWU-Vertrages zu beginnen.

b) Die zweite Stufe soll in Kraft treten, sobald Einvernehmen über hinreichende Konvergenzfortschritte besteht. Einige Befugnisse werden auf die Gemeinschaft übergehen, ohne aber den Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung für die Wirtschafts- und Währungspolitik zu nehmen.

- Für den Bereich der Wirtschaftspolitik wird das Zentrum für wirtschaftspolitische Koordinierung eingesetzt.
- Für den Bereich der Währungspolitik wird ein europäisches Zentralbanksystem eingerichtet.

c) Die dritte Stufe ist gekennzeichnet durch die unwiderrufliche Festschreibung der Wechselkurse. Dies bedeutet, daß von da ab praktisch kein Spielraum mehr für eine eigenständige nationale Geldpolitik besteht. Die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik müßte weitgehend bei der Gemeinschaft liegen. Der Übergang zur Gemeinschaftswährung wäre ein politisch zwar sehr wichtiger, ökonomisch aber nur noch formaler Schritt.

6) Auch außerhalb des Delors-Ausschusses geht die Diskussion weiter. Am 19.1. 1989 hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank AG, Guth, vor der von 150 europäischen Unternehmen geschaffenen Vereinigung für die europäische Währungsunion (Vorsitzender: Philips-Vorstandssprecher van der Klugt; Stellvertreter Fiat-Präsident Agnelli) in Straßburg vorgeschlagen, das Jahr 2000 zum Zieldatum der Verwirklichung der WWU zu bestimmen. Im übrigen unterstützte er implizite das in Szenario A des Delors-Berichts vorgeschlagene Vorgehen und wies auf den langfristigen Trend zu einem tripolaren Weltwährungssystem mit einer Dollar-, einer Yen- und einer europäischen Währungszone hin.

Am 26. Januar soll ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und Bundesbankpräsident Pöhl über die anstehenden Fragen stattfinden.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168729

16

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
polnischen Ministerpräsidenten Rakowski****VS-vertraulich****20. Januar 1989¹**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Dr. Mieczysław F. Rakowski, am 20. Januar 1989, 16.15 bis 17.15 Uhr, im Bundeskanzleramt²

Teilnehmer:

Dr. Ryszard Karski, Botschafter der Volksrepublik Polen; Bogumił Król, Botschaftsrat; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Maria Hamerlak-Hermesdorff, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß den polnischen Ministerpräsidenten Rakowski herzlich willkommen. Sie hätten bereits heute mittag beim Essen, das der Bundespräsident anlässlich des 75. Geburtstages von Willy Brandt gegeben habe, drei Stunden zusammengesessen und vieles besprechen können. Sie hätten gemeinsam ein denkwürdiges Ereignis erlebt, das ein Stück europäische Geschichte widerspiegele.

Der Bundeskanzler erinnerte an die erste Begegnung mit Ministerpräsident Rakowski anlässlich einer Einladung, die er noch als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz an die Bonner Presse auf Burg Rheineck ausgesprochen habe. Rakowski sei damals Korrespondent in Bonn gewesen. Er habe sich heute beim Mittagessen daran erinnert, als ihn der Ministerpräsident darauf angesprochen habe.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß das Jahr 1989 international ein bedeutungsvolles Jahr sein werde. Unter anderem werden beide Seiten der 50. Wiederkehr des Kriegsbeginns am 1. September gedenken. Das Datum vom 1. September 1939 sei ein bedeutsamer Einschnitt in die Geschichte beider Völker gewesen, die eine lange gemeinsame Geschichte erlebt hätten. In dieser habe es gute und schreckliche Zeiten gegeben.

Er wolle dem Ministerpräsidenten noch einmal sehr persönlich sagen, daß er sich als Parteivorsitzender, der jetzt 16 Jahre im Amt sei, länger als Konrad Adenauer, in der Tradition der deutschen Zentrumsparterie sehe. Die polnischen Abgeordneten aus den Grenzgebieten seien damals Hospitanten nicht bei den Sozialdemokraten, sondern beim Zentrum gewesen. Er wolle diese gute Tradition fortführen.

Ein anderer Bezug zu Polen ergäbe sich für ihn aus der Tatsache, daß sich das Hambacher Schloß in seiner Heimat befände. Dort hätten 1832³ anlässlich des

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 23. Januar 1989 gefertigt.

² Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 17. Vgl. dazu ferner POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 2.

³ Korrigiert aus: „1848“.

Hambacher Festes Deutsche, Franzosen und Polen für gemeinsame politische Ziele demonstriert. Für ihn ergäben sich deshalb geschichtliche Bezüge zu Polen sowohl aufgrund seiner persönlichen Herkunft als auch aufgrund der deutschen Parteigeschichte.

Der Bundeskanzler berichtete, daß er gestern mit Willy Brandt über Erfahrungen im Jahre 1939 gesprochen habe und was sie damals getan hätten. Denn keiner könne aus seinem persönlichen Leben aussteigen. Er selbst sei damals neun Jahre alt gewesen und habe die ersten Schutzmaßnahmen anlässlich der Kriegsvorbereitungen in Ludwigshafen erlebt.

Er wolle dem Ministerpräsidenten jetzt noch einmal sagen, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten eine vernünftige Chance bestehe, zu guten Ergebnissen zu kommen. Er habe diesen guten Willen. Der Bundeskanzler erinnerte noch einmal an die erste Regierungserklärung von Konrad Adenauer⁴, in der dieser schon 1949 in besonderer Weise die Aussöhnung mit drei Ländern angesprochen habe: die Aussöhnung mit Israel, Frankreich und Polen. Er sehe sich in dieser Kontinuität.

Gleichzeitig wolle er noch einmal bekräftigen, daß der Warschauer Vertrag⁵ ohne Wenn und Aber gelte. Der Grundsatz *Pacta sunt servanda* sei unverrückbar.

Der Bundeskanzler verwies auf die Aufbruchsstimmung, die sich insgesamt in den West-Ost-Beziehungen entwickelt habe. Die Bundesregierung erwarte im Frühsommer den Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow.⁶ Beide Seiten seien dabei, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu entwickeln. Sein Besuch in Moskau⁷ habe eine große Bewegung in den beiderseitigen Beziehungen eingeleitet. Auch die Beziehungen zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten hätten sich hervorragend entwickelt. Der Bundeskanzler verwies dabei auf Ungarn. Er könne aber ebenso Bulgarien und andere einbeziehen. Mit Rumänien gäbe es Probleme, die aber auch dem Ministerpräsidenten nicht unbekannt seien. Ministerpräsident *Rakowski* stimmte zu.

Ebenso sei es bedauerlich, fuhr der *Bundeskanzler* fort, daß die Prager Regierung Hájek die Ausreise verweigert habe, so daß dieser der Einladung von Bundespräsident von Weizsäcker nicht folgen konnte.⁸ Alles in allem könne man jedoch

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁷ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁸ Anlässlich des 75. Geburtstags des ehemaligen Bundeskanzlers Brandt am 18. Dezember 1988 veranstaltete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 20. Januar 1989 ein Essen, zu dem u.a. der ehemalige tschechoslowakische Außenminister und spätere Unterzeichner der „Charta 77“, Hájek, eingeladen war. Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, berichtete am 18. Januar 1989, Hájek habe ihm soeben mitgeteilt, daß sein Antrag auf Erteilung einer Reiseerlaubnis mit der Begründung abgelehnt worden sei, daß seine Reise „nicht im Staatsinteresse“ liege. Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; Referat 214, Bd. 139907.

Im Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Johanes am selben Tag in Wien wies Bundesminister Genscher „mit großem Ernst“ auf die Frage der Erteilung eines Visums für Hájek

feststellen, daß die Chancen gut seien, die West-Ost-Beziehungen positiv zu entwickeln. Er verfolge sehr aufmerksam die Arbeit von Ministerpräsident Rakowski. So habe er auch die Ergebnisse des ZK-Plenums⁹ aufmerksam zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler erinnerte auch an sein erstes Gespräch mit General Jaruzelski anlässlich der Beerdigung von Generalsekretär Tschernenko¹⁰ in Moskau.¹¹ Er bekräftigte noch einmal, daß er voll guten Willens sei, die Beziehungen umfassend zu entwickeln.

Dabei müsse jedoch der Grundsatz gelten, daß keiner dem anderen etwas zumute, was er selbst nicht zugemutet haben wolle. Dann sei ein gutes Ergebnis möglich. Sie würden ja heute keine Verhandlungen führen. Dies werde er auch öffentlich klarstellen. Er werde aber ebenso hinzufügen, daß sie heute ein sehr ernsthaftes Gespräch im freundschaftlichen Geist geführt hätten und beabsichtigen würden, es fortzuführen. Ein Termin dafür sollte aber heute noch nicht genannt werden.

Es sollte aber bekanntgegeben werden, daß beide Seiten beschlossen hätten, persönliche Beauftragte zur Weiterführung der Verhandlungen zu benennen. Die Namen sollten jedoch heute noch nicht bekanntgegeben werden.¹²

Sollten die Verhandlungen gute Fortschritte ergeben, sei er bereit, noch vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn nach Warschau zu kommen. Er wolle aber klarstellen, daß er sehr bewußt seinen Besuch konditioniert habe. Es sei sicherlich nützlich, wenn er vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn nach Warschau käme. Ministerpräsident *Rakowski* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Namen der Beauftragten ja besprochen seien. Das Ziel seiner Bemühungen sei es, eine breite Absicherung im gesamten politischen Spektrum in der Bundesrepublik Deutschland für die Ergebnisse zu erreichen. Dies könne für die gemeinsame Sache nur förderlich sein. Für ihn sei es wichtig, daß er für das Ergebnis im Vergleich zu früheren Zeiten mehr als fünfzig Prozent Zustimmung erreichen könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 71

hin und „warnte angesichts der internationalen Stellung sowohl des Bundespräsidenten als auch von Willy Brandt vor einer Brückierung der Einladenden. Sehr eindringlich bitte er, die getroffene Entscheidung nochmals zu überprüfen“. Johannes erklärte, die Einladung für Hájek sei „allerdings eine Provokation gewesen, da man sich die Reaktion habe vorstellen können. BM unterbrach und widersprach mit Entschiedenheit. So könne man über eine Einladung des Bundespräsidenten und von Willy Brandt nicht reden. Er fühle sich persönlich beleidigt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

⁹ Zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 3.
¹⁰ Korrigiert aus: „Andropow“.

¹¹ Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit dem polnischen Ministerpräsidenten Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 22. Februar 1989, nach Auskunft des Bundeskanzleramts hätten am 2. bzw. 15./16. Februar 1989 Gespräche zwischen den persönlichen Beauftragten, Ministerialdirektor Teltchik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, stattgefunden: „Ziel der ersten Gesprächsrunde sei gewesen, die zu behandelnden Themenbereiche zu definieren und zu eruieren, welche Verträge bis zu einem eventuellen Besuch des BK unterschriftsreif gemacht werden könnten.“ Als Themenbereiche seien identifiziert worden: der Ausbau der bilateralen Beziehungen, die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit sowie die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. In der zweiten Runde habe Kucza „angedeutet, was von polnischer Seite angeboten werden könne“, insbesondere im Bereich „verstärkter Zugang zu deutscher Sprache und Kultur“. Vgl. Referat 214, Bd. 139857. Vgl. dazu auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 4.

Insgesamt sei die Zeit jetzt reif, Ergebnisse zu erreichen. Deshalb wolle er diesen Versuch unternehmen. Er sei gutwillig, wolle jedoch noch einmal unterstreichen, daß keine Seite der anderen etwas zumute, was sie selbst nicht zugemutet haben wolle. Beide Seiten müßten ehrlich miteinander umgehen. Die Gespräche der Beauftragten sollten sehr vertraulich stattfinden.

Ministerpräsident *Rakowski* erklärte sich einverstanden. Er habe über viele Probleme zu sprechen. Die Zeit dafür sei jedoch sehr kurz. Er wolle daran erinnern, daß er in seiner Regierungserklärung und auch in anderen Äußerungen gesagt habe, daß er einen Durchbruch in den Beziehungen erzielen wolle. Er stimme mit dem Bundeskanzler überein, daß jetzt beide Seiten mutig und besonnen vorangehen und an die Zukunft denken sollten. Er zähle deshalb auf die Bereitschaft des Bundeskanzlers, jetzt nach vorne zu gehen.

Der Bundeskanzler selbst habe ja noch einmal an den Kriegsausbruch erinnert. Er selbst sei bei Kriegsausbruch zwölf Jahre alt gewesen. Sein Vater sei polnischer Soldat und in Verdun eingesetzt gewesen. 1939 sei er von den Deutschen erschossen worden. Er selbst habe ein besonderes Verhältnis zu den Deutschen, das jedoch nicht allein durch diese Erfahrungen bestimmt werde.

Ministerpräsident *Rakowski* kam auf die Lage in Polen zu sprechen. Es könne überhaupt keinen Zweifel geben, daß in Polen ein neues Kapitel in der Entwicklung eingeleitet worden sei, das revolutionären Charakter habe. Dies gelte auch für die Entscheidung des ZK-Plenums über den politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus in Polen. In diesem Zusammenhang sei er von der Presse teilweise falsch verstanden worden. Er habe nicht von einer Probezeit von zwei Jahren für die *Solidarność* gesprochen. Seine Äußerung habe sich auf alle Gewerkschaften bezogen. Aufgabe sei es jetzt, daß alle innerhalb der nächsten zwei Jahre die Partnerschaft lernen müßten. Dies habe er auch schon 1981 unterstrichen.

Polen sei heute ein sozialistisches Land in Osteuropa, das zur Avantgarde der Reformer gehöre. Die Zukunft des Reformprozesses in Osteuropa sei noch immer nicht völlig klar und deutlich. Gelegentlich nehme dieser Prozeß auch immer noch gewaltsamen Charakter an. So habe in der Tschechoslowakei über Jahre himmlische Ruhe geherrscht. Jetzt gebe es seit drei Tagen ständig Krawalle.¹³

Es sei schon heute eine klare Sache, daß auch in Polen der Zeitpunkt kommen werde, daß der Aufbau der *Solidarność* zu Unruhen führen werde. Man habe es schließlich mit unterschiedlichen Leidenschaften und Ambitionen zu tun.

Er schätze es sehr hoch ein, daß der Bundeskanzler erklärt habe, daß beide Seiten sehr offen miteinander sprechen sollten. Er wolle deshalb noch einmal unterstreichen, daß die Beschlüsse des ZK-Plenums den Forderungen des Westens entsprächen, eine nationale Verständigung einzuleiten und *Solidarność* zu reaktivieren. Jetzt sei es die grundlegende Frage an den Westen, ob dieser bereit sei, seine Haltung in den finanziellen Fragen zu ändern, wenn sich in Polen die Politik der nationalen Verständigung weiterentwickle. Polen brauche neue Handelskredite. Im Pariser Club müsse ein Moratorium für die polnischen Schulden über einen langen Zeitraum erreicht werden. Gleichzeitig strebe Polen

¹³ Zu den Demonstrationen in Prag anläßlich des 20. Jahrestags der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach vgl. Dok. 28.

danach, daß die Kreditbeschränkungen aufgehoben werden. Er wolle aber hinzufügen, daß die Wiederbelebung der *Solidarność* noch nicht bedeute, daß sich Polen wirtschaftlich erholen könne.

Dies glaube niemand, erwiderte der *Bundeskanzler*. Es sei jedoch offensichtlich, daß *Solidarność* ein Symbol sei, das einen hohen Stellenwert vor allem bei der Jugend genieße. Damit sei er einverstanden, antwortete Ministerpräsident *Rakowski*.

Er fuhr fort, daß die polnischen Reformen nur Erfolg haben könnten, wenn Polen eine Atempause erhalte. Es gehe darum, er sage dies bewußt, ein veraltetes System zu reformieren. Jetzt sei eine radikale Reform eingeleitet worden. Sie könne jedoch nur Erfolg haben, wenn Polen Hilfe von außen erhalte, sonst bestünde die Gefahr einer Explosion, die niemand unter Kontrolle bekommen könne, weder die Partei noch die Kirche oder *Solidarność*. Niemand könne auch die internationalen Folgen einer solchen Explosion einschätzen.

Was die wirtschaftliche Lage betreffe, so wolle er an folgende Zahlen erinnern. Polen habe in den Jahren 1981 bis 1988 zwölf Milliarden US-Dollar an Zinsen zurückgezahlt. In den Jahren 1970 bis 1981 habe Polen 47 Milliarden US-Dollar erhalten und 52 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt. Heute betrage die Auslandsverschuldung immer noch 40 Milliarden US-Dollar.

Als zweiten Punkt wolle er die bilateralen Beziehungen ansprechen. Die Lösung dieser Fragen hänge von dem Bundeskanzler persönlich ab. Beide Seiten müßten aufeinander zugehen. Als Einzelpunkte nannte Ministerpräsident *Rakowski* folgende Themen:

- deutsch-polnisches Jugendwerk; dazu gebe es eine positive Einstellung;
- Einrichtung eines Goethe-Instituts in Warschau;
- Kriegsgräberpflege;
- Einrichtung von Gedenkstätten in Kreisau und Rastenburg (Wolfsschanze);
- mehr Deutschunterricht in Polen;
- Einrichtung von mehr Schulen, die Deutschunterricht erteilen;
- Kompromißbereitschaft in der Frage der Ortsbezeichnungen;
- Gründung einer deutschsprachigen Zeitung;
- Gründung von Kultureinrichtungen;
- Messen in der deutschen Sprache; dies sei jedoch Aufgabe der Kirche;
- Einrichtung eines deutsch-polnischen Forums und einer Gesellschaft;
- Vereinbarung über Generalkonsulate in Hamburg und Krakau.

Ministerpräsident *Rakowski* fügte hinzu, beide Seiten sollten vergessen, was in der Vergangenheit verhandelt worden sei und welche Probleme entstanden seien. Man müßte jetzt in die Zukunft sehen. Der *Bundeskanzler* stimmte zu, daß es jetzt darum ginge, in die Zukunft zu schauen, dennoch sollte man Vergangenes nicht vergessen.

Ministerpräsident *Rakowski* erläuterte, daß es ihm darum gehe, daß man die Geschichte dieser Probleme und nicht die Probleme selbst vergessen solle. Die beiden Sonderbeauftragten Kucza und Teltschik sollten über alle diese Fragen sprechen. Die Verhandlungen sollten sehr rasch erfolgen und vor dem Besuch

des Bundeskanzlers zum Abschluß kommen. Das gesamte Lösungspaket sollte dann beim Besuch selbst unterzeichnet werden. Damit könnten sich die Erwartungen beider Seiten erfüllen. Er wolle mit allem Nachdruck noch einmal unterstreichen, daß es seine Absicht sei, daß man damit nicht nur in eine Phase der gegenseitigen Verständigung, sondern in die Phase der Versöhnung eintrete. Der *Bundeskanzler* stimmte ausdrücklich zu.

Ministerpräsident *Rakowski* fuhr fort, daß es sein persönlicher Wunsch sei, daß der Bundeskanzler der Architekt sei, der den Prozeß der Verständigung zum Abschluß bringe. Es sei ja bekannt, daß er gute Beziehungen zur SPD habe. Er wolle dennoch nicht verhehlen, daß er gegenüber der Art des Denkens und Handelns des Bundeskanzlers hohe Achtung und Sympathie empfinde. Dies habe sich auch heute in den dreistündigen Gesprächen bestätigt.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal seine Absicht, daß er jetzt mit den Verhandlungen schnell vorankommen wolle, damit bei seinem Besuch das Paket unterschrieben werden könne. Dies sei sehr gut, erwiderte Ministerpräsident *Rakowski*.

Als dritten Komplex sprach Ministerpräsident *Rakowski* die wirtschaftlichen Probleme im Rahmen der beiderseitigen Beziehungen an. Was die polnische Situation betreffe, würde oft gesagt, daß sie nicht in der Lage seien, ihre Probleme selbst zu lösen. Er wolle deshalb einige Zahlen nennen. 1986/87 sei die Produktion um 3,7 % gestiegen. In den Jahren 1976 bis 1980 habe das wirtschaftliche Wachstum 2,2 % betragen. Die Arbeitsproduktivität, die als eigentliche Kennziffer für wirtschaftlichen Fortschritt gelte, sei 1987 im Vergleich zu 1980 um 8 % gesteigert worden. Es sei deshalb heute schon deutlich, daß die Reformen Kräfte freigesetzt haben. Jedoch sei es ohne Hilfe von außen sehr schwer, einen Durchbruch zu erzielen. Wenn Polen zwischen West und Ost als Brücke fungieren solle und wenn die Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa friedlich verlaufen und die Entspannung nicht stören sollen, sei Unterstützung von außen erforderlich. Deshalb sei die Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland so wichtig, vor allem wirtschaftlich und finanziell. Wenn es also jetzt darum gehe, die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu entwickeln, stünden polnischerseits klare Erwartungen dahinter. Er selbst sei seit vielen Jahren daran interessiert, daß die deutsche Industrie ihre Präsenz in Polen verstärke. Es sei einfach nicht wahr, daß es zwischen beiden Völkern eine tausendjährige Feindschaft gegeben habe. Das sei unwahr und Propaganda. Man müsse zum Kern der Geschichte zurückkehren.

Beide Völker sollten nicht nur friedlich, sondern eng zusammenarbeiten. Niemand könne das polnische und das deutsche Volk von der Landkarte streichen. Mißverständnisse zwischen beiden Seiten seien nicht sinnvoll.

Er wolle ganz offen sagen, was er erwarte. Diplomatische Verhaltensregeln seien ihm immer noch nicht sehr vertraut.

- Jumbo-Kredit¹⁴: Es sei der Wunsch, diesen Kredit in Złoty umzuwandeln und in erster Linie für bestimmte Aufgaben einzusetzen. Beispielsweise könne

¹⁴ Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor,

man daran denken, das Gebäude für das geplante Goethe-Institut zu restaurieren, Krankenhäuser einzurichten oder eine Jugendherberge zu errichten. Dies seien einige solcher Vorstellungen.

- Größere Beteiligung deutscher Firmen an Joint-ventures: Für das Engagement deutscher Firmen sollten Kredite eingeräumt werden.
- Vergabe von Krediten zur Modernisierung der polnischen Industrie; von polnischer Seite könne eine Liste von Unternehmen übergeben werden.
- Neue Kredite.

Er wisse, daß alles sehr schwierig sei, aber er selbst befinde sich in einer schwierigen Lage. Er wolle deshalb auch nichts bemängeln. Nichts bemängeln heiße in Polen, daß Probleme in „Baumwolle“ gehüllt werden. Baumwolle gehöre jedoch zu den Rohstoffen, die sie importieren müßten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß sie beide ziemlich genau begriffen hätten, um was es jetzt gehe. Jetzt sei guter Wille über das normale Maß hinaus erforderlich.

Auch die Bundesrepublik befinde sich in einer besonderen Situation. Ihr Problem sei es, daß sie in Europa wieder die Nummer Eins geworden sei. Er rede darüber öffentlich nicht. Beispielsweise habe die Bundesrepublik im vergangenen Jahr rund 60 Milliarden DM für die Forschung ausgegeben. Dies gelte für Regierung und Wirtschaft. Im Pro-Kopf-Vergleich habe damit die Bundesrepublik mit den USA und Japan im großen und ganzen gleichgezogen. Generalsekretär Gorbatschow erkläre offen, daß die Sowjetunion jetzt auf die Deutschen setzen wolle. Er beziehe sich damit auf Lenins Ausspruch, daß alle Wege nach Europa über Berlin, das heißt über Deutschland führen.

Alle hätten begriffen, daß Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik mehr seien. Jetzt sei es die Chance dieser Jahre, der letzten elf Jahre bis zum Jahr 2000, die Hoffnungen zu erfüllen, die zu Beginn des Jahrhunderts ausgesprochen worden waren, als von einem Jahrhundert des Friedens gesprochen worden sei. Er sei fest entschlossen, diese Zeit zu nutzen. Deshalb müsse man aus den Schützengräben des Krieges herauskommen. Er werde alles versuchen und alles tun. Er habe nie ein Risiko gescheut. Er wisse, was jetzt erforderlich sei.

Horst Teltschik besitze sein völliges Vertrauen und sei mit seinem Denken seit vielen Jahren vertraut, auch wenn er nicht immer in allen Punkten zustimme. Er wolle ganz einfach sagen, beide Seiten sollten sich jetzt ans Werk machen und gemeinsam etwas auf die Beine stellen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Referat 422 vermerkte am 12. Januar 1989, Polen sei seinen Zahlungsverpflichtungen bislang lediglich in einer Höhe von 174,55 Mio. DM nachgekommen. Gemäß einer bilateralen Umschuldungsvereinbarung vom 20. März 1986 habe sich Polen zur Wiederaufnahme des Schuldendienstes zum 15. November 1987 verpflichtet. Die fällige Summe von 457,2 Mio. DM hätte demnach in drei Jahresraten bei einem Zinssatz von 5,9 % gezahlt werden müssen: „Seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem ‚Jumbo‘ per 15.11.1988 in Höhe von insgesamt DM 481,03 Mio. (zwei Rückzahlungsraten aus Umschuldung sowie Tilgungen und Zinsen) ist Polen nicht nachgekommen (nächste Fälligkeit 15.11.1989). Wir haben Polen mehrfach mitgeteilt, daß Bundesregierung zu einer weiteren Umschuldung des Kredits bereit ist – Polen ist auf dieses Angebot bisher nicht eingegangen.“ In der Frage von Hermes-Bürgschaften sei der polnischen Regierung klargemacht worden, Voraussetzung für deren Wiederaufnahme seien „die Unterzeichnung des bilateralen Umschuldungsabkommens, eine Anschlußumschuldung im ‚Pariser Club‘ für die Fälligkeiten ab 1.1.1989 und die Regelung des ‚Jumbos‘“. Vgl. Referat 422, Bd. 149287.

Ministerpräsident *Rakowski* faßte noch einmal zusammen, daß die persönlichen Beauftragten alles anvertraut bekommen sollten und mit ihren Gesprächen rasch beginnen müßten. Sie sollten den Gesamtkomplex besprechen und vielleicht noch im Januar beginnen.

Was der Bundeskanzler über seinen möglichen Besuch in Warschau gesagt habe, stelle ihn sehr zufrieden, wenn er zu dem angedeuteten Zeitpunkt kommen könne.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757

17

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski in Wachtberg-Pech

VS-NfD

20. Januar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt

Gespräch von BM Genscher mit polnischem PM Rakowski (R.) im Hause des BM in Pech am 20.1.1989 (Abendessen)²

Zu dem etwa zweistündigen Gespräch, an dem auf polnischer Seite Botschafter Karski teilnahm, wurden folgende Themen erörtert:

1) Entwicklung der innenpolitischen Lage in Polen

Rakowski schilderte ausführlich die Vorgeschichte und den Verlauf des zweiten Teils des ZK-Plenums vom 16. – 18.1.1989.

Er habe dem ersten Teil dieses Plenums (20./21.12.1988) in einer Rede eine Reihe von grundsätzlichen Fragen vorgelegt, darunter die nach Zulassung der „Solidarität“. Danach habe die Parteiführung, vor Beginn des zweiten Teils des Plenums, eine Reihe von Umfragen durchgeführt. Dabei habe sich eine weitgehende Unterstützung für den Reformkurs gezeigt. In einer Reihe von Betrieben, in denen die offizielle Gewerkschaft sehr stark sei, habe es allerdings auch klare Mehrheiten gegen Reformen gegeben.

Beim zweiten Teil des Plenums sei es dann zu einer harten Auseinandersetzung gekommen. Der Vorsitzende der offiziellen Gewerkschaft, Miodowicz, sei der Hauptsprecher der Reformgegner gewesen. Man habe ihm, R., und anderen vor-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Höynck am 21. Januar 1989 gefertigt und mit der Bitte an das Ministerbüro geleitet, „Zustimmung BM zum Inhalt und zur Verteilung herbeizuführen“. Ferner vermerkte er: „P.S. (Nach Agenturmeldungen AP bzw. PAP hat das ZK 230 Mitglieder. Bei der Vertrauensfrage hätten sich lediglich vier ZK-Mitglieder der Stimme enthalten.)“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Hat Mützelburg am 1. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat vorgelegen.“

² Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch POLSKA WOBEC ZJEDNOCZENIA NIEMIEC 1989–1991, Dok. 2.

geworfen, daß diejenigen, die 1981 „Solidarität“ verboten hätten, sich jetzt durch Wiederzulassung beim Volk beliebt machen wollten. Die sachliche Konfrontation habe sich so zugespitzt, daß Jaruzelski, er und vier weitere PB-Mitglieder ihren Rücktritt angeboten und die Vertrauensfrage gestellt hätten. Dies habe das Plenum ernüchtert; man habe versucht, Jaruzelski und ihn zu bewegen, die Vertrauensfrage zurückzuziehen. Sie hätten jedoch auf einer Abstimmung bestanden. Schließlich sei die Vertrauensfrage mit Bezug auf die „gesamte Parteiführung“ gestellt worden. Darüber sei in Abwesenheit der Betroffenen abgestimmt worden. Es habe 140 Ja-Stimmen gegeben; der Rest habe sich enthalten. (R. sagte, das ZK habe 204 (?) Mitglieder.)

Zur Substanz der Diskussion sagte R., es sei um eine Reihe von Grundsatzfragen der Reform gegangen. Jedoch habe die Zulassung der „Solidarität“ im Mittelpunkt gestanden.

Zur Reaktion auf die Anfang der Woche gefaßten Beschlüsse³ erwähnte R., daß er gerade Informationen über weiterhin sehr kritische Stimmen erhalten habe. Zur Zeit werde in zwei Betrieben gestreikt. Die Streiks verschärften sich als Folge des bereits einsetzenden Wettbewerbs zwischen der offiziellen Gewerkschaft und „Solidarität“.

Im Anschluß hieran machte R. sehr kritische Bemerkungen über die Rolle der Gewerkschaften und zu der geltenden Betriebsstruktur polnischer Unternehmen. Die Betriebsleiter würden derzeit von der Arbeiterselbstverwaltung gewählt. Das könne nicht funktionieren. Man versuche jetzt, einen „Aufsichtsrat“ einzuführen, der in der Lage sei, objektive Kriterien für die Betriebsleitung zu entwickeln.

Auf eine Frage von BM nach der Stellung der anderen Parteien in einem reformierten System in Polen erläuterte Rakowski die Schwierigkeiten bei der geplanten Neuverteilung der Anteile der verschiedenen Parteien und Gruppen an der Gesamtzahl der Mandate im Sejm. Dies sei eine Frage, die auch am Runden Tisch erörtert werden solle. Er rechne damit, daß es in ein bis zwei Wochen zum Runden Tisch komme.⁴

Diesen Teil des Gesprächs abschließend ging R. auf die überaus autoritäre Persönlichkeit Marschall Piłsudskis ein. Die derzeitige Piłsudski-Renaissance sei erstaunlich.

2) Deutsch-polnische Beziehungen

R. nahm das Thema auf und berichtete, er sei über den Verlauf des Gesprächs mit dem Bundeskanzler⁵ befriedigt. Die polnische Seite sei bereit, mit den Problemen im deutsch-polnischen Verhältnis Schluß zu machen. Dabei sei für Polen

³ Gesandter Bauch, Warschau, legte am 20. Januar 1989 zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 dar, „daß Polen am Ausgang großer Veränderungen stehen könnte. [...] Die Partei hat in zwei weitreichenden ZK-Beschlüssen deutlich gemacht, daß sie gewillt ist, die Revolution von oben zu versuchen: Sie hat der Opposition die Möglichkeit politischer Partizipation angeboten. Die unabhängige Gewerkschaft ‚Solidarität‘ soll wieder zugelassen werden; in Beschränkung ihrer bisherigen Rolle definiert die Partei ihr Selbstverständnis neu. Konzentration und Flexibilität sollen dem vielfach schon erfolgten Vorherrschaftsverlust Rechnung tragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 140/141; Referat 214, Bd. 139852.

⁴ Die Verhandlungen am „Runden Tisch“ begannen am 6. Februar 1989 in Warschau. Vgl. dazu Dok. 42.

⁵ Für das Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem polnischen Ministerpräsidenten Rakowski am 20. Januar 1989 vgl. Dok. 16.

die Regelung der wirtschaftlich-finanziellen Probleme entscheidend. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern wolle er in aller Offenheit von der Verbindung zwischen politischen und finanziellen Fragen sprechen. Seine Position sei klar und einfach: Was können wir erwarten, wenn ...?

Die polnische Verschuldung behindere die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Reserven Polens seien erschöpft. Die positiven Folgen der Reformpolitik würden sich erst in Jahren bemerkbar machen. Weder mit dem Pariser Club⁶ noch mit der Weltbank komme Polen weiter. Im letzten Jahr habe Polen 1,7 Mrd. (Dollar?) Zinsen gezahlt. Wofür?

Wenn die Wirtschaft Polens und damit die Reformpolitik zusammenbreche, habe das Auswirkungen über Polen hinaus. Der Prozeß der Entspannung in Europa und die Perestroika in der Sowjetunion würden in Frage gestellt.

BM verwies zustimmend darauf, daß jetzt auf allen Seiten Staatskunst gefordert sei. Die Bundesregierung habe ein Interesse an einem stabilen evolutionären Prozeß. Nach unserem Urteil arbeite die polnische Führung in diese Richtung. Es gebe viele Motive, historische und in die Zukunft weisende, daß Deutsche und Polen jetzt zusammenarbeiten sollten.

Rakowski wiederholte die Frage, was von uns zu erwarten sei. Dabei wies er darauf hin, daß Polen „überall“ nach günstigen Finanzierungsmöglichkeiten suche. Polen biete angesichts der neuen Wirtschaftsgesetze günstige Investitionsmöglichkeiten. Auch für die deutsche Industrie biete ein umfangreiches Engagement eine Chance.

Das deutsche Angebot einer Rückzahlung des Jumbo⁷ in Złoty reiche nicht. Auch die Finanzierung von Projekten gemischter Unternehmen biete nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Polen habe großen Investitionsbedarf. Mit deutschen Unternehmen seien konkrete Projekte besprochen worden, alle beträfen Investitionen. Entsprechende Listen habe er in seinen Unterlagen. Das sich daraus ergebende Volumen betrage 7 Mrd. DM. Das könne zeitlich gestreckt werden. Er kenne die Probleme mit dem Pariser Club, die aber wohl mehr politischer als finanzieller Art seien (Widerspruch des *BM*). Mit dem *BK* habe er über diese

⁶ Referat 422 erläuterte am 12. Januar 1989: „Durch das von Polen mit seinen staatlichen Gläubigern am 16.12.1987 unterzeichnete multilaterale ‚Pariser Protokoll‘ für die Jahre 1986–88 (Polen IV, Umfang rd. 8,5 Mrd. US-\$, davon D rd. 2,5 Mrd. DM) sind die wesentlichen Eckdaten der noch abzuschließenden bilateralen Umschuldungsregelung vorgegeben. Der Bundesregierung verbleibt eine Gestaltungsfreiheit allein bei der Höhe des Umschuldungszinssatzes. [...] Polen erläuterte seine jetzigen Vorstellungen zu einem neuen Umschuldungspaket folgendermaßen: Zahlung der Fälligkeiten 1989 aus der Umschuldung 1981 (rd. 530 Mio. \$) in vier Raten in 1989; Umwandlung aller übrigen Fälligkeiten 1989 (aus den Umschuldungen 1982–84, 1985, 1986–88 sowie bisher nicht umgeschuldete Forderungen; rd. 3 Mrd. US-\$) in langfristige Obligationen zum Zinssatz von 4%; Unterzeichnung der bilateralen Abkommen zur Umschuldung 1986–88 (Polen IV); dabei nach vorheriger Fixierung im ‚Pariser Club‘ Zusatzabkommen über Einbeziehung der bereits 1988 fällig gewordenen Umschuldungszinsbeträge aus dieser Umschuldung (rd. 560 [Mio.] US-\$). Zusammenfassung sämtlicher offener Fälligkeiten ab 1.1.1990 (Umfang rd. 24 Mrd. US-\$) in einer umfassenden, langfristigen Umschuldung; dabei müsse auch darüber gesprochen werden, ob und wie Polen die daraus erwachsende Zinsbelastung von jährlich rd. 2,3 Mrd. US-\$ (bei einem Durchschnittszins von 9,5%) tragen könne. Ein derartiges Paket wolle Polen mit dem Pariser Club (im zweiten Quartal 1989) und dem IWF [...] gemeinsam verhandeln. Eine erneute Umschuldung ohne IWF-Bereitschaftskreditabkommen komme für Polen nicht in Frage.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149287.

⁷ Zum Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits („Jumbo-Kredit“) und dem Stand der Rückzahlung vgl. Dok. 16, Anm. 14.

Einzelheiten der finanziellen Fragen nicht gesprochen. Ihm sei es bei dem Gespräch mit dem BK darum gegangen, sich von dessen grundsätzlich positivem Ansatz zu überzeugen. Das sei in der Tat das Gesprächsergebnis gewesen; denn BK habe ihm gesagt, daß er noch im Mai Polen besuchen wolle. Wenn dies die Planung der Bundesregierung sei, dann müsse man schnellstens die drei Arbeitsgruppen aktivieren.⁸

BM verwies zu den finanziellen Fragen auf seine Gespräche mit AM Olechowski.⁹ Er habe unsere Lage so beschrieben: Beim Jumbo gebe es Bewegungsmöglichkeiten; im Hinblick auf Investitionen gemischter deutsch-polnischer Gesellschaften sei Bewegung schon schwieriger; wenig Bewegungsspielraum bestehe da, wo wir durch Absprachen mit unseren Partnern in die Regelungen des Pariser Clubs eingebunden seien. Der Aspekt unserer Einbindung in das Schuldenmanagement des Pariser Clubs wurde ausführlich erläutert.¹⁰

Rakowski kam nochmals auf die Kernfrage zurück. Die Polen fragten sich im Hinblick auf einen Durchbruch im deutsch-polnischen Verhältnis: Was haben wir davon? Die Bundesrepublik sei die stärkste Wirtschaftsmacht in Westeuropa. Daran knüpften sich heute keine Ängste mehr, aber Erwartungen. Es komme hinzu, daß die neue Generation zwar ihren Blick in die Zukunft richte, aber es bleibe die Erinnerung an den deutschen Überfall und seine Folgen. Er verwies auf Kritik des Bischofs von Stettin¹¹ an der polnischen Bereitschaft zu einem Entgegenkommen gegenüber der Bundesrepublik.

⁸ Während des Besuchs von Bundesminister Genscher vom 10. bis 13. Januar 1988 in Polen wurde beschlossen, zur Klärung offener Fragen in den bilateralen Beziehungen drei Arbeitsgruppen zu bilden. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 14.

Referat 214 legte am 2. Dezember 1988 dar, die Arbeitsgruppen hätten seitdem jeweils zweimal gesagt: „Die Arbeiten in den Arbeitsgruppen haben einen Punkt erreicht, wo die polnische Seite in einigen uns interessierenden Fragen (Kulturinstitute, Jugendaustausch, Gedenkausstellung Auschwitz, Kreisau, Wolfsschanze) eine gewisse, wenn auch noch unzureichende Bewegung angedeutet hat. Sie wartet aber nun ihrerseits auf Bewegungsmöglichkeiten unserer Seite bei Fragen der wirtschaftlich-finanziellen Zusammenarbeit („Jumbo“, neue Kredite bzw. Bürgschaften).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

⁹ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olechowski am 9. Januar 1989 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 2.

In einem weiteren Gespräch am 18. Januar 1989 in Wien führte Olechowski aus: „Es wäre jedoch gut, wenn der Jumbo nicht nur zum Teil, sondern insgesamt in Złoty zurückgezahlt werden könne. Über die Verwendung des sich dabei ergebenden Guthabens müsse man sich verständigen. BM habe in Paris von der Finanzierung von Jugendaustausch, Kulturinstitut und Gedenkstätte gesprochen. Die Summe sei aber sehr groß. Die polnische Seite sei auch an anderen Verwendungen interessiert, z. B. im Bereich der Umwelt [...]. Enttäuscht sei die polnische Führung im Hinblick auf die Bürgschaften und Garantien. [...] Schließlich bitte die polnische Seite auch um unsere Unterstützung bei der Suche nach einer Formel, die im Pariser Club annehmbar sei für eine langfristige Umschuldung der gesamten polnischen Verbindlichkeiten. Man denke an einen Rekonsolidierungszeitraum von 20 Jahren.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

¹⁰ In einem beigeefügten Vermerk notierte Ministerialdirigent Höynck ergänzend: „In dem Teil des Gesprächs, in dem es um das mögliche Volumen verbürgter Kredite ging, griff mehrfach Botschafter Karski ein. Seine Bonner Gesprächspartner im BMWi und BMF sprächen immer nur von Schuldenregelung; aber im Hinblick auf neue Kredite blieben sie ausweichend und unverbindlich. So sei eine Lösung des Problems nicht zu erreichen. Es gebe für 7 Mrd. DM konkrete Projekte, an denen die deutsche Wirtschaft interessiert sei. Nachdem R[akowski] auf die Probleme mit dem Pariser Club angespielt hatte, kam Karski auf die alte Behauptung zurück (die Einzelheiten habe er vom belgischen Botschafter erfahren), die Deutschen würden im Pariser Club gegen Polen sprechen. Ich verwies auf unsere früheren Richtigstellungen und bedauerte, daß Karski diese alte Geschichte gerade eben und jetzt erneut vorbringe. Im Hinausgehen entschuldigte sich Karski bei mir, daß er diese Sache wiederum angesprochen habe.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

¹¹ Kazimierz Jan Majdański.

Abschließend betonte R., er komme nicht als Bittsteller. Wenn substantielle (deutsche) Finanzhilfe nicht möglich sei, werde das polnische Volk nicht untergehen. Von seiner Regierung wolle er nicht reden. Er habe seine Position erläutert und warte jetzt auf eine Antwort des Bundeskanzlers.

Referat 010, Bd. 178931

18

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler

20. Januar 1989¹

Betr.: Gespräch BM mit dem israelischen VPM² und FM Peres am 19.1.1989³

BM traf anlässlich eines Abendessens in der Residenz des israelischen Botschafters mit VPM Peres zusammen.

Teilnehmer an dem Essen:

auf deutscher Seite: Dg 31⁴, LR I Gerdts, Dolmetscher Weber;

auf israelischer Seite: Botschafter Navon, Novik – Persönlicher Referent von Peres.

Aus dem Gespräch während des Essens halte ich folgendes fest:

1) BM berichtete auf Frage von Peres über den erfolgreichen Abschluß der KSZE in Wien.⁵ Daran schloß sich ein Meinungs austausch über die Stellung Gorbatschows und die sowjetische Nahostpolitik an. BM führte aus, daß Gorbatschow Erfolge brauche. Seine Abrüstungsinitiativen würden ihm Raum für eine stärkere Konzentration auf die enormen Wirtschaftsprobleme der SU geben.

Peres stellte eine deutliche Veränderung der sowjetischen Nahostpolitik in Ton und Inhalt fest. Die SU habe sich kürzlich geweigert, neue Raketen an Syrien zu liefern. Bemerkenswert sei auch, daß ein sowjetischer Politiker (er nannte keinen Namen) sich in einer Rede in Kairo für eine Einschränkung der Intifada⁶ aus-

¹ Durchschlag als Konzept.

Ministerialdirigent Fiedler leitete die Aufzeichnung am 20. Januar 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe mit der Bitte, „Inhalt und Verteiler durch den Herrn Bundesminister genehmigen zu lassen“.

Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 25. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Fiedler verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Gesprächsvermerk kann mit Vermerk ‚Von BM noch nicht gebilligt‘ verteilt werden.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 27. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Unterabteilung 31, Bd. 147626.

² Vizepremierminister.

³ Der israelische Finanzminister Peres hielt sich vom 18. bis 21. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf.

⁴ Heinz Fiedler.

⁵ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

⁶ Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte am 3. Januar 1989 zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten mit, dreizehn Monate nach Beginn sei „keine wirkliche Beruhigung in Sicht, solange politische

gesprochen habe, da sie auch Probleme für die umliegenden Staaten (wie z. B. Syrien) schaffen könne. Das israelisch-sowjetische Verhältnis habe sich erwärmt, wozu besonders die israelische Mitwirkung bei der Lösung des Entführungsfalles einer sowjetischen Verkehrsmaschine⁷ und die israelische humanitäre Hilfe für die Erdbebenopfer in Armenien⁸ beigetragen hätten.

Ausdruck der sich verbessernden Beziehungen sei die Aufwertung der beiden Schutzmachtvertretungen, die jetzt auch politische Gespräche führen könnten.

2) Zu Jordanien sagte Peres, er wisse, daß GB hinsichtlich der Stabilität des Regimes König Husseins besorgt sei. Um seinen Thron besser abzusichern, wolle Hussein eine Föderation mit Irak, Ägypten und Syrien. Dies sei jedoch eine „Föderation der Armut“. Syrien sei nur an einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert, da sich seine Wirtschaftslage laufend verschlechtert habe. Große wirtschaftliche Probleme hätten jedoch auch Irak und Ägypten, deren Verhältnis zu Syrien trotz aller Versuche König Husseins sich noch nicht gebessert habe. Erste Ansätze gebe es nur zwischen Syrien und Ägypten. Selbst wenn eine Zusammenarbeit zwischen allen vier Ländern zustande käme, sei diese Gruppe zu heterogen, um eine wirkliche Stabilitätshilfe für Jordanien zu sein.

3) Zur Lage im Libanon führte Peres aus, daß die Entwicklung immer mehr in Richtung eines „organisierten geteilten Landes“ gehe. Mit Assads zunehmender Isolierung schwinde auch sein Einfluß im Libanon. Auch Irans Stellung im Libanon sei aufgrund der Kämpfe zwischen Hisbollah und Amal geschwächt. In diesem Zusammenhang erwähnte Peres den kürzlich von Khomeini an Gorbatschow geschriebenen bemerkenswerten Brief⁹, in dem er Gorbatschow auf die Bedeutung des Islams für die Sowjetunion hingewiesen habe. Dg31 wies auf den zweiten und praktischen Teil des Briefes hin, in dem Khomeini sich für eine Verbesserung der iranisch-sowjetischen Beziehungen ausgesprochen habe.

4) Auf die Frage BMs nach den Aussichten für den Friedensprozeß sagte Peres, daß dieser sehr stark davon abhängen würde, wie der Westen sich verhalte, d. h. USA und Westeuropa. Israel, von dem alle Seiten Kompromisse erwarteten, stehe auf der Seite der Geber. Jede Konzession sei ein Sicherheitsproblem für Israel. Die Frage sei noch immer, ob man den Arabern trauen könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

Lösungen ausbleiben. In Israel ist Gewöhnungseffekt eingetreten. Man stellt sich auf möglicherweise noch lange anhaltende Unruhen ein.“ Es sei „weitgehend israelisches Wunschdenken“, wenn ein baldiges Abflauen vorhergesagt werde. Keine der Taktiken der israelischen Sicherheitskräfte habe zu einer Beruhigung der Lage geführt. Nach israelischen Angaben seien bislang 326 Palästinenser getötet, 7000 verwundet und 21000 inhaftiert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 310, Bd. 185397.

⁷ Gesandter Winkelmann, Moskau, berichtete am 5. Dezember 1988, am 1. Dezember 1988 hätten sechs Bewaffnete in Ordschonikidse im nördlichen Kaukasus einen Schulbus entführt, die Insassen als Geiseln genommen und neben Geld ein Flugzeug verlangt, um nach Israel, Pakistan oder Südafrika zu fliegen. Am Nachmittag des 2. Dezember 1988 seien sie in Israel gelandet und dort vom israelischen Militär entwandt worden. Am 4. Dezember 1988 seien die Entführer wieder in die UdSSR gebracht worden. Winkelmann führte dazu aus: „Israel hat sich die Demandeurposition, in die sich die SU begeben hat, nicht entgehen lassen und war prompt und effizient zur Kooperation bereit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4215; Referat 213, Bd. 143561.

⁸ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

⁹ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Siehe Anlage“.

Dem Vorgang beigelegt. Für Auszüge aus dem Schreiben von Ayatollah Khomeini vom 1. Januar 1989 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, das am 3. Januar 1989 übergeben wurde, sowie dazugehörige Pressemeldungen vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147626.

Für das vollständige Schreiben vgl. Referat 311, Bd. 154149.

Das Dilemma für Israel sei, daß der arabische Terror einerseits Anlaß zur Sorge und andererseits eine ausgezeichnete Entschuldigung dafür sei, nichts zu tun. Die Palästinenser müßten sich klar zwischen Terror und friedlicher Verfolgung ihrer Ziele entscheiden. Das Problem für die PLO sei die Intifada, die Israel als Terror ansehe, der beendet werden müsse. Israel sei dann bereit, nach einer Vorbereitungszeit von etwa sechs bis acht Wochen „freie und faire Wahlen“ in den IBG zuzulassen. Zur Überwachung dieser Wahlen könne er eine neutrale internationale Beobachtermission akzeptieren. Aus den Wahlen könne eine palästinensische Vertretung als Gesprächspartner bei Verhandlungen hervorgehen.

Hinsichtlich der Verhandlungsdelegation sei auf arabischer Seite an drei Alternativen zu denken:

- alleinige palästinensische Delegation;
- gemeinsame palästinensisch-jordanische Delegation;
- gemeinsame palästinensisch-jordanisch-ägyptische Delegation.

Peres ließ es offen, in welchem Rahmen die Direktverhandlungen mit einer solchen Delegation sich vollziehen sollen.

Zur PLO bemerkte Peres, daß Arafat die Verbindung zur Realität verloren habe, was auch bei anderen Emigranten-Organisationen, die lange im Ausland gelebt haben, zu beobachten sei. Kennzeichnend für den Realitätsverlust Arafats sei seine Forderung nach einem Korridor zwischen den beiden Teilen des Palästina-Staates, nämlich zwischen dem Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Angesichts solcher Forderungen ziehe Israel es vor, isoliert anstelle geschlagen zu werden.

Peres räumte ein, daß es in Anbetracht der Aktivitäten der PLO Handlungsbedarf für die israelische Regierung gebe: „We have to make our decision.“ Die internationale Lage Israels werde sich sonst weiter verschlechtern. Die PLO sei dabei, die Politik Israels zu zerstören. Israel habe sich immer für Verhandlungen eingesetzt. Bei fortbestehendem Terror werde die Verhandlungsbereitschaft der israelischen Bevölkerung, die Sicherheit suche, abnehmen und die Demokratie Schaden nehmen.

Peres faßte zusammen: Die Palästinenser und Israel müßten sich beide bewegen. Israel wolle den Frieden und sei weiterhin zu Verhandlungen bereit. Voraussetzung sei allerdings, daß die Palästinenser auch Frieden wollten und auf Terror verzichteten.

Auf die weitere Frage des BM, was er uns rate, erwiderte Peres: Die Bundesrepublik Deutschland verfüge in Israel über ein großes Vertrauenskapital. Wir sollten dieses nicht auf Spiel setzen und anderen Westeuropäern folgen, die der PLO nachliefen.

Wir sollten es anderen überlassen, mit Arafat zu sprechen.¹⁰ Wir hätten dies nicht nötig. Wörtlich sagte er: „Please lose not your trust.“ Unser Eintreten für Israels Sicherheit sei sehr wichtig. Die europäischen Sozialisten, wozu er besonders die südeuropäischen rechnete, hätten kein Gespür für Außen- und Sicherheitspolitik, die Rechten keins für Menschlichkeit. Wir sollten nicht vergessen,

¹⁰ Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. Dok. 19.

daß es keine Nahostlösung ohne Israel gebe. Israel werde keinem Druck nachgeben. Druck erzeuge Gegendruck. Die Europäer und auch Mubarak wollten Israel mit der PLO zusammenbringen. Er halte dies für einen gefährlichen Weg.

Zu den Motiven für die Anhebung der Gesprächskontakte mit der PLO durch die Europäer machte Peres folgende Bemerkung:

- Mrs. Thatcher sei sehr um die Stellung König Husseins besorgt und folge dessen taktischen Zügen. Er, Peres, wisse, daß König Hussein seine negative Grundhaltung zur PLO und zu Arafat nicht geändert habe, aber glaube, den gegenwärtigen Trend in Richtung PLO mitmachen zu müssen. Außerdem blicke Mrs. Thatcher aufgrund der besonderen Beziehungen nach USA. „I trust her, but she made a mistake.“
- Mitterrand habe sehr viel Verständnis für die Juden und Israel. Er sei ein wirklicher Freund Israels und befürworte eine „mittlere Linie“. De Gaulle und Giscard hingegen hätten keine tiefere Bindung zum Judentum gehabt. Von Nahostpolitik habe de Gaulle keine Ahnung gehabt. Peres führte den Schwenk der französischen Nahostpolitik zugunsten der PLO auf den Quai d'Orsay zurück, der einseitig pro-palästinensisch sei. BM ließ diese Kritik nicht gelten und sprach seine besondere Wertschätzung für Dumas aus.
- Die anderen Europäer könne man vergessen.

Peres bat ausdrücklich darum, daß BM und die Bundesregierung die Sowjets ins Spiel bringen sollten, um auf die radikalen Araber und insbesondere Palästinenser mäßigend einzuwirken und sie zum Verzicht auf den Terrorismus zu veranlassen. Es würde sehr hilfreich sein, wenn wir unsere guten Beziehungen zur SU in diesem Sinne nutzen würden. Peres sprach sich positiv über Schwarznadse aus. Die SU habe großen Einfluß auf die PLO und ihre einzelnen Gruppierungen.

Von der anderen Großmacht USA erwarte er im Jahr 1989 keine dramatischen Schritte im Nahen Osten.

5) Im wirtschaftlichen Teil seiner Ausführungen sprach Peres sich erneut für einen Marshallplan im Nahen Osten aus. Er denke außerdem an die Einrichtung einer Entwicklungsbank in der Region. Eine andere Möglichkeit sei eine technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nahen Ostens. Er wolle darüber mit BM Stoltenberg sprechen.

Fiedler¹¹

Unterabteilung 31, Bd. 147626

¹¹ Paraphe.

19

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Bettzuege**012-312.74 VS-NfD 201600****20. Januar 1989¹****Fernschreiben Nr. 9 Orteze**Orteze zu unseren Beziehungen zur PLO²

Enthält Weisung

1) Der Nationalkongreß der PLO hat am 15. November 1988 einen palästinensischen Staat ausgerufen.³ Da diesem Staat die effektive Staatsgewalt mangelt, kommt eine Anerkennung nicht in Frage. Für uns ist die Ausrufung des palästinensischen Staates rechtlich nicht relevant.

2) Daraus ergibt sich:

- Alle Handlungen, die – auch nur implizite – als Anerkennung eines palästinensischen Staates ausgelegt werden können, müssen vermieden werden. Die Teilnahme an „Fahnenzeremonie“ und „Einweihungen“ palästinensischer „Botschaften“ ist daher nicht möglich. Aus gleichem Grund kann auch ein formeller Antritts- oder Abschiedsbesuch eines „palästinensischen Botschafters“ nicht akzeptiert werden.
- Es bestehen aber keine Bedenken gegen sonstige Treffen mit PLO-Vertretern, solange sie nicht als Zeichen einer De-facto-Anerkennung eines palästinensischen Staates ausgelegt werden können.

Es wird gebeten, sich eng mit den europäischen Partnern am Ort abzustimmen. Bei der Entscheidung über Teilnahme und Nichtteilnahme können die politischen Verhältnisse am Ort berücksichtigt werden. Im Zweifel ist Weisung einzuholen.

3) Arafat hat sich in seiner Pressekonferenz in Genf erstmals mit der Anerkennung der SR-Res. 242⁴ positiv zum Existenzrecht Israels ausgesprochen und dem Terror abgeschworen.⁵

Wir haben großes Interesse daran, die PLO zur Fortführung ihrer Politik der Mäßigung zu ermutigen. Das Auswärtige Amt hat die Arbeitskontakte mit der

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heldt am 25. Januar 1989 vorgelegen.

² Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. zuletzt AAPD 1988, II, Dok. 370.³ Für den Wortlaut der Erklärung des Palästinensischen Nationalrats in Algier vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–48.

Ferner gab die Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988 eine Politische Erklärung ab. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 49–55.

⁴ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.⁵ Für den Wortlaut der Presseerklärung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 14. Dezember 1988 vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1918. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 61 f.

Vgl. dazu ferner die Rede Arafats am 13. Dezember 1988 vor der VN-Generalversammlung in Genf; ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1914–1916 (Auszug). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 57–61 (Auszug).

PLO in ihrer Frequenz verstärkt fortgesetzt. StM Schäfer hat ein Gespräch mit dem hiesigen PLO-Vertreter geführt. Wir haben aber keinen Grund, unsere Kontakte zur PLO nunmehr dramatisch zu verändern, wir denken jedoch an eine schrittweise Belebung des politischen Gesprächs.

Einen Alleinvertretungsanspruch der⁶ PLO können wir nicht anerkennen, da das palästinensische Volk über seine Vertretung selbst entscheiden muß. Allerdings wissen wir, daß die Mehrheit der Palästinenser die PLO als ihre politische Vertretung betrachtet. Durch die Anerkennung von 242 ist die PLO verstärkt zu einem Gesprächspartner im Friedensprozeß geworden.

4) Die Entwicklungen vom November und Dezember 1988 haben den Bemühungen um den Friedensprozeß neue Impulse verliehen. Wir rechnen mit neuen Vorschlägen sowohl der israelischen wie der amerikanischen Regierung.

Die Zwölf werden sich im Rahmen der EPZ verstärkt bemühen, positive Beiträge zu liefern.

Am 19.12. haben die Zwölf am Rande des EG-Ministerrats beschlossen, Kontakte zu allen Parteien des Nahostkonflikts und den USA aufzunehmen, um Informationen darüber zu sammeln, wie der Friedensprozeß vorangebracht werden kann. Die Gespräche werden von der Troika (E, GR, F) im Auftrag der Zwölf geführt.

Nach einem Besuch der Präsidentschaft in Israel⁷ sind Troika-Kontakte mit der PLO in Madrid⁸ und Besuche in Ägypten⁹, Syrien¹⁰ und Jordanien¹¹ wie in den

⁶ Korrigiert aus: „zur“.

⁷ Der spanische Außenminister Fernández Ordóñez hielt sich vom 14. bis 16. Januar 1989 in Israel auf. Referat 310 notierte dazu am 19. Januar 1989, nach Auskunft der spanischen EG-Ratspräsidentschaft sei die israelische Regierung gegen eine internationale Friedenskonferenz und lehne Verhandlungen mit der PLO ebenso wie ein Rückkehrrecht für Palästinenser ab. Vgl. dazu Unterabteilung 31, Bd. 147571.

⁸ Referat 310 faßte am 3. Februar 1989 Informationen der spanischen EG-Ratspräsidentschaft über ein Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 27. Januar 1989 in Madrid zusammen: „Freie Wahlen in den besetzten Gebieten würden Unterstützung der PLO finden, falls vorher Rückzug der israelischen Truppen stattfindet und Durchführung unter VN-Aufsicht erfolgt.“ Ferner sei bestätigt worden, daß die PLO am Zwei-Staaten-Modell festhalte; die Möglichkeit einer Konföderation eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jordanien bestehe weiter. Ein Rückkehrrecht für Palästinenser sei unverzichtbar. Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 147571.

⁹ Botschafter Elsässer, Kairo, berichtete am 13. Februar 1989 über das Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) mit dem ägyptischen Präsidenten am Vortag. Mubarak habe vor der Gefahr einer Radikalisierung und eines Anstiegs des Terrorismus gewarnt, falls eine Nahostlösung nicht auf den Weg gebracht würde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 199; Referat 200, Bd. 144218.

¹⁰ Die Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) hielten sich am 12./13. Februar 1989 in Syrien auf. Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete am 14. Februar 1989: „Während Troika-AM versuchten, möglichst präzise syrische Aussagen über Vorbereitung und Ablauf einer internationalen Konferenz (IK) zu erlangen, drängte syrische Seite ihrerseits auf eine Präzisierung der europäischen Stellungnahme zu Nahem Osten im arabischen Sinne und vor allem auf möglichst intensive Druckausübung auf Israel, flexiblere Position einzunehmen. Während syrische Seite europäische Schritte in diesem Sinne grundsätzlich begrüßte, schien sie keine übergroßen Erwartungen an europäische Initiativen oder deren Erfolgsaussichten zu hegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Unterabteilung 31, Bd. 147571.

¹¹ Botschafter Bartels, Amman, teilte am 13. Februar 1989 zum Besuch der Außenminister Dumas (Frankreich), Fernández Ordóñez (Spanien) und Papoulias (Griechenland) vom 10. bis 12. Februar 1989 in Jordanien mit, König Hussein habe sich für eine internationale Friedenskonferenz ausgespro-

Vereinigten Staaten geplant. Es ist vorgesehen, daß sich der EG-Ministerrat am 14.2.89 mit den Ergebnissen der Troika-Mission befaßt.¹²

[gez.] Bettzuege

Referat 515, Bd. 195803

20

Botschafter Steger, Budapest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 114
Citissime

Aufgabe: 20. Januar 1989, 11.30 Uhr¹
Ankunft: 20. Januar 1989, 12.00 Uhr

Betr.: Stand des ungarischen Reformprozesses²

Zur Frage des Standes des ungarischen Reformprozesses mögen Äußerungen von Interesse sein, die mir gegenüber in den letzten Tagen anlässlich meiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 86

chen, auf der die PLO mit einer eigenen Delegation vertreten sein müsse. Die EG-Mitgliedstaaten sollten „mit polit[ischen] und moralischen Argumenten“ auf Israel einwirken. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 310, Bd. 149767.

- 12 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am 15. Februar 1989 zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag in Madrid mit, nach Auskunft des spanischen Außenministers Fernández Ordóñez hätten alle Gesprächspartner der Troika die Bedeutung einer aktiven Rolle der EG-Mitgliedstaaten beim Friedensprozeß im Nahen Osten anerkannt. Während die arabischen Gesprächspartner für eine internationale Friedenskonferenz seien, lehne Israel diese ab, erkenne aber die Notwendigkeit von Verhandlungen mit den Palästinensern, nicht jedoch mit der PLO, an. Fernández Ordóñez habe dargelegt: „Alle Araber streben einen Staat der Palästinenser an. Sie gestehen zu, daß hierbei die Frage der Sicherheit angesprochen werden muß. Israel möchte die eigentliche strategische Sicherheit in seinen Händen behalten.“ Jagow führte aus, alle Außenminister hätten die Ergebnisse der Troika-Reise „mit Befriedigung kommentiert“ und übereingestimmt, „daß eine Verlangsamung des Friedensprozesses vermieden werden muß“. Vgl. den Runderlaß Nr. 6/7; Referat 200, Bd. 144218.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 20. Januar 1989 vorgelegen.

² Vom 20. bis 22. Mai 1988 fand in Budapest eine Landeskonzferenz der USAP statt. Botschafter Steger, Budapest, berichtete am 23. Mai 1988, der bisherige Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, sei zwar zum Parteivorsitzenden gewählt worden, gehöre aber nicht mehr dem Politbüro an. Neuer Generalsekretär sei Ministerpräsident Grósz. Für eine Zäsur spreche auch die Zusammensetzung des neuen Politbüros, von dessen elf Mitgliedern sechs neu seien, die an die Stelle der „alten Garde“ getreten seien. Steger gab jedoch zu bedenken: „Bei diesem Kurs handelt es sich nicht – jedenfalls bisher nicht – um so etwas wie den ‚Prager Frühling‘. Das Schwergewicht dürfte nach wie vor auf den Maßnahmen zur Gesundung und Dynamisierung der ungarischen Wirtschaft liegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 703; Referat 214, Bd. 139935. Vgl. dazu auch die Stellungnahme der Landeskonzferenz der USAP vom 22. Mai 1988, in: WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 11.

Referat 214 führte am 22. November 1988 aus, mit der Konferenz vom Mai 1988 seien die personellen und sachlichen Voraussetzungen für den von Grósz propagierten Kurs geschaffen worden, „die erforderliche Wirtschaftsreform in Ungarn durch politische Reformen zu begleiten“ und „schließlich Wirtschaftskreise und Politik des Westens für Ungarn weiter zu interessieren. Dieser Kurs wird von Moskau unterstützt.“ Die ungarische Führung gebe sich entschlossen, den Reformkurs fortzusetzen, und schließe zumindest verbal das Endziel eines Mehrparteiensystems nicht mehr aus, betone jedoch „die Notwendigkeit weitergehender gesetzlicher Regelungen (Parteiengesetz) und des Inkrafttretens der (für 1990 erwarteten) neuen Verfassung“, wodurch deutlich geworden sei, daß die USAP zumindest bis zum nächsten Parteitag 1990 ihr Machtmopol nicht aufgeben und am Einparteiensystem festhalten wolle. Vgl. Referat 214, Bd. 139936.

Abschiedsbesuche bei einigen führenden Persönlichkeiten des Landes getan wurden:

1) StM Pozsgay (18.1.89) zeigte sich, was die politische Entwicklung angeht, optimistisch. Auf meine Frage, ob nach seiner Meinung „der Rubikon“ überschritten sei, bejahte er dies entschieden, fügte allerdings hinzu, daß seitens der Wirtschaft Gefahr drohe. Leider habe man die Gelder (er nannte 15 Mrd. Dollar), die in den früheren Jahren nicht zweckmäßig und vernünftig eingesetzt worden seien, heute nicht mehr zur Verfügung, um die Wirtschaftsreformen bzw. die Maßnahmen, die in ihrem Zuge notwendig seien, finanziell abfedern zu können.

Politisch seien aber die entscheidenden Schritte zur Errichtung eines Rechtsstaates und zur Einführung eines Mehrparteiensystems getan.

Auf meine Frage: Ja, der Prozeß habe sich seit der Parteikonferenz an Pfingsten 1988 enorm beschleunigt. Damals habe man noch angenommen, man komme mit einem „politischen Pluralismus“ unter Beibehaltung des Einparteiensystems aus. Dieser Standpunkt sei heute überholt. Die Durchführung der politischen Reformen in Ungarn sei für das Land die „Eintrittskarte“, um den Anschluß an die „europäische Entwicklung“ zu finden.

2) Weniger sanguinisch erschien heute MP Németh. Dieser sagte, es bestehe die Gefahr, daß die politischen Reformen denjenigen im Wirtschaftsbereich zu weit vorauseilten. Dies sei schlecht, weil die politischen Freiheiten auf die Bevölkerung wie eine „Droge“ wirken könnten. Die Wirtschaftslage sei – auch er gab als Grund frühere Fehler an – sehr schwierig. Das Maß dessen, was man der Bevölkerung zumute, sei erreicht, wenn man auch gleichwohl hoffe, die Entwicklung durchziehen zu können.

Auf meine Frage, ob er glaube, daß die entscheidenden Schritte getan seien, antwortete der MP deutlich zögerlicher als StM Pozsgay: Die entscheidenden Gesetzesvorhaben – er nannte die Verfassung – seien eingeleitet. Als ich nachstieß und fragte, wie es denn in der Partei stehe, erwiderte Németh: Im Politbüro sei man von der Unumkehrbarkeit der Reformen überzeugt, nicht jedoch bereits in vollem Maße im ZK. Hier gelte es, noch Überzeugungsarbeit zu leisten, in welchem Zusammenhang der Februar-Sitzung des ZK³ große Bedeutung zukomme.

[gez.] Steger

Referat 214, Bd. 139936

³ Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, berichtete am 13. Februar 1989 über die Sitzung des ZK der USAP am 10./11. Februar 1989: „ZK wird, in Abkehr bisheriger Linie, künftig Entwicklung politischen Pluralismus in Ungarn in Form auch eines Mehrparteiensystems vorsehen. Weitere Parteienentwicklung muß nach ZK aber im Rahmen sozialistischer Orientierung bleiben, was auch in neuer Verfassung zu verankern ist.“ Es sei noch einmal gelungen, „die bereits sichtbaren Fissuren in der Partei zwischen dogmatischen und reformpopulistischen bzw. kommunistischen und sozialdemokratischen Tendenzen zu überdecken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Referat 214, Bd. 139936. Vgl. dazu ferner die Mitteilung über die Sitzung, in: WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 23.

Zu einer weiteren ZK-Sitzung am 20./21. Februar 1989 teilte Berg am 23. Februar 1989 mit: „Nach Beschluß ZK wird neue Verfassung [...] sozialistische Orientierung Ungarns enthalten. [...] USAP beansprucht nicht führende Rolle durch Verfassung, wird vielmehr entscheidenden politischen Beitrag durch eigene Anstrengung zu erbringen suchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 320; Referat 214, Bd. 139936.

21

**Botschafter Graf zu Rantzau, Wien (KSZE-Delegation),
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 145
Citissime

Aufgabe: 24. Januar 1989, 12.00 Uhr¹
Ankunft: 24. Januar 1989, 12.43 Uhr

Delegationsbericht Nr. 512

Betr.: Dritte KSZE-Folge treffen in Wien (WFT);
hier: Korb-III-Teil des Wiener Schlußdokuments (WSD)²

Bezug: Minister-Vorlage Botschafter z. b. V. v. 8.10.86³

Der Korb-III-Teil des WSD, insb. der Abschnitt menschliche Kontakte, entspricht weitgehend westlichen und deutschlandspezifischen Interessen und bedeutet einen spürbaren Fortschritt im Vergleich zur HSA⁴, zum MSD⁵ und zum nicht angenommenen Entwurf für ein Schlußdokument des Berner Expertentreffens (BME.49)⁶. Die Annahme der von uns seit Konferenzbeginn hartnäckig verfolgten Vorschläge zur Familienzusammenführung, aber auch zu Familienbesuchen sowie zu Reisen aus dringenden humanitären Gründen wird die damit verbundenen Antragsverfahren rechtsstaatlicher gestalten, vereinfachen und erheblich beschleunigen.

1) Implementierungsdebatte im Korb III war stellenweise kontrovers. Im Mittelpunkt standen Menschenrechtsverletzungen in WP-Staaten, insbes. Beschränkung der Freizügigkeit und Verfolgung von Minderheiten und der sog. „Helsinki“-Monitoren. Wir mahnten vor allem Ausreiserecht der Deutschen an. WP-Staaten antworteten zunächst mit Gegen-Vorwürfen (Obdachlosigkeit in den USA, Nordirland-Repressalien der GB-Polizei usw.). Später gingen einzelne östl. Sprecher auf humanitäre Härtefälle ein und trugen zu ihrer diskreten Lösung bei. Uns warf SU wiederholt angebliches „Berufsverbot“ und tausendfachen Paßentzug vor; wir konnten mit Hinweis auf Rechtswegmöglichkeiten und Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes wirkungsvoll entgegenen.

2) Verhandlungsgang

USA hatten als einziger TNS den Entwurf für das Berner Schlußdokument (BME.49) u. a. mit der – von uns nicht geteilten – Begründung abgelehnt, es falle

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Wrede, Wien (KSZE-Delegation), konzipiert.

² Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

³ Für die Aufzeichnung des Botschafters Eickhoff vgl. AAPD 1986, II, Dok. 272.

⁴ Helsinki-Schlußakte.

Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁵ Madrider Schlußdokument.

Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

⁶ Für den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 23. Mai 1986 für ein Schlußdokument des KSZE-Expertentreffens über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 (CSCE/BME.49) vgl. Referat 212, Bd. 133526. Zum Expertentreffen vgl. AAPD 1986, I, Dok. 156.

teilweise hinter HSA und MSD zurück und schränke übernommene Verpflichtungen unzumutbar ein.

In Wien haben wir uns daher besonders und erfolgreich darum bemüht, mit USA bilateral Vorschlagspaket des Westens zu menschl. Kontakten (vgl. vor allem WT.22⁷, 23⁸, 24⁹, 27¹⁰, 51¹¹, 53¹²) vorzuklären und so Bedenken Berner Art von vornherein auszuräumen. Zudem gelang es uns, westl. Neutrale (CH, A, SCN) zur Einbringung von zusätzlichen Vorschlägen in diesem Bereich (vgl. WT.93¹³) zu bewegen, die auch deutschlandpolitische Belange berücksichtigen, v.a. den Mindestumtausch, wozu Bestimmung in WSD gegen DDR-Widerstand durchgesetzt werden konnte (op. Para 11 menschl. Kontakte/Korb III im WSD). Genauso war es danach möglich, in vertraulicher Fühlungnahme das schweiz.-österreich. Non-paper zum Korb III vom 30.7.1987¹⁴ zu beeinflussen. Dieses Dokument, ebenso wie später die Entwürfe des – mit uns eng kooperierenden – schwed. Koordinators¹⁵ zu den menschl. Kontakten wie auch zu Information, Kultur und Bildung haben die wesentliche Substanz aller unserer prioritär verfolgten Anliegen bewahrt.

3) Bewertung

Wiener Ergebnis übertrifft unsere ursprünglichen Zielvorstellungen für das WFT (vgl. Bezugsvorlage) an Inhalt und Umfang bei weitem. Uns war es vor allem um Festschreibung des Berner Schlußkompromisses gegangen (Bestimmungen zu Verwandtenbesuchen ohne Altersbegrenzung, zum Recht auf gemeinsame Familienreisen, Fortgeltung von Antragsdokumenten, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, direkter Sportaustausch, Städtepartnerschaften, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Ziel-land). Zu allen diesen Themen enthält das WSD stringente Texte ohne einschränkende „escape clauses“. Von zentraler praktischer Bedeutung sind die erheblichen Fristverkürzungen bei Antragsverfahren für Familienbegegnungen

⁷ Für den Vorschlag Irlands sowie der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Türkei vom 10. Februar 1987 zur Frage der Freizügigkeit und freien Wahl des Wohnsitzes (CSCE/WT.22) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

⁸ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Kanadas, Spaniens und der USA vom 10. Februar 1987 zu menschlichen Kontakten und Familienzusammenführung (CSCE/WT.23) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

⁹ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Irlands, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, der Türkei und der USA für ein Maßnahmenpaket für Reiseerleichterungen (CSCE/WT.24) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁰ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Kanadas, der Niederlande, Norwegens und der USA vom 11. Februar 1987 zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten nationaler Minderheiten, dem sich Österreich, Schweden und Ungarn als Miteinbringer anschlossen, (CSCE/WT.27) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹¹ Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks und Großbritanniens vom 17. Februar 1987 zur Beseitigung von Hindernissen für menschliche Kontakte, zur Ausdehnung des Inter-Rail-Systems auf alle europäischen Staaten sowie zum Sportaustausch und zu Städtepartnerschaften (CSCE/WT.51) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹² Für den Vorschlag Belgiens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Kanadas, der Niederlande, Portugals, Spaniens und der USA vom 17. Februar 1987 zur Behandlung von Ausreiseträgen und Familienzusammenführung (CSCE/WT.53/Rev.1) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹³ Für den Vorschlag Österreichs und Schwedens vom 27. Februar 1987 zu Auslandsreisen für Familienbesuche (CSCE/WT.93) vgl. Referat 212, Bd. 153446.

¹⁴ Für das Non-paper Österreichs und der Schweiz vgl. Referat 212, Bd. 153436.

¹⁵ Nils Eliasson.

(ein Monat), bei Familienzusammenführung (drei Monate) und bei dringenden humanitären Fällen sogar nur eine Entscheidungsfrist von drei Tagen. Diese Bestimmungen besitzen auch eine akzeptable Einreise-Implikation, denn der unterschiedliche Verpflichtungsgrad (Ausreise Menschenrecht, Einreise souveräne Ermessensentscheidung des Staates) ist zu Anfang des Abschnittes menschl. Kontakte deutlich verankert.

Zusätzlich enthalten die 33 Absätze im Abschnitt menschliche Kontakte (im Vergleich dazu nur elf Absätze im Madrider Schlußdokument) u. a. Bestimmungen zum Menschenrecht der Freizügigkeit, zu den menschlichen Kontakten von Minderheiten wie auch von religiösen Gruppen, Nichtdiskriminierungsklauseln, erstmalig grundsätzliche Befürwortung von Rechtsmitteln bei Ablehnungsbescheiden mit – in der Regel – schriftlicher Mitteilung. Wichtig ist auch die Anerkennung der Möglichkeit zu direkten persönlichen Kontakten zwischen den Bürgern der TNS und die dabei ausdrücklich gestattete Unterkunft in Privatwohnungen. Schließlich ist die Vorschrift zur raschen, unbehinderten Auslieferung von Postsendungen und zu störungsfreien Telefongesprächen praktisch bedeutsam.

Im Informationsbereich war bis zuletzt die schließlich erreichte Vereinbarung zur Einstellung der Störung von Radiosendungen strittig. Die neue Bestimmung, daß Journalisten nicht aufgrund des Inhalts ihrer Berichterstattung oder ihrer Medien ausgewiesen werden können, ist in den WP-Staaten täglich aktuell.

Lange umkämpft war auch die von uns vorgeschlagene Möglichkeit zur gegenseitigen Einrichtung von Kulturinstituten im Abschnitt Kultur. In allen vier Abschnitten des Korbes III gibt es Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten und der ungestörten Entfaltung ihrer Religion, Kultur und Sprache. Im Abschnitt Bildung schließlich wird ausdrücklich die Diskriminierung z. B. aufgrund politischer oder religiöser Ansichten beim Zugang zu den verschiedenen Arten und Stufen von Bildungseinrichtungen verboten. Dies ist von besonderer deutschland-spezifischer Relevanz.

Für Korb III sind die vereinbarten Konferenzen zur menschlichen Dimension wichtig; bereits im Juni wird in Paris¹⁶ nach der Implementierung der Wiener Beschlüsse zu fragen sein. Zuvor haben die Journalisten auf dem Informationsforum in London (April/Mai 1989¹⁷) die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu diskutieren, aber auch die Erfüllung der Wiener Neuverpflichtungen anzumahnen. Als einer der beiden ersten westlichen Miteinbringer des Vorschlags, ein Symposium über das kulturelle Erbe in Krakau zu veranstalten¹⁸, sind wir befriedigt darüber, daß USA¹⁹ – wenn auch buchstäblich erst im letzten Augenblick der Wiener Konferenz – diesem Vorschlag zugestimmt haben.

Ein wichtiges Zieldatum ist der 19. Juli 1989; denn gemäß op. Para drei menschliche Kontakte sollen die TNS alle bisher noch schwebenden Antragsverfahren

¹⁶ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

¹⁷ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

¹⁸ Für den Vorschlag der Bundesrepublik, Dänemarks, der DDR, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Jugoslawiens, Malτας, Norwegens, Österreichs, Polens, Rumäniens, Schwedens und Ungarns vom 17. Dezember 1986 (CSCE/WT.6) vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁹ Korrigiert aus: „USA, die“.

zu menschlichen Kontakten spätestens sechs Monate nach Abschluß des WFT lösen.

4) Der Wiener Erfolg ist westlicher Geschlossenheit zu verdanken, doch muß die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit GB im Abschnitt menschliche Kontakte und Information sowie mit F und I im Bereich Kultur hervorgehoben werden. Dagegen war die Auseinandersetzung mit den eher maximalistisch orientierten USA und KAN oft mühsam. Qualität des WSD im Bereich der Menschenrechte und Korb III ist zweifellos in der Tatsache begründet, daß westliche Neutrale unser Menschenrechtsverständnis voll teilen. Im WP fanden westliche Vorschläge recht früh die Unterstützung von UNG und POL, etwas später auch von seiten der SU (als Glasnost begann, sich auch im Verhandlungsverhalten widerzuspiegeln). DDR hielt sich weitgehend zurück, übte aber praktisch häufiger Bremsfunktion aus (etwa bei der grundsätzlichen Anerkennung der Freizügigkeit und beim Mindestumtausch, wozu übrigens „Neues Deutschland“ vom 21./22.1. 1989 in Veröffentlichung des WSD²⁰ Mindestumtauschvorschrift nicht korrekt wiedergibt). ČSSR hielt sich aus Verhandlungen weitgehend heraus, mußte aber immer wieder Implementierungskritik einstecken. BUL betrieb Dauerstreit mit TUR über die Behandlung der türkischen Minderheit. RUM spielte die bekannte Sonderrolle.

5) Das WSD ist keine ausgefeilte völkerrechtliche Konvention, sondern ein politisches Dokument. Die verschiedenen Körbe, auch Korb III, enthalten Bestimmungen von sehr disparater Natur: erfreulicherweise nur noch sparsames Präambelpathos, verkürzte Wiedergabe von Menschenrechtstexten (aus den Menschenrechtspakten), eine Fülle von sich oft im Anwendungsbereich überschneidenden Detailregelungen. Insgesamt überwiegen die bemerkenswert konkret gehaltenen Handlungsanweisungen an die Regierungen und Verwaltungen der TNS.

Für Korb III erscheint nach Helsinki, Madrid und Wien der „Normbedarf“ weitgehend gedeckt. Nun geht es vor allem um die gewissenhafte Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, wozu die o.a. Konferenzen zur menschlichen Dimension dienen.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 158552

²⁰ Für die Veröffentlichung des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 21./22. Januar 1989, S. 5 f. (Auszug).

22

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman

25. Januar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar M. Bronfman²

Bonn, 25. Januar 1989, 18.00 Uhr–19.10 Uhr

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Bronfman (B.) und seine Begleitung und erläutert eingangs – in Anknüpfung an eine soeben in Stuttgart gehaltene Rede³ – die europapolitischen Ziele der von ihm geführten Bundesregierung: Ausbau des großen Binnenmarktes bis 1992, kein Handelskrieg mit USA, keine Festung Europa – in Erwartung, daß auch die USA und Japan keine Festungen bauen. Dies wäre das Dümme, was man in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation tun könne. In der EG gebe es keine „Festungsmentalität“. Man sei sich im Gegenteil bewußt, daß die wichtigsten Entscheidungen für den Binnenmarkt bis Ende 1990 getroffen werden müßten, um Zeit für die Umsetzung in die nationale Gesetzgebung zu lassen.

Für die Bundesrepublik Deutschland sei der Zeitraum bis Ende 1990 aus innenpolitischen Gründen nicht einfach: Allein 1990 fänden vier Landtagswahlen⁴, drei Kommunalwahlen⁵ und am Jahresende die Bundestagswahl⁶ statt.

Der Bundeskanzler fährt fort, er begrüße vor allem, mit B. über die libysche Frage⁷ reden zu können. Er beobachte mit großer Reserve manches, was hierzu in Amerika geschrieben werde, weil es hier sehr negative Wirkungen gebe.

Unsere Position in der Sache sei völlig eindeutig: Wir wollten nicht, daß sich deutsche Firmen oder Einzelpersonen in irgendeiner Weise – und schon gar nicht im Libyen Gaddafis – an der Produktion von chemischen oder biologischen Waffen beteiligten. Er verfolge seit langem das politische Ziel, diese Waffen welt-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 26. Januar 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. Januar 1989 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Schäuble am 27. Januar 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. Januar 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757.

² Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, hielt sich am 25./26. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl auf einem Kongreß der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg am 25. Januar 1989 vgl. den Artikel „Kohl: Europa wird keine Festung“; STUTTGARTER NACHRICHTEN vom 26. Januar 1989, S. 9.

⁴ Am 28. Januar 1990 fanden Wahlen zum saarländischen Landtag statt. Die Wahlen zu den Landtagen von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurden am 13. Mai 1990 abgehalten. Der bayerische Landtag wurde am 14. Oktober 1990 gewählt.

⁵ Kommunalwahlen fanden am 18. März in Bayern bzw. am 25. März 1990 in Schleswig-Holstein statt.

⁶ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁷ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

weit zu ächten. Es gebe genügend andere Waffen – eher zuviel als zuwenig. Wenn man jetzt zu ersten Abrüstungsschritten komme, brauche man keine neuen Waffen dieser Kategorien, die außerordentlich schwierig zu kontrollieren seien und – im Gegensatz zu Atomwaffen – auch von nicht-nuklearen Staaten produziert werden können. Deshalb trete er strikt für Ächtung der C-Waffen ein. Hierbei habe die Libyen-Affäre wenigstens etwas Positives bewirkt: Während die Bundesregierung schon von Anfang an für weltweite Ächtung eingetreten sei, habe sich die Position der USA in dieser Frage – verglichen mit der Zeit vor einem Jahr – inzwischen positiv entwickelt.

In der Bundesrepublik Deutschland selbst würden als Folge der Libyen-Affäre Gesetze geändert.⁸ Unser Land sei sehr liberal, trete für Weltoffenheit und gegen Protektionismus ein – aber dies könne auf diesem schwierigen Felde kein Argument sein. Bis Ostern⁹ würden die entsprechenden Entwürfe den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet. Dabei wolle man gemäß dem Weltrechtsprinzip auch Handlungen außerhalb des Bundesgebiets unter Strafe stellen – dies sei eine keineswegs einfache juristische und verfassungsrechtliche Frage.

Ein besonderes Problem für uns liege darin – er wolle hier ganz offen sein –, daß die Haltung der Bundesregierung in der Libyen-Frage in amerikanischen Zeitungen in ganz unmöglicher Weise dargestellt werde: Gott sei Dank seien wir – als Konsequenz der Nazi-Zeit – ein Rechtsstaat. Wir müßten deshalb Straftaten vor Gericht beweisen können. Dies sei nach den ihm am 18. Oktober 1988 zugegangenen Informationen, wonach möglicherweise deutsche Firmen beteiligt seien, nicht möglich gewesen.

Vier Wochen später sei er dann in den USA mit Präsident Reagan, dem damaligen Vizepräsidenten Bush und AM Shultz zusammengetroffen¹⁰ – einen Tag nach seiner Rede zum 80. Geburtstag Simon Wiesenthals in New York¹¹. Die amerikanischen Gesprächspartner hätten ihm Luftbilder (von Rabta) gezeigt – nicht mehr. Auf seine Bitte nach weiteren Informationen sei am 20. Dezember ein Treffen der Dienste beider Seiten zustande gekommen, habe aber wiederum keine gerichtsverwertbaren Beweise erbracht.

Er selbst habe am 17. November, am Tag nach seiner Rückkehr aus Washington, im Bundeskabinett den Wirtschafts-¹² und den Finanzminister¹³ aufgefordert, sich schnell um die Sache zu kümmern. Am 18. November habe er im Bundessicherheitsrat noch wesentlich massiver auf schnelle Klärung gedrängt.¹⁴

Heute jedoch sei sein Wissensstand – vielleicht habe die Staatsanwaltschaft mehr – immer noch der, daß er bisher kein Beweisexemplar gesehen habe. Er wolle nicht mißverstanden werden: Aus innen- und außenpolitischen Gründen wäre es ihm sehr recht, wenn man eine Firma oder Einzelperson vor Gericht

⁸ Zu den bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 9.

⁹ 26./27. März 1989.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich vom 12. bis 16. November 1988 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 324, Dok. 325, Dok. 327 und Dok. 328.

¹¹ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 14. November 1988 in New York vgl. BULLETIN 1988, S. 1381–1384.

¹² Helmut Haussmann.

¹³ Gerhard Stoltenberg.

¹⁴ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. AAPD 1988, II, Dok. 329.

bringen könnte. Jedoch das letzte, was er brauche, sei, daß jemand vor Gericht gebracht und aus Mangel an Beweisen freigesprochen werde!

Er wiederhole: Wir würden alles Notwendige tun. In diesem Sinn habe er mit Präsident Bush telefoniert¹⁵ und auch ihn gebeten, daß die amerikanische Seite uns gerichtsverwertbare Unterlagen übermittle – dazu gehörten allerdings nicht Protokolle abgehörter Telefongespräche.

Wir würden – wie bereits erläutert – die nationale Gesetzgebung verstärken. Wir würden die Verfolgung dieser neuen Form von Kriminalität auch zur Aufgabe des Bundeskriminalamtes machen.

Des weiteren wolle er in zwei Wochen, wenn er mit Staatspräsident Mitterrand zusammentreffe, mit ihm besprechen, was man in Europa gemeinsam tun könne: Wenn, wie Gerüchte besagten, die Anlage Rabta noch nicht fertig sei, dann müsse man „die Sache dichtmachen“.

Ein weiteres Problem für uns sei, daß die Zentrale der vermittelnden Firma IBI¹⁶ nicht bei uns, sondern in London ansässig sei.

Er wolle zusammenfassen:

1) Die Bundesregierung werde tun, was sie tun könne. Sie werde mit größter Härte vorgehen. Sie werde jede rechtliche Möglichkeit nutzen, die ihr zur Verfügung stünde.

2) Die Bundesregierung werde neue gesetzliche Grundlagen schaffen.

3) Die Bundesregierung werde mit den europäischen Partnern darüber sprechen, wie man gemeinsam vorgehen könne.

Die Bundesrepublik Deutschland – so der Bundeskanzler weiter – sei im Gegensatz zu amerikanischen Presseberichten kein Land, das sich in der nahöstlichen Region mit Waffenexporten hervorgetan habe. Man habe die Lieferung des Leopard II an Saudi Arabien nicht genehmigt – jetzt lieferten die Amerikaner ihre Panzer dorthin.

Allerdings werde uns das grundsätzliche Problem weiter begleiten, daß nämlich, solange die Region in ihrem gegenwärtigen Zustand sei und Leute dort über viel Geld verfügten – und dazu gehöre sicher Gaddafi –, diese alle möglichen Wege versuchen würden, um in den Industrienationen Waffen zu kaufen.

Was unser Verhältnis zu Libyen angehe, so habe er sich bereits 1982, bei Amtsantritt, eine klare Meinung gebildet, die sehr wesentlich damit zusammenhänge, daß von libyscher Seite terroristische Akte in der Bundesrepublik Deutschland begangen worden seien¹⁷, daß Libyen deutschen Terroristen Zuflucht gewährt habe und – so jedenfalls starke Vermutungen – daß Libyen Ausbildungsmöglichkeiten für Terroristen zur Verfügung gestellt habe.

Eine Folge sei gewesen, daß in seiner Kanzlerschaft das Volumen unserer Hermes-Bürgschaften von rd. 8 Mrd. DM auf 3,4 Mrd. DM heruntergefahren worden

¹⁵ Für das Telefongespräch am 23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

¹⁶ Ishan Barbouti International.

¹⁷ Am 5. April 1986 wurden bei einem Bombenanschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West), die vorwiegend von amerikanischen Soldaten besucht wurde, drei Menschen getötet und etwa 250 verletzt. Daraufhin erfolgten am 15. April 1986 amerikanische Luftangriffe gegen Ziele in Libyen. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 92, Dok. 94, Dok. 97, Dok. 102–104 und Dok. 106.

sei. Im gleichen Zeitraum seien auch unsere Erdölbezüge deutlich zurückgegangen. Dies belege, daß wir nicht darauf aus seien, mit Gaddafi große Geschäfte zu machen. Dies habe aber auch Ärger hervorgerufen: Denn wo Deutsche herausgegangen seien, seien andere Europäer hineingegangen – und nicht zuletzt auch Amerikaner, wie eine Erklärung Präsident Reagans noch in seinen letzten Tagen im Amt beweise.

Kurzum: Seine Position zu Gaddafi sei – selbst unabhängig von der CW-Affäre – äußerste Distanz. Gerade deshalb sei es aber wichtig, daß wir mit den Europäern, mit unseren Freunden und Partnern, darüber redeten, wie man zu gleichen Bewertungen und Ergebnissen kommen könne. Dies gelte im übrigen auch für Iran/Irak und andere Bereiche.

Bronfman dankt dem Bundeskanzler für die Offenheit, mit der er über dieses Thema gesprochen habe. Er glaube, daß die Lage ernst sei, und zwar für Europa wie für USA. Wer Gaddafi kenne, wie dies für seine Organisation der Fall sei, müsse zustimmen: Wenn die Anlage Rabta in Betrieb gehe, entstehe eine ganz ernste Lage. Abgesehen davon, daß man Leute für Dinge, die sie nicht tun dürften, bestrafen müsse – dies sei ein internes Problem –, sei nun das Wichtigste, sicherzustellen, daß die chemische Anlage nicht fertiggestellt und Gaddafi nicht in den Stand versetzt werde, C-Waffen zu produzieren und zu nutzen.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Bronfman erwähnt Berichte, die er nicht verifizieren könne, daß Libyen auch mit deutscher Technologie in den Stand versetzt worden sei, Flugzeuge in der Luft aufzutanken¹⁸, wodurch deren Reichweite bis nach Israel ausgedehnt werde. Dies sei selbstverständlich wieder eine außerordentlich ernste Angelegenheit.

Heute seien so viele Nuklearwaffen aufgehäuft, daß man die ganze Menschheit mehrfach vernichten könne – aber diese Waffen seien nicht in den Händen von Verrückten. Gaddafi jedoch sei ein ausgewiesener Verrückter.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, wir hätten Libyen keine Flugzeuge¹⁹ verkauft, in den Berichten, die auch er gesehen habe, gehe es um Kampfflugzeuge vom Typ Mirage und Transportflugzeuge vom Typ Herkules/C-135.

Bronfman stellt klar, es gehe um die Betankung aus der Luft.

Er wolle – so B. weiter – noch einen Satz anfügen: Für jedermann, auch für seine Organisation, sei immer wieder eine große Versuchung, die amerikanische Presse wegen ihrer Berichterstattung anzugreifen. Obwohl er keine Zeitungen oder Fernsehstationen besitze, müsse er feststellen, daß derartige Angriffe nicht klug seien.

¹⁸ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 26. Januar 1989, Gesandter Paschke sei im amerikanischen Außenministerium auf Presseberichte angesprochen worden, wonach Firmen aus der Bundesrepublik Lieferungen nach Libyen getätigt hätten, mit denen Flugzeuge in der Luft betankt werden könnten. Es sei darauf verwiesen worden, „daß die Sache jetzt um so mehr das Potential habe, zusätzlich das deutsche Image zu schädigen; daß es in der Tat eine sehr ernste Entwicklung wäre, wenn der Operationsradius der Flugzeuge Gaddafis durch nunmehr mögliche Luftbetankung erheblich ausgedehnt würde.“ Die Bundesregierung sei gebeten worden, „die Angelegenheit so zügig wie möglich aufzuklären, die weitere deutsche Hilfe möglichst zu unterbinden und – falls noch möglich – den Erwerb der Luftbetankungsfähigkeit der libyschen Luftwaffe damit zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 367; Referat 424, Bd. 162416.

¹⁹ Korrigiert aus: „Luftzeuge“.

B. geht sodann auf die Lage der jüdischen Gemeinschaften in der Sowjetunion über. Bei seiner letzten Begegnung²⁰ habe er hierzu mit dem Bundeskanzler fortlaufenden Meinungsaustausch vereinbart. Heute könne er mit Freude und Dankbarkeit berichten, daß die Lage sich in vieler Hinsicht verbessert habe. In einer kürzlichen Begegnung mit dem sowjetischen Rat für religiöse Angelegenheiten habe neue Beweglichkeit beeindruckt: Künftig solle es keine Hindernisse mehr für Hebräisch-Unterricht, religiöse Unterweisung und die Wahrnehmung kultureller Aufgaben durch die Gemeinden geben. Die darüber getroffene lange Liste von Vereinbarungen werde der Generalsekretär des WJC AL2²¹ zuleiten.

Diese Lage biete den jüdischen Gemeinden in der Welt nun ein Fenster, das es zu nutzen gelte: Durch Hilfe beim Aufbau kultureller Zentren, Entsendung von Rabbinern und Lehrern in die Sowjetunion usw.

Auch die Ausreisezahlen entwickelten sich positiv (1988: über 20000). Eine weitere Steigerung sei zu erwarten – wie wohl übrigens auch bei den Deutschen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein: 1988 fast 50 000.

Bronfman fährt fort, auch die religiöse und kulturelle Freiheit sei größer geworden. Er – B. – wisse, daß der Bundeskanzler in seinen Gesprächen mit der sowjetischen Führung hilfreich gewesen sei.

In seinen Gesprächen mit AM Schewardnadse im November 1988 habe dieser bestätigt, daß die Sowjetunion eine Reihe von Gesetzen ändern werde, u. a. um die Ausreisen zu regeln, er aber darum bitte, daß der WJC keinen Druck ausübe.

Er – B. – habe dies zugesagt, mit einer Ausnahme: Es gebe in der Sowjetunion ein antizionistisches Komitee. Dies sei eine Beleidigung für jeden Zionisten. (B. definiert: Jedermann, dem die Sicherheit und das Wohl des Staates Israel am Herzen liegt.) AM Schewardnadse sei zunächst empört gewesen, hinterher aber sei der Vertreter dieses Komitees von einer Veranstaltung im Rahmen seines Besuchs eingeladen und inzwischen das Komitee insgesamt aufgelöst worden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er sei etwa zur gleichen Zeit in Moskau gewesen.²² Dort habe er insgesamt zwölf Stunden mit Gorbatschow gesprochen und vereinbart, daß dieser im Frühsommer seinen Gegenbesuch bei uns abstaten werde und man dabei ein gemeinsames Dokument unterzeichnen wolle.²³

Ein wesentlicher Gesprächspunkt seien die Menschenrechte – natürlich in unserer Definition – gewesen. Er – der Bundeskanzler – habe GS Gorbatschow verdeutlicht, daß sich die Beziehungen nicht grundlegend verbessern könnten, wenn es nicht gelinge, Vertrauen zu schaffen. Dies habe wesentlich mit Menschenrechten zu tun – Abrüstung allein sei zu wenig.

Der Bundeskanzler streift den Stand der verschiedenen Abrüstungsverhandlungen und drückt die Hoffnung aus, daß

²⁰ Bundeskanzler Kohl und der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Bronfman, trafen am 14. Juli 1988 zusammen. Vgl. AAPD 1988, II, Dok. 205.

²¹ Horst Teltschik.

²² Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

²³ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

- bei den START-Verhandlungen eine rasche Einigung möglich ist,
- die SU heute mehr als früher bereit ist, eine CW-Konvention abzuschließen und
- das Kernproblem bei den konventionellen Waffen liegen werde – hier sei ungeheuer viel Propaganda im Spiel: Selbst die von der SU in der DDR angekündigten Reduzierungen²⁴ beseitigten das Übergewicht des Warschauer Pakts bei weitem noch nicht, zumal dort weiter modernisiert werde.

Insgesamt – so der Bundeskanzler – glaube er schon, daß man, wenn auch langsam, vorankommen werde. Das größte Problem aber sei, daß die Leute Ankündigungen so aufnahmen, als bedeuteten sie bereits den Vollzug. Er sei nicht bereit zu reduzieren, bevor die Taten da seien. Aus diesen Gründen werde er auch die Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate²⁵ beibehalten, obwohl sich jetzt ein großes Geschrei erhebe, er sei nicht abrüstungswillig. Dem setze er, obwohl er als Deutscher zögere, diesen Vergleich zu ziehen, entgegen: Auch das Münchener Abkommen von 1938²⁶ habe auf Illusionen, auf Ankündigungen beruht, die von Wohlmeinenden wie Chamberlain als Fakten angesehen worden seien. So sei auch jetzt falsch, Vorleistungen zu erbringen, bevor man Taten sehe. Insgesamt sei er jedoch nicht pessimistisch.

Er habe GS Gorbatschow auch gesagt, daß seine Politik nicht glaubwürdig sein werde, wenn er nicht den Deutschen und den Juden die Chancen gebe, ihre Identität zu wahren. Er wolle betonen, es sei nicht unser Interesse, daß die Deutschen aus der Sowjetunion insgesamt ausreisten. Viele wollten bleiben, aber unter menschenwürdigen Verhältnissen, sie wollten als Deutsche leben können, ihre Kinder sollten Deutsch sprechen lernen und sie wollten religiöse Freiheit genießen, ihre Verwandten besuchen, von ihnen Pakete empfangen, deutsche Bücher lesen.

Bronfman wirft ein, für ihn stelle sich die Problematik genauso.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er habe GS Gorbatschow verdeutlicht, daß der Verbleib der Deutschen im Lande auch im Interesse der Sowjetunion liege: Denn schließlich sei die Europäische Gemeinschaft eine Größe, die in elf Jahren noch bedeutsamer sein werde als heute – und in dieser EG sei Deutsch die meist gesprochene Sprache (70 von 320 Mio.). Dann aber müsse es möglich sein, daß die Deutschen, die im Lande blieben.²⁷

Bronfman betont, in seiner Argumentation fordere er immer wieder, daß Juden wie Deutsche als „erstklassige Bürger“ behandelt würden – dann löse sich vieles von selbst.

²⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

²⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

²⁶ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

²⁷ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, nach seinem Eindruck habe GS Gorbatschow ihn sehr wohl verstanden. Er habe riesige Probleme mit nationalen Minderheiten. Nach seiner – des Bundeskanzlers – Einschätzung könne seine Stellung überhaupt nur aus zwei Gründen gefährdet werden: Frage der Minderheiten und Versorgung der Bevölkerung. In beiden Punkten werde sich entscheiden, ob die Perestroika auf dem Papier bleibe oder umgesetzt werden könne.

Angesichts dieser Lage sehe er – der Bundeskanzler – reelle Chancen zu Fortschritten, wenn der Westen geschlossen bleibe und sich in Geduld übe.

Bronfman erwidert, nach seinem Eindruck habe Gorbatschow sein großes Reformprogramm „sehr naiv“ begonnen, habe nicht geglaubt, wie schwierig es sein würde, die sowjetische Gesellschaft zu verändern. Auch ihn – B. – bewege die Frage, ob Gorbatschow Erfolg haben werde oder nicht. Mit dem Bundeskanzler sei er einverstanden: Man müsse bei der Rüstungsverminderung sehr sorgfältig und vorsichtig sein. Man dürfe sich nicht der Euphorie hingeben. Vielmehr müsse man sich klar sein: Wenn Gorbatschow keinen Erfolg habe und etwa entlassen werde, werde sein Nachfolger sicher nicht liberaler sein.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies gelte im ganzen Warschauer Pakt: Rückschläge würden in die Vergangenheit, nicht in die Zukunft führen.

Bronfman fährt fort, deshalb solle man durchaus versuchen zu helfen, daß die Perestroika zum Erfolg werde. Zugleich müsse man die insgesamt begrenzten Möglichkeiten des Westens sehen, denn es gehe – wie gesagt – um die Veränderung einer ganzen Gesellschaft. Gorbatschows Problem sei, daß er für Fehler und Mängel nicht unbegrenzt seine Vorgänger verantwortlich machen könne.

Präsident Reagan habe recht gehabt: „Vertraue, aber verifiziere“. Man solle durchaus Vorteile nutzen, solle helfen, aber gesunden Skeptizismus bewahren. Dies werde später möglicherweise viel Ärger ersparen.

Der *Bundeskanzler* dankt für diesen Austausch und regt an, nach dem Besuch GS Gorbatschows bei uns wieder zusammenzutreffen (Terminvereinbarung über AL2). Dann werde man auch über Polen reden können.

Der Bundeskanzler und B. vereinbaren abschließend als Presselinie zum Libyen-Komplex:

- Grundsätzliche Position der Bundesregierung, Unterstützung der amerikanischen Administration, der alten wie der neuen,
- Änderung der Gesetze eingeleitet,
- Ermittlungen energisch vorantreiben,
- Gespräche mit Freunden, Partnern und Verbündeten („konzertierte Aktion“).²⁸

Der Bundeskanzler stellt klar, daß er beim letzteren Punkt zunächst an Gespräche im Rahmen der EG, Ebene der Staats- und Regierungschefs, denke, nicht an Befassung von NATO-Gremien. Mit den USA werde engster Kontakt gehalten.

²⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 25. Januar 1989; BULLETIN 1989, S. 112.

Teilnehmer

Auf deutscher Seite: Staatsminister Dr. Stavenhagen; RL 212²⁹ (Note-taker); RL 521³⁰; VLR I Dr. Weber (Dolmetscher).

Auf seiten des World Jewish Congress: Generalsekretär Dr. Singer; Exekutivsekretär Steinberg; Europavertreter Stern; N.N.; N.N., Dolmetscherin.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59757

23

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oestreich

402-440.94/1

25. Januar 1989¹

Über Herrn Dg40², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Lage in der Dritten Welt, neue Entwicklungen und Perspektiven des Nord-Süd-Dialogs

Bezug: Ihre Weisung auf Vorlage 402-381.23 Allg. v. 6.1.89 (liegt bei)⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Wirtschaftslage der Dritten Welt gibt – trotz Aufwärtsentwicklungen in einzelnen Bereichen – weiterhin Anlaß zur Besorgnis. Positiven Tendenzen (mehr

²⁹ Uwe Kaestner.

³⁰ Michael Mertes.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oestreich und Vortragendem Legationsrat Schneller konzipiert.

² Hat Botschafter Dieckmann am 25. Januar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 26. und erneut am 27. Januar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Konkreteste ist der Vorschlag eines ‚Cancún II‘; die Substanz eines solchen Treffens bleibt noch recht amorph.“

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. Januar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Jelonek und Botschafter Dieckmann an Referat 402 verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Ich finde, daß dies eine sehr gute, abgewogene Aufzeich[nun]g ist. Ob u. welche Konsequenzen aus der geschilderten Lage zu ziehen sind im Hinblick auf eine eigene oder ggf. deutsch-fr[an]z[ösische] Initiative, ist die Frage, über die wir noch mehr sprechen müssen. 2) Bitte daher R[ück]spr[ache] (sobald die Arbeitslage dies zuläßt).“

Hat Jelonek am 1. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Oestreich informierte über die Arbeiten des Zweiten Ausschusses während der 43. VN-Generalversammlung, insbesondere zu den Themen Verschuldung, Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern sowie Umwelt, und gab einen Überblick über künftige Schwerpunktthemen der Arbeit der Bundesregierung innerhalb der mit Wirtschaft befaßten VN-Gremien. Vgl. dazu Referat 402, Bd. 152826.

Auf dieser Aufzeichnung vermerkte Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1989 handschriftlich für Botschafter Dieckmann: „Ein Teil der Fragen, über die wir sprachen, ist hier behandelt. Die generelle Thematik wohl noch nicht, d. h. gibt es andere Foren + Mechanismen, den Nord/Süd Dialog zu beleben u. in das pol[itis]che Bewußtsein zu heben. Bitte sich hierüber – wie b[e]spr[ochen] – Gedanken zu machen u. ggf. weiterführende Überlegungen zu Papier zu bringen.“ Vgl. Referat 402, Bd. 152826.

Pragmatismus, Regionalisierung der Diskussion in den VN als Ausfluß der sich differenzierenden EL-Interessenlage, wirtschaftliche Reformprogramme in den EL, insbesondere Festigung marktwirtschaftlicher Ansätze, neue Ansätze für Rolle der SU seit Gorbatschow, verstärktes Nord-Süd-politisches Engagement Japans) stehen Stagnation und teilweise Verschlechterung der Wirtschaftslage in vielen EL gegenüber. Wir sollten angesichts dieser Situation die Zweckmäßigkeit eines politischen Impulses auf den Nord-Süd-Dialog prüfen, der zum Ziel hätte,

- das Erreichte zu sichern, positive Ansätze zu festigen und fortzuentwickeln,
- zur Vertrauensbildung beizutragen und dadurch den Sachdialog in den zuständigen Fachinstitutionen, insbesondere in IWF, WB und GATT, politisch zu flankieren,
- dem gewachsenen Interesse der Öffentlichkeit⁶ an Nord-Süd-Fragen Rechnung zu tragen.

Dabei wäre u. a. an eine Initiative für ein Treffen der Gipfelländer mit führenden Vertretern der Dritten Welt unter Beteiligung der SU und Chinas zu denken.

II. Im einzelnen

1) Die Wirtschaftslage der Dritten Welt gibt zum Jahreswechsel 1988/89 – trotz positiver Einzelentwicklungen – weiterhin Anlaß zur Sorge. Insbesondere die hochverschuldeten Länder mit mittleren Einkommen bleiben Problemländer:

- EL konnten 1987 Wachstum von durchschnittlich mehr als 3% erzielen; für 1988 wird mit 3,6% und für 1989 mit 4,0% gerechnet. Entwicklung jedoch regional sehr unterschiedlich (BIP-Wachstum für 1988 voraussichtlich in Asien 6,8%, in LA 0,7% (1987 noch 2,5%); in Subsahara-Afrika 3,1%). Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens der EL insgesamt dagegen weiterhin mit durchschnittlich 1,8% (1980–87) gering. Wegen hohen Bevölkerungswachstums in den hochverschuldeten Ländern mit mittlerem Einkommen ist das Pro-Kopf-BIP zwischen 1980 und 1987 um 1,3% und in Subsahara-Afrika um 2,9% geschrumpft.
- Die Beschleunigung der Wachstumsraten ist u. a. auf Politik gezielter Wirtschaftsreformen in vielen EL, auf konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den IL (Wachstumserwartung beträgt +4% für 1988, Prognose für 1989: 3%) und Expansion des Welthandels (1988 wird mit 83/4%, 1989 mit 71/4% gerechnet) zurückzuführen. Der Anteil der EL am Weltexport 1987 ist erstmals seit sieben Jahren wieder gestiegen. Davon profitierten in erster Linie und überproportional die asiatischen Schwellenländer.
- Die Schuldenkrise gefährdet zwar inzwischen nicht mehr das gesamte internationale Kredit- und Finanzgefüge. Insofern kann ein Teilerfolg des in den letzten Jahren entwickelten Schuldenmanagements verzeichnet werden. Die wirtschaftliche Erholung der Schuldnerländer blieb jedoch bis heute aus. Die meisten Schuldnerländer stehen heute nicht besser da als 1982 bei Ausbruch der Schuldenkrise, die hochverschuldeten Middle-income-countries und Subsahara-Afrika teilweise sogar schlechter. Der Netto-Ressourcentransfer aus

⁶ Die Wörter „gewachsenen Interesse der Öffentlichkeit“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ob man das so sagen kann?“

den EL in die IL hat 1988 von 38 Mrd. US-Dollar auf 43 Mrd. US-Dollar zugenommen.

Die weiter anwachsende Verschuldung belastet den Spielraum für wirtschaftliche und soziale Entwicklung schwer und drosselt Import-, Export- und Investitionskapazitäten. Das bisher maßgeblich von finanz- und kreditpolitischen Überlegungen bestimmte Schuldenmanagement trägt den Auswirkungen der Verschuldung auf den Handelsverkehr zwischen IL und EL nicht immer angemessen Rechnung. Gegenüber 1985 ist die Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in EL bis 1987 um fast 16 Mrd. DM (–20 %) zurückgegangen; nur noch rund 10 % der deutschen Exporte gehen in die EL.⁷ Auch wegen der Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die Exporte in die EL sehen sich die USA angesichts ihres hohen Handelsbilanzdefizits genötigt, die bisherige Schuldenstrategie zu überprüfen.

- Eine nennenswerte, langfristige Entlastung an der „Verschuldungsfront“ durch nachhaltige Verbesserung der Rohstoffpreise zeichnet sich weiterhin nicht ab.

Der 1987 und 1988 zu verzeichnende nominale Anstieg der Preise bei verschiedenen Rohstoffgruppen reichte bisher nicht für eine durchgreifende Verbesserung der realen Preise, d. h. der Terms of Trade.

- Die Perspektiven für zusätzlichen Ressourcentransfer, ohne den der gegenwärtig in vielen EL initiierte Strukturanpassungsprozeß nicht gelingen kann, sind derzeit weder im kommerziellen noch im öffentlichen Bereich günstig.

Die privaten Transfers in die EL stagnieren, nicht zuletzt, weil die Banken aufgrund hoher wertberichtigender Abschreibungen nicht mehr wie bisher gezwungen sind, Nachschüsse für notleidende Kredite zu geben.

Gesamt-ODA der DAC-MS ging 1987 real um 1 % zurück (im Gegensatz zu jährlichen Zuwachsraten von durchschnittlich 3,5 % im Zeitraum 1980–1986). Die wichtigste Ausnahme – die reale Erhöhung der japanischen EH um 13,5 % – konnte die Kontraktion der ODA seitens der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Australiens und Großbritanniens nicht wettmachen.

2) Neuere Entwicklungen im Nord-Süd-Verhältnis

- In vielen EL ist eine ordnungspolitische Neuorientierung in Gang gekommen. Die dirigistische Politik der 70er Jahre weicht zunehmend einer Politik, die sich an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientiert. Diese neue Wirtschaftspolitik hat auch die Haltung vieler EL gegenüber privaten Direktinvestitionen und der Rolle ausländischen Kapitals im Entwicklungsprozeß positiv verändert.
- Die Mitgliedstaaten der G77 werden sich der raschen Differenzierung ihrer jeweiligen Interessenlage zunehmend bewußt.
- Der Dialog im wirtschafts- und entwicklungspolitischen Bereich der VN weist eine sich festigende neue Tendenz in Richtung auf mehr Realismus und Pragmatismus auf.
- Umweltschutz und Fragen des Zusammenhangs von ökonomischen und ökologischen Themen gewinnen zunehmend an Gewicht.

⁷ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „U. der Import aus EL.“

- Die Ansätze der sowjetischen Führung zu einem neuen Verständnis der internationalen Beziehungen (Absage an ideologische Konfrontation, Bekenntnis zur Interdependenz der Weltwirtschaft, auf Kooperation gestützte Außenpolitik) eröffnen neue Perspektiven für eine stärkere Einbindung der SU in den Nord-Süd-Dialog (Rede Gorbatschows vor der 43. VN-GV am 7.12.1988⁸).
- Verstärktes Nord-Süd-politisches Engagement Japans: Japanische ODA wuchs 1987 real um 13,5%; neue Initiativen im Bereich der Schuldenstrategie; Beginn der Umsetzung des Nakasone-Programms zum Recycling von 20 Mrd. Dollar in Asien und LA⁹. Bereits erste Serie der Kreditangebote für lateinamerikanische Länder verändert Struktur der entwicklungspolitischen Beziehungen Lateinamerikas tiefgreifend und dürfte Japans internationales Standing im Vergleich zu Europa und USA als Geber erheblich stärken. Japanische Kredite werden sich in einer weiteren Intensivierung japanischer Exporte und Investitionen nach LA niederschlagen. Japan ist dabei, uns als traditioneller zweitwichtigster Wirtschaftspartner der meisten lateinamerikanischen Länder nach den USA zu überholen und sich langfristig Märkte der Zukunft zu sichern.
- Die neue US-Administration neigt zu einer Überprüfung der bisherigen Schuldenstrategie, zu der auch F und JAN während letzter IWF/WB-Jahrestagung¹⁰ Vorschläge gemacht haben. Die WB fordert dritte Phase für die Lösung der Schuldenkrise, um aus dem „Teufelskreis ungenügender Finanzierungen, erlahmender Anpassungsbemühungen, sinkender Wirtschaftsleistung und wachsender Schuldenrückstände“ herauszukommen.

3) Überlegungen zu einer möglichen deutschen Initiative

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob wir uns nicht zum Nord-Süd-Dialog mit eigenen Vorschlägen zu Wort melden sollten. Hierbei könnte daran gedacht werden, den komplexen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt einen politischen Impuls zu geben. Zielrichtung sollte vor allem sein, das Bewußtsein für den Gesamtzusammenhang der die 90er Jahre voraussichtlich beherrschenden globalen Themen – wie z.B. Strukturanpassung (einschließlich Verschuldung), Umwelt- und Bevölkerungsfragen – zu schärfen. Die Entwicklungsländer neigen beispielsweise immer noch dazu, das Umweltthema als ihnen aufgezwungen und nicht etwa als gemeinsames Menschheitsanliegen zu betrachten. Auch müßte es darum gehen, das in den letzten Jahren Erreichte zu festigen, positive Ansätze für weitere gemeinsame Anstrengungen fortzuentwickeln und zur Vertrauensbildung beizutragen. So ist etwa die in vielen EL erfolgte, im westlichen Interesse liegende Umorientierung zu mehr Marktwirtschaft nicht gesichert.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

⁹ Vortragender Legationsrat Schmiegelow erläuterte am 12. Dezember 1988 zu dem im Mai 1987 vom damaligen japanischen Ministerpräsidenten Nakasone verkündeten Dreijahres-Programm, dieses werde zusätzlich zur regelmäßigen Entwicklungshilfe Japans gewährt und sei so angelegt, daß „öffentliche Mittel zu Mischfinanzierungen so beitragen, daß sie das Engagement erheblich größerer privater Mittel sicherstellen“. Vorgesehen seien 8 Mrd. Dollar zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern, 9 Mrd. Dollar zur Unterstützung der Strukturanpassungen in den am wenigsten entwickelten Staaten sowie 3 Mrd. Dollar bilaterale Projekthilfekredite an die Entwicklungsländer ohne Meereszugang. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146669.

¹⁰ Zur Jahrestagung von IWF und Weltbank vom 27. bis 29. September 1988 in Berlin (West) vgl. AAPD 1988, II, Dok. 285.

In den lateinamerikanischen Schuldnerländern bereiten Frustration und „adjustment fatigue“ populistischen Strömungen den Weg, durch die rationale wirtschaftliche Ansätze – und damit auch die Basis demokratischer Errungenschaften – gefährdet werden. Im Iran gibt es Stimmen, die an das Vokabular der 70er Jahre erinnern: Die OPEC müsse wieder zu einem Werkzeug der Interessen der Dritten Welt gemacht werden.

Mit diesem breiten Ansatz würden wir der Gefahr entgegenwirken, das Verschuldungsthema in den Mittelpunkt zu stellen. Dies sollte vermieden werden, weil es keine Alternativen zu einer auf Strukturwandel angelegten langfristigen Schuldenstrategie gibt. Wir sind jedoch dabei, einzelne Verbesserungsvorschläge – wie z.B. vermehrten Wiedereinsatz zurückfließender FZ und Druck auf die Privatbanken, den vollzogenen, steuerrechtlich begünstigten Abschreibungen Schuldverzichtes folgen zu lassen, – zu prüfen und in die Gipfelvorbereitung einzubringen. Die Nord-Süd-politischen Themen des bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfels¹¹ würden ohnehin in die Vorbereitung einer Initiative im o.g. Sinne einfließen.

Einen Anstoß für eine Gesamtschau als Grundlage gemeinsamer, weltweiter Anstrengungen in diesen Bereichen könnte ein Treffen auf hoher politischer Ebene zwischen führenden westlichen IL – etwa den Teilnehmern des Wirtschaftsgipfels – und einer Gruppe repräsentativer Vertreter der Dritten Welt geben. Bei aller Differenzierung im Lager der EL sind diese sich in der Kritik darin einig, daß die großen IL letztlich das Wirtschaftsgeschehen in der Welt bestimmen, ohne den Interessen der EL genügend Rechnung zu tragen. Darauf beruhende Mißverständnisse und sich ergebende Mißstimmungen stellen psychologische Barrieren für eine volle Nutzung des Potentials weltweiter Zusammenarbeit dar. In der Überwindung derartiger Barrieren liegt die Bedeutung eines Dialogangebotes, selbst wenn dessen Ergebnisse im einzelnen auch nicht immer meßbar sein mögen. Andererseits würde in einem repräsentativ angelegten Dialog, in dem jeder sich offen äußern sollte, auch die wichtige Differenzierung im Lager der EL deutlich werden, die inzwischen traditionelle Einteilungen in Nord und Süd bzw. Geber und Nehmer überlagert. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang aber auch die Veränderungen in Washington und Moskau: die neue US-Administration mit einem in Wirtschaftsfragen versierten Außenminister¹² einerseits sowie die Bekenntnisse Gorbatschows zu Interdependenz und weltweiter Kooperation andererseits, die zu testen wären.

Schließlich könnte ein politischer Impuls auch angesichts der in den nächsten drei Jahren anstehenden dichten Nord-Süd-politischen Agenda im Rahmen des GATT und der VN (Uruguay-Runde¹³; Vorbereitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die 90er Jahre; Sonder-GV zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums in den EL 1990¹⁴; LDC-Konferenz 1990¹⁵; Abschlußkonferenz

¹¹ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

¹² James A. Baker.

¹³ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 6.

¹⁴ Die 18. VN-Sondergeneralversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit fand vom 23. April bis 1. Mai 1990 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

¹⁵ Die VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Staaten wurde vom 3. bis 14. September 1990 in Paris durchgeführt.

des VN-Aktionsprogramms der Afrika-SGV 1990¹⁶; UNCTAD VIII 1991¹⁷; VN-Umweltkonferenz 1992¹⁸) angezeigt sein.

Konkret zu denken wäre an eine deutsche – vorzugsweise deutsch-französische – Initiative für ein Treffen der westlichen Gipfelländer mit einer repräsentativen Gruppe von EL sowie der SU und China. Als Teilnehmer sollte daneben auch der VN-GS¹⁹ in Betracht gezogen werden, der bereits 1988 anlässlich der Eröffnung des Sommer-ECOSOC²⁰ einen Nord-Süd-Gipfel angeregt hatte.

Als Rahmen bietet sich ein informeller, vertrauensbildender Meinungsaustausch an, der zwar politische Impulse – sicher auch Denkanstöße bei den Industrieländern – geben, nicht aber auf formalisierte Verhandlungsergebnisse ausgerichtet sein sollte. Diese müßten weiterhin in den zuständigen Verhandlungsforen – insbesondere IWF, Weltbank, GATT – erreicht werden.

Ein auf unsere Initiative zurückgehendes Gipfeltreffen würde angesichts des wachsenden Interesses an Nord-Süd-Fragen auch in der deutschen Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden fallen. Die öffentliche Meinung ist sensibilisiert, wie das Echo auf die Jahrestagung von IWF/Weltbank oder das Interesse an den Themen Verschuldung/Ökologie (Diskussion um die tropischen Regenwälder) zeigt. In diesem Zusammenhang ist auch das unverändert große Echo der deutschen Öffentlichkeit auf Hilfsappelle der Kirchen für die Dritte Welt zu nennen.²¹

Allerdings wäre bei den Ressorts wie aber auch im Kreise der Gipfelländer noch eine erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Auch aus diesem Grunde wäre eine gemeinsame Initiative mit Frankreich als Gastgeber des nächsten Wirtschaftsgipfels zweckmäßig.

Oestreich

Referat 402, Bd. 152909

¹⁶ Vom 27. Mai bis 1. Juni 1986 fand in New York die 13. VN-Sondergeneralversammlung statt, auf der ein Aktionsprogramm für die wirtschaftliche Gesundheit und Entwicklung Afrikas 1986–1990 verabschiedet wurde. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 163.

Vom 12. bis 24. September 1988 fand in New York eine Konferenz zur Überprüfung der bisher erreichten Ergebnisse statt. Diese beschloß, eine abschließende Bewertung während der 46. VN-Generalversammlung 1991 vorzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schneller vom 10. Oktober 1988; Referat 402, Bd. 152830.

¹⁷ Die VIII. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fand vom 8. bis 25. Februar 1992 in Cartagena (Kolumbien) statt.

¹⁸ Die VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung wurde vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro abgehalten.

¹⁹ Javier Pérez de Cuéllar.

²⁰ Der ECOSOC tagte vom 6. bis 29. Juli 1988 in Genf.

²¹ Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Da bin ich mir – leider – nicht so sicher.“

Gesandter von Ploetz, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**VS-vertraulich****26. Januar 1989¹****Schriftbericht Nr. 288**

Betr.: Ratssitzung am 25.1.1989;

hier: TOP II „Annual Review of Terrorist, Espionage, Subversive and other Activities“ – C-M (88) 80 NS² vom 13.12.1988³Bezug: DE 10 vom 23.1.1989 – 515-555.36-20/89 VS-v⁴

I. Einleitend gab der letztjährige Vorsitzende des NATO Special Committee, Präfekt Gérard (F), eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des „Annual Review“, die mit zahlreichen persönlichen Beurteilungen verbunden wurde, ohne daß er im einzelnen deutlich machte, wann er aus dem „Annual Review“ die Ausschlußmeinung wiedergab, wann er seine persönliche Wertung vortrug.

Im einzelnen betonte er die enorme Vertiefung der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste des Bündnisses. Es habe noch nie so intensive Beratungen z. B. über die Spionageaktivitäten der östlichen Dienste, besonders des KGB, gegeben. Es bestehe ein deutlicher Kontrast zwischen dem „Spektakel“ in der öffentlichen Meinung des Westens und der Realität der Aktivitäten der östlichen Dienste. Deren heimliche Aktivitäten hätten 1988 nicht nachgelassen und sich nunmehr auch erneut⁵ auf E erstreckt; das Niveau sei ebenso hoch wie 1984/85. Östliche Geheimdienste unternähmen Penetrationsversuche bei westlichen Diensten, wobei F ein besonderes Ziel sei. Die Methoden und Ziele der neuen Führung seien neuartig (z. B. COCOM-Umgehung; Ausspähung moderner – auch ziviler – Technologien; illegales Anzapfen ungeschützter Datenübermittlungswege der westlichen Welt). Da Gorbatschow insbesondere auf den KGB angewiesen sei, habe sich dort die Motivation sehr verbessert. Das Klima der Détente, durch Glasnost und Perestroika gefördert, erleichtere den östlichen Diensten die Sammlung von Nachrichten aller Art erheblich.

II. An der anschließenden Aussprache beteiligten sich GB, DK, TUR, NWG, F und wir. Die meisten Sprecher wiederholten wesentliche Teile ihres Statements des Vorjahres (dazu s. Bericht Nr. 543/88 vom 14.3.88 – VII-362.27/30.1-680/88 VS-v⁶).

¹ Der Schriftbericht wurde von Ministerialrat Wiese, Brüssel (NATO), konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heldt am 3. Februar 1989 vorgelegen.

² NATO Secret.

³ Für das Dokument C-M (88) 80 vom 13. Dezember 1988 vgl. VS-Bd. 16251 (301).

⁴ In dem am 19. Januar 1989 konzipierten und am 23. Januar 1989 übermittelten Drahterlaß gab Referentin Heyken eine Sprachregelung für eine Stellungnahme zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 25. Januar 1989. Vgl. dazu VS-Bd. 16251 (301); B 150, Aktenkopien 1989.

⁵ Dieses Wort wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

⁶ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 9. März 1988, auf der der jährliche Bericht über Terrorismus, Spionage und Subversion erörtert wurde. Vgl. dazu VS-Bd. 12175 (201); B 150, Aktenkopien 1988.

1) Terrorismus

Alle Sprecher unterstrichen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus. Wenn z. B. gegenüber IRA-Terroristen nicht überall außerhalb GBs die gleiche Festigkeit eingenommen werde wie dort selbst, könnten diese vom Territorium anderer NATO-Staaten aus leichter operieren (GB).

Zu Lockerbie⁷ erklärte GB, es stehe nunmehr fest, daß eine Bombe im Gepäckraum des PanAm-Flugzeugs detoniert sei. Wie diese an Bord gelangt sei, sei noch nicht geklärt. Alle Bombenwarnungen, die vor dem Attentat eingegangen seien, seien überprüft worden, ohne daß ein Zusammenhang mit dem Anschlag auf die PanAm-Maschine nachgewiesen werden konnte⁸. Bisher sei es nicht möglich gewesen, den Anschlag einer bestimmten Gruppe zuzurechnen. GB dankte den Regierungen, die Hilfe geleistet haben.

Ob der leichte Rückgang des Terrorismus im Berichtsjahr von Dauer sein werde, bleibe abzuwarten (DK, NWG).

Die TUR lobte, es sei nunmehr der Wille zur politischen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung vorhanden, nachdem ein längerer Lernprozeß vorangegangen sei. Eingehend äußerte TUR sich zum armenischen Terrorismus: Es gebe keine Anhaltspunkte, daß dieser seine Aktivitäten aufgegeben habe. Das Erdbeben in Armenien⁹ habe eine Welle humanitärer Sympathie für die Armenier gebracht. Dies sollte jedoch nicht zu Fehlschlüssen hinsichtlich des armenischen Terrorismus führen. Ob die internationale Anerkennung der Armenienproblematik zu einer Befriedung oder aber zu einer Radikalisierung führen werde, bleibe abzuwarten.

Ich habe auf den innerhalb der EG stattfindenden Prozeß des Abbaus der Grenzkontrollen¹⁰ mit ihren die Freizügigkeit auch der Terroristen erhöhenden Wirkung einerseits, auf die Hemmnisse aus Gründen der Souveränität, zu engerer, organisatorischer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zu kommen, andererseits hingewiesen. Insoweit liege eine Asymmetrie vor. Die Initiative des Bundeskanzlers vom Oktober 1988 für eine europäische Sicherheitsbehörde zur Bekämpfung von Kernbereichen der Kriminalität¹¹, u. a. des Terrorismus, wurde in diesem Zusammenhang herausgestellt.

⁷ Am 21. Dezember 1988 stürzte ein Flugzeug der amerikanischen Fluggesellschaft Pan American World Airways (Flug 103), das sich auf dem Weg von Frankfurt am Main über London nach New York befand, über der schottischen Stadt Lockerbie ab. Alle 259 Personen an Bord starben. Durch herabstürzende Wrackteile und Explosionen am Boden verloren ferner elf Einwohner von Lockerbie ihr Leben. Am 28. Dezember 1988 gaben die britischen Behörden bekannt, daß die Explosion einer Plastiksprengstoffbombe in einem Gepäckcontainer den Absturz verursacht habe. In der Presse wurde ferner gemeldet, daß am 5. Dezember 1988 ein anonymes Anrufer gegenüber der amerikanischen Botschaft in Helsinki vor einem Bombenanschlag auf eine PanAm-Maschine von Frankfurt in die USA gewarnt habe. Hinsichtlich möglicher Täter werde neben palästinensischen Gruppen über eine Beteiligung pro-iranischer Gruppen spekuliert. Vgl. dazu den Artikel „Powerful Bomb Destroyed Pan Am Jet Over Scotland, British Investigation Finds“; THE NEW YORK TIMES vom 29. Dezember 1988, S. A 1 bzw. A 10.

⁸ Der Passus „ohne daß ... werden konnte“ wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

⁹ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

¹⁰ Vgl. dazu das Übereinkommen vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen); GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

¹¹ Vgl. dazu die Äußerungen von Bundeskanzler Kohl in einer Rede am 13. Oktober 1988 in Berlin (West); BULLETIN 1988, S. 1203.

2) Spionage

Zur Spionage betonten mehrere Sprecher (GB, DK, F) wie im Vorjahr, daß seit Amtsübernahme Gorbatschows¹² die sowjetischen Geheimdienste KGB und GRU unter Ausnutzung der durch Glasnost und Perestroika geschaffenen Atmosphäre ihre Aktivitäten erheblich ausgeweitet hätten. GB erklärte, es bleibe bei seiner harten Linie bei der Gewährung von Visa an mögliche KGB-Agenten. Nach der Ausweisung zahlreicher KGB-Mitglieder aus GB im Jahr 1985 sei es der SU bisher nicht gelungen, die frühere Präsenzstärke wieder zu erlangen. Die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage habe aber keine negativen Auswirkungen auf die Beziehungen GB–SU gehabt – im Gegenteil, sie seien besser denn zuvor nach dem Urteil GBs und der SU¹³.

Obwohl das Special Committee sich der Tatsache bewußt sei, daß Subversion und „normale politische Aktivitäten“ zu unterscheiden seien, erwecke der Bericht stellenweise den Eindruck, als setze er beides gleich (DK, NWG). So würden z.B. Reden sowjetischer Politiker unter „Subversion“ behandelt, obwohl sie zum Alltag des Ost-West-Dialogs gehörten (DK, NWG). Die Schwierigkeit, legitime politische Aktivität und Subversion zu unterscheiden, dürfe nicht dazu führen, insoweit zu unscharfen Grenzziehungen zu gelangen.

Hierzu sei bemerkt, daß das Special Committee in seiner Sitzung am 22.11.88 beschlossen hat, die etwaige Notwendigkeit einer neuen Definition des Begriffs „Subversion“ in seiner Sitzung im April 1989 zu erörtern (s. AC/46-R/73-NC¹⁴ vom 10.1.89).

III. Abschließend nahm der Rat den Bericht des Special Committee zur Kenntnis.

Ploetz

VS-Bd. 16251 (301)

¹² Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

¹³ Der Passus „nach dem ... der SU“ wurde von Gesandtem von Ploetz, Brüssel (NATO), handschriftlich eingefügt.

¹⁴ NATO Confidential.

25

Botschafter Ruth, Rom, an Staatssekretär Sudhoff

114-10394/89 geheim
Fernschreiben Nr. 136
Citissime nachts

Aufgabe: 26. Januar 1989, 09.00 Uhr¹
Ankunft: 26. Januar 1989, 09.36 Uhr

Ausschließlich für StS Sudhoff

Betr.: Soldatenfriedhof Costermano²;
hier: Grab Wirth

Bezug: DB Nr. 99 vom 19.1. – VS-NfD

Bitte um Weisung

Gesandter Mattei bat mich zum Spätnachmittag des 25.1. um ein als persönlich bezeichnetes Gespräch, um mir ital. Überlegungen zum Fall Wirth darzulegen. Ich hatte darauf hingewiesen, daß ich derzeit zu dem Fall nicht Stellung nehmen könne, und verhielt mich in dem Gespräch rezeptiv. Es wurde deutlich, daß ital. Seite dringend mit unserer Kooperation in dem im folgenden dargelegten Sinne rechnet. Ich hatte den Eindruck, daß AM Andreotti über die Angelegenheit unterrichtet ist.

Einlassungen Matteis lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1) Ital. Seite hätte es angesichts der Qualität der deutsch-ital. Beziehungen vorgezogen, die Angelegenheit auf sich beruhen lassen zu können. Schon nachdem mit dem Buch über das Vernichtungslager Risiera di San Sabba (erschieden im Sommer 1988³) und den im November folgenden Äußerungen Generalkonsuls Steinkühler publik geworden sei, daß mit Wirth ein nachgewiesener Verbrecher in Costermano begraben sei, habe man davon ausgehen müssen, daß künftige italienische offizielle Abordnungen an Trauerfeiern auf dem Soldatenfriedhof in Costermano nicht mehr teilnehmen könnten.

2) Die Situation habe sich dann aus ital. Sicht durch zwei Ereignisse weiter kompliziert:

- durch die fortgesetzten öffentlichen Stellungnahmen unseres Generalkonsuls, vor allem auch gegenüber der Zeitung „Unità“,
- durch ein Schreiben des Bürgermeisters von Verona⁴ von Mitte Dezember 1988 an AM Andreotti, in dem der Bürgermeister überaus kritisch zu dem Fall Stel-

¹ Hat Bundesminister Genscher am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Auf dem 1967 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) eingeweihten Soldatenfriedhof in Costermano lagen rd. 22000 gefallene Soldaten der Wehrmacht und Angehörige der Waffen-SS begraben. Zum Volkstrauertag wurden dort regelmäßig Gedenkveranstaltungen abgehalten. Zur Kontroverse um den Volkstrauertag 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 309 und Dok. 350. Nachdem im Frühsommer 1988 bekannt wurde, daß in Costermano u.a. der ehemalige SS-Sturm-bannführer Wirth beerdigt war, forderte Generalkonsul Steinkühler, Mailand, dessen Umbettung durch den für den Friedhof verantwortlichen VDK und verweigerte seine Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 274.

³ Vgl. Adolfo SCALPELLI (Hrsg.), San Sabba. Istruttoria e processo per il Lager della Risiera, 2 Bände, Mailand 1988.

⁴ Gabriele Sboarina.

lung nehme und den Soldatenfriedhof problematisiere. Dieser Brief sei zusätzlich bedeutsam, weil der Bürgermeister der DC angehöre und Andreotti nahestehe.

Im übrigen gehe es jetzt leider nicht mehr nur um das Grab Wirth, sondern auch um die Gräber Reichleitner und Schwarz.

3) Die ital. Seite sei nun im Zugzwang. Der Brief aus Verona müsse auch angesichts des am 18.2. beginnenden DC-Parteitags⁵ nicht später als in etwa zwei Wochen beantwortet werden.⁶

4) Mattei sagte, daß die ital. Seite in der Lage sein möchte, in ihrer Antwort an den Bürgermeister von Verona – ohne Dramatisierung – etwa folgendes zu sagen:

- Italienische und deutsche Seiten hätten über die Angelegenheit gesprochen;
- Bundesregierung sei vor der Veröffentlichung in dem Buch *San Sabba* vor August 1988 nicht bekannt gewesen, daß Wirth, Reichleitner und Schwarz in Costermano begraben seien;
- daß sich die deutsche Seite der Problematik der Angelegenheit bewußt sei;
- daß überlegt werde, was getan werden könne, um das Problem zu lösen.

5) Dies ist offenbar nach Matteis Meinung das Minimum dessen, was notwendigerweise bald gesagt werden muß, um Zeit für eine endgültige Bereinigung der Angelegenheit zu finden.

Mittelfristig halte er es nach dem Stand der Diskussion für unausweichlich, daß die genannten drei Gräber aus Costermano verlegt werden. Dies könne ohne Aufhebens, jedenfalls so geschehen, wie die deutsche Seite dies für richtig halte, solange gesagt werden könne, daß sich die Gräber nicht mehr in Costermano befinden. Mattei ist sich dabei offenbar der besonderen Zuständigkeit des VDK bewußt.

M. unterstrich, daß für ihn diese Angelegenheit überaus bedrückend sei, auch weil für ihn der Grundsatz gelte, man solle die Toten ruhen lassen. Nach den Äußerungen unseres Generalkonsuls in Mailand und nach dem Brief aus Verona sehe er aber aus ital. Sicht keinen anderen befriedigenden Ausweg als die Verlegung der Gräber.⁷

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14151 (010)

⁵ Der Parteitag der Democrazia Cristiana wurde vom 18. bis 22. Februar 1989 in Rom abgehalten.

⁶ Für das Schreiben des italienischen Außenministers Andreotti vom 14. Februar 1989 an den Bürgermeister von Verona, Sboarina, vgl. Referat 206 (203), Bd. 140538.

⁷ Bundesminister Genscher leitete den Drahtbericht Nr. 136 des Botschafters Ruth, Rom, vom 26. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl. Dazu vermerkte er: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut, ich komme zurück auf die Gespräche, die wir über den deutschen Soldatenfriedhof in Costermano und das Verhalten unseres Generalkonsuls in Mailand geführt haben. Das beiliegende Telegramm zeigt, daß sich nunmehr die italienische Seite offiziell mit der Sache befaßt. Ich halte es daher für erforderlich, daß wir bei unserem Gespräch am Montag, dem 30.1.1989, auch über dieses Thema sprechen.“ Vgl. das Schreiben vom 27. Januar 1989; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1989. Für den Fortgang vgl. Dok. 117, Anm. 30.

26

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-10397/89 geheim
Fernschreiben Nr. 202

Aufgabe: 26. Januar 1989, 11.20 Uhr¹
Ankunft: 26. Januar 1989, 12.27 Uhr

Betr.: Gespräch mit Kardinal Meisner

Kardinal Meisner empfing mich gestern, 25.1., zu einem eingehenden privaten Gespräch, um das ich gebeten hatte. Das Gespräch hatte seine Berufung zum Erzbischof von Köln², Probleme bei der Berufung seines Nachfolgers als Bischof von Berlin und einige Aspekte der Lage der kath. Kirche in der DDR zum Gegenstand.

1) Kardinal Meisner sagte mir, er habe insgesamt neun Stunden mit dem Papst³ über die Berufung nach Köln gerungen, immer nachdrücklich unterstrichen, daß er in Berlin bleiben möge, aber selbstverständlich jeder Entscheidung des Papstes loyal Folge leisten würde. Bei dem Wunsch des Papstes, ihn als Erzbischof in Köln zu sehen, hätten mehrere Dinge eine Rolle gespielt, nämlich

- die Berufung eines Bischofs, der in der pastoralen Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft Erfahrung gesammelt habe,
- ein deutliches Signal, daß der Papst die deutsche Teilung als widernatürlich ansehe und davon ausgehe, daß sie eines Tages überwunden würde,
- der Wunsch des Papstes, auch im kirchlichen Raum Europa als eine Einheit zu sehen.

2) Kardinal Meisner zeigte sich sehr beunruhigt durch die vom RBM von Berlin⁴ ausgesprochene Erwartung, der neue Bischof von Berlin möge nach den Regeln des Konkordats berufen werden. Er habe am 26.1. ein Gespräch mit dem RBM, in dem er diesem seine tiefe Sorge über diese öffentliche Äußerung ausdrücken wolle. Das Preußen-Konkordat⁵ und das Reichskonkordat⁶ sähen nicht nur eine

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 26. Januar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Brandenburg verfügte.
Hat Brandenburg am 26. Januar 1989 vorgelegen.

² Am 16. Oktober 1987 verstarb der Erzbischof von Köln, Kardinal Höffner. In einem Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli am 21. September 1988 in Rom erläuterte Bundesminister Genscher die deutschland- und berlinpolitischen Bedenken der Bundesregierung gegen eine Ernennung des Bischofs von Berlin, Kardinal Meisner, zum neuen Erzbischof. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 260. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), berichtete am 20. Dezember 1988, er sei zu einem Gespräch mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof Sodano, gebeten worden, der ihm mitgeteilt habe, Papst Johannes Paul II. werde noch am selben Tag die Ernennung Meisners bekanntgeben. Mit der Bitte um Weitergabe an Genscher habe Sodano ausgeführt, der Papst habe in seine Überlegungen zur Besetzung zwar die Haltung der Bundesregierung einbezogen, jedoch „wegen der großen Bedeutung der Kölner Erzdiozese und der hohen Qualitäten Kardinal Meisners nicht anders gekonnt, als diesen in die Terna aufzunehmen. Der Heilige Stuhl sei sich der Bedeutung einer angemessenen Besetzung des Berliner Bischofsstuhls voll bewußt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 210, Bd. 145257.

³ Johannes Paul II.

⁴ Eberhard Diepgen.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Juni 1929 zwischen dem Freistaat Preußen und dem Heiligen Stuhl vgl. PREUSSISCHE GESETZSAMMLUNG 1929, S. 152–160.

⁶ Für den Wortlaut des Konkordats vom 20. Juli 1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl vgl. REICHSGESETZBLATT 1933, Teil II, S. 679–690.

Notifizierung nach der Wahl durch das Domkapitel vor, sondern auch die Ablegung eines Amtseids vor der entsprechenden Regierung. Weder bei der Berufung von Bischof Bengsch noch bei seiner Berufung habe es einen Amtseid vor dem RBM gegeben. Dies sei auch heute völlig undenkbar. Die Konstruktion des Bistums Berlin könne solche Belastungen nicht aushalten. Er gehe daher davon aus, daß bei der Wahl seines Nachfolgers zwar sofort der RBM unterrichtet werde, daß weitere Akte jedoch nicht stattfinden würden.

Kardinal Meisner bemerkte dann, daß in der jetzigen Situation sein Nachfolger aus der DDR kommen müsse. Falls es in der Schweiz oder in Österreich überzeugende Kandidaten gebe, wäre für die DDR auch die Berufung eines Nachfolgers aus diesen Ländern akzeptabel. Für einen Deutschen aus der Bundesrepublik sei die Zeit noch nicht reif. Dies schlage sich auch in dem Berufungsvorschlag, der vom Erzbistum Köln⁷ nach Rom gehe, nieder.⁸

3) Kardinal Meisner schilderte dann kurz die Lage der kath. Kirche in der DDR. Es sei ähnlich wie bei den ev. Kirchen, daß die Verwaltungsstruktur der Kirche noch für eine viel größere Zahl von Kirchenmitgliedern ausgerichtet sei, als die Kirchen aktuell hätten. Seine protestantischen Bischofskollegen gingen davon aus, daß noch 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung zu ihrer Kirche stünden. Er sehe den Anteil der Katholiken in der DDR im Jahr 2000 bei rd. fünf Prozent. Dem müßten auch die Verwaltungsstrukturen längerfristig angeglichen werden.

Der Kardinal war beruhigt, daß es offenbar gelungen sei, bei den Katholiken in der DDR Verständnis für seinen Wechsel nach Köln zu finden. Er selbst habe sich immer öffentlich dafür eingesetzt, daß die Leute nicht ausreisen sollten. Man habe verstanden, daß er nicht seinem eigenen Willen, sondern dem Papst zu folgen habe.

Kardinal Meisner hat mich sowohl zu dem feierlichen Abschieds-Pontifikalamt am Sonnabend, dem 4.2., in die Hedwigs-Kathedrale in Berlin eingeladen als auch zu dem Pontifikalamt anlässlich seiner Einführung in das Bistum Köln am 12.2. Er hat deutlich gemacht, daß ihm sehr daran läge, daß der Vertreter der BR Deutschland bei der DDR bei beiden Veranstaltungen anwesend sei.

Ich habe für beide Veranstaltungen zugesagt.

[gez.] Bertele

VS-Bd. 13505 (210)

⁷ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Brandenburg unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

⁸ Botschafter Verbeek, Rom (Vatikan), teilte am 26. Juni 1989 mit: „Papst Johannes Paul II. hat am 24. Juni 1989 den Generalvikar des Bischöflichen Amtes in Erfurt-Meiningen, Prälat Georg Sterzinsky, zum neuen Bischof des Bistums Berlin ernannt. [...] Prälat Georg Sterzinsky war Mitglied der ökumenischen Kommission der Berliner Bischofskonferenz. Wie Kardinal Meisner hatte er vor seiner Ernennung ein Amt in der DDR. Die darin gesammelten Erfahrungen wird er in Berlin nutzen können. Die DDR wird mit der Tatsache zufrieden sein, daß ein ‚DDR-Bürger‘ ernannt wurde. Wir könnten sagen, daß der Heilige Stuhl mit der Ernennung seine Haltung zur Einheit des Bistums Berlin bekräftigt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 49; Referat 210, Bd. 140883.

27

**Gespräch des Bundesministers Genscher
mit dem britischen Außenminister Howe****27. Januar 1989¹**

Von BM noch nicht genehmigt

Konsultationen zwischen britischem AM Sir Geoffrey Howe und BM am 27. Januar 1989 in Bonn (Venusberg)

1) Für den aufgrund Tornado-Debatte des Bundestages² zunächst abwesenden BM eröffnet StS Sudhoff Konsultationen:

StS und *AM* stimmten darin überein, daß Sichtbarkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit deutsch-britischer Gespräche nach Möglichkeit zu verstärken sind. *AM* bedauerte in diesem Zusammenhang, daß BM bei Besuch des Helmholtz-Gymnasiums³ nicht dabei sein konnte. Beide Seiten traten für besonders sorgfältige diesbezügliche Vorbereitung des Frankfurter Gipfels⁴ ein. Außerdem sollte Gelegenheit des 40. Jahrestags der Deutsch-Britischen Gesellschaft und der Königswinterer Treffen entsprechend genutzt werden. *AM* stimmte Anregung des StS zu, Mittel der regelmäßigen hochrangigen Besuche bei britischen Truppen in D nicht zu vernachlässigen.

2) Auf Tornado-Debatte⁵ eingehend, betonte *AM*, daß Entwicklung moderner Waffensysteme, insbesondere von Flugzeugen, so kostspielig, daß Kooperationsabkommen unverzichtbar. Dabei liege es im Interesse der Partner, daß die Regeln der Kooperationsabkommen (Memorandum of Understanding zwischen UK und

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 30. Januar 1989 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe und Legationsrat I. Klasse Gerdts verfügte.

Hat Elbe und Gerdts vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Debatte des Bundestags am 27. Januar 1989 über den Export von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ an Jordanien sowie die Frage von diesbezüglichen Bürgschaften vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 123. Sitzung, S. 9059–9085.

³ Der britische Außenminister Howe besuchte am 27. Januar 1989 das Helmholtz-Gymnasium in Bonn, an dem bilingualer Unterricht auch in englischer Sprache angeboten wurde. Vgl. dazu den Artikel „Außenminister Howe besuchte Helmholtz-Schüler“; GENERAL-ANZEIGER vom 28./29. Januar 1989, S. 4.

⁴ Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 20./21. Februar 1989 vgl. Dok. 44–47.

⁵ Die britische Regierung informierte die Bundesregierung im Frühjahr 1988 über das Interesse Jordaniens am Kauf von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“, das in deutsch-britischer Kooperation produziert wurde. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 128, und AAPD 1988, II, Dok. 305.

Referat 422 erläuterte am 7. Februar 1989, der Bundessicherheitsrat habe am 29. Juni 1988 beschlossen, keine Bedenken gegenüber Großbritannien geltend zu machen: „Die Übernahme einer Hermes-Bürgschaft wurde vom BSR jedoch ausdrücklich ausgeschlossen.“ Im Oktober 1988 habe die britische Premierministerin Thatcher gegenüber Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben „die grundsätzliche Frage aufgegriffen, in welchem anteiligen Verhältnis die Kooperationsländer die finanziellen Risiken der Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Rüstungsgütern in Drittländer tragen sollten. Sie vertritt die Auffassung, daß dies entsprechend dem Produktionsanteil geschehen müsse.“ Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft hätten sich die Ressorts nunmehr auf die Linie geeinigt, „daß eine Indeckungsnahme (Hermes) des deutschen Lieferanteils bei Ausfuhren in Drittländer (die weder NATO-Mitgliedstaaten noch gleichgestellte Länder sind) nur ausnahmsweise in Betracht kommt“. Vgl. Referat 424, Bd. 145905.

D⁶) erhalten bleiben. Eine Änderung der Regeln, insbesondere die Einführung eines Vetos, sei inakzeptabel.

StS stimmte zu, betonte aber, daß der jeweilige Partner für den Weiterverkauf nur solche Klienten aussuchen sollte, die für den anderen Partner innenpolitisch vertretbar seien. Für uns seien aus leicht nachvollziehbaren historischen Gründen alle Exporte in den Nahen Osten außerordentlich problematisch.

AM hob demgegenüber die Bedeutung des Nahostmarktes für GB hervor. Er meinte im übrigen, daß es kaum möglich sein dürfte, Interessenten am Tornado zu finden, die innenpolitisch keine Kontroversen hervorriefen. So sei Tornado-Verkauf an Jordanien auch in GB nicht unbestritten. Um so wichtiger sei es, bei bestehendem Konsultationsverfahren zu bleiben und kein Vetorecht vorzusehen, weil sonst Exporte an Drittländer nahezu unmöglich würden.

Thema wurde nach Eintreffen BM vertieft.

AM unterstrich erneut, daß es bei derartigen Geschäften immer Kritiker geben werde. Ein Vetorecht würde daher zum Zusammenbruch derartiger Kooperationsarrangements führen.

BM stimmte zu. Betroffen gemacht habe ihn bei heutiger Debatte im Bundestag die moralische Unredlichkeit. In der Regierungsverantwortung hätten die, die heute Kritik geübt hätten, entsprechende Arrangements mitgetragen.

3) BM sprach sodann Frage des Verhältnisses EG/USA unter neuer amerikanischer Administration an.

Die Minister stimmten überein, daß gemeinsamer Widerstand gegen das Konzept der „fortress America“ geübt werden müsse. Präsident Bush habe großes Verständnis für Bedeutung der Beziehungen EG/USA. Wichtig sei jedoch, AM Baker zu intensiven Konsultationen mit europäischen Partnern zu ermutigen. Beide AM wollten die Gelegenheit ersten Treffens mit Baker in Tokio⁷ entsprechend nutzen.

Auf Fragen BMs, ob die Arbeiten in Richtung auf gemeinsamen Binnenmarkt bis 1992 abgeschlossen werden könnten, antwortete AM verhalten positiv: Das, was auf Agenda stehe, könne wohl erreicht werden. Nach Erklimmen dieses Gipfels würden sich jedoch sicherlich weitere auftun. Die wichtigsten Probleme bestünden bei der Vereinheitlichung der Steuersysteme, der „sozialen Partnerschaft“, dem EWS sowie den Einreisebestimmungen. In allen diesen Bereichen sei es wichtig, die Probleme ohne „theologischen Absolutismus“ und in einem liberalen, für die historisch gewachsenen Systeme der Partner verständnisvollen Sinne zu lösen. Es könne nicht um absolute Gleichmacherei, sondern nur um einen Prozeß der Integration auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses gehen. Dabei dürfe niemand innenpolitisch „an die Wand gedrückt“ werden. Beispielsweise würde es keine Partei in England überleben, wenn die Mehr-

⁶ Für die deutsch-britische Regierungsvereinbarung vom 25. Mai 1983 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickeltem und/oder gefertigtem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Referat 422, Bd. 135843.

⁷ Anlässlich des Todes des japanischen Kaisers Hirohito am 7. Januar 1989 waren für den 24. Februar 1989 die Trauerfeierlichkeiten in Tokio im Beisein internationaler Gäste vorgesehen. Der amerikanische Außenminister Baker unternahm jedoch bereits vom 11. bis 17. Februar 1989 eine Europa-Reise und hielt sich am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

Vom 12. bis 14. Februar 1989 besuchte Baker die Bundesrepublik und traf am 12./13. Februar 1989 mit Bundesminister Genscher sowie Bundeskanzler Kohl zusammen. Vgl. dazu Dok. 40 und Dok. 41.

wertsteuer auf sozialstaatlich wichtige Produkte erhoben würde. Ähnliches gelte für die Beziehung zwischen den Sozialpartnern. Das Verhältnis Arbeitnehmer/Arbeitgeber/Staat habe sich in England nun einmal anders entwickelt als beispielsweise in der Bundesrepublik mit ihrem Mitbestimmungsmodell. Die Konservative Partei unterschreibe heute die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch sei 1979 das größte Problem die Dominanz der alten, nicht am Gemeinwohl orientierten britischen Gewerkschaften gewesen. Eine Wiederaufrechterhaltung dieses alten Gewerkschaftssystems qua EG-Recht wolle man in GB nicht.

BM äußerte großes Verständnis für Erfordernis einer Integration mit Augenmaß und verwies in diesem Zusammenhang auf Erfahrungen des deutschen Föderalismus. Er betonte, daß gemeinsamer Binnenmarkt nicht zuletzt Chance für Deregulation böte. Es dürfe nicht darum gehen, alle Regeln zu vereinheitlichen. Vielmehr müsse man zunächst fragen, ob in einem spezifischen Bereich überhaupt ein Regelungsbedarf bestehe. Erst dann, wenn diese Frage gemeinsam bejaht werde, stelle sich das Problem der Vereinheitlichung von Regeln. Die Devise müsse lauten: „coordination by deregulation“.

Auf Frage nach Lage der englischen Wirtschaft antwortete *AM*: Britische Wirtschaft sei in gutem Zustand, jedoch bereite die Inflation von 7,2% Sorge. Hauptgrund für diese Inflation sei die überhöhte Geldmengenversorgung, die aus dem Versuch resultiere, den Kurs des Pfundes im Verhältnis zur DM stabil zu halten. Dieses Problem wäre seines Erachtens leichter zu lösen, wenn GB Mitglied des EWS wäre. (*AM* konzidierte, daß er hier nicht mit *PM* Thatcher übereinstimme.)

BM stimmte Analyse zu und betonte, daß es unsere Position sehr stärken würde, wenn GB sich entscheiden könnte, Mitglied des EWS zu werden.

AM meinte, daß Problem psychologischer Art sei: In GB wolle man (noch) nicht öffentlich zugeben, daß keine Nation souveräne Kontrolle über den Wechselkurs ihrer Währung haben könne. Man werde sicherlich noch dahin kommen, die Frage sei nur wann. In der Zwischenzeit solle man nicht an doktrinärem Ziel einer europäischen Währung festhalten, sondern pragmatisch die Zusammenarbeit der Notenbanken stärken, um progressiv zu größerer Einheit zu gelangen. Er hoffe, daß D in dieser Richtung nicht zu stark dränge.

BM trat Sorgen entgegen: Wir hätten zwar Ziel vorgeben wollen, sähen aber auf der Grundlage unserer föderalen Erfahrungen Notwendigkeit für graduelles Zusammenwachsen eines gemeinsamen Währungsraumes.

4) Auf Beziehungen zu osteuropäischen Staaten übergehend, stimmten beide *AM* hinsichtlich Notwendigkeit differenzierender Behandlung überein.

BM berichtete über Gespräche mit polnischem MP Rakowski in Bonn⁸ (am Rande des Geburtstagsessens des Bundespräsidenten für Brandt).

AM stellte die von *PM* Thatcher anläßlich ihrer Polenreise⁹ vertretene Linie heraus: Forderung nach politischem Pluralismus und wirtschaftlichem Realis-

⁸ Der polnische Ministerpräsident Rakowski hielt sich vom 20. bis 23. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 16 und Dok. 17.

⁹ Die britische Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. November 1988 in Polen auf.

mus. Der Westen sollte wirtschaftliche Unterstützung nur dann anbieten, wenn Polen Bereitschaft zeigten, die eigenen Wirtschaftsprobleme mit Realismus anzupacken, wozu letztlich auch politische Liberalisierung und Zulassung der *Solidarność* gehörten.

In DDR sah AM Kombination von politischem Rigorismus mit gewissem wirtschaftlichen Erfolg. BM hielt dagegen, daß wirtschaftlicher Erfolg nicht in Verhältnis zu osteuropäischen Nachbarn der DDR gemessen werden dürfe. Historisch sei es der Bevölkerung in Teilen der heutigen DDR besser gegangen als in einigen Teilen Westdeutschlands. Entsprechend vergleiche DDR-Bevölkerung ihren Lebensstandard mit dem in der Bundesrepublik.

Die Frage des AM, ob aufgrund der Entwicklungen in Osteuropa wieder Bewegung in die „deutsche Frage“ gekommen sei, verneinte BM. Zwar habe Jakowlew erst kürzlich darauf verwiesen, daß Mauer nicht von SU, sondern von DDR gebaut wurde.¹⁰ Auch Schewardnadse habe gegenüber Journalisten am Rande des KSZE-Abschlußtreffens¹¹ auf diesbezügliche Frage geantwortet, sie müsse nicht mit ihm, sondern mit AM Fischer und BM Genscher aufgenommen werden. Er glaube jedoch, daß sowjetische Position gegenüber deutschen Staaten sich in der Substanz nicht verändert habe. Anders als noch Mitte der 50er Jahre mache „Spiel mit der deutschen Karte“ für SU heute keinen Sinn. Einem Verzicht auf die DDR stünde kein entsprechender Gewinn für die SU gegenüber.

Auf Frage des AM, ob Neutralisierung D's nach österreichischem Modell nicht entsprechenden Gewinn für SU darstellen könne, antwortete BM, daß unsere Mitgliedschaft in EG und NATO nicht zur Disposition stehe, da sie Ausdruck unseres eigenen Staats- und Demokratieverständnisses sei. Daher träten wir auch für Stärkung der Gemeinschaft ein. Je dynamischer Gemeinschaft werde, um so größer sei Attraktivität unseres Modells für Staaten Mittel- und Osteuropas. Folglich sei auch der Weg der Stärkung und Dynamisierung der Gemeinschaft für uns der Weg, der die Deutschen näher zusammenbringe.

5) Im Hinblick auf die Aufnahme der Wiener KRK-Verhandlungen¹² stimmten beide AM überein, daß Allianz nach Überwindung des griechisch-türkischen Problems ein präsentables Verhandlungsmandat habe, das einen guten Start ermöglichen sollte.

AM beklagte kontraproduzente Tendenz der westlichen Medien, jede Abrüstungsankündigung Gorbatschows überschwenglich zu preisen. Die bisherigen Ankündigungen veränderten das Ungleichgewicht nur unmaßgeblich. Wegen des bestehenden Übergewichts werde die SU noch lange in der Lage sein, derartige

¹⁰ Am 10. Januar 1989 wurde in der Presse über Äußerungen des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, in der Sendung „Presseclub“ der ARD am 8. Januar 1989 berichtet: „Gefragt, ob es die Mauer in Berlin eines Tages nicht mehr geben werde, antwortete er ausweichend: ‚... das ist ja nicht unsere Mauer. Das ist eine Sache der DDR. Sie wurde unter ganz konkreten Bedingungen ... gebaut.‘ Wenn man sich aufmerksam die Wurzeln dieser Angelegenheit anschauet, ‚dann ist das ja recht kompliziert‘. Man sei aber nicht zusammengekommen, um historische Diskussionen über einen dritten Staat zu führen.“ Vgl. den Artikel „Auf beiden Seiten Augenmaß erforderlich“, SÜD-DEUTSCHE ZEITUNG vom 10. Januar 1989, S. 2.

¹¹ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

¹² Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13. Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

„Kaninchen“ – und zwar gut bewaffnete Kaninchen – „aus dem Hut zu ziehen“. Die Allianz müsse der Tendenz zur Überschätzung der Bedeutung der östlichen Maßnahmen durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit entgegenreten.

BM stimmte zu: Es sei klarzumachen, daß der, der mehr habe, auch mehr abrüsten müsse. Osteuropäische Ankündigungen sollten als positive Schritte bewertet werden, denen allerdings weitere folgen müßten. Die damit durch *SU* erfolgte Anerkennung des Prinzips der asymmetrischen Abrüstung müsse festgeschrieben werden.

Zur Thematik Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung/Modernisierung überleitend, brachte *AM* seine Sorge bezüglich der in der Allianz laut werdenden Zweifel am Konzept der nuklearen Abschreckung zum Ausdruck.

BM verwies zustimmend darauf, daß der erste SPD-Sprecher der heutigen Bundestagsdebatte zum Jahresabrüstungsbericht 1987¹³ die nukleare Abschreckung zur Disposition gestellt habe. Er, *BM*, sei dem entgegengetreten.¹⁴

AM umriß bekannte britische Position zur SNF-Modernisierung: Allianz sei im Prinzip einig, daß sowohl konventionelle als auch nukleare Waffen für absehbare Zeit erforderlich seien und beide auf modernem Stand gehalten werden müßten. Auch nukleare Fähigkeit im Kurzstreckenbereich sei zur „flexiblen Antwort“¹⁵ erforderlich. Entsprechend müsse an „follow-on to Lance“ festgehalten werden. Allerdings müsse man von den Gefechtsfeldwaffen fortkommen, eine Verlängerung der Reichweite sei anzustreben.

BM verwies demgegenüber darauf, daß es keinen Bereich gebe, in dem die Überlegenheit der *SU* so groß sei wie im SNF-Bereich. Infolgedessen käme es primär darauf an, möglichst bald Verhandlungen zum Abbau dieser Überlegenheit herbeizuführen. Wir hätten dem Ziel gemeinsamer Obergrenzen¹⁶ zugestimmt, woraus sich ergebe, daß auch wir keine dritte Null-Lösung anstrebten. Bezüglich der Modernisierung stünden wir hinter dem Beschluß von Montebello.¹⁷ Die Option für eine Modernisierung müsse glaubwürdig und ernsthaft aufrechterhalten werden. Jedoch sei eine Modernisierungsentscheidung aus unserer Sicht nicht dringlich. Bei Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses habe man vier

¹³ Für den Wortlaut des Berichts der Bundesregierung vom 28. April 1988 zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1987 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/2215.

¹⁴ Für den Wortlaut der Äußerungen des SPD-Abgeordneten Scheer bzw. des Bundesministers Genscher am 27. Januar 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 123. Sitzung, S. 9046–9049 bzw. S. 9054–9056.

¹⁵ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

¹⁶ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁷ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

Jahre von der Entscheidung bis zur Dislozierung benötigt.¹⁸ Die Lance sei nach einvernehmlicher Auffassung bis 1995 „voll operativ“, ein Nachfolgemodell sei also frühestens 1996 erforderlich. Dies bedeute, daß eine Modernisierungsentscheidung frühestens 1992 fallen müsse. Zum Zeitpunkt wolle er auf folgenden historisch/psychologischen Hintergrund verweisen: SNF mit 450km Reichweite könnten nicht die SU erreichen, wohl aber Polen. Man müsse sich darüber im klaren sein, was die Entscheidung für eine solche auf dem Boden der Bundesrepublik dislozierte Waffe 50 Jahre nach dem Überfall Hitlers auf Polen bedeute. Es handele sich dabei nicht um ein Problem zwischen der Allianz und der SU, letztere sei mehr besorgt über Waffen, die ihr eigenes Territorium erreichen könnten. Im übrigen müsse er betonen, daß derzeit Gespräche innerhalb der Regierungskoalition stattfänden, eine Entscheidung über die Modernisierungsfrage sei noch nicht getroffen.

AM replizierte, daß gerade das mangelnde Interesse der SU an SNF für die Erarbeitung einer realistischen Verhandlungsposition problematisch sei. SU könne ohne Risiko für ihre eigene Sicherheit dritte Null-Lösung anbieten, wohingegen für die Allianz die Erhaltung einer kurzen Reichweite sicherheitspolitisch bedeutend sei. Er könne sich daher folgendes, zweistufiges Vorgehen der NATO vorstellen:

- 1) Modernisierungsentscheidung für Lance-Nachfolge.
- 2) Parallel dazu Abbau der nuklearen Artillerie und weitere Reduzierung der nuklearen Sprengköpfe.

BM bezweifelte, ob diese Einschätzung der sowjetischen Interessenlage richtig sei. Falls SU so leicht auf SNF verzichten könne, sei nicht verständlich, wieso sie nicht schon längst die Allianz mit entsprechender einseitiger Ankündigung zum SNF-Abbau in Verlegenheit gebracht habe. Bemerkenswert sei doch, daß Angebot Schewardnadses in Wien in diesem Bereich so mager geblieben sei.¹⁹ Möglicherweise habe SU Interesse an der Beibehaltung der SNF weniger im Verhältnis zum Westen als vielmehr zum Osten (China). Ein Verhandlungsansatz mit

¹⁸ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Am 22. November 1983 stimmte der Bundestag einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 18. November 1983 zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen zu. Für den Antrag vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/620. Für die Debatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2456 und S. 2459–2592.

Referat 201 notierte am 25. November 1983, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft seien die ersten Transporte mit Pershing-II-Raketenteilen und Sprengköpfen am 23. November 1983 auf dem amerikanischen Militärflughafen in Ramstein eingetroffen. Die Einsatzbereitschaft der für Großbritannien und Italien vorgesehenen Systeme sei für Dezember 1983 bzw. März 1984 geplant. Vgl. dazu VS-Bd. 12007 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁹ Botschafter Holik notierte am 20. Januar 1989 Äußerungen des sowjetischen Außenministers: „Zur Modernisierung der sowjetischen Kurzstreckenraketen bekräftigte Schewardnadse, daß die Sowjetunion keine Modernisierung ihrer taktischen Nuklearraketen durchführe“. Bezüglich SNF-Verhandlungen habe Schewardnadse „lediglich an das bekannte sowjetische Verhandlungsangebot (WP-Vorschlag von Sofia: Aufnahme gesonderter Verhandlungen über die Verringerung der taktischen Kernwaffen in Europa, einschließlich der nuklearen Komponenten der doppelt verwendbaren Systeme sowie über die Nachfolgen der Beseitigung dieser Waffen)“ erinnert. Die UdSSR bleibe damit in dieser Frage weiterhin zurückhaltend und sehe davon ab, ihre Vorstellungen zu präzisieren. Vgl. Referat 221, Bd. 144816.

dem Ziel gleicher Obergrenzen, der von den Sowjets den Abbau von mehr als 1000 Systemen verlange, könne daher durchaus sinnvoll sein.

AM äußerte erneut Sorge, daß man bei Verhandlungen schnell auf „schiefe Ebene“ Richtung dritte Null-Lösung gerate. Außerdem sei Verifikation schwierig. (Hier warf BM ein, daß Verifikation noch schwieriger bei Nuklearartillerie und CW sei und dennoch in Angriff genommen werden müsse). Nach britischer Auffassung brauche US-Kongreß jetzt grünes Licht für die notwendigen Finanzierungsentscheidungen.

BM hob abschließend hervor, daß es in jedem Fall falsch sei, diese Frage zum Kohäsionstest der Allianz zu machen.

Im Zeichen der Proliferation chemischer Waffen (CW) bestand Einvernehmen, daß die Genfer CW-Verhandlungen zur wichtigsten, aber auch schwierigsten Rüstungskontrollfrage zählten. Der Erfolg der Pariser Konferenz²⁰ habe wichtigen politischen Impuls gegeben.

AM betonte insbesondere die Verifikationsproblematik, die es nicht ratsam erscheinen lasse, der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, daß ein Abkommen kurzfristig erreichbar sei.

BM konzedierte Schwierigkeiten der Verifikation, die letztlich jedoch durch ein System regelmäßiger Inspektionen, verknüpft mit Verdachtskontrollen, lösbar sein müßten. Eine hinreichende Sicherheit böte auch der vorgesehene Vernichtungszeitraum von zehn Jahren. Gegen Ende dieses Zeitraums könne eine Überprüfungskonferenz stattfinden. Falls der Westen dann den Eindruck gewönne, daß die andere Seite getäuscht habe, entstünde eine neue Lage, auf die man dann reagieren könne.

Zur Proliferationsproblematik, insbesondere Libyen²¹, verwies BM auf die in D ergriffenen innerstaatlichen Maßnahmen (Verschärfung des AWG²², Einführung einer Strafvorschrift) sowie auf seine Initiativen gegenüber US-AM Baker²³ und innerhalb der EG-Zwölf²⁴, die von AM begrüßt wurden. AM stimmte der Analyse

20 Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

21 Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

22 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

23 In einem Schreiben vom 26. Januar 1989 an den amerikanischen Außenminister Baker schlug Bundesminister Genscher mit Blick auf die Chemieanlage in Rabta Gespräche beider Regierungen über die Frage vor, wie eine Produktion chemischer Waffen in Libyen verhindert werden könne. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178925.

24 In einem Schreiben vom 27. Januar 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez in dessen Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident regte Bundesminister Genscher an, „gemeinsam alles zu tun, damit jede Möglichkeit einer Produktion von chemischen Waffen in libyschen Fertigungsanlagen ausgeräumt wird. Unsere Bemühungen sollten zugleich zum Ziel haben, drohende Störungen der internationalen Beziehungen und insbesondere der europäischen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu verhindern. Ich habe daher veranlaßt, daß Vorschläge für eine gemeinsame Initiative der Zwölf gegenüber der Arabischen Liga sowie parallel dazu eine Initiative im Rahmen der ‚Australischen Gruppe‘ [...] per Coreu-Fernschreiben zur dringlichen Behandlung in den Gremien der Europäischen Politischen Zusammenarbeit – Politisches Komitee und Außenminister – eingebracht werden.“ Genscher bat Fernández Ordóñez darum, „unsere Vorschläge in geeigneter Weise zu unterstützen“. Für das mit Drahterlaß Nr. 40 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling übermittelte Schreiben vgl. Referat 311, Bd. 154190.

des BM zu, wonach auch die arabischen Staaten ein Interesse daran haben müßten, sich von Gaddafi zu distanzieren.

6) Die AM stimmten darin überein, daß die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus fortgesetzt und intensiviert werden soll. Zum Attentat auf die PanAm-Maschine²⁵ liegen GB noch keine Beweise für die Urheberschaft vor, jedoch vermutet AM Verwicklung nahöstlicher oder palästinensischer Gruppierung, die mit Anschlag versuchten, den in Gang gekommenen nahöstlichen Friedensprozeß zu sabotieren.

AM übergab zwei Papiere mit Informationen über in der Bundesrepublik festgenommene IRA-Terroristen (Hanratty und McGeough²⁶). (Papiere werden an 511 weitergeleitet.²⁷)

7) Abschließend hatten beide Minister einen kurzen Gedankenaustausch über die Lage im Iran/Irak sowie im Nahen Osten.

BM betonte, daß wir hinsichtlich der Kontakte zur PLO²⁸ aus historischen und moralischen Gründen zurückhaltender als andere sein müßten.

AM meinte, daß auch GB sich nicht in Hauptführer für Arafat verwandelt habe. Jedoch sei Fortschritt in Arafats Position nicht zuletzt auf britische Einflußnahme zurückzuführen. Es komme nunmehr darauf an, einen Rahmen für Konsultationen mit Israel zu entwickeln. Dazu seien nicht zuletzt engste Konsultationen in EPZ-Rahmen erforderlich.

Referat 010, Bd. 178931

²⁵ Zum Anschlag auf Flug 103 der PanAm über der schottischen Stadt Lockerbie am 21. Dezember 1988 vgl. Dok. 24, Anm. 7.

²⁶ Referat 511 erläuterte am 15. Februar 1989, die beiden irischen Staatsangehörigen McGeough und Hanratty seien am 30. August 1988 an der deutsch-niederländischen Grenze bei der Einreise in die Bundesrepublik festgenommen worden. Die in ihrem Wagen sichergestellten Schußwaffen samt Munition begründeten den „dringenden Verdacht“, daß sie Mitglieder der „Provisional Irish Republican Army“ seien, die Anschläge auf Einrichtungen der britischen Rheinarmee am 13. Juli 1988 in Duisburg bzw. am 5. August 1988 in Düsseldorf-Ratingen verübt hätten. Zudem ermittelten auch belgische Behörden wegen eines im August 1988 in Ostende ermordeten britischen Militärangehörigen. Vgl. dazu B 83 (Referat 506), Bd. 2495.

²⁷ Für das vom britischen Außenminister Howe übergebene Papier vgl. B 83 (Referat 506), Bd. 2495.

²⁸ Zu den Beziehungen der Bundesrepublik zur PLO vgl. Dok. 19.

28

Botschafter Huber, Prag, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 207****Cito****Aufgabe: 30. Januar 1989, 15.45 Uhr¹****Ankunft: 30. Januar 1989, 18.29 Uhr**

Betr.: Demonstrationen in Prag;
 hier: Analyse und weitere Perspektiven

Bezug: 1) Laufende Berichterstattung, insbesondere
 2) DB Nr. 158 vom 20.1.1989²

Zur Unterrichtung

Nach einer Welle täglicher Demonstrationen vom 15. bis 20.1. und durch massiven Polizeieinsatz unterbundener Demonstrationsversuche am 21. und 22.1. aus Anlaß der Jahrestage der Selbstverbrennung (16.1.), des Todes (19.1.) und der Beisetzung (21.1.) von Jan Palach scheint in Prag vorerst wieder Ruhe einzukehren. KPTsch und Regierung ziehen Bilanz und lassen durch den Sprecher des MP, Pavel, verkünden, insgesamt seien während dieser Demonstrationswoche 1406 Personen überprüft worden, davon habe man 519 festgenommen, aber 198 sofort wieder freigelassen. 79 würden des Rowdytums beschuldigt, 130 eines Vergehens gegen das Versammlungsgesetz, 96 hätten eine Ordnungswidrigkeit begangen. Es seien alles in allem 16 (!) Personen verletzt worden, davon zwei schwer. Auch fünf Polizisten hätten Verletzungen davongetragen.

Was immer man von diesen zumindest teilweise (Zahl der Verletzten etwa) wohl schamlos frisierten Zahlen halten mag: So einfach und mit einem so groben Besen lassen sich die Scherben nicht aufkehren, läßt sich das Geschehen nicht abtun. Zwar haben die Demonstranten ihre Ziele nur teilweise erreicht, zwar haben auch Partei- und Sicherheitsapparat einen (temporären) Teilerfolg errungen, doch scheinen weitere und ernsthaftere Konfrontationen unvermeidbar, auch wenn die Führung inzwischen eine in Wenn und Aber verpackte und letztlich wenig glaubhafte Dialogbereitschaft signalisiert.

Im einzelnen

1) Nach der amtlichen, in allen Medien wiedergekäuten These sind die Januar-Demonstrationen in Prag von westlichen Agitationszentren geplant und gesteuert, von der „Charta 77“ und ihr angeschlossenen weiteren Oppositionsgruppen organisiert und von Feinden des Sozialismus durchgeführt worden. Die Fakten

¹ Das von Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 31. Januar 1989 vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Metzger, Prag, schilderte den Ablauf der Demonstrationen in Prag am Vortrag sowie die Berichterstattung in der tschechoslowakischen Presse. Ferner informierte er über ein Schreiben des Erzbischofs von Prag, Kardinal Tomášek, vom 20. Januar 1989 an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec, das am 23. Januar 1989 veröffentlicht werden sollte. Metzger legte dar: „Das Regime muß sich offenkundig mit der gespannten Situation in Prag ernsthaft auseinandersetzen. Die breite Darstellung in den Medien beweist dies. Welche Bedeutung die Stellungnahme der kath[olischen] Kirche gewinnt, kann noch nicht abgeschätzt werden.“ Die KPC sehe offenbar „die Machtfrage“ gestellt. Vgl. Referat 214, Bd. 139905.

sind anders: Die „Charta 77“ wollte lediglich am 15.1. demonstrieren (und hat pflichtgemäß hierfür um Erlaubnis nachgesucht) sowie am 21.1. Blumen am Grab von Jan Palach niederlegen. Die Demonstrationen ab 16.1. waren nicht längerfristig geplant, sondern sind spontan entstanden, selbst wenn gewisse Anstöße hierzu von einem harten Kern Oppositioneller ausgegangen sein dürften, zu denen möglicherweise auch Chartisten gehört haben. Dafür sprechen im übrigen auch amtliche Hochrechnungen (Rudé právo vom 26.1.), wonach das Gros der Demonstranten aus Lehrlingen und jungen Arbeitern bestanden habe und Intellektuelle (aus denen sich die „Charta 77“ überwiegend zusammensetzt) nur in sehr geringer Zahl beteiligt gewesen seien. Auch die (politisch noch unpräzisen) „Forderungen“ der Demonstranten passen nicht in das Bild staats- und sozialismusfeindlicher Ziele. Allein schon die Slogans (von „Es lebe Gorbatschow“ über „Wir wollen Präsidentenwahlen“ bis hin zu „Jakeš muß weg“) belegen, daß es um Glasnost und Perestroika und gegen zögerlichen Umbau in der ČSSR ging. Dabei hat in erster Linie die Jugend ihren angestauten Frust über Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit artikuliert.

Diese Proteste richten sich implizit natürlich auch gegen ein politisches System, das die Zerschlagung des „Prager Frühlings“³ und die Einsetzung eines seitdem amtierenden konservativen Regimes möglich gemacht hat. Aber in erster Linie ging die Kritik, die sich in diesen Demonstrationen geäußert hat, gegen das Regime und seine Politik, die das Land abgewirtschaftet hat und nicht einmal mehr die Sicherheit der Arbeitsplätze zu garantieren vermag (das neue Arbeitsgesetz kommt in der Tat dem Prinzip „hire and fire“ ziemlich nahe und wäre in einer westlichen Demokratie nicht durchsetzbar gewesen). Damit tragen die Demonstrationen zumindest den Keim beginnender sozialer Unruhen.

2) Diese im Ansatz zu ersticken, dürfte das Hauptargument der Hardliner in der Parteiführung gewesen sein, die sich letztlich durchsetzen konnten (was im übrigen auch Meinungsunterschiede in der zahlenmäßig dominierenden Jakeš-Gruppe impliziert – immer vorausgesetzt, daß die Dogmatiker um Fojtík für Härte eintraten, was naheliegt). Aus deren Sicht gab es gewiß noch zusätzliche Argumente für Demonstrationsverbot und hartes Durchgreifen:

- Gefahr des Gesichtsverlustes, falls es (wie in einem anonymen Schreiben angekündigt) zu einer neuerlichen Selbstverbrennung kommen würde,
- Gefahr, daß die Demonstrationen außer Kontrolle geraten und auf die Provinz übergreifen würden (letzteres geschah nur in Einzelfällen),
- Gefahr einer Art Legitimierung der „Charta 77“ bei Demonstrationserlaubnis.

Der eine oder andere im Präsidium mag sogar auf zivilen Ungehorsam gehofft haben, um unter diesem Vorwand mit der Opposition ein für allemal aufräumen zu können.

Ohne harten Polizeieinsatz wäre nach dieser Logik der gewünschte Einschüchterungs- und Abschreckungseffekt nicht zu erzielen gewesen, hätte die Generalprobe für spätere Auseinandersetzungen unterbleiben müssen.

3) Außenpolitische Erwägungen haben die Entscheidungen der ts. Führung offenkundig nicht beeinflusst. Man glaubt hier zu wissen, daß innere Stabilität

³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

in der ČSSR auch für Moskau den Vorrang vor Umbau genießt und daß die SU mit Demonstranten ebenfalls nicht zimperlich umgeht. Außerdem ist die schon im Oktober 1988 geltend gemachte These nicht widerlegt, wonach innere Repression den für TSE so wichtigen (West-)Außenhandel nicht nennenswert beeinträchtigt.

4) Während der gesamten Demonstrationen hat die tsch. Führung bei aller Härte Unsicherheit demonstriert:

- Kein polizeiliches Eingreifen am 18.1., wohl als Folge harter westlicher Kritik, insbesondere in Wien⁴,
- Aufruf des Prager Oberbürgermeisters⁵ an die Bevölkerung, Ruhe zu bewahren,
- Organisation von „Solidaritätsveranstaltungen“ mit den Ordnungskräften in den Betrieben, „Solidaritätsleserbrieft“, Versuche, eine Art Pogromstimmung gegen die „Störer“ zu verbreiten durch Verlesen der Namen und Anschriften Festgenommener in Rundfunk und Fernsehen,
- z.T. überaus primitive Aufklärungsaktion über die Dissidenten und ihre Ziele durch die Beantwortung von Leserbriefen, dabei Diffamierung der Demonstranten und Verfälschung des Hintergrundes und ihrer Motive,
- Beschuldigungen gegen die NATO-Staaten und ihre Diplomaten in Prag (vor allem KAN, GB, USA),
- Kriminalisierung der Demonstranten bis hin zu Behauptungen im Rudé právo, es sei mit Bomben und Schußwaffengebrauch gegen Polizeibeamte gedroht worden.

5)⁶ Im Ergebnis hat der Sicherheitsapparat es erst am 21. und 22.1. vermocht, Demonstrationen zu unterbinden. Bis dahin haben die Demonstranten einen relativen Zulauf zu verzeichnen gehabt, da deren Zahl im wesentlichen gleich geblieben ist, obwohl viele durch Verhaftung oder Polizeiknüppel außer Gefecht gesetzt worden waren. Dies und die Tatsache, daß Tausende von Menschen es tagelang gewagt haben, dem Polizeiapparat die Stirn zu bieten, ist ein psychologisch wichtiger Erfolg der Demonstranten. Andererseits haben diese es nicht vermocht, eine breite Solidarisierung der Arbeiterschaft zu gewinnen, was mit Gewißheit ein wesentliches Ziel der Demonstranten war. Der Brief von Kardinal Tomášek an den PM⁷, das Zeichen also, daß sich die Kirche mit den Demonstranten solidarisch erklärte, hätte unter Umständen einen gewissen Solidarisierungseffekt haben können, dieser Brief ist aber zu spät an die Öffentlichkeit gelangt.

⁴ In Wien fand vom 17. bis 19. Januar 1989 zum Abschluß der dritten KSZE-Folgekonferenz ein Treffen der Außenminister der Teilnehmerstaaten teil. Dazu wurde berichtet: „Mehrere Minister, darunter Genscher, Shultz und Howe, hatten das Vorgehen der Behörden in der ČSSR und der DDR gegen Regimekritiker verurteilt. Es entspreche nicht dem Geist der gleichzeitig in Wien gebilligten Vereinbarungen, betonten sie.“ Vgl. den Artikel „Die Mauer als Überraschungsthema in Wien“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21./22. Januar 1989, S. 6.

⁵ Zdeněk Horčík.

⁶ Korrigiert aus: „4“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

Beginn des mit Drahtbericht Nr. 208 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁷ Für das Schreiben des Erzbischofs von Prag, Kardinal Tomášek, vom 20. Januar 1989 an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec vgl. Referat 214, Bd. 139906.

Tomášek richtete am 21. Januar 1989 ein weiteres Schreiben an Adamec. Für den englischen Wortlaut vgl. <https://www.wilsoncenter.org/publication/the-democratic-revolution-czechoslovakia>, Dok. 10.

Die Ordnungskräfte haben (aus ihrer Sicht) „versagt“, weil sie tagelang nicht imstande waren, die Konfrontation zu unterbinden. Durch ihr wahlloses Vorgehen auch gegen harmlose Passanten oder Leute, die von der Arbeit nach Hause gehen wollten, haben sie sich ab dem 16.1. herbe Kritik auch aus Kreisen der Parteimitglieder zugezogen und viel Vertrauen (so es das überhaupt gab) eingebüßt. Präsidiumsmitglied Štěpán mußte persönlich zu ČKD⁸, um über ihren Einsatz empörte Milizionäre zu beruhigen, angeblich haben 94 von ihnen ihre Uniformen zurückgegeben, andere sollen sogar ihre Parteiausweise zerrissen haben.

6) Wo stehen Opposition und Führung heute?

Die jüngsten Demonstrationen haben die Erkenntnis bestärkt, daß es in der tsl. Bevölkerung, vor allem in der Jugend, ernsthafte Unzufriedenheit gibt, die zu artikulieren immer mehr Menschen bereit sind. Diese „Opposition“ einzelner oder von Gruppen ist aber weder ausreichend organisiert noch geeint. Von den in den letzten Monaten wie Pilze aus dem Boden geschossenen rd. 20 oppositionellen Grüppchen verfügt allenfalls die „Bewegung für bürgerliche Freiheiten“ über ein ernster zu nehmendes politisches Programm. Aber vor allem: Der tsl. „Opposition“ fehlt eine Leitfigur, die zu gegebener Zeit konkrete politische Forderungen vertreten könnte. (Der Schriftsteller Václav Havel, dem diese Funktion von manchen zugeordnet wird, ist viel zu intellektuell, um diese Rolle übernehmen zu können.) In diesem Gemenge Unzufriedener und Oppositioneller ist eine Führungsrolle der „Charta 77“ derzeit nicht auszumachen; die neuen oppositionellen Kräfte überwiegen heute, die Reformkommunisten von 1968 vor allem dürften nicht über das nötige Vertrauenspotential verfügen, daß sie es 1989 besser machen würden.

Wesentlich ist gleichwohl folgendes: Der breiten Masse der Bevölkerung ist heute bewußt, daß es Opposition im Lande gibt, und mehr noch: Wer immer im Zuge des tsl. Umbaus Arbeitsplatz und Besitzstandgarantie einbüßt, muß dem Oppositionspotential zugerechnet werden, das können Hunderttausende sein. Chefideologe Fojtík hat am 25.1. in Südmähren richtigerweise erklärt, daß man die Oppositionsgruppen heute „ernst nehmen“ müsse. Es entspricht seiner Mentalität, wenn er zugleich postuliert, man müsse „eine wohlüberlegte Taktik anwenden“, um ihren Einfluß „zu lähmen“.

Die tsl. Führung ist in einem doppelten Dilemma:

- Außenpolitisch hat sie an Glaubwürdigkeit und Ansehen verloren, was weder der Jakeš- noch der Adamec-Initiative⁹ förderlich sein kann.
- Innenpolitisch sieht sie sich wachsendem Druck ausgesetzt, weil die Wirtschaftslage sich weiter verschlechtert und eine Sanierung der Wirtschaft ohne soziale Einschnitte und Einbußen nicht möglich ist. Das Oppositionspotential

⁸ Českomoravská-Kolben-Daněk.

⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPČ, Jakeš, sprach sich am 24. Februar 1988 in Prag für die Errichtung einer „Zone der verdünnten Rüstung, des Friedens und der Kooperation in Mitteleuropa“ aus. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIV (1987/88), S. 481.

Am 17. Januar 1989 teilte das Bundeskanzleramt mit, der tschechoslowakische Ministerpräsident Adamec habe mit Schreiben vom 22. Dezember 1988 die Regierungschefs der unmittelbaren Nachbarstaaten der ČSSR zu einem informellen Treffen über Fragen des Umweltschutzes für Anfang März 1989 nach Prag eingeladen. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 72; Referat 214, Bd. 139925.

reicht heute um ein Vielfaches weiter als bisher, wo es einer relativen Minderheit um Bürger- und Menschenrechte ging, während die breite Masse mit materiellen Anreizen zufrieden schien.

7) Ausblicke

Hinweise in den Medien, vor allem ein Leitartikel im *Rudé právo* vom 27.1. (folgt mit *Kurier*)¹⁰ sowie die Tatsache, daß der MP den Brief des Kardinals überhaupt und rasch beantwortet hat¹¹, deuten auf einen „Nachdenkprozeß“ innerhalb der tsl. Führung hin. Wie man hört, soll sie sogar erwägen, von Prozessen gegen die eingangs Genannten abzusehen; noch Einsitzende (Václav Havel¹², Ota Veverka, Jana Petrová) könnten mit Bewährungsstrafen davonkommen, da man keine neuen Proteste des Westens auslösen, keine Märtyrer schaffen und die Opposition nicht unnötig verbittern will. *Rudé právo* deutet nunmehr sogar Dialogbereitschaft an: „... der gesellschaftliche Dialog unter den Bürgern ist ein objektiver Faktor unseres Lebens, ein Faktor des Umbaus unserer Gesellschaft ... sagen wir offen, daß dieser gesellschaftliche Dialog auch viele Teilnehmer an den Demonstrationen betrifft. Es wäre ein Fehler, alle mit den Organisatoren antisozialistischer Aktionen gleichzusetzen ... der breite, aufrichtige gesellschaftliche Dialog ist ein unerläßlicher Bestandteil unserer sozialistischen Demokratie. Wir meinen, daß für seine Verwirklichung hinreichend Raum durch die Plattform der Nationalen Front gewährt wird ... wenn sich mit der Zeit herausstellt, wenn die Notwendigkeit auftaucht, die Anzahl der Interessenorganisationen zu erweitern, die auf dem Boden der Nationalen Front arbeiten möchten, was freilich immer bedeutete und bedeuten wird, auf dem Boden des Sozialismus, so wird dem nichts im Wege stehen.“

Wer sich die Kampagne gegen Andersdenkende, die noch immer andauert, vor Augen führt, kann sich schwerlich vorstellen, daß Prag allen Ernstes vorhaben könnte, im Rahmen der Nationalen Front eine Art „sozialistische Opposition“ offiziell zuzulassen. Abgesehen davon, daß man die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes heute auch mit Dialog nicht mehr in den Griff bekommen kann, es bedarf vielmehr eines entsprechenden politischen Konzepts und des Willens, es durchzusetzen, sprechen die Umstände dieser Dialogsignale eher dafür, daß sie in den Rahmen der von Fojtík genannten „wohlüberlegten Taktik“ gehören, um die tsl. Opposition „zu lähmen“.

[gez.] Huber

Referat 214, Bd. 139906

¹⁰ Für den mit Schriftbericht Nr. 259 der Botschaft Prag vom 31. Januar 1989 in Übersetzung übermittelten Artikel „Dialog – Mit wem und worüber“ der tschechoslowakischen Tageszeitung „*Rudé právo*“ vom 27. Januar 1989 vgl. Referat 214, Bd. 139906.

¹¹ Für eine englische Übersetzung des Schreibens des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Adamec vom 24. Januar 1989 an den Erzbischof von Prag, Kardinal Tomášek, vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 322 der Botschaft Prag vom 7. Februar 1989; Referat 214, Bd. 139932.

¹² Der Schriftsteller Václav Havel wurde am 21. Februar 1989 wegen seiner Beteiligung an den Demonstrationen zum 20. Jahrestag der Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach wegen „Aufwiegelung“ und „Erschwerung der Handlungen eines Amtsträgers“ zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 373 des Botschafters Huber, Prag, vom 22. Februar 1989; Referat 214, Bd. 139909.

29

Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 246

Aufgabe: 31. Januar 1989, 12.20 Uhr¹

Ankunft: 31. Januar 1989, 16.37 Uhr

Betr.: Interdependenzen zwischen Nahostkonflikt und Ost-West-Gegensatz

1) Ost-West-Gegensatz und Nahostkonflikt hängen schon wegen der geographischen Nähe ihrer Zentren eng zusammen. Weniger als alle anderen Konflikte der Dritten Welt kann der Nahostkonflikt gelöst werden, solange der Ost-West-Gegensatz nicht entschärft ist. Ohne eine Kooperation beider Supermächte in der Region kann es im Nahen Osten keine Lösung geben.

2) Die Supermächte versuchen schon seit einiger Zeit, zumindest seit dem Beginn der Ära Gorbatschow², auch im Nahen Osten eine begrenzte Zusammenarbeit zu finden. Die SU hat Interesse an einem Frieden in der Region, weil bereits vor ihrer Südgrenze auch die Grenze zum revolutionären Islam beginnt, nämlich in ihren südlichen islamischen Republiken. Hinderlich für eine wirkliche Lösung ist bis heute die „mechanische Allianz“ zwischen den USA und Israel³, die die amerikanischen Administrationen weitgehend von einer rationalen Nahostpolitik abgehalten bzw. diese erschwert hat. Solange es den USA nicht gelingt, sich von Zwängen freizumachen und das Bündnis zu einer „organischen Allianz“ des Gebens und Nehmens umzuformen, was übrigens auch im langfristigen Interesse Israels liegt, stagnieren hier die Dinge.

3) Der arabisch-israelische Konflikt, der nun schon seit dem Zweiten Weltkrieg, nach anderer Zählweise seit dem Ersten Weltkrieg dauert, enthält sehr viel Zündstoff zur Radikalisierung des Arabertums (Problematik des Terrors, plötzliches Aufflammen der Intifada⁴, Motivation der islamischen Revolutionen, etc.), insofern ist er ein Phänomen der Dritten Welt. Israel ist eine Enklave der Ersten Welt in der Dritten, also ist der Kampf der Araber auch ein Teil des Kampfes der Dritten Welt um ihre Unabhängigkeit. Bisherige Etappen dieses Kampfes waren die chinesische Revolution gegen die japanische und später amerikanische Überfremdung, ferner Vietnam und Afghanistan. Die Entwicklung, und das berührt den Ost-West-Konflikt zentral, richtet sich nicht ausschließlich gegen den Westen, sondern spätestens seit der fundamentalistischen Revolution im Iran⁵ und

¹ Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 1. Februar 1989 vorgelegen.

² Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

³ Der Passus „mechanische ... Israel“ wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempfe hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁴ Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

⁵ Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Mohammad Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Nach der Rückkehr von Ayatollah Khomeini aus seinem Exil in Frankreich am 1. Februar 1979 wurde am 1. April 1979 die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

Afghanistan⁶ gegen West und Ost gleichermaßen. Nach dem Sieg Maos waren die Kriege in Vietnam und in Afghanistan geglückte Schläge des Südens gegen den Norden, deren Parallel-Verlauf endgültig aufgezeigt hat, daß die SU die gleichen Fehler macht und folglich die gleichen Schwierigkeiten mit der Dritten Welt hat wie der Westen.

4) Der Nahe Osten ist ein Experimentierfeld dafür, ob die nördliche Welt ihre Probleme mit der südlichen lösen kann. Für die Lösung ist folgendes erforderlich: eine nicht nur taktisch punktuelle, sondern einmal eine strategische Zusammenarbeit der Supermächte untereinander und zum anderen eine zwischen Europa (wobei zumindest ideell das gesamte Europa gemeint ist) und den Supermächten. Eine solche Zusammenarbeit, die ein geregeltes Nebeneinander von Israel und den Arabern zum Ziel haben muß, wird nur möglich sein, wenn sie einhergeht mit der schrittweisen Regelung der Dinge im Norden (also zwischen Supermächten und zwischen diesen und Europa). Je weiter die Interessen der Supermächte in Europa auseinanderklaffen, desto schlechter werden sie auch in der übrigen Welt zusammenwirken.

In der arabischen Welt ringen z.Zt. zwei Schulen miteinander, nämlich die gegensätzlichen politischen Philosophien Arafats und Assads. Arafat hat den kühnen Versuch einer politischen Konfliktlösung unternommen⁷, um die Stagnation zu durchbrechen. Assad denkt und verharret in den Kategorien des militärischen Gleichgewichts, der wechselseitigen Abschreckung und der Bedrohung. Letzteres produziert hier wie anderswo in der Welt einen Zustand der Stagnation, an dessen Ende irgendwann die Katastrophe stehen kann, weil es Stillstand nicht gibt. Der begonnene Nahostprozeß wird nur dann glücken, wenn das militärische Sicherheitsdenken zwar nicht abgeschafft wird, das geht nicht, wohl aber den Primat verliert, und zwar zugunsten der politischen Probleme. Das Eigengewicht des Militärischen birgt den Zwang zur mechanischen Anhäufung der Waffen und damit zur Potenzierung des Konfliktstoffs überhaupt. Der Nahostkonflikt ist, wie andere Konflikte auch, allein aufgrund der Waffenentwicklung heute ein qualitativ anderer und ungleich gefährlicherer als 1949 geworden. Die Waffen sind intelligenter geworden, die Gehirne nicht.

5) Europa ist mit dem Nahen und Mittleren Osten militärstrategisch eng verzahnt. Spannungen und Entspannungen in einem der beiden Gebiete wirken sich auf das andere aus.

So hat die SU ihre Probleme mit Moslems, die aber nicht Araber sind. Zu den Arabern unterhält sie überwiegend gute Beziehungen. Die USA sind die wesentlich stärkere Macht in der Region, sie haben starke Stützpunkte in Israel und Saudi-Arabien, auch Jordanien, und unterhalten gute, durch den Golfkrieg geförderte Beziehungen zum Irak. Ein vergiftetes Verhältnis gibt es z.Zt. nur zu Libyen. Sonst haben sich, Beispiel Syrien, die US-Beziehungen zu den Arabern fast überall verbessert. Es gibt aber ein unterschwelliges Anwachsen des Antiamerikanismus an einigen Stellen, nicht zuletzt in Jordanien. Anderswo, etwa

⁶ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁷ Vgl. dazu die Erklärung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, vom 14. Dezember 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 61 f.

in Syrien, gibt es trotz einer offiziellen Antipropaganda auch freundschaftliche Gefühle für Amerika.

6) Solang die israelisch-arabischen Beziehungen nicht geregelt werden, solange Quasi-Krieg oder Bürgerkrieg in der Region herrscht, kann diese gar nicht zur Ruhe kommen. Kommt es nicht zu einem Frieden zwischen Israelis und Arabern, wird Enttäuschung und Verzweiflung auf der arabischen Seite bleiben, und dies wird vermutlich zu mehr Subversion aller Art in und um Israel führen. Unruhen und Radikalismen werden zunehmen. In den letzten Jahren haben sich die Araber gegenüber den Juden gemäßigter gezeigt. Wenn das weiter keine Früchte trägt, könnten sie sie wieder ins Meer werfen wollen.

Vor allem das Instrument des internationalen Terrors ist kaum zu überschätzen. Er würde sich wohl wesentlich ausweiten und könnte eines Tages die elektronischen Staatswesen unserer Epoche entscheidend schwächen oder gar lahmlegen. Kein Intellektueller hier sieht den Terror als ein ethisch-moralisches Problem, selbst wenn er noch so sehr gegen ihn ist. Man weiß, daß die Welt des Nordens sich in ihrer Zerklüftung bisher ihre Lebensformen nur garantieren kann, indem sie zu ihrer Verteidigung als Ultima ratio die Zerstörung alles Lebens billigend in Kauf nimmt. Daß dies das mögliche Ende auch der Dritten Welt einschließt, die sich nicht dagegen wehren könnte, liegt auf der Hand. Man weiß auch, daß der Terror und alle anderen in den Händen arabischer Potentaten befindlichen Kampfmittel zu solcher Ultima ratio nicht in der Lage sind. Es wäre sicher eine Dissertation wert, die Interdependenzen zwischen Terror und Deterorisierung einmal gründlich zu untersuchen. Der Terror ist eines der stärksten Indizien dafür, daß der Nahostkonflikt nur zusammen mit dem Ost-West-Problem zu lösen ist.

7) Diese Region ist nicht Südafrika oder Korea, sondern die explosivste der Welt. Hier können selbst Krokodile nicht gefahrlos weinen. Wegen der Verwicklung der Weltmächte in den Konflikt könnte der Nahe Osten durchaus auch heute noch Sarajevo-Charakter gewinnen. Diese Region, die ihre Probleme allein kaum lösen kann, bildet eine der stärksten Motivationen dafür, daß Ost und West ihre Kriegsbeile endgültig begraben.

[gez.] Schlingensiepen

Unterabteilung 31, Bd. 147544

30

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt**514-516.00/6****1. Februar 1989¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung und Zustimmung zu Ziffer 6 b) (Seite 6)⁴

Betr.: Harmonisierung des Asylrechts in Europa im Zuge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen⁵;
hier: Vereinbarkeit mit Artikel 16 GG⁶

Bezug: Aufzeichnung von Ref. 514 vom 9.1.1989⁷ – 514-516.00/6

Anlg.: 2⁸

1) Zu den Ausgleichsmaßnahmen, die für den Wegfall der Binnengrenzkontrollen im Rahmen von Schengen zwischen D, F und Benelux 1990 und zwischen den

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mattes und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 3. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Hier sind grundsätzliche Fragen angesprochen, über die ich am 4.1. Ihnen kurz vorgetragen habe. Ggf. müßte die Abt[eil]un[g] 5 Ihnen ergänzend in einer einzuberufenden Besprechung ergänzend vortragen.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Das AA wendet sich gegen jede Vereinbarung, die das deutsche Asylrecht einschränkt. 2) Ich bitte, laufend zu unterrichten.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Oesterhelt und Ministerialdirigent Freiherr von Stein an Referat 514 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] V[er]m[erk] BM Seite 7.“ Vgl. Anm. 26.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 17. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM-Rücklauf (Seite 7!).“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff und den Rücklauf an Oesterhelt.

Hat Lautenschlager am 17. April 1989 erneut vorgelegen.

Hat Oesterhelt am 18. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Mattes verfügte und handschriftlich vermerkte: „B[itt]e 1 Kopie f[ür] mich (nur Vorlage).“

Hat Stein am 18. April 1989 vorgelegen.

Hat Mattes am 18. und 24. April 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Plischka vermerkte: „Wir müssen nach dem Innenministertreffen am 12.5. in Madrid eine weitere Vorlage fertigen. W[ieder]v[or]lage 10.5.“

Hat Mattes am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Plischka „n[ach] R[ück]kehr“ verfügte.

⁴ Die Wörter „und Zustimmung zu Ziffer 6 b) (Seite 6)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

⁵ Vgl. dazu das Übereinkommen vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen); GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung der Asylpolitik vgl. zuletzt AAPD 1987, I, Dok. 151.

⁶ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

⁷ Korrigiert aus: „6.1.1989“.

Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Mattes vgl. Dok. 4.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 12 und 15.

EG-Zwölf 1992⁹ erforderlich sind, gehört u. a. auch eine Harmonisierung des Asylrechts.

Art. 16 Abs. 2, Satz 2 GG lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Das Asylverfahrensgesetz von 1982¹⁰ regelt mit Rücksicht auf Art. 19 Abs. 4 GG¹¹ das Asylverfahren und enthält wesentliche Verfahrensgarantien.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im EG-Rahmen und auch im engeren Rahmen des Vertrages von Schengen die zugunsten von potentiellen Asylbewerbern weitestgehende Regelung. Jüngste Versuche einer Änderung des Verfahrensrechts haben gezeigt, wie stark umstritten das Thema ist. Aus zunächst sehr viel weitergehenden Vorschlägen kamen am Ende nur eine Weitergeltung des Verfahrens bei offensichtlich unbegründetem Asylantrag gemäß § 11 Asylverfahrensgesetz, eine Zentralisierung von Ausländerbehörden bei Abschiebungen und eine Beschränkung von Beschwerdemöglichkeiten heraus.

2) Im Übereinkommen von Schengen von 1985 hatten wir uns zum völligen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen und deren Verlegung an die Außengrenzen verpflichtet. Zu diesem Zweck bemühen sich die Vertragsstaaten gemäß Artikel 17 zuvor, soweit notwendig, die den Kontrollen zugrundeliegenden Vorschriften zu harmonisieren und ergänzende Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit sowie zur Verhinderung der unerlaubten Einreise von Personen, die nicht Angehörige von Mitgliedstaaten der EG sind, zu ergreifen. Nach Artikel 20 bemühen sich die Vertragsparteien, ihre Sichtvermerkspolitik und ihre Einreisebedingungen zu harmonisieren. Soweit erforderlich, bereiten sie ferner die Harmonisierung ihrer Regelungen in bestimmten Teilbereichen des Ausländerrechts gegenüber Angehörigen von Nicht-EG-Staaten vor.

Zuständig für die Harmonisierung ist aufgrund einer Entscheidung des Bundeskanzlers aus dem Jahre 1985 das Bundeskanzleramt. Das Auswärtige Amt ist in den Arbeitsgruppen, in der „Zentralen Verhandlungsgruppe“ sowie in dem Leitungsgremium „des Ministers und der Staatssekretäre“ (StS Schreckenberger) auf Arbeitsebene vertreten.

3) Im EG-Bereich haben die „EG-Einwanderungsminister“ am 3.6.1988 in München erstmals ein umfassendes Programm für die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zum Abbau der Binnengrenzkontrollen 1992 verabredet, das am 9.12.1988 in Athen bestätigt wurde.

Zuständig ist bei uns der BMI. Das Auswärtige Amt wird vom BMI auf Arbeitsebene beteiligt, ohne allerdings an den Ministertreffen teilnehmen zu können.

4) Stand der Arbeiten

Alle bisherigen Verhandlungsentwürfe zu einer Harmonisierung des Asylrechts beinhalten nur die Vereinbarung von Verfahrenszuständigkeiten und abgestimmte Maßnahmen im Informationswesen wie Maßnahmen gegen Schlepper, gemeinsame Beurteilung der Lage in den Herkunftsländern, Informationszusammen-

⁹ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

¹⁰ Für den Wortlaut des Gesetzes über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz) vom 16. Juli 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 946–954.

¹¹ Für den Wortlaut von Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, geändert durch das Siebzehnte Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 710.

arbeit über anhängige Asylverfahren. Die materielle Rechtsangleichung wurde bewußt ausgeklammert, weil die nationalen Rechtsordnungen zu unterschiedlich sind.

(a) Die im Entwurf eines ergänzenden Schengen-Übereinkommens vorgesehenen Bestimmungen über die Feststellung des Staates, der für die Behandlung eines Asylbegehrens zuständig ist (Art. 26 ff, Anlage 1¹²), stellen sich in ihren Grundzügen wie folgt dar:

Die Vertragsstaaten bestätigen zunächst „erneut das Interesse, das sie der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951¹³ und dem Protokoll von New York vom 31. Januar 1967¹⁴ über den Flüchtlingsstatus zumessen, und dies ohne jegliche räumliche Einschränkung des Anwendungsgebietes dieser Vertragstexte“ (Artikel 29).

Ferner verpflichten sie sich, daß jedes Asylbegehren, das von einem Drittausländer in einem der Vertragsstaaten gestellt wird, geprüft wird, behalten sich zugleich aber das Recht vor, einen Asylbegehrenden aufgrund des nationalen Rechts und entsprechend den internationalen Verpflichtungen in einen Drittstaat – ggf. auch schon an der Grenze – zurückzuweisen (Artikel 30 Abs. 1 und 2).

Die Zuständigkeit für die Prüfung und Behandlung eines Asylbegehrens soll künftig

- entweder bei dem Vertragsstaat liegen, der dem Asylbegehrenden einen Sichtvermerk oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt hat,
- oder – sofern der Asylbegehrende in den Vertragsstaaten von der Sichtvermerkpflcht befreit ist oder aber in das Gemeinschaftsgebiet eingereist ist, ohne im Besitz der erforderlichen Einreisepapiere zu sein – bei dem Vertragsstaat, über dessen Außengrenzen der Asylbegehrende in das Gemeinschaftsgebiet eingereist ist (vgl. im einzelnen Art. 31).

Zugleich behält eine für die deutsche Rechtslage wichtige Vorbehaltsklausel jedem Vertragsstaat das Recht vor, „bei Vorliegen von Besonderheiten des nationalen Rechts oder der internationalen Verpflichtungen ungeachtet der Regeln über die Bestimmung des zuständigen Staates ein Asylbegehren auch dann zu behandeln, wenn die Zuständigkeit bei einem anderen Vertragsstaat liegt“ (Artikel 30 Abs. 4).

Die Durchführung des Asylverfahrens selbst erfolgt nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen des zuständigen Vertragsstaats (Artikel 33).

Der für die Prüfung des Asylbegehrens zuständige Vertragsstaat ist ferner verpflichtet, einen Asylbegehrenden, der sich während der Dauer oder nach rechtskräftigem negativen Abschluß des Asylverfahrens in einen anderen Vertragsstaat begeben hat, wieder zurückzunehmen (Artikel 34, 35).

(b) Der auf der EG-Ebene erarbeitete Kriterienkatalog (Anlage 2¹⁵) deckt sich weitgehend mit den im Rahmen von Schengen in Aussicht genommenen Grund-

¹² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

¹³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589.

¹⁴ Für den Wortlaut des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für die „Kriterien für die Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaates“ vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

sätzen, enthält zum Teil allerdings (mit Rücksicht auf die Sonderbelange der Mittelmeeranrainer, DK und GB) detailliertere Regelungen.

Grundsätzlich soll auch hiernach der Staat für die Prüfung eines Asylbegehrens zuständig sein, der dem Asylbewerber eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Einreisevisum ausgestellt hat, oder – sofern die Einreise sichtvermerksfrei oder ohne die erforderlichen Einreisepapiere erfolgt ist – der Staat, in den der Asylbewerber zuerst eingereist ist bzw. in dem er zuerst einen Asylantrag gestellt hat. Ebenso wie in dem Schengener Entwurf ist auch hier eine Vorbehaltsklausel vorgesehen, nach der „die zu erlassenden Bestimmungen einen Mitgliedstaat nicht daran hindern sollen, jeden Antrag – gemäß seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und seinen internationalen Verpflichtungen – zu prüfen“.

(c) Die EG-Kommission hat einen eigenen vorläufigen Richtlinien-Entwurf erarbeitet, aber zunächst bis zum Ergebnis der Arbeiten der EG-Einwanderungsminister zurückgestellt.¹⁶

(d) Der Europarat (CAHAR¹⁷-Ausschuß) arbeitet, unter Beteiligung der nordischen Staaten, der Alpenstaaten und des UNHCR, an einem vergleichbaren Vertrag.

5) Die Kriterienkataloge von Schengen und EG enthalten im wesentlichen zwei rechtliche Konsequenzen:

- Aufnahmeverpflichtung: Die Mitgliedstaaten müssen solche Asylbewerber, die in anderen Mitgliedstaaten einen Asylantrag gestellt haben, unter den in den Kriterien vorgesehenen Maßgaben aufnehmen und die Asylprüfung durchführen.
- Abgabemöglichkeit: Asylsuchende, für die nach den Kriterien ein anderer Mitgliedstaat für die Prüfung der Asylanträge zuständig ist, können an diesen abgegeben werden. (Dazu, was dies für uns bedeutet, vgl. Ziffer 6.)

Die Entwürfe sehen – neben der Garantie jedenfalls eines Asylverfahrens – auch positive Verbesserungen für die Asylbewerber vor, u. a. in der Freizügigkeit und der Familienzusammenführung.

Für die Inkraftsetzung der Schengener Regelung ist ein Ergänzender Staatsvertrag mit Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen. Für die Inkraftsetzung der EG-Regelung ist noch offen, ob dies durch ein „gentlemen's agreement“ (GB, IR), ein Regierungsabkommen¹⁸ oder durch einen vom Parlament zu ratifizierenden Staatsvertrag geschehen soll.

¹⁶ In einer gemeinsamen Aufzeichnung vom 22. Mai 1989 legten die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Kudlich und Mattes dar: „Die Kommission hatte in ihrem Binnenmarkt-Weißbuch von 1985 angekündigt, sie werde „spätestens 1988 Maßnahmen zum Asylrecht und zur Lage der Flüchtlinge“ vorschlagen. Wegen der konkurrierenden Zuständigkeiten hat die Kommission inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie einen entsprechenden Richtlinien-Entwurf nur vorlegen werde, wenn die Mitgliedstaaten sie dazu auffordern. In der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der EG-Einwanderungsminister am 15.3.1989 hat sich die Kommission bereit erklärt, den materiellen Inhalt der „Kriterien für die Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaates“, die von der Gruppe erarbeitet worden sind, in einen Richtlinien-Entwurf zu übernehmen. Sie wurde darin von Spanien, Italien, Portugal und Griechenland unterstützt. Dagegen votierten die französische, die britische und die deutsche Delegation, unterstützt von NL und DK, für die Form des Staatsvertrages. [...] Daraufhin haben sich nach längerer Diskussion alle Delegationen für die Form eines Staatsvertrages ausgesprochen, der bis 1993 durch die nationalen Parlamente zu ratifizieren wäre.“ Vgl. Referat E 13, Bd. 190236.

¹⁷ Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

¹⁸ Die Wörter „gentlemen's agreement“ und „Regierungsabkommen“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Geht das rechtlich?“

6) Wertung

In beiden Bereichen – EG, Schengen – zielen die gegenwärtigen Harmonisierungsversuche auf eine rein verfahrensmäßige Lösung.

a)¹⁹ Eine verfassungsrechtliche Würdigung durch den BMJ aufgrund eines Prüfungsauftrages von StS Kinkel hat die Vereinbarkeit mit Art. 16 GG ergeben: Beide Entwürfe enthalten keine Verpflichtung der Vertragsstaaten, die Prüfung eines Asylbegehrens unter Hinweis darauf, daß ein anderer Vertragsstaat zuständig sei, zu verweigern. Aufgrund der vorgesehenen Vorbehaltsklauseln behielt die Bundesrepublik Deutschland also auch weiterhin die Möglichkeit, ein Asylbegehren trotz der Zuständigkeit eines anderen Vertragsstaates zu prüfen und ihm ggf. stattzugeben, wenn das nationale Recht – hier also der Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG – dies erfordert. Insoweit könnte den Anforderungen des Artikels 16 mithin auch künftig in vollem Umfang Rechnung getragen werden. (Dies übersehen manche Kritiker der gegenwärtigen Harmonisierungsbestrebungen.)

Damit könnte die Regelung andererseits für die Bundesrepublik Deutschland möglicherweise leerlaufen. Der BMI befürchtet deshalb, daß wir zum „Asyl-reserveland“²⁰ werden, wenn Art. 16 GG nicht angepaßt werde. Er befürwortet deshalb eine klarstellende Änderung von Art. 16 GG, die eine „Abgabemöglichkeit“ (siehe oben 5)) vorsehen muß.

Die Bundesregierung wurde auf Ministerebene mit der Frage der Anwendung des Schengener und des EG-Kriterienkatalogs bisher vom BMI noch nicht befaßt. Im Bundesrat hat das Land Baden-Württemberg einen Entschließungsantrag zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene eingebracht²¹, in dem insbesondere die „Bestandskraft und Bindungswirkung“ von Asylverfahren auch in anderen Mitgliedstaaten verlangt wird. Im Bundestag werden die entsprechenden Fragen im Rahmen der Ratifizierung des Ergänzenden Staatsvertrages von Schengen eingehend erörtert werden.

b)²² Was die Linie des Auswärtigen Amts anbelangt, so sollte diese

- angesichts des mit unserem Rechtssystem verträglichen Umfangs der Harmonisierungsbemühungen,
- angesichts unserer grundsätzlich europafreundlichen und Schengen-freundlichen Haltung

positiv sein. Jede „Bremsenrolle“ müßte die Bundesregierung dem Vorwurf aussetzen, in der Verfolgung der von ihr proklamierten europapolitischen Ziele nicht konsequent zu sein.²³ Hier würden Gefahren für unsere Glaubwürdigkeit²⁴ drohen.

¹⁹ Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁰ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist ein Problem.“

²¹ Für den Antrag vom 6. Dezember 1988 für eine Entschließung des Bundesrats zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene vgl. BR DRUCKSACHEN, 11. WP, Drucksache 586/88.

²² Dieser Buchstabe wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

²⁴ Korrigiert aus: „Glaubwürdigkeiten“.

Sofern der bisherige Rahmen der Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts eingehalten wird, wird das Auswärtige Amt daher die weitere Mitarbeit im bisherigen Umfang fortführen und diese – nach Maßgabe der personellen Ressourcen – sogar steigern²⁵, da die Phase der Entscheidung über konkrete Texte nunmehr näherrückt. Außerdem muß mit Blick auf die innenpolitische Lage jederzeit ein möglichst genaues Bild darüber gewonnen werden, ob der vorstehend beschriebene Rahmen tatsächlich eingehalten wird.²⁶

Oesterheldt

Referat E 13, Bd. 190236

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Wistinghausen

422-413.00 SUA

3. Februar 1989¹

Über Herrn Dg 42², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Handel der Bundesrepublik Deutschland mit Südafrika

Bezug: Ihre Frage auf Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 25.1.1989
– 422-413.00 SUA – (dem Original beigelegt⁵)

Anlg.: 1⁶

²⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben: „Was nur mit personeller Verstärkung geht.“

²⁶ An dieser Stelle vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Die Verfassung hat Vorrang!“ Vgl. Anm. 3.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen und Legationsrat I. Klasse Rondorf konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent von Kyaw am 3. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Jelonek Ministerialdirigent Trumpf am 3. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unsere starke Stellung als Handelspartner und Ausfuhrbürge g[e]l[g]en[ü]ber Südafrika ist in der gegenwärtigen politischen Situation problematisch. Kann man bei den Bürgschaften nicht doch etwas kürzer treten?“

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek „n[ach] R[ückkehr]“ und den Rücklauf an Referat 422 „zur gelegentlichen Rücksprache“ verfügte.

Hat in Vertretung Jeloneks Ministerialdirigent Trumpf am 8. Februar 1989 erneut vorgelegen, der ebenso die Weiterleitung an Jelonek „n. R.“ und den Rücklauf an Referat 422 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 8. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Jelonek am 12. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 422 vermerkte: „[Bitte] R[ücksprache].“

Hat Lautenschlager am 16. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt] – wie b[e]l[spr]ochen.“

Hat Jelonek am 16. Februar 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Kyaw und Referat 422 verfügte und handschriftlich vermerkte, er werde den Inhalt des von ihm hervorgehobenen Absatzes „mit Schomerus mündlich aufnehmen“. Vgl. Anm. 8.

Hat Kyaw am 17. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Wistinghausen am 20. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Jelonek notierte: „Die Bundesrepublik Deutschland ist 1988 anstelle Japans der wichtigste Handelspartner Südafrikas (SUA) geworden. Dieses Ergebnis

I. Es gibt im Prinzip vier Handlungsoptionen, mit denen die Bundesregierung auf die Ausweitung unseres Handels mit Südafrika und auf mögliche Kritik an unserer Stellung als größter Handelspartner SUAs reagieren könnte:

- offensive, argumentative Begegnung der Kritik bei Aufrechterhaltung unserer bisherigen Politik (kein Handelsembargo, Ablehnung von Sanktionen);
- Orientierung am Beispiel Japans, d. h., ohne konkrete neue restriktive Maßnahmen zu ergreifen, die Wirtschaft über ihre Spitzenverbände zur Zurückhaltung im Handel mit Südafrika aufzufordern (Gespräch mit DIHT, BDI und BGA⁷),⁸
- Einstellung oder Reduzierung der staatlichen Förderung des Handels mit SUA (Hermes-Bürgschaften, Zuschuß des BMWi für Auslandshandelskammer Johannesburg);
- Zustimmung zu neuen restriktiven Maßnahmen im Rahmen der EPZ (z. B. Kohle).

II. Im einzelnen

1) Option 1 – Beibehaltung bisheriger Linie

Angesichts der grundsätzlichen Ablehnung von Wirtschaftssanktionen als Mittel zur Beilegung politischer Konflikte und der Auffassung, daß Sanktionen gegenüber Südafrika in erster Linie der schwarzen Bevölkerung Schaden zufügen würden, ist es bei daher weitgehend unbeschränktem Handel aufgrund der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und der Aufnahmefähigkeit unseres Marktes nicht überraschend, daß wir auch im Verhältnis zu SUA wie bei vielen anderen Ländern der wichtigste Handelspartner sind; zumal wenn sich unser schärfster Konkurrent Japan ausnahmsweise zurückhält und mit nicht ganz lauterer Mitteln (Drittlandhandel) seine eigenen Statistiken „frisirt“.

Wir haben die von den Zwölf 1985⁹ und 1986¹⁰ getroffenen „restriktiven Maßnahmen“ voll umgesetzt und wenden sie strikt an, obwohl wir diesen Beschlüssen

Fortsetzung Fußnote von Seite 134

steht fest, obwohl für den Handel Ds mit SUA lediglich die Werte bis November (1–11/88) verfügbar sind. Bei einer Steigerung der deutschen Ausfuhren nach SUA um 32,8 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum auf 5,36 Mrd. DM (3,04 Mrd. US-Dollar) und einer Zunahme der Einfuhren aus SUA um 33 % auf 2,74 Mrd. DM (1,57 Mrd. US-Dollar) übertraf das deutsche Handelsvolumen mit 8,1 Mrd. DM (4,61 Mrd. US-Dollar; 1–11/87: 3,25 Mrd. US-Dollar) bereits ohne die Dezember-Werte das japanische Ergebnis für das ganze Jahr (3,98 Mrd. US-Dollar).“ Vgl. Referat 422, Bd. 149378.

Staatssekretär Lautenschlager vermerkte auf der Aufzeichnung handschriftlich: „Dies ist keine gute Entwicklung unter außenpol[itischen] Aspekten. Was kann man tun?“ Vgl. Referat 422, Bd. 149378.

⁶ Vgl. Anm. 5.

⁷ Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels.

⁸ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Jelonek hervorgehoben. Vgl. Anm. 4.

⁹ Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. September 1985 in Luxemburg wurde eine Erklärung zu Südafrika verabschiedet, die u. a. ein „streng kontrolliertes Embargo“ für die Ausfuhr von Waffen und paramilitärischer Ausrüstung, die Einstellung von Ölexporten, die „Verweigerung der Zusammenarbeit im militärischen Bereich“ und das „Verbot jeder neuen Zusammenarbeit im Nuklearbereich“ vorsah. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1985, S. 86 f. Zur Konferenz vgl. AAPD 1985, II, Dok. 245.

¹⁰ Auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 in Den Haag wurde beschlossen, in den folgenden drei Monaten über die Einführung von Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika zu beraten. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 181.

In einer Erklärung im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel wurde mitgeteilt, „daß die Zwölf nunmehr restriktive Maßnahmen [...] treffen sollen. Dazu gehören

weniger aus eigener Überzeugung als aus EG-Solidarität zugestimmt haben. Hinweise auf ein Unterlaufen der Maßnahmen dritter Staaten (z. B. USA) durch deutsche Firmen liegen nicht vor. Der größte Zuwachs bei den Importen ist zudem bei Gold festzustellen, das, außer in Form von Münzen, überall ohne Restriktionen eingeführt werden kann. Dagegen ist die Einfuhr von Steinkohle, die in anderen Ländern unter Sanktionen fällt, erheblich zurückgegangen. Eine Verlagerung von Handelsströmen aufgrund von weitergehenden Maßnahmen anderer Länder wird also durch die vorliegenden Fakten nicht gestützt.

Wesentlich stärker als die Einfuhren aus SUA (D steht als Kunde hinter JAN und IT erst an dritter Stelle) haben unsere Lieferungen nach SUA zu unserer Stellung als wichtigster Handelspartner SUAs geführt. Hier kommt den Exporten im Fahrzeugbau eine überragende Stellung zu, bei denen es sich zu einem guten Teil um die Lieferung von Teilen zur Montage in den dort ansässigen Tochterunternehmen deutscher Automobilfirmen handeln dürfte (VW, Daimler Benz, BMW). Diese Firmen sind vorbildlich in der Anwendung des EG-Verhaltenskodex¹¹ und haben den IG-Metall-Forderungskatalog (Steinkühler-Initiative¹²) akzeptiert. Eine Beschränkung dieses Sektors müßte die positiven Einwirkungsmöglichkeiten dieser Firmen auf die südafrikanische Arbeitswelt beeinflussen.

Es gibt also genügend Argumente, mit denen der mögliche Vorwurf, unsere Spitzenstellung im Handel mit SUA beweise unsere mangelnde politische Sensibilität im Außenhandel, entkräftet werden könnte. Ein offensives Begegnen

Fortsetzung Fußnote von Seite 135

das Verbot neuer Investitionen sowie das Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika. [...] Die meisten Partnerländer wären bereit, ein Einfuhrverbot für Kohle aus Südafrika zu verhängen, wenn hierüber Einvernehmen erzielt werden sollte. Der Vorsitz wird sich in dieser Frage weiterhin um einen Konsens auf der Grundlage der Erklärungen des Europäischen Rates von Den Haag bemühen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 9/1986, S. 92.

- ¹¹ Mit dem von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten Verhaltenskodex vom 20. September 1977 waren die in Südafrika durch Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften tätigen Unternehmen aus EG-Mitgliedstaaten verpflichtet, Maßnahmen zur betriebsrechtlichen Gleichstellung „schwarzafrikanischer Arbeitnehmer“ sowie zur „Beseitigung jeglicher Rassentrennung“ zu ergreifen und hierüber jährlich Bericht zu erstatten. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51–53.

Am 14. Februar 1989 erklärten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Madrid, sie hätten den zusammenfassenden Bericht über den Zeitraum vom 1. Juli 1986 bis 30. Juni 1987 gebilligt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1989, D 416 f.

- ¹² Im April 1988 legte die IG Metall ein Papier vor mit dem Titel „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen. Gemeinsame Forderungen der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland und des Südafrika-Rates des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes“. Vgl. dazu Referat 422, Bd. 149370. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 213.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 1. März 1989 für Bundesminister Genscher: „Am 24.2.1989 fand in Brüssel die zweite Sitzung der Ad-hoc-Expertengruppe zur Frage der Integration der 14 Punkte des IG-Metall-Forderungskatalogs in den EG-Verhaltenskodex statt. Auf ihrer ersten Sitzung hatte die Gruppe Einigung darüber erzielt, daß neun der 14 Forderungen weiterhin auf die Möglichkeit hin ausgelotet werden, ob sie in den Kodex übernommen werden können, während über fünf Punkte kein Konsens gefunden werden konnte“. Die Verhandlungen seien so schwierig gewesen, daß nur fünf der neun Punkte diskutiert worden seien; bei drei von diesen fünf Punkten habe sich die Gruppe auf einvernehmliche Formulierungen einigen können: „GB stellte unter Hinweis auf den Brief von AM Howe an Sie [...] selbst seine Zustimmung zu den drei Punkten unter den grundsätzlichen Vorbehalt, daß es jeder Änderung des Kodex weiterhin ablehnend gegenüberstehe.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149371.

der Kritik bei Beibehaltung der bisherigen Linie würde unsere grundsätzliche Ablehnung von Sanktionen erneut glaubhaft¹³ unter Beweis stellen und uns bei ähnlich gelagerten Fällen bei anderen Ländern weiterhin erlauben, unter Berufung auf unsere Grundsatzposition die Mitwirkung an Boykottmaßnahmen zu verweigern. Als stark exportorientiertes Land haben wir ein vitales Interesse, eine Politisierung und damit Instrumentalisierung des Außenhandels zu vermeiden. Diese wohlerwogene Position sollte auch nicht unter dem Druck aktueller Ereignisse aufgegeben werden. (Unser Warenaustausch mit Südafrika sollte nicht mit dem möglichen Fehlverhalten einiger deutscher Firmen in der „Libyen-Affäre“¹⁴ vermengt werden.)

2) Option 2 – Gespräch der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden

Da angesichts der Emotionalisierung der öffentlichen Diskussion über die moralische Sensibilität unserer Außenwirtschaft eine differenzierende Betrachtungsweise des Außenhandels mit SUA viele Beteiligte überfordern dürfte, könnte zur Begrenzung des möglicherweise eintretenden politischen Schadens ein Gespräch mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (DIHT, BDI, BGA) erwogen werden, um über diese die Unternehmen zur Zurückhaltung im Handel mit SUA aufzufordern. Dieser Weg hätte den Vorteil, der Bundesregierung politisch Entlastung zu verschaffen, ohne daß sie von ihrem grundsätzlichen Nein zu Sanktionen abgehen müßte. Darüber hinaus würde dadurch die Wirtschaft politisch verstärkt in die Pflicht genommen. Es ist allerdings sehr fraglich, ob diese Maßnahme i. e. S. greifen würde, d. h. sich konkret in einer Abschwächung unseres Warenaustauschs niederschlagen würde. Die auf den engen persönlichen Verbindungen zwischen Bürokratie und Wirtschaft und der überragenden Stellung der großen Handelshäuser im Außenhandel beruhende besondere „responsiveness“ der japanischen Wirtschaft gegenüber „administrative guidance“ der Regierung ist auf deutsche Verhältnisse nicht übertragbar. Eine solche „Grauzonen“-Maßnahme könnte überdies zu einer Verunsicherung der Wirtschaft mit der Folge beitragen, daß die Bundesregierung gefordert sein könnte, über SUA hinaus eine Liste von Ländern zu erstellen, mit denen Außenhandel als politisch bedenklich gewertet wird.

3) Option 3 – Rücknahme der staatlichen Außenhandelsförderung

a) Hermes-Bürgschaften

Unsere Stellung als Handelspartner Nr. 1 SUAs ist in erster Linie auf unsere Exporterfolge zurückzuführen. Eine restriktivere Handhabung unseres Bürgschaftsinstrumentariums könnte mittelfristig Konsequenzen auf die Handelszahlen haben. Derzeit liegt SUA mit neuen Deckungen von rd. 1,5 Mrd. DM pro Jahr weltweit an zweiter Stelle¹⁵ (hinter Türkei). Davon entfallen jedoch rd. 95 % auf weniger risikoreiche kurzfristige Geschäfte, die vorläufig überwiegend auch ohne staatliche Garantien abgewickelt werden dürften. Unsere Deckungspolitik gegenüber Südafrika sieht z. Zt. eine Orientierungsgröße pro Einzelgeschäft von 50 Mio. DM und eine Kreditlaufzeit von fünf Jahren vor. Im März

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁴ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

¹⁵ Die Wörter „weltweit an zweiter Stelle“ wurden von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sic.“

1986 hatte der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß allerdings beschlossen, intern bei Kreditlaufzeiten von mehr als einem Jahr nur Auftragswerte bis zu 20 Mio. DM anzunehmen. AA hat bisher der von anderen Ressorts befürworteten Aufhebung dieser Beschränkung nicht zugestimmt, bei Kreditgeschäften mit Auftragswerten über 20 Mio. DM wird deshalb Leitungsentscheidung eingeholt. Das Obligo des Bundes aus Südafrika-Gewährleistungen ist zwar seit einiger Zeit trotz des Anstiegs der Ausfuhrwerte rückläufig (Zahlen zum Jahresende):

1983: 7,5 Mrd. DM

1985: 6,5 Mrd. DM

1987: 6,0 Mrd. DM

1988: 5,8 Mrd. DM

Eine weitere deutliche Abnahme ist allerdings nicht zu erwarten.

Da nach § 9 Bundeshaushaltsgesetz¹⁶ Ausfuhrgewährleistungen nur für förderungswürdige Ausfuhrgeschäfte übernommen werden dürfen, könnte das AA der Verbürgung von SUA-Geschäften ganz oder teilweise widersprechen, wenn der Handel mit SUA aus außenpolitischen Gründen als nicht mehr förderungswürdig angesehen wird. Dies hätte nach außen eine erhebliche Signalwirkung. Ein solcher Schritt hätte jedoch den Charakter einer Sanktionsmaßnahme¹⁷ und stünde nicht im Einklang mit der bisherigen Politik der Bundesregierung, das Bürgschaftsinstrumentarium nicht zu politisieren.

b) Sonstige Außenwirtschaftsförderung

Eine weitere Möglichkeit zu dokumentieren, daß der Handel mit SUA politisch unerwünscht ist, ohne ihn direkt mit Sanktionen zu belegen, wäre die Reduzierung der Präsenz unseres Förderinstrumentariums vor Ort. Ein Abzug des BfAI¹⁸-Korrespondenten sowie eine Verringerung oder Streichung des Zuschusses aus Haushaltsmitteln des BMWi an die AHK¹⁹ Johannesburg kämen hierbei in Betracht. Allerdings ist zu bedenken, daß die Kammer ein liberales Element in der dortigen deutschen Kaufmannschaft darstellt, dessen Schwächung in anderer Beziehung (z.B. Umsetzung der Steinkühler-Initiative) für uns politisch nachteilig sein könnte.

4) Option 4 – Zustimmung zu neuen restriktiven Maßnahmen im Rahmen der EPZ

Dies wäre die deutlichste Abweichung von der von uns bis jetzt vertretenen Position und käme einer politischen Kehrtwendung gleich. Auf der anderen Seite handelt es sich um die „sauberste“ Lösung, wenn man der auf dem (unberechtig-

¹⁶ Für den Wortlaut von § 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1989 (Haushaltsgesetz 1989) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil I, S. 2248 f.

¹⁷ Die Wörter „Charakter einer Sanktionsmaßnahme“ wurden von Ministerialdirigent Trumpf hervorgehoben. Dazu Fragzeichen.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte dazu handschriftlich: „Nach R[ück]spr[ache] mit H[errn] Trumpf: Bisher gilt unbestritten, daß eine restriktive Deckungspolitik – solange sie nicht risikobedingt ist – zu den wirtschaftl[ichen] Sanktionsmaßnahmen zählt (vgl. auch die entsprechenden internationalen (VN) und nationalen (Bundestag) Forderungen).“

¹⁸ Bundesstelle für Außenhandelsinformation.

¹⁹ Außenhandelskammer.

ten) Verdacht eines Unterlaufens der schärferen Maßnahmen anderer Länder fußenden Kritik an unserem Handel mit SUA den Boden entziehen will. Da im Rahmen der EPZ weiterhin ein Prüfungsauftrag für ein Importverbot südafrikanischer Kohle besteht, gerade hier das amerikanische Paket über das europäische hinausgeht und bisher eine Einführung dieser Maßnahme im wesentlichen am Widerstand der Bundesregierung scheiterte, wäre hier eine Einigung der Zwölf am ehesten zu erreichen. Eine solche Maßnahme zählt anerkanntermaßen zu den einschneidendsten und würde gerade deshalb allerdings die schwarze Bevölkerung besonders hart treffen.

III. Eine Abwägung aller Optionen führt zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem Schluß, daß auf die Ausweitung unseres Handels mit SUA nicht mit zusätzlichen restriktiven Maßnahmen geantwortet werden sollte. Deren etwaige Einführung sollte nicht unilateral geschehen und von der Entwicklung der Handelszahlen abhängig gemacht werden, sondern erst dann erfolgen, wenn die Zwölf im Rahmen ihrer ständigen Prüfung der Effektivität der Beschlüsse von 1985 und 1986 vor dem Hintergrund der innenpolitischen Situation in Südafrika zu dem Schluß kommen sollten, daß weitere Schritte zur Aufrechterhaltung des politischen Drucks auf die Regierung in Pretoria notwendig sind. Welche Maßnahmen dazu am besten geeignet sind, sollte in erster Linie nicht im Hinblick auf deren Auswirkungen auf das Handelsvolumen, sondern mit der Zielrichtung geprüft werden, bei hoher Wirksamkeit als politisches Signal die negativen Effekte auf die schwarze Bevölkerungsmehrheit zu beschränken.

Wistinghausen

Referat 422, Bd. 149378

32

Deutsch-spanische Konsultationen in Sevilla

6. Februar 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt!

Deutsch-spanische Konsultationen der Regierungschefs und Außenminister in Sevilla am 5./6. Februar 1989;

hier: Plenarsitzung unter Vorsitz der Regierungschefs am 6.2.1989

1) *MP*² hebt zur Eröffnung der Plenarsitzung hervor, das diesjährige Regierungstreffen sei das sechste seit der Einführung derartiger hochrangiger Begegnungen

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 8. Februar 1989 gefertigt.

Hat Legationsrat I. Klasse Weinberger am 10. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro „zur Billigung durch BM“ verfügte.

² Felipe González Márquez.

im Jahre 1983.³ Erneut habe sich gezeigt, daß die bilateralen Beziehungen problemlos seien. Die Verständigung habe in herzlicher Atmosphäre stattgefunden. Beide Regierungschefs wußten sich einig in ihren Bemühungen um den Aufbau Europas und um die weitere Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte⁴. Der Aufbau Europas sei ein Prozeß, der nicht mehr aufzuhalten sei. Wichtig sei die Weiterentwicklung der EEA: Hier komme den Problemen des Grenzabbaus, der Währungsvereinheitlichung, des sozialen Raums und der EG-Außenbeziehungen hohe Priorität zu. Von großer Bedeutung sei auch die weitere Abstimmung in West-Ost-Fragen und bei den Problemen der Sicherheit.

BK dankt für die gastfreundliche Aufnahme und besonders für die Gelegenheit zu persönlicher Begegnung mit MP in den letzten 48 Stunden.⁵ Hierdurch sei die persönliche Freundschaft noch intensiver geworden. Das Treffen finde zu Beginn der spanischen EG-Präsidentschaft⁶ statt, die wir mit großer Tatkraft unterstützen wollten. Unvergessen sei, daß vor einem Jahr Spanien auch uns in unserer Präsidentschaft⁷ volle Unterstützung gewährt habe.

Die deutsch-spanischen Beziehungen seien uralte. Beide Länder seien sich einig, daß Europa mehr sein müsse als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Ganz Europa müsse auf Dauer in die Dynamik einbezogen werden. Dies sei nur möglich, wenn auch die kulturelle Dimension ihren prägenden Einfluß ausüben könne. In Deutschland sorgten viele Tausende von Spaniern dafür, daß der kulturelle Austausch fortschreite. Bilaterale Fortschritte beim Kulturaustausch seien wichtig. Deshalb habe man besprochen, mehr für die Sprache des jeweils anderen Landes zu tun. Man solle nicht vergessen, daß Deutsch in der EG die meistgesprochene Sprache sei. Spanisch bilde wiederum die Brücke zu Lateinamerika, dessen Bedeutung in Zukunft noch wachsen werde.

Bis zur Verwirklichung des Gemeinsamen Binnenmarktes seien es noch 46 Monate. Dies sei eine kurze Zeit angesichts der zu bewältigenden Aufgaben. Er wünsche, daß im Jahre 1989 die spanische und anschließend die französische EG-Präsidentschaft⁸ erfolgreich sein mögen.

2) MP erteilt das Wort an die Außenminister:

AM *Fernández Ordóñez* berichtet über die Gesprächsthemen des Vortages⁹: Wichtigster Punkt sei das Thema der chemischen Waffen gewesen. Alle EG-

³ Die deutsch-spanischen Konsultationen fanden zuletzt am 17. September 1987 statt. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 260.

⁴ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna vermerkte am 26. Januar 1989, Bundeskanzler Kohl verbringe den 4./5. Februar 1989 „privat im Gästehaus des spanischen Regierungschefs im Naturschutzgebiet Coto de Doñana an der Atlantikküste (südwestlich von Sevilla). Der offizielle Teil beginnt am Sonntag, den 5.2.1989, um 16.00 Uhr auf dem Gelände der Weltausstellung EXPO 92. Im Anschluß daran werden im Delegationshotel Alfonso XIII. die Fachgespräche aufgenommen“. Vgl. Referat 206 (203), Bd. 173495.

⁶ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

⁷ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

⁸ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁹ Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Fernández Ordóñez sprachen am 5. Februar 1989 in Sevilla über Maßnahmen zur Verhinderung der Proliferation chemischer Waffen sowie über deren weltweites Verbot, ferner über die libysche Chemieanlage in Rabta. Zudem thematisierten sie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zur EFTA und zu den USA, die Lage im

Partner seien besorgt über die Entwicklung. Vor diesem Hintergrund sei deutsche CW-Initiative zu begrüßen.¹⁰ Das Thema müsse man auf vier Ebenen weiterverfolgen:

- bei Genfer CW-Konferenz,
- in der Australischen Gruppe,
- in der EG (Verordnungsentwurf der EG-Kommission zur Ausfuhrkontrolle von CW-Vorelementen¹¹),
- in der EPZ.

Weiter sei über den Fortgang von Lomé IV¹² und die Vorbereitung der Konferenz in Brazzaville¹³ gesprochen worden. Hinweis auf spanisches Interesse an Einbeziehung von Santo Domingo und Haiti.

Das Verhältnis EG/EFTA sei gründlich erörtert worden. Es sei sehr wichtig für die Weiterentwicklung in Europa. Derzeit würde über mögliche neue Perspektiven nachgedacht, auch in der Kommission. In diesem Zusammenhang habe man auch über mögliche Beitritte von EFTA-Ländern in die Gemeinschaft gesprochen.

Im Verhältnis EG/USA habe man den bevorstehenden Besuch von US-AM Baker¹⁴ vorbereitet sowie über die Auswirkungen des Hormonstreits¹⁵ auf die Handels-

Fortsetzung Fußnote von Seite 140

Nahen Osten und die Vorbereitung der fünften Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206 (203), Bd. 173495.

¹⁰ Vgl. das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1989 an den spanischen Außenminister Fernández Ordóñez; Dok. 27, Anm. 24.

¹¹ Auf Vorschlag der EG-Kommission erließ der EG-Ministerrat auf seiner Tagung am 20. Februar 1989 in Brüssel die Verordnung (EWG) Nr. 428/89 „betreffend die Ausfuhr bestimmter chemischer Erzeugnisse“. Danach mußte bei der Ausfuhr von acht chemischen Erzeugnissen, deren Liste gegebenenfalls geändert werden konnte, eine von den zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten erteilte Genehmigung vorgelegt werden. Diese Genehmigung durfte nicht erteilt werden, wenn Grund zu der Annahme bestand, daß die betreffenden Erzeugnisse zur Entwicklung oder Herstellung chemischer Waffen verwendet oder daß sie unmittelbar oder mittelbar an kriegführende Staaten oder in Gebiete mit starken internationalen Spannungen geliefert werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 50 vom 22. Februar 1989, S. 1 f.

¹² Korrigiert aus: „V“.

Referat 413 vermerkte am 14. März 1989: „Das dritte AKP-EWG-Abkommen vom 8.12.1984 (Lomé III), dem 66 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik angehören, läuft Ende Februar aus. Die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen wurden am 12./13. Oktober 1988 mit einem AKP-EWG-Ministertreffen in Luxemburg eröffnet. [...] AKP-Forderungen gehen naturgemäß weit über das Gemeinschaftsangebot hinaus [...]. Die Gemeinschaft wird die Themen Bevölkerungspolitik, Umwelt und Forschung besonders hervorheben. Sie strebt an, daß der Umweltschutz systematisch bei der Konzipierung von Kooperationsvorhaben berücksichtigt wird.“ Vgl. Referat E 22, Bd. 175794.

¹³ Zur EG-AKP-Konferenz auf Ministerebene am 16./17. Februar 1989 teilte Vortragender Legationsrat Bettzuege am 22. Februar 1989 mit: „Trotz zum Teil erheblicher Differenzen in zentralen Fragen wie Handelsregelung, Finanzvolumen, Stabex und Behandlung von Schuldenfrage war AKP bestrebt, Konfrontation zu vermeiden. [...] AKP haben erneut zu erkennen gegeben, daß für sie Verbesserung der Handelsregelung Prüfstein für das nächste Abkommen sein wird. [...] AKP stimmten Beitrittsantrag Haitis zu, während Beitrittsantrag Dominikanische Republik weiter geprüft wird. Zurückhaltend gegenüber Dom[inikanischer] Rep[ublik] sind vor allem die Mitglieder des Zuckerprotokolls, die langfristig eine Schmälerung ihrer Vorteile durch den Beitritt eines weiteren großen Zuckerproduzenten befürchten.“ Vgl. den Runderlaß; Referat E 22, Bd. 175794.

¹⁴ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 40 und Dok. 41.

Am 11. Februar besuchte er Island, am 11./12. Februar Großbritannien, am 13. Februar Dänemark und Norwegen, am 14. Februar Griechenland und die Türkei, am 14./15. Februar Italien, am 15. Februar

beziehungen gesprochen. Daneben haben die US-Haltung zum Telekommunikationsaustausch und der US-Wunsch, die Einfuhr von Militärgütern nicht mit EG-Einfuhrzöllen zu belegen, eine Rolle gespielt.

Im Hinblick auf das bevorstehende San-José-Treffen in San Pedro Sula (27./28.2.1989) sei die Bundesregierung um Unterstützung des Projekts der fünf mittel-amerikanischen Staaten gebeten worden.¹⁶

Die EG-Kontakte im Nahen Osten seien ausführlich zur Sprache gekommen.

Auf dem Abrüstungsgebiet sei der Beginn der KRK-Verhandlungen am 6. März in Wien¹⁷ ein Grund zur Hoffnung.

BM dankt AM für die Übersicht und ergänzt zum Thema CW, daß man sich mit spanischem Vorsitz geeinigt habe, die nächste Sitzung der Australischen Initiative möglichst schon auf März 1989 vorzuverlegen.¹⁸ Dort werde es um die Exportkontrolle für chemische Anlagen gehen. Darüber hinaus wolle man eine schnelle Behandlung des Verordnungsentwurfs der EGK über Vorprodukte erreichen. Die Reaktion von Kommissionspräsident Delors sei positiv gewesen. Schließlich müsse der Impuls der Pariser CW-Konferenz¹⁹ für die Genfer Verhandlungen²⁰ genutzt werden. In der EPZ müßten diplomatische Schritte geprüft werden, um die Herstellung von CW in Libyen zu verhindern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 141

Portugal und Spanien, vom 15. bis 17. Februar Belgien und die NATO, am 16. Februar Luxemburg und die Niederlande sowie am 17. Februar 1989 Frankreich.

¹⁵ Referat 411 notierte am 9. Februar 1989: „Auf deutsche Initiative hin war Ende 1985 die Hormon-Richtlinie (HRL) mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet worden. Die HRL ist am 1.1.88 in Kraft getreten und sieht in der Gemeinschaft ein allgemeines Verbot des Einsatzes von Steroidhormonen in der Tiermast (als Wachstumsbeschleuniger) zu anderen als therapeutischen Zwecken vor. Auch Fleisch aus Drittländern ist von der HRL betroffen: Nutztiere, denen zuvor Sexualhormone zu nichttherapeutischen Zwecken verabreicht wurden, und das Fleisch von solchen Tieren dürfen aus Drittländern nicht in die EG eingeführt werden. [...] Besondere Auswirkungen hat die HRL auf die Handelsbeziehungen EG – USA. Die US-Exporte von unbehandeltem Fleisch (hochwertiges und geringerwertiges Rindfleisch und Schlachtabfälle) in die EG machen ca. 150 Mio. US-Dollar [jährlich] aus. [...] Nachdem bilaterale Konsultationen zwischen den USA und der EG bis zum Jahreswechsel 1988/89 fruchtlos blieben, setzten die USA ihre bereits Anfang 1988 [...] vorbereiteten Strafzölle zum 1.1.89 in Kraft“. Mit dem Ziel der Schadensbegrenzung seien Fleischimporte, die zu Tierfutter verarbeitet werden, von der HRL ausgenommen worden. Vgl. Referat 411, Bd. 160536.

¹⁶ Zur fünften Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe vgl. Dok. 55.

¹⁷ Nach einer Konferenz der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 6. bis 8. März 1989 begannen die VKSE am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

¹⁸ Das Treffen der Australischen Gruppe fand vom 9. bis 11. Mai 1989 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1175/1176 des Ministerialdirigenten von Kyaw, z. Z. Paris, vom 12. Mai 1989; Referat 222, Bd. 162089.

¹⁹ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

²⁰ Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), berichtete am 22. Februar 1989: „Am 20.2.89 fand die erste Sitzung der unter unserem Vorsitz tagenden AG 1 (Verifikation) statt. [...] Hauptgegenstand der Diskussion war die sogenannte Verifikationslücke. Aus den Beratungen sind folgende Punkte hervorzuheben: Es besteht nicht nur ein großes Gefälle beim Wissensstand der Delegationen, auch die Bereitschaft, dieses Thema aufzugreifen, ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während vor allem Vertreter westlicher Delegationen auf gründliche und detaillierte Befassung mit der Verifikationslücke drangen, war vor allem bei G 21-Delegationen Zurückhaltung zu spüren. Bei einigen G 21-Staaten scheint die Befürchtung zu bestehen, daß neue Verifikationssysteme entwickelt und eingeführt werden könnten, die zusätzliche Kosten, aber nur einen bescheidenen Gewinn an Sicherheit erbringen. Besonders Argentinien machte sich zum Fürsprecher dieser Sichtweise

Abschließend sei die Übereinstimmung beider AM zu betonen, einen Handelskrieg mit den USA zu vermeiden.

3) Zum Wirtschaftsbereich gibt Wirtschafts- und Finanzminister *Solchaga* folgenden Überblick:

Man habe über die bilaterale Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern gesprochen, ebenso über die Entwicklung auf dem Weltmarkt sowie über den Prioritätenkalender für EcoFin.

SPA sei insgesamt zufrieden mit der Wirtschaftsentwicklung. Beide Länder hätten 1988 große Wachstumsraten erreicht. Dies werde sich 1989 nicht ganz wiederholen lassen. In Spanien werde die Entwicklung z.Zt. durch eine restriktivere Wirtschaftspolitik gemildert. Trotz hohen Handelsdefizits für Spanien und angesichts der Notwendigkeit großer spanischer Anstrengungen in der Zukunft habe Spanien im bilateralen Handelsaustausch gegenüber D einen positiven Saldo bei Dienstleistungen und Tourismus erreichen können.

Mittelfristig wolle man voll wettbewerbsfähig werden. Im internationalen Bereich habe BM Haussmann über seinen Besuch in Washington²¹, StS Tietmeyer über die Konferenz der G5 und G7²² berichtet. Die Frage bleibe offen, wie das hohe US-Defizit verringert werden kann. Die Handelsbeziehungen EG/USA seien schwieriger geworden. Die nächsten Gespräche im GATT würden nicht einfach sein. Im EcoFin seien die Prioritäten die Harmonisierung der Steuern und die Richtlinien über die Unternehmenskonzentration. Bis 1992 bleibe nicht viel Zeit.

BM Haussmann ergänzt, bei den Gesprächen habe sich sein Eindruck bestätigt, daß sich beide Länder bis 1992 ideal ergänzen könnten, namentlich durch europäische Arbeitsteilung nach dem Vorbild Korea/Japan, um bis zur Vollendung des Binnenmarktes noch wettbewerbsfähiger zu werden. Die Vorbereitungen für das GATT-Treffen²³ sollten möglichst breit auch mit anderen Ländern koordiniert werden, wir sollten die Positionen offenhalten. Er sehe Schwerpunkte bei der Mittelstandspolitik und bei der Verbesserung des Wettbewerbsrechts für kleine und mittlere Betriebe.

StS Tietmeyer informiert zusammenfassend über die Ergebnisse der Treffen G5 und G7 in Washington. In der Gruppe der Fünf habe man Erfolge bei der Stabilisierung der Wechselkurse erreicht. Man hoffe, daß sich die gute Entwick-

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

und stellte Kosten-Nutzen-Gesichtspunkte in den Vordergrund.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; Referat 222, Bd. 162072.

²¹ Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Unter anderem traf er am 2. Februar 1989 mit dem amerikanischen Außenminister Baker zusammen. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am selben Tag, Baker habe die Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik angesprochen: „Japan habe seinen Überschuß senken können, nicht so Deutschland. Dies sei problematisch. [...] Er habe vor dem Senat erklärt, wenn erst einmal die USA protektionistisch würden, werde das System des Freihandels weltweit verlorengehen. Zwar könnten Beratungen der G5/G7 bei der Lösung dieses Problems helfen, wichtig sei vor allem aber die Zurückführung des deutschen Außenhandelsüberschusses.“ Baker habe weiter dargelegt, die Bundesrepublik müsse die Binnen-nachfrage erhöhen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 505; Referat 431, Bd. 160651.

²² Vom 3. bis 5. Februar 1989 kamen die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der G7-Staaten in Washington zusammen, um über die Fortsetzung der währungspolitischen Zusammenarbeit zu beraten.

²³ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

lung der Weltwirtschaft 1989/1990 fortsetzen werde. Leider gebe es in einigen Ländern (u. a. USA, GB) gewisse Inflationstendenzen. Immerhin habe sich die US-Außenhandelsbilanz deutlich verbessert. Umgekehrt sei der deutsche Überschuß um 40 % zurückgegangen.

Zur Schuldenstrategie seien damals in Toronto²⁴ für eine Reihe der ärmsten Länder Fortschritte erreicht worden. Jetzt müsse man an den Grundsätzen der „Baker-Strategie“²⁵ festhalten und die Banken dazu anhalten, die Schulden der Länder mit positivem Anpassungsprozeß zu verringern. Dazu brauche man ein flexibles Steuersystem und Anreize, um die Schuldenreduzierung auf den Sekundärmärkten zu erleichtern (Cash-buy-back-Prinzip fördern).

BK ergänzt, 1989 könne ein Schicksalsjahr nicht nur für die EG, sondern auch für das Verhältnis der Industrieländer zur Dritten Welt werden. Dies solle bei EG-Gipfel²⁶ erörtert werden, um das Thema dann beim Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.7.1989²⁷ zu diskutieren. Darüber müsse man mit USA sprechen.

In den nächsten Monaten werde man sich dann in Paris über den sog. Brasilien-Kredit²⁸ entscheiden müssen. Dieser habe auch beträchtliche ökologische Auswirkungen. Man wolle 136 Staustufen für Wasserkraftwerke im tropischen Regenwald anlegen. Wenn man bedenke, daß Brasilien über 40 % aller tropischen Regenwälder verfügt, wird die Gefahr irreparabler Schäden am Weltklima deutlich.

Allerdings sei die psychologische Situation schwierig: Wir müssen diese Länder trotz ihres hochentwickelten Nationalismus bitten, nachzudenken. Dabei helfe nur Barzahlung. Das Schuldenproblem müsse auf dem Weltwirtschaftsgipfel

²⁴ In Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

²⁵ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

²⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

²⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

²⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze vermerkte am 27. Dezember 1988: „Die Weltbank prüft zur Zeit die Vergabe eines Kredits an Brasilien in Höhe von 500 Mio. US-Dollar für den Energiebereich. An diesen Kredit sind weitere Kredite von dritter Seite in Höhe von 1,05 Mrd. US-Dollar gebunden [...]. Der Kredit soll der brasilianischen Elektrizitätsgesellschaft ‚Electrobras‘ zur Verfügung gestellt werden, die seit August 1988 auch für die brasilianischen Kernkraftwerke zuständig ist. Bei der Prüfung des Kredits stehen zwei Aspekte im Vordergrund: die Wirtschaftlichkeit von Kernkraftwerken, vor allem von Angra III (wird von KWU gebaut); die Umweltverträglichkeit des brasilianischen Energieprogramms.“ Brasilien werfe der Bundesrepublik vor, den Kredit zu blockieren. Für den Fall, daß der Kredit nicht bewilligt werde, sähen das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft negative Auswirkungen auf den Bau von Angra III und die Gefahr einer Einstellung der Bauarbeiten. Dies müßte zu „erheblichen Entschädigungen aus der Hermes-Bürgschaft“ führen. Vgl. Referat 330, Bd. 142871.

Das Kabinett beriet am 17. Januar 1989 über den Kredit. Referat 330 notierte am folgenden Tag: „Der Bundeskanzler war sehr detailliert mit der Problematik des Kredits vertraut. Er betonte den dramatischen Schwund der tropischen Regenwälder, dem jetzt entgegengehalten werden müsse. [...] Er habe Befürchtungen, daß die von der Weltbank ausgehandelten Auflagen für den Schutz der Umwelt eventuell nicht eingehalten würden. [...] BM Töpfer unterstrich das pilateske Verhalten der industrialisierten Staaten. Brasilien solle auf Wasserkraft und Kohle wegen der Umwelt, auf nukleare Energie wegen der Rentabilität verzichten. Damit sei Brasilien vor eine ausweglose Situation gestellt. Die Bundesregierung müsse sich davor hüten, zusammen mit den anderen nördlichen Staaten eines ökologisch motivierten Neo-Kolonialismus bezichtigt zu werden.“ Kohl neige momentan „zur Ablehnung“. Der Fall solle weiter geprüft werden. Vgl. Referat 330, Bd. 142871.

besprochen werden. Die spanische Präsidentschaft könne die EG-Diskussion zu dem Thema intensivieren. Damit falle Spanien eine wichtige Aufgabe zu. Dies sei ein Zukunftsproblem, von dessen Bedeutung man auch die Wähler überzeugen müsse.

MP stimmt BK voll zu. Länder wie Brasilien und Venezuela hätten eine große Zukunft, nur sehe leider die Gegenwart immer finster aus. Die Vermarktung der Altschulden der LA-Länder auf dem Sekundärmarkt sei ein großes Problem. Wenn diese Länder nicht zahlen könnten, müsse man ganz neue Konditionen erfinden. Man brauche dafür eine Kombination von politischer Kooperation bei der Schuldentilgung und bei der Verbesserung der Handelsbeziehungen. Politische Kooperation und eine Friedensregelung in Mittelamerika seien auch nötig, um den Demokratisierungsprozeß durch richtige Wirtschaftsbedingungen zu fördern.

4) Spanischer Industrieminister *Aranzadi* faßt zusammen: Er habe mit den Bundesministern Haussmann und Riesenhuber über Prioritäten der EG-Präsidentschaft im industriellen und im Energiebereich gesprochen. In Energiefragen schreite der Binnenmarkt fort. Wichtig sei auch die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen. In der Weltraum-Zusammenarbeit möchte Spanien an ESA teilnehmen. BMFT habe sich hierüber befriedigt gezeigt. Weiteres Thema sei die Beteiligung von MBB am spanischen Satelliten-Programm gewesen. Dieses solle wettbewerbsfähig werden. Man werde die Ausschreibung entsprechend formulieren. Auch industrielle Zusammenarbeit beim Umweltschutz, z.B. zweites EUREKA bei Kohleverbrennungs-Projekt und Studien über erneuerbare Energien, hätten eine Rolle gespielt, ebenso hochauflösende TV-Technologie bei EUREKA. Hier brauche man breitere Basis.

Man habe eine erfreuliche Entwicklung bei gemeinsamen Forschungsprojekten festgestellt, z.B. in der Ressourcenforschung oder auch beim Austausch von Wissenschaftlern, im Bereich der Biotechnologie, der Astrophysik, der Umwelt und der Antarktis-Forschung. Man wolle auch deutsche und spanische Forscher austauschen. In der Gemeinschaft wolle Spanien für 1989 ein Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung ausarbeiten. Dies könnte dann von F weitergeführt werden.

BM *Riesenhuber* betont die herzliche Zusammenarbeit auf vielen Gebieten. Einige Forschungsvorhaben – wie z.B. in Almería²⁹ – sollten zur Marktreife gebracht werden. Bei Zusammenarbeit im Weltraum seien Qualität und Quantität des Rückflusses wichtig. Auch das Satelliten-Projekt Hispasat³⁰ sei angesprochen worden; ggf. biete sich hier Ariane als Trägersystem an.

²⁹ Im Jahresbericht über Forschung und Technologie in Spanien für 1988 vermerkte Regierungsdirektor Delás, Madrid, am 7. August 1989, zwischen der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt und dem Centro de Investigación Energética Medio Ambiental y Tecnológica – Instituto de Energías Renovables bestehe eine Vereinbarung vom 15. Oktober 1986 „über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonnenenergie, insbesondere bei der langfristigen Nutzung der Solarplattform Almería“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1696; Referat 430, Bd. 154622.

³⁰ Gesandter Trefftz, Madrid, berichtete am 9. Februar 1989 über das Gespräch des Bundesministers Riesenhuber mit dem spanischen Industrie- und Energieminister am 5. Februar 1989 in Sevilla, bei dem auch der Bau eines spanischen Telekommunikationssatelliten thematisiert wurde: „Minister Aranzadi unterrichtete seinen deutschen Gesprächspartner, daß die spa[nische] Regierung noch

5) *MP* dankt abschließend für die guten Gespräche. Spanien und die Bundesrepublik Deutschland seien – das habe sich in Sevilla erneut gezeigt – ideale Partner. Man hoffe auf substantiellen deutschen Beitrag zur Expo 92³¹. In Sevilla könne man dann neue Entwicklungen aufzeigen.

BK bekräftigt, man werde den Beitrag für Sevilla auf einer der nächsten Kabinettsitzungen besprechen. Das Jahr 1992 werde zwei bedeutende Wirtschafts- und Machtzentren in der Welt sehen: die USA und den Fernen Osten einerseits, die EG andererseits. Wichtig werde es sein, dann den Zugang zur Dritten Welt zu pflegen. Auch Warschau und Krakau gehörten zu Europa. Daher sei es so wichtig, auch in dieser Richtung die Kooperation anzubieten.

Jetzt müsse es Fortschritte beim Europa der Bürger geben. Die nächsten Europa-Wahlen³² würden nicht einfach werden, weil das EP noch nicht genügend aufgewertet sei. Spätestens 1994 müßten dann aber die Rechte der Europa-Parlamentarier klar definiert sein.

Ein Thema seiner Gespräche mit *MP* sei auch die Polizei-Zusammenarbeit in Europa gewesen. Dies habe er bereits in Rhodos³³ getan. Wenn man jetzt in Europa die Grenzen öffne, sei die bessere Kooperation der Polizeistellen unerlässlich. Auch in den USA gebe es ein reibungsloses Nebeneinander von FBI und der Polizei der Bundesstaaten. Internationaler Terrorismus und Drogenhandel könnten in Europa nicht hingenommen werden. Hier müßten die Europäer trotz verschiedener Philosophie zusammengehen.

MP versichert abschließend, Spanien habe bereits Arbeitsgruppe für organisierte Kriminalität eingerichtet. Das Thema habe große Priorität angesichts des bevorstehenden Grenzabbaus. Spanien werde voll mitarbeiten.

Referat 206 (203), Bd. 173495

Fortsetzung Fußnote von Seite 145

keine Entscheidung über den Bau getroffen habe. Eine solche sei in etwa zwei bis vier Wochen zu erwarten.“ Sämtliche Angebote, darunter von MBB, hätten nicht überzeugt: „Insbesondere habe sich ergeben, daß die Frage der Rentabilität offen sei, d.h., die verschiedenen Nutzungsarten müßten den Satelliten finanzieren; die technologischen Rückflüsse an die spa. Unternehmen nicht genügend seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; Referat 206 (203), Bd. 173495.

³¹ Die Weltausstellung (Expo 92) fand vom 20. April bis 12. Oktober 1992 in Sevilla statt.

³² Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden vom 15. bis 18. Juni 1989 abgehalten.

³³ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

33

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-202.20-180/89 VS-vertraulich

7. Februar 1989¹

Über Dg21², D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵ zur Unter-
richtung

Betr.: Austausch von Militärattachés zwischen der Bundesrepublik Deutsch-
land und der DDR

Bezug: Ihre Bitte um Stellungnahme zu DB Prag Nr. 2666 vom 13.12.1988 –
VS-v⁶

Anlg.: 1⁷

1) Der Verteidigungsattaché der DDR in Prag⁸ hat unseren Verteidigungsattaché⁹ auf die von MdB Egon Bahr bei seinem Besuch in Berlin (Ost) am 21./22.11.1988 ausgesprochene Anregung angesprochen, zwischen den beiden deutschen Staaten Militärattachés auszutauschen. Er äußerte, diese Frage sei bei der Ausarbeitung des Grundlagenvertrages¹⁰ bereits eingehend erörtert worden, der Austausch sei aber an der ablehnenden Haltung des AA gescheitert.

2) Nach den hier vorliegenden Akten hat die DDR (Seidel) bei den Gesprächen über die Errichtung Ständiger Vertretungen am 14./15. Juni 1973 vorgeschlagen, einen Austausch von Militärattachés vorzusehen, wobei sie sich darauf berief, daß BM Bahr bereits früher einmal einen solchen Gedanken geäußert habe.

MD Sanne (Bundeskanzleramt) bestätigte, daß unsere Seite die Anregung gegeben habe. Er könne aber noch nicht mitteilen, ob und wann wir diesen Gedanken weiterverfolgen könnten. Zur Klärung seien noch Konsultationen auf unserer Seite erforderlich.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 14. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 15. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Februar 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 26. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Februar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Kastrup und Ministerialdirigent Höynck an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[siehe] Anmerkung BM Seite 4.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 27. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 28. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 28. Februar 1989 erneut vorgelegen.

⁶ Oberst i. G. Brüggemann, Prag, berichtete über den offiziellen Gegenbesuch des Verteidigungsattachés der DDR, Beutel, am 9. Dezember 1988 in der Botschaft der Bundesrepublik. Vgl. dazu VS-Bd. 13480 (210); B 150, Aktenkopien 1988.

⁷ Dem Vorgang beigelegt war der Drahtbericht Nr. 2666 des Obersts i. G. Brüggemann, Prag, vom 13. Dezember 1988. Vgl. VS-Bd. 13503 (210). Vgl. auch Anm. 6.

⁸ Heinz Beutel.

⁹ Adolf Brüggemann.

¹⁰ Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Nach der Sitzung wies VLR Bräutigam unsere Delegation darauf hin, „daß in diesem Zusammenhang geprüft werden müsse, ob der Vier-Mächte-Status von Groß-Berlin (Entmilitarisierung) eine Entsendung eines Militärattachés der Bundesrepublik zulasse. Diese Frage müsse ggf. auch mit den Alliierten besprochen werden.“ (Vermerk Bräutigam 210-321.21 (DDR) 2127/73 VS-v vom 18.6.1973¹¹)

3) Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der NATO-MS mit der DDR¹² stellte sich die Frage des Austauschs von Militärattachés in einem größeren Rahmen. In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 19.10.1974 erklärten die Drei Mächte, daß sie wegen des entmilitarisierten Status Berlins nicht an einen Militärattaché-Austausch mit der DDR dächten und daß es wünschenswert sei, wenn die übrigen NATO-Staaten diesem Beispiel folgten.

Diese Auffassung wurde von unserer Seite geteilt. Im Ergebnis akkreditierten Belgien, Luxemburg, Italien und später Griechenland Militärattachés der DDR in ihren jeweiligen Hauptstädten (LUX mit Sitz in Brüssel), kein NATO-MS hat aber bisher einen eigenen Militärattaché in Berlin (Ost).

Portugal, dem die DDR einen Militärattaché-Austausch vorgeschlagen hat, hat sich 1988 diesen Sachverhalt auf mündliche Anfrage beim Auswärtigen Amt bestätigen lassen und wurde im übrigen auf die Statusmächte verwiesen.

4) Die Haltung der Statusmächte, keine Militärattachés bei der Regierung der DDR zu akkreditieren, beruht darauf, daß die DDR den entmilitarisierten Status ganz Berlins mißachtet (DDR-Militär bewegt sich in Berlin (Ost), Wehrpflicht auch für Ost-Berliner, Einbeziehung von Berlin (Ost) in die Landesverteidigung; hingegen befindet sich der Hauptsitz des DDR-Verteidigungsministeriums außerhalb Berlins). Durch ihre regelmäßigen Patrouillenfahrten in ganz Berlin unterstreichen die Vier Mächte ihrerseits ihre militärische Hoheitsgewalt. Aus der Sicht der drei Statusmächte würde sich ein dritter Staat, der einen Militärattaché nach Berlin (Ost) entsendet, am Bruch des entmilitarisierten Status ganz Berlins durch die DDR beteiligen.

Wir haben diese alliierte Haltung stets mitgetragen. Es sind derzeit keine Gründe für eine Änderung dieser Haltung ersichtlich.¹³

5) Für die drei Statusmächte sind die Fragen der Entsendung von Militärattachés nach Berlin (Ost) und der sonstigen militärpolitischen Beziehungen mit der DDR-Regierung nach wie vor eng verbunden. Wegen der Statusverletzungen der DDR unterhalten sie solche Beziehungen selbst nicht, gestatten aber NATO-Partnern z.B. den Empfang von DDR-Militärattachés in ihren Hauptstädten (s.o. 3)). Wir haben uns stets am Verhalten der Drei orien-

¹¹ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bräutigam über die Gespräche am 14./15. Juni 1973 vgl. AAPD 1973, II, Dok. 196.

¹² Belgien nahm im Dezember 1972 diplomatische Beziehungen zur DDR auf, im Januar 1973 folgten Dänemark, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Norwegen, im Februar 1973 Frankreich und Großbritannien, im Mai 1973 Griechenland sowie im Juni 1974 Portugal und die Türkei. Die USA und die DDR nahmen am 4. September 1974 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 254.

Kanada nahm im August 1975 diplomatische Beziehungen zur DDR auf.

¹³ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

tiert. Die DDR hat bisher auch keine Entsendung ohne wechselseitige Vereinbarung vorgeschlagen.

Das BMVg verweist auch nach wie vor auf den Schießbefehl der NVA als Grund für die fehlenden militärpolitischen Beziehungen. Militärattachés in Drittstaaten sind intern angewiesen, Einladungen zum Jahrestag der NVA nicht wahrzunehmen.

6) Die Frage militärpolitischer Beziehungen kommt allerdings über die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen in Fluß. Die Notwendigkeit zu Kontakten ergibt sich aus den vereinbarten und noch zu vereinbarenden VSBM. Dies hatte GB zu dem im NATO-Kreis erwogenen Gedanken veranlaßt, die Einrichtung ständig residierender Beobachter vorzuschlagen. Der Gedanke wurde fallengelassen. GB und USA haben in der Vierergruppe am 24.1.1989 erwähnt, sie überprüfen die Frage von Kontakten zur NVA. GB plant einen Flottenbesuch in Rostock vom 9. – 12. Juni 1989.¹⁴

7) Insgesamt ergibt sich, daß wir die Frage des Austausches von Militärattachés mit der DDR derzeit nicht aufgreifen sollten, in der Frage militärpolitischer Kontakte jedoch Konsequenzen aus den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und der Durchführung (Verifizierung) entsprechender Abkommen zu ziehen sind.¹⁵ Die Frage des Schießbefehls, den es nach Angabe von GS Honecker nicht (mehr) gibt, könnte demgegenüber allmählich in den Hintergrund treten.

Es besteht aber zur Zeit keine Veranlassung, von uns aus diese Fragen mit Chef BK oder den Ressorts aufzunehmen.

201 und 209 haben mitgezeichnet. 221 hat mitgewirkt.

Lambach

VS-Bd. 13503 (210)

¹⁴ In der Presse wurde berichtet, die Fregatte „Achilles“ der britischen Royal Navy sei am 9. Juni 1989 zu einem Flottenbesuch im Rostocker Hafen eingetroffen. Es sei der erste Besuch eines britischen Kriegsschiffes in der DDR. Vgl. dazu den Artikel „Britische Fregatte ‚Achilles‘ zum Flottenbesuch in Rostock“, NEUES DEUTSCHLAND vom 10./11. Juni 1989, S. 6.

¹⁵ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Das ist etwas anderes!“ Dazu vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 5.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-322.00 SOW

7. Februar 1989¹Über Herrn Dg21², Herrn D2³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Das Prinzip „Freiheit der Wahl“ im Neuen Denken der Sowjetunion

Bezug: Weisung von BM auf Vorlage 213-322.00 SOW vom 29.12.1988⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die SU macht sich in zunehmendem Maße zum Fürsprecher des in der KSZE-Schlußakte verankerten Rechts jedes Volkes auf Freiheit der Wahl des politischen Systems (Prinzipienerklärung, I⁷). Ohne auf den KSZE-Bezug einzugehen, entwickelt Gorbatschow seit September 1987 aus diesem Postulat einen konzeptionellen Ansatz in seiner Außenpolitik, der eine pluralistischere Weltordnung anstrebt sowie in bezug auf Osteuropa die Frage der Gültigkeit der Breschnew-Doktrin⁸ aufwirft, um sie in einem neuen Lichte erscheinen zu lassen. „Freiheit der Wahl“ war einer der Schwerpunkte in seiner VN-Rede vom 7.12.1988⁹.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Brett konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 8. Februar 1989 vorgelegen.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. Februar 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. April 1989 vorgelegen, der den „Rücklauf von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen.

Hat Neubert am 13. April 1989 vorgelegen.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken legte eine Aufzeichnung über „neue Tendenzen in der sowjetischen Außenpolitik“ vor. Er führte aus: „Ebenso wie den Gewaltverzicht gebraucht Gorbatschow den Grundsatz der Wahlfreiheit im Sinne eines Postulats zur Verwirklichung einer gewaltlosen und pluralistischen Weltordnung. Unklar bleibt, warum Gorbatschow nicht den völkerrechtlich eindeutigeren Begriff des Selbstbestimmungsrechts benutzt: Will er sich auf das Selbstbestimmungsrecht nicht festlegen lassen? Veranlaßt ihn der Blick auf Osteuropa (Breschnew-Doktrin) oder ein etwaiger Ruf in der DDR nach Selbstbestimmung zu dieser Uneindeutigkeit?“ Heyken führte weiter aus, daß zum Thema Wahlfreiheit demnächst eine Analyse folge. Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

Bundesminister Genscher vermerkte dazu am 30. Dezember 1988 handschriftlich: „Bitte möglichst bald!“ Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

⁷ Für den Wortlaut von Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

⁸ Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung in New York die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DZD V/2, S. 1478.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu auch AAPD 1988, II, Dok. 357.

II. In Einzelfragen ist das Konzept noch nicht ausformuliert. Mit einer weiteren Ausgestaltung ist zu rechnen. Schon heute zeichnen sich aber folgende Konturen ab:

1) Allgemeine Zielsetzung

Dem Konzept „Freiheit der Wahl“ liegt die Vorstellung zugrunde, daß – so Schewardnadse – jedes Land „seine Stimme im gemeinsamen Chor der Nationen“ habe und daß es jedes Landes innere Angelegenheit darstelle, welcher Orientierung es folgt: „Es wählt seinen Weg selbst, sein Entwicklungsmodell.“ Die Menschheit entwickle sich in Richtung einer „Gemeinschaft Gleicher und ihren Weg frei Bestimmender“. Gleichwohl müsse der Sozialismus seine Eigenständigkeit festigen und mit Reformen seine Attraktivität für die übrige Welt erhöhen. Dies dürfe aber nicht mit Gewalt oder zum Zwecke der Machterweiterung geschehen. Vielmehr müsse der Sozialismus beweisen, daß er „dem Menschen mehr als jedes andere gesellschaftspolitische System geben“ könne (Schewardnadse, Rede im SAM am 25.7.1988¹⁰). In dieser Darstellung tritt der Systemgegensatz zurück zugunsten von Unterschieden zwischen West und Ost, die reformerisch anspornen sollen. Aus Moskauer Sicht haben sich die Rahmenbedingungen für die Verwirklichung der Freiheit der Wahl grundlegend verbessert.

2) Sozialistische Staatenwelt

2.1) Die sowjetische Führung läßt keinen Zweifel daran, daß die „sozialistische Wahl“, die 1917 getroffen worden sei, sich als richtig und irreversibel erwiesen habe. Die Wahl wird als endgültig entschieden betrachtet. Diese Grundsatzentscheidung soll offenbar auch für die osteuropäischen Staaten gelten (Gorbatschow: „unsere gemeinsame sozialistische Wahl“). Gleichwohl fällt auf, daß dies nur selten ausgesprochen wird. Generell werden Fragen des Ursprungs und der Entstehung der kommunistischen Regime in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg öffentlich nicht erörtert. Auch im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung wird jener Geschichtsabschnitt ausgespart, sicher aus Rücksicht auf die Verbündeten. Aus demselben Grund bleiben andere Kapitel, in denen die „Freiheit der Wahl“ gewaltsam unterdrückt wurde (z. B. Interventionen 1953¹¹, 1956¹² und 1968¹³) verschlossen, obwohl sie im Lichte einer Neugestaltung des Intra-Block-Verhältnisses einer Neubewertung harren.

2.2) Mit größter Behutsamkeit, aber spürbar in der Tendenz, übte der Generalsekretär bei seinem Polen-Besuch am 14.7.1988¹⁴ Kritik an der früheren sowje-

¹⁰ Korrigiert aus: „15.7.1988“.

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Juli 1988, die Rede stelle einen „klaren Bruch mit der Vergangenheit“ dar. Die wichtigsten Aussagen seien: „Absage an Wahrheitsmonopol der Partei in der Innenpolitik heißt für die Außenpolitik Ende der ‚Eine-Option-Politik‘ (one variant approach), des Dogmatismus, der ‚gefährlichen Selbsttäuschung der Unfehlbarkeit‘ und der ‚übertriebenen Geheimhaltung‘. [...] Absage an Konzept ‚friedl[iche] Koexistenz‘ als Instrument des ‚Klassenkampfes‘, erstere habe mit letzterem nichts zu tun. [...] Verurteilung und Absage der Strategie, wonach die SU militärisch stärker als jede ihr gegenüberstehende Staatenkoalition zu sein habe, als ‚unhaltbar‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2355/2367/2368; Referat 213, Bd. 143550.

¹¹ Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

¹² Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

¹³ Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

¹⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Polen vom 11. bis 14. Juli 1988.

tischen Politik: Einheit werde nicht durch Unifizierung oder durch „Antretenlassen der Größe nach“ gewährleistet, sondern dadurch, daß aus der Vielgestaltigkeit „nützliche Lehren“ für jeden gezogen würden. Nicht in der Geringschätzung der spezifischen nationalstaatlichen Interessen liege der Schlüssel, sondern in der unablässigen Suche nach Lösungen, die auf dem Gleichgewicht der Interessen fußten. Bei Zusammenstößen, bei denen ein fremder Wille aufgezwungen werde, verlören letztlich alle. An gegenseitigen „Belehrungen“ bestehe kein Bedarf. Wohl aber könne man aus freien Stücken voneinander lernen und partnerschaftliche Beziehungen unterhalten, die niemanden verletzen, sondern Nutzen für alle brächten (Gespräch mit polnischen Intellektuellen¹⁵).

2.3) Immer wieder betonte Gorbatschow die Interdependenz: „Auch wenn wir unabhängig auf dem selbständig gewählten Weg voranschreiten, spüren wir dennoch, wie sehr wir – zwei sozialistische Länder (SU und Polen) – einander brauchen. Sehr brauchen.“ Gewiß, Gorbatschow hebt generell nicht gesondert hervor, daß die „Freiheit der Wahl“ auch für die osteuropäischen Völker gilt. Aber er wehrt sich nachdrücklich gegen Versuche, von diesem Recht Ausnahmen zu machen: Es sei universell gültig und dürfe in keinem Fall negiert werden, „mit welchen Worten dies auch bemäntelt wird“. Dies berge sonst Gefahren für den Weltfrieden (d. h. wohl Spannungsrisiken im Ost-West-Verhältnis) in sich. Daraus sollte aber nicht geschlossen werden, daß Freiheit der Wahl uneingeschränkt Gültigkeit besäße (es sei denn im Sinne einer innersozialistischen „Variantenvielfalt“). Von der Möglichkeit eines Systemausstiegs wird praktisch gar nicht gesprochen, oder Vorbehalte werden angebracht:

„Jedes Volk wählt das System, das ihm am besten zusagt, das System, das seinem Entwicklungs- und Reifegrad (!) entspricht.“ (Schewardnadse, Figaro-Interview, 10.1.1989¹⁶)

Weitgehend ohne solche Vorbehalte richtet sich die sowjetische Aufforderung zur Variantenvielfalt an die chinesische Adresse, ohne allerdings auch dann auf einen Rest an verschlüsselteltem Mitspracheanspruch zu verzichten („Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung“). Moskau läßt aber offen, worin solche ideologischen „Gesetzmäßigkeiten“ bestehen sollen.

3) Westliche Welt

Mit „Freiheit der Wahl“ will die sowjetische Führung jedem westlichen Volk für seine Systemwahl Respekt zollen, allerdings in der Erwartung, daß der Westen reziprok auch die östliche Systemwahl respektiert. Bei verschiedenen Anlässen

¹⁵ Botschafter Schoeller, Warschau, berichtete am 14. Juli 1988, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sei am selben Tag mit Vertretern aus Wissenschaft und Kultur im Warschauer Königsschloß zusammengetroffen. In seiner Rede habe er dargelegt: „Selbstkritische Untersuchung der Vergangenheit erbringe mehr Klugheit, Weisheit und Toleranz und Orientierung in der Frage: In was für einem Haus leben wir, bedarf es oberflächlicher oder grundlegender Reparatur? Bemühungen um Erneuerung in UdSSR und Polen kongruierten. Wissenschaftlicher Sozialismus müsse entsprechend den individuellen Eigenarten jedes Landes verwirklicht werden.“ Schoeller bilanzierte: „Insbesondere ist eine Rücknahme der Breschnew-Doktrin bisher nicht erfolgt. Gorbatschow bestätigte zwar erneut, sozusagen als Vorstufe, daß der Weg zum Sozialismus in jedem Land entsprechend seinen Besonderheiten unterschiedlich gewählt werden könne, doch am Ziel dieses Weges werde nicht gerüttelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1044; Referat 213, Bd. 143566.

¹⁶ Für den Wortlaut des Interviews mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. den Artikel „Edouard Chevardnadze: ‚Sur la Libye, les Américains ne m'ont pas convaincu‘“; LE FIGARO vom 10. Januar 1989, S. 4.

wandte sich Gorbatschow gegen das angebliche westliche Drängen, wonach die SU nach Regeln der USA oder anderer westlicher Staaten leben solle. Er tritt für gegenseitige Toleranz und freiwilligen Austausch der „Früchte der Arbeit“ ein. Für eine solche Koexistenz wirbt er schließlich im gesamteuropäischen Rahmen, d.h. zwischen Ost- und Westeuropa, natürlich „auf der Grundlage, frei wählen zu können“, aber auch „unabhängig davon, wie die einzelnen sozialen und politischen Systeme aussehen“ (im Gespräch mit BK Vranitzky am 11.10.1988¹⁷). Er spricht also an dieser Stelle nicht von den beiden großen Systemen, sondern pluralisierend von Systemen im allgemeinen.

4) Dritte Welt

In bezug auf die Dritte Welt verzichtet die sowjetische Führung auf Revolutionsexport, d.h. auf Instrumentalisierung des „nationalen Befreiungskampfes“ zu expansiven Zwecken. Die Ideen des nationalen Befreiungskampfes blieben gültig, aber – ähnlich wie beim Klassenkampf – nur noch als innere Angelegenheit jedes Landes. Jeder Staat (der Dritten Welt) wähle seinen Weg und sein Entwicklungsmodell selbst. Schon in den vergangenen Jahrzehnten sei eine „Vielfalt der gesellschaftlichen und politischen Strukturen“ entstanden (Schewardnadse am 15.7.1988). Unverkennbar ist zuweilen ein antiwestlicher Zungenschlag: Die Kritik an der Anmaßung, auf die eigene Umgebung „aufpassen und sie die eigene Demokratie lehren“ zu wollen (Gorbatschow am 7.12.1988), ist wohl in erster Linie auf die USA gemünzt, obwohl die Parallele zu Afghanistan nicht fernliegt.

Eine gewisse Ambivalenz zeigt sich auch im Fall Afghanistan: Konkret hat Gorbatschow die Wahlfreiheit für Afghanistan gefordert, für ein Land, das aus Moskauer Sicht jetzt am Scheideweg steht. Es wird nicht mehr vom Sozialismus beansprucht, soll aber auch nicht ins westliche Lager abdriften. Gedacht wird also an eine neutrale Mittelposition des Landes.

III. Bewertung

1) Gorbatschows Absicht ist es, mit dem Postulat der Wahlfreiheit die Erblast der Breschnew-Doktrin abzutragen, ohne auf die sowjetische Führungsrolle zu verzichten und ohne den Zusammenhalt des Warschauer Pakts zu gefährden. Der ideologisch fundierte Hegemonialanspruch soll auf eine zeitgemäßere und aufgeklärtere Grundlage gestellt werden: Nicht mehr durch Diktat, sondern durch Stimulierung eines Reformwettbewerbs untereinander mit nationalem Farbenreichtum soll die Kohäsion gewährleistet werden. Den Verbündeten wird ein größerer Aktionsradius eröffnet. Das Postulat „Freiheit der Wahl“ konfrontiert sie aber auch mit der Notwendigkeit, für mehr Akzeptanz, Partizipation und

¹⁷ Der österreichische Bundeskanzler Vranitzky besuchte die UdSSR vom 10. bis 13. Oktober 1988. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 13. Oktober 1988, die österreichische Botschaft habe zum Gespräch Vranitzkys mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Oktober 1988 mitgeteilt, es sei von der österreichischen Delegation „als ‚hochphilosophisch‘ und schwer verständlich empfunden worden“. Gorbatschow habe die Frage gestellt, wie ein „europäisches Haus“ gebaut werden könne, wenn Westeuropa sich „innerhalb des festen Rahmens eines neuen Gebildes“ abschließe. Die Europäer müßten zusammenleben, „unabhängig von ihrem sozialen und politischen Regime“. Meyer-Landrut führte dazu aus: „Der mehrfach betonte Verweis auf das Streben der Völker nach Souveränität und eine besondere Würdigung der europakritischen Haltung von PM Thatcher beim Gespräch mit Vranitzky lassen [...] den Schluß zu, daß G[orbatschow] das Ausmaß und die Dynamik der Einheitlichen Europ[äischen] Akte noch nicht ganz realisiert hat. [...] Jedenfalls kommt zum Ausdruck, daß eine tatsächliche politische Integration Westeuropas nicht im Interesse der SU liegen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3436; Referat 213, Bd. 143565.

Loyalität der eigenen Bevölkerung zu sorgen. Der Sozialismus soll auch innerhalb der Staaten nicht mehr oktroyiert, sondern durch Leistungen für die Menschen als akzeptabel vermittelt werden. Gorbatschow nimmt in Kauf, daß es dabei zu einem Spannungsverhältnis zwischen Erwartung und Ist-Zustand innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft kommt.

2) „Freiheit der Wahl“ ist für Moskau aber nur das Spielbein. Das Standbein bleibt die Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager. Auch Gorbatschow kann es sich nicht erlauben, daß ein Land ausschert. Zu eng hängt seine Machtstellung als Generalsekretär mit der Sicherung des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Osteuropa zusammen. Säge er sich vor die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens gestellt, so müßte er eine Diskreditierung seines Reformkurses befürchten.

Um solchen Risiken zu entgehen, bemüht er sich, jeder Neigung der Verbündeten zu einem eventuellen Überspringen der Systemgrenze vorzubeugen, indem er

- in Reformfragen weitgehend eine Vorreiterrolle einnimmt und fast jedes nationale Reformvorhaben begrüßt oder duldet, wenn es sich nur mit dem Sozialismus in einem weiten Sinne vereinbaren läßt,
- eine aktive Politik der Verständigung mit dem Westen führt, die jedem Bündnispartner auch ohne Systemwechsel eine größere Nähe zum Westen ermöglicht,
- das Intra-Block-Verhältnis pragmatisch handhabt. Sichergestellt werden soll in erster Linie, daß das gemeinsame Band der sozialistischen Staaten untereinander nicht zerschnitten wird. Neuerliche Integrationsbemühungen sollen dies unterstützen.

Diese Politik half Gorbatschow schon bisher, den Bündnispartnern die Anreize zu nehmen, von der „Freiheit der Wahl“ im wörtlichen Sinn Gebrauch zu machen.

3) Das Postulat der Wahlfreiheit verfolgt aus Moskauer Sicht insofern defensive Absichten, als vom Westen reziprok zur Respektierung des westlichen „way of life“ die Anerkennung des sozialistischen Machtbereichs verlangt wird. Aufgrund des eigenen Verzichts auf „Revolutionsexport“ wird vom Westen der Verzicht auf „Demokratieexport“ erwartet.

Ähnlich ist auch die Zielrichtung hinsichtlich der Dritten Welt. Wahlfreiheit soll zu weniger konfrontativen Strukturen, zu mehr Eigenständigkeit einzelner Staaten ohne Zugehörigkeit zum sozialistischen oder westlichen Lager führen.

IV. Schlußfolgerungen

1) Gorbatschows Konzept der Freiheit der Wahl weist Züge auf, die aus unserer Sicht zu begrüßen sind:

- mehr Bewegungsspielraum für die osteuropäischen Staaten,
- mehr Berücksichtigung der historisch gewachsenen nationalen Strukturen; damit Förderung eines gesamteuropäischen Bewußtseins,
- Milderung des Ost-West-Gegensatzes, Schaffung von mehr Berührungsflächen durch systeminterne Differenzierung, Verbesserung von Kooperationschancen,
- Förderung einer Entwicklung, die die Breschnew-Doktrin weiter in den Hintergrund treten läßt, die jeden Versuch einer Abweichung von der Moskauer Linie eingeschüchtert hatte. Demgegenüber scheint das verbliebene Restrisiko

einer sowjetischen Intervention für die betroffenen Staaten immer kleiner zu werden, auch wenn es nicht ganz verschwinden wird.

2) Folgende Einwände müssen indessen erhoben werden:

2.1) Die SU behält sich das Recht vor, „Freiheit der Wahl“ nach ihrer eigenen Interessenlage von Fall zu Fall zu interpretieren und festzulegen. Den Verbündeten gibt Moskau im Grunde nicht die Möglichkeit, sich in der Kernfrage des radikalen Systemwechsels auf die Wahlfreiheit berufen zu können. Dies widerspricht der KSZE-Schlußakte, die die Freiheit der Wahl seinerzeit auf westlichen Vorschlag und mit rumänischer Unterstützung eingeführt hatte, um der Breschnew-Doktrin einen Stoß zu versetzen. Insofern bleibt die Frage offen, wie sich die SU im Ernstfall verhalten würde. Bisher ist ihr ein Testfall erspart geblieben oder sie hat ihn bewußt vermieden.

2.2) „Freiheit der Wahl“ weckt Assoziationen an das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einen völkerrechtlichen Grundsatz, den Gorbatschow bezeichnenderweise kaum benutzt. Zwar leugnet die SU das Selbstbestimmungsrecht nicht, zumal sie sich auch in der KSZE dazu verpflichtet hat. Aber sie geht mit Rücksicht auf ihre Verbündeten und auf ihre eigenen Nationalitäten sehr vorsichtig damit um. Insbesondere will sie keine zu weitgehenden Erwartungen wecken (DDR). Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß sie anstelle des Selbstbestimmungsrechts die „Freiheit der Wahl“ treten lassen will, um das Selbstbestimmungsrecht allmählich mit einem anderen Inhalt zu füllen. Am Selbstbestimmungsrecht stört sie, daß es weniger manipulierbar ist.

3) Wir sollten in eigenen Stellungnahmen stets deutlich machen, daß wir an dem unersetzlichen, gerade für uns sehr wichtigen Selbstbestimmungsrecht festhalten und es ganz bewußt in einem Spannungsverhältnis zur Freiheit der Wahl stehen lassen wollen, wie in der KSZE. Wir sollten aber anerkennen, daß das sowjetische Konzept „Freiheit der Wahl“ dennoch konstruktive und weiterführende Elemente in sich trägt. Von einer Forderung: entweder Wahlfreiheit mit Selbstbestimmungsrecht oder keine Wahlfreiheit, ist abzuraten, weil dann die positiven Ansätze zurückgedrängt würden und den Befürwortern einer restriktiveren Blockpolitik in die Hände gespielt werden könnte.

Heyken

Referat 213, Bd. 147154

35

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heubaum

330-320.10 PAR

7. Februar 1989¹Über Dg33², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Umsturz in Paraguay;
hier: Erste Wertung und Optionen

Vorschlag: Einreise von Ex-Präsident Stroessner in die Bundesrepublik, soweit möglich, zu verhindern (Ziffer III).

I. 1) In einem blutigen Putsch (Schätzungen gehen bis zu über 300 Opfern, offizielle Zahlen liegen noch nicht vor) wurde der Präsident Paraguays, General Alfredo Stroessner, in der Nacht vom 2. auf 3. Februar 1989 gestürzt. Führer des Putsches war der Chef des in Asunción stationierten 1. Armeekorps, General Andrés Rodríguez. Er hat sich noch am 3. Februar zum neuen „vorläufigen Präsidenten“ vereidigen lassen.

General Rodríguez scheint das Land unter Kontrolle zu haben. Alle Teilstreitkräfte stehen zu ihm. Die wichtigsten Teile der Gefolgschaft Stroessners sind ins Ausland geflüchtet oder befinden sich in Haft. Ex-Präsident Stroessner befindet sich seit dem 5.2.1989 im brasilianischen Exil.

2) Der Putsch kam überraschend. Allgemein wurde angenommen, daß sich Stroessner, solange es seine Gesundheit zulasse, unangefochten im Amt halten könne. Die weitgehende Ausschaltung des „traditionalistischen“ Flügels der Regierungspartei der Colorados im Vorfeld des letztjährigen „Präsidentenschaftswahlkampfes“⁶ wurde als Zeichen der Stärke der Anhänger Stroessners gesehen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum und Vortragendem Legationsrat Roesch konzipiert.

² Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze am 8. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 8. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 8. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin für ein Vorgehen nach III. 1 a. Letztlich wird sich der BMI dem nicht widersetzen.“

⁵ Hat Bundesminister Genscher am 12. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einreiseperrre für Stroessner.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Februar 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Henze an Referat 330 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 14. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte D5 unterrichten.“

Hat Schlagintweit am 14. Februar 1989 erneut vorgelegen.

Hat Henze am 15. Februar erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum am 15. Februar 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref. 514 hat [Kopie] und wird Weisung BM umsetzen.“

⁶ Botschaftsrat Riedler, Asunción, berichtete am 16. Februar 1988: „Am 14. Februar 1988 fanden die von der Verfassung in fünfjährlichem Turnus vorgesehenen allgemeinen Wahlen (zur gleichen Zeit für das Amt des Staatspräsidenten, den Senat und das Abgeordnetenhaus) statt. Nach den bisher vorliegenden halbamtlichen Ergebnissen erhielt die Colorado-Partei etwa 89 Prozent [...]. Dank des am 1. August 1987 begonnenen und bei der Kandidatenauswahl im Januar 1988 fortgesetzten Säuberungsprozesses innerhalb der Colorado-Partei wird die innerparteiliche Opposition [...] in diesen

Die Traditionalisten sind nunmehr weitgehend wieder in Schlüsselpositionen aufgerückt. Neuer Außenminister wurde Prof. Dr. Luis María Argaña, der bis 1988 Präsident des Obersten Gerichtshofs von Paraguay war.

II. 1) Der Umsturz in Paraguay trägt die klassischen Züge eines Kampfes zwischen zwei Fraktionen derselben Partei. Putschgeneral Rodríguez war Weggefährte Stroessners. Er wurde Stroessner zu mächtig. Offensichtlich kam er dem Versuch Stroessners, ihn zu entmachten, zuvor.

Die Beteuerungen, daß Rodríguez die Demokratisierung Paraguays einleiten wolle, sind deshalb mit Vorsicht zu beurteilen.⁷

2) Allerdings hat Rodríguez bereits einige konkrete Maßnahmen ergriffen, die zu Optimismus Anlaß geben:

- Wiedezulassung des verbotenen Radiosenders Ñandutí, der Oppositionszeitung ABC Color (seit vier Jahren verboten);
- Zulassung bisher als „irregulär“ bezeichneter Oppositionsparteien PLRA⁸ (Dr. Laíno) und PDC⁹ (Christdemokraten);
- Ankündigung von freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für den 1.5.1989.

3) Es ist zweifelhaft, ob sein Bekenntnis zur Demokratisierung, Beachtung von Menschenrechten und unabhängiger Justiz tiefer innerer Überzeugung entspricht. Jedoch bedeuten seine Ankündigungen unabhängig von deren Motivation eine echte¹⁰ Chance für¹¹ Demokratie in Paraguay. Deshalb sollte er¹² beim Wort genommen werden.

Eine positive Reaktion der Zwölf erscheint im Sinne einer internationalen „Selbstbindung“ des Regimes empfehlenswert. Mit diesem Ziel haben wir für das 193. PK am 8./9.2.1989 in Madrid votiert.¹³

III. General Stroessner hat vorläufig Asyl in Brasilien erhalten. Es gibt jedoch Gerüchte, „daß er am liebsten in Deutschland Asyl suchen wolle“. Bisher liegt eine entsprechende Anfrage nicht vor. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß sie gestellt wird (Stroessner soll einen Wohnsitz in Miami anstreben). Auszuschließen ist eine Reise in die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 156

beiden Häusern nicht mehr vertreten sein. Aber auch der traditionalistische Flügel mit vielen prominenten und verdienstvollen Colorado-Persönlichkeiten wird ausgeschlossen bleiben. Die Macht der Militanten, die Stroessner bedingungslos loyal sind, wird nach dem 15. August nahezu total sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; Referat 330, Bd. 143799.

⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

⁸ Partido Liberal Radical Auténtico.

⁹ Partido Demócrata Cristiano.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit eingeklammert. Dafür fügte er handschriftlich ein: „gewisse“.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „mehr“.

¹² An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „nach Möglichkeit“.

¹³ Zur Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow den Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten am 10. Februar 1989 mit: „Diskussion beim Abendessen der Direktoren ergab Einigung auf eine Demarche der Präsidentschaft in Asunción, die demokratiepolitische Erwartungen an die neue Regierung äußern und veröffentlicht werden soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 3/4/5; Referat 200, Bd. 144227.

1) Denkbar sind die folgenden Möglichkeiten:

a) Besuch. Stroessner benötigt als paraguayischer Staatsangehöriger bei einem Aufenthalt bis zu drei Monaten keinen Sichtvermerk. Um seine Einreise zu verhindern, müßte der hierfür zuständige BMI gebeten werden, Stroessner gemäß § 18 Abs. 1 AuslG in Verbindung mit § 10 Abs. 1 Ziffer 11¹⁴ zur Zurückweisung an der Grenze auszuschreiben (Lösung entsprechend dem Fall des birmanischen Ex-Präsidenten Ne Win¹⁵).

b) Antrag auf Aufenthaltserlaubnis. In diesem Fall benötigt Stroessner einen Sichtvermerk. Dabei muß das Auswärtige Amt im Wege des Ermessens entscheiden, ob der Aufenthalt Belange der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt.

c) Antrag auf Asyl. Sollte Stroessner in das Bundesgebiet, z. B. mit dem Flugzeug, einreisen, könnte er auf deutschem Staatsgebiet (Flughafen) Asyl beantragen. In diesem Fall würde die Möglichkeit der Zurückweisung durch das Asylrecht überlagert.

d) Antrag auf Anerkennung einer deutschen Staatsangehörigkeit. Die nicht von vornherein völlig auszuschließende Möglichkeit, daß Stroessner aufgrund Abstammung noch deutscher Staatsangehöriger ist, könnte erst bei einem Antrag auf Feststellung der Staatsangehörigkeit geprüft werden. Dieser Antrag kann nur in einem längeren Verfahren beschieden werden.

2) Wir sollten, sobald möglich, jedenfalls für absehbare Zeit eine Reise von Stroessner in die BR Deutschland verhindern.¹⁶ Sie würde zwar von der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder, in denen das Asylrecht für gestürzte Politiker immer noch einen hohen Rang hat, hingenommen werden. In Paraguay könnte sie jedoch bei der Opposition auf erhebliche Kritik stoßen. Wir können auch nicht ausschließen, daß es in Paraguay zu einer Abrechnung mit Stroessner auch durch die neuen Machthaber kommt. Ein Besuch Stroessners in der BR Deutschland könnte dann als Affront empfunden werden und unsere Beziehungen zu Paraguay beeinträchtigen. Wir müssen auch damit rechnen, daß uns ein Besuch Stroessners entgegengehalten würde, wenn wir gegenüber der neuen Regierung für Demokratie und Menschenrechte eintreten.¹⁷ Schließlich könnte ein Besuch zu heftigen innenpolitischen Diskussionen führen.

¹⁴ Für den Wortlaut von § 10 Absatz 1 Ziffer 11 und § 18 Absatz 1 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil I, S. 355 bzw. S. 356.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens vermerkte am 26. August 1988: „In Birma scheint im Zuge revolutionärer Unruhen das Ne-Win-Regime endgültig zu stürzen. Die Hauptstadt Rangun wird z. Zt. von erregten Volksmassen durchzogen, die bereits ihren Sieg feiern. [...] Teilweise wird kolportiert, Ne Win sei nach einer Zwischenlandung in Indien bereits unterwegs in die Bundesrepublik Deutschland, in der er Aufenthalt nehmen wolle.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137027.

Am 2. September 1988 notierte Ahrens: „Die Einreise hoher Politiker des bisherigen Regimes wie z. B. Ne Win und Sein Lwin in die Bundesrepublik Deutschland soll nach Möglichkeit verhindert werden. Aufgrund der BM-Vorlage vom 26. August 1988 ist vom BMI auf Bitte des AA die Zurückweisung gem[äß] § 18 Ausl[änder]G[esetz] gegen Ne Win und Sein Lwin angeordnet worden. Die Grenzkontrolle muß jedoch zuvor den BMI befassen, der das AA konsultiert. Der Aufenthalt müßte den Birmanen nach geltender Rechtslage gewährt werden, sollten sie auf deutschem Boden Asyl beantragen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137027.

¹⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.

¹⁷ Zu diesem Satz vermerkte Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich: „Dies halte ich für unwahrscheinlich.“

Eine Anfrage Stroessners sollte deshalb mit dem deutlichen Hinweis beantwortet werden, daß sein Besuch nicht erwünscht ist. Dabei könnte angedeutet werden, daß nach deutschem Strafrecht ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehen in Paraguay und entsprechende Anzeigen nicht völlig ausgeschlossen werden können.

Außerdem könnte ein Sprecher der Bundesregierung auf (bestellte) Anfrage öffentlich erklären, daß ein Besuch von Stroessner nicht erwünscht ist.

Ref. 514 hat zu Ziffer III. 1 a) bis c), Ref. 510 zu III. 1 d) und Ref. 515 zu III. 2) vorletzter Absatz mitgewirkt.

Heubaum

Referat 330, Bd. 143799

36

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem kenianischen Präsidenten Moi

9. Februar 1989¹

Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem kenianischen Staatspräsidenten arap Moi am 9. Februar 1989 im Bundeskanzleramt²

Das Gespräch wurde zunächst als Vier-Augen-Gespräch geführt.

Der *Bundeskanzler* begrüßte den Gast und drückte seine Freude aus, das in Nairobi begonnene Gespräch fortsetzen zu können.³ Er kam auf die für ihn so eindrucksvolle Reise nach und innerhalb Kenias zurück und die dabei geknüpften auch guten menschlichen Kontakte mit dem Präsidenten.

Der Bundeskanzler bedauerte, daß er der Einladung zur Teilnahme an der 25-Jahr-Feier der Unabhängigkeit Kenias nicht persönlich folgen konnte. BM Klein

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, am 10. Februar 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. Februar 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe übermittelt. Dazu vermerkte Hartmann, er übersende „zur persönlichen Kenntnisnahme von Herrn BM Genscher Kopie der von dem Herrn Bundeskanzler gebilligten Aufzeichnung über sein Gespräch mit Staatspräsident arap Moi am 9.2.1989“.

Hat Legationsrat I. Klasse Gerdtz am 7. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit „zum Verbleib“ verfügte.

Hat Schlagintweit am 9. März 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Sulimma und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Gräfin Strachwitz verfügte.

Hat Sulimma am 9. März 1989 vorgelegen.

Hat Strachwitz am 9. März 1989 vorgelegen, die die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Nitzschke „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Nitzschke am 10. März 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 322, Bd. 149943.

² Der kenianische Präsident Moi besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. Februar 1989.

³ Bundeskanzler Kohl besuchte Kenia vom 18. bis 21. November 1987. Für sein Gespräch mit dem kenianischen Präsidenten Moi am 19. November 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 323.

habe ihn jedoch über die Feierlichkeiten und auch über die insgesamt positive Entwicklung in Kenia unterrichtet.

Der Bundeskanzler kam auf den seitens des Präsidenten bei dem Besuch in Nairobi erbetenen Hubschrauber zurück und stellte fest bzw. stellte die Frage, ob dies inzwischen zur Zufriedenheit des Präsidenten geregelt sei.

Der *Präsident* bestätigte dies nachdrücklich. Einzelheiten des Einsatzes bzw. der Zuordnung des Hubschraubers (Eingliederung in die Polizeikräfte als Rettungshubschrauber) seien mit BM Klein besprochen.⁴

Der *Bundeskanzler* erläuterte sodann den Erlaß der bilateralen FZ-Schulden. Die Bundesregierung habe dem Antrag des Präsidenten vom 19.12.1988 entsprochen, und sie habe ihm auch gerne entsprochen.⁵ Dies im Hinblick auf die erheblichen Eigenanstrengungen Kenias, die beispielhafte Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank und nicht zuletzt des persönlichen Engagements des Präsidenten für Fragen des Umweltschutzes und des Schutzes der natürlichen Ressourcen.

Der letzte Punkt sei für die Bundesregierung und für ihn, den Bundeskanzler, von ganz besonderer Bedeutung.

Die Industrieländer hätten auf dem Gebiet des Umweltschutzes in der Vergangenheit viele Fehler gemacht; sie sollten von den sich jetzt entwickelnden jungen Ländern nicht wiederholt werden. Es sei daher zu hoffen, daß das Beispiel Kenias bei der Erhaltung der Waldbestände, der Aufforstung und des Schutzes freilebender Tiere Schule mache.

Der Bundeskanzler ergänzte, daß das Thema „Umwelt und Dritte Welt“ auch Thema des nächsten Weltwirtschaftsgipfels im Juli in Paris⁶ sein werde.

Der Bundeskanzler stellte die Frage nach der inneren Entwicklung Kenias. Er sei an einer Unterrichtung hierüber sehr interessiert.

Präsident *Moi* dankte für die Einladung des Bundeskanzlers zum Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und den sehr herzlichen Empfang. Er verwies auf die vorangegangenen Gespräche in Bonn⁷ und das dabei sichtbar gewordene aufrichtige Interesse an seinem Lande.

⁴ Botschafter Freiherr von Mentzingen, Nairobi, berichtete am 16. August 1989 über das „offizielle Geschenk“ der Bundesregierung zur 25-jährigen Unabhängigkeit Kenias am 12. Dezember 1988: „Ken[ianischen] Partner informiert, daß Übergabe Hubschraubers an Police Air Wing am 23.8.1989 erfolgen soll.“ Die offizielle Übergabe an Präsident Moi werde wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden können: „Vorgesehen, daß Botschafter Hubschrauber an Staatspräsidenten auf Gelände des State House Nairobi übergibt.“ Der Hubschrauber solle ausschließlich zivilen Zwecken dienen und als Rettungshubschrauber eingesetzt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 383; Referat 322, Bd. 149943.

⁵ In einem undatierten „Leitfaden“ für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem kenianischen Präsidenten Moi wurde zu einem Schuldenerlaß für Kenia vermerkt: „Das Kabinett hat sich am 1.2.1989 mit der Sache befaßt, und auch der Haushaltsausschuß des Bundestages wurde unterrichtet. Das Kabinett hat zugestimmt: „Erlaß der FZ-Schulden aus abgeschlossenen Darlehensverträgen mit Wirkung vom 31.12.1988 in Höhe von 817 Mio. DM (davon 696 Tilgungsverzicht, 121 Zinsverzicht). Durch den Schuldenerlaß freierwerdende Mittel sollen im Rahmen des Möglichen in Landeswährung für konkrete und kontrollierbare Maßnahmen des Umwelt- und Ressourcenschutzes eingesetzt werden.“ Vgl. Referat 322, Bd. 149943.

⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

⁷ Der kenianische Präsident Moi traf am 8. Februar 1989 mit Bundesratspräsident Engholm zusammen, der Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker vertrat. Themen des Gesprächs waren die bilateralen

Der Präsident kam sodann auf den Schuldenerlaß zurück.

Die hohe Außenschuld Kenias sei für das Land eine große Last. Der Erlaß sei für Kenia daher eine große Erleichterung, nicht lediglich ein kleines Zeichen der Freundschaft, sondern eine große und wirksame Hilfe. Kenia werde der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung und dem Bundeskanzler ganz persönlich ewig dankbar sein.

Der Präsident ergänzte, daß dieser deutsche Beitrag ein Gegenstück auf kenianischer Seite finden werde. Die eigenen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit dem IWF und anderen Freunden des Landes würden verstärkt mit dem Ziel, den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu erhöhen.

Der Präsident dankte auch für die Kenia durch die engen Handelsbeziehungen geleistete substantielle Hilfe zur Entwicklung des Landes. Erwähnt wurden die Abnahme von 40 % des kenianischen Kaffees, von Gartenbauprodukten und der Tourismus.

Präsident Moi unterstrich die Bedeutung deutscher Privatinvestitionen für Kenia. In seinen vorangegangenen Gesprächen, insbesondere mit Vertretern der deutschen Wirtschaft, habe er den vollen Schutz und Sicherheit deutscher Investitionen in Kenia zugesichert.

Kenia sei politisch stabil und könne sich deshalb in Frieden entwickeln. Darin sei es das einzige Land der Region, alle anderen Nachbarländer hätten zahlreiche Probleme.

Der Präsident erläuterte sodann die Probleme einzelner Länder der Region und deren Beziehungen zu Kenia.

Die innere Lage Somalias wurde als sehr ernst und chaotisch bezeichnet. Eine vernünftige Entwicklung sei nicht mehr möglich. Die bilateralen politischen Beziehungen zu Kenia seien im allgemeinen unproblematisch. Mit Sorge sehe man in Kenia jedoch die steigende Zahl Asylsuchender aus Somalia.

Auch die bilateralen Beziehungen zu Äthiopien seien eher freundschaftlich. Im Innern Äthiopiens bahne sich nach Einschätzung des Präsidenten ein allmählicher Wechsel an, politisch und auch wirtschaftspolitisch. Eine vernünftige Politik sei bei der gegenwärtigen inneren politischen Struktur ohnehin nicht möglich.

Der Präsident ergänzte, daß der Kurswechsel in der Sowjetunion Auswirkungen auf Äthiopien haben werde. Mengistu schaue mehr und mehr auf die EG und westliche Länder; er werde sich anpassen.

Besonders gravierend und chaotisch sei die innere Verfassung des Sudan. In der Nord-Süd-Auseinandersetzung stürben täglich Tausende von Menschen.⁸ Die Bundesrepublik Deutschland könne hier viel helfen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 160

Beziehungen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, die Umweltsituation in Kenia, die südafrikanische Politik, Namibia und der Konflikt im südlichen Sudan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 322, Bd. 149943.

Am Morgen des 9. Februar 1989 führten Bundesminister Genscher und Moi ein Gespräch. Im Mittelpunkt stand die Lage im südlichen Afrika, insbesondere in Angola, Namibia und Südafrika. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 322, Bd. 149943.

⁸ Botschafter Simon, Khartoum, berichtete am 21. Februar 1989: „Im Bürgerkrieg, der sich mit elfjähriger Unterbrechung (1972–1983) seit der Unabhängigkeit (1956) hinzieht, waren in Erwartung von Friedensgesprächen vorübergehend, im November und Dezember, die Kampfhandlungen unausgesprochen vermindert oder sogar eingestellt worden. [...] Erst nachdem sich abzeichnete, daß

Ministerpräsident al-Mahdi habe das Land nicht in der Hand und spalte es durch die Einführung der Scharia. Dadurch sei – wie zu Zeiten der Sklavenhändler – der Konflikt zwischen Arabern und Schwarzen im eigenen Lande angelegt.

Als kritisch bezeichnete der Präsident die Tatsache, daß al-Mahdi arabische Länder wie Irak, Libyen und die Palästinenser bitte, ihn gegen den Süden seines Landes zu unterstützen. Damit mischten sich Araber in Probleme Schwarzafrikas ein. Einige arabische Länder wie Algerien, Marokko und Ägypten würden sich dagegen zurückhalten. Dies sei positiv zu vermerken.

Der *Bundeskanzler* bat um eine Bewertung der Entwicklung in Namibia.

Präsident *Moi* erklärte, die Entwicklung dort gehe in die richtige Richtung.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er Nujoma kenne, erwiderte der *Präsident*: Er kenne ihn sehr gut, lade ihn oft ein und habe ihm auch verschiedentlich geholfen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, was Nujoma vorhabe, erwiderte der *Präsident*: Er habe hier keinerlei Befürchtungen, Nujoma werde eine gute Staatsführung in die Wege leiten, und er, Nujoma, wisse, daß dies nicht ohne die Hilfe Europas gehe. Darin sei er, der Präsident, völlig sicher.

Der *Bundeskanzler* meinte hierzu, Nujoma sollte sich ein Beispiel an Kenia nehmen. Für die Zukunft Namibias werde sehr viel davon abhängen, wie sich SWAPO/Nujoma verhalte.

Präsident *Moi* ergänzte, daß die SWAPO die KANU⁹ (kenianische Einheitspartei) um logistische Unterstützung zum Aufbau einer Partei gebeten habe. Dies habe man nicht gewährt.

Kenia werde jedoch auf Bitten der VN ein Bataillon seiner Armee für die Übergangszeit zur Verfügung stellen.

Der Präsident betonte nochmals, daß er bezüglich Namibias insgesamt sehr optimistisch sei.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* zur Lage in Angola erklärte der Präsident, daß ohne eine Verständigung zwischen dos Santos und Savimbi kein Friede in Angola eintreffen und das Leiden der Menschen dort weitergehen werde. Dies könne nicht im Interesse Angolas sein.

Auf Fragen des *Bundeskanzlers* zur RENAMO berichtete der Präsident von seinen Bemühungen, zwischen der RENAMO, Abgesandten Präsident Chissanos und Kirchenvertretern ein Gespräch zustande zu bringen. Er habe die Hoffnung, daß die beiden Kontrahenten – RENAMO und FRELIMO – eines Tages auch direkt Gespräche führen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 161

der Friedensprozeß ins Stocken geraten war, wurde der Kampf wiederaufgenommen. [...] Die Verletzung von Menschenrechten, hauptsächlich durch die Stammesmilizen, die, begünstigt durch die Absenz staatlicher Gewalt, eine Art Faustrecht in weiten Teilen Südkordofans und Süddarfurs ausüben, ist Alltag im Süden geworden. Die weitreichendsten Menschenrechtsverletzungen bringt der Bürgerkrieg mit sich, der in erster Linie auf Kosten der Zivilbevölkerung im Süden geführt wird. Schätzungen veranschlagen allein die Zahl der Hungertoten auf 100 000 bis 250 000 Opfer einer von beiden Seiten konsequent betriebenen Voreitelung von Lebensmitteltransporten in Notstandsgebiete.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 157; Referat 310, Bd. 149798.

⁹ Kenya African National Union.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigte Präsident Moi, daß diese Entwicklungen auch Auswirkungen auf Südafrika selbst haben werden. Botha müsse sich jetzt bewegen. Wenn er noch länger auf der Stelle trete, werde es bald zu spät sein.

Der *Bundeskanzler* betonte, dies sei auch voll seine Meinung.

Der *Präsident* bezeichnete Nelson Mandela als einzige verbleibende Chance Südafrikas. Er allein könne die rivalisierenden Kräfte (der Opposition) zusammenführen; er sei ein einigender Faktor, nicht Buthelezi.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob Mandela hierzu überhaupt bereit sei, bejahte der *Präsident* nachdrücklich. Mandela sei überall beliebt, ohne ihn laufe nichts.

Der *Bundeskanzler* unterrichtete an dieser Stelle den Präsidenten über eine gemeinsame deutsch-britische Mission zu Präsident Botha¹⁰ und ihr Ergebnis sowie über die Reise des bayerischen Ministerpräsidenten nach Südafrika¹¹.

Der Bundeskanzler unterrichtete den Präsidenten über sein letztes Gespräch mit Präsident Botha anlässlich der Beerdigung des bayerischen Ministerpräsidenten in München Anfang Oktober.¹² Auf die nachdrückliche Forderung, Nelson Mandela zu Weihnachten freizulassen, habe Botha lediglich die Gegenfrage gestellt, ob der Westen in diesem Falle die Wirtschaftssanktionen zurücknehme.

Der Bundeskanzler bezeichnete diese Reaktion als eine für Botha typische Denkweise. Botha wolle nicht begreifen, daß sich niemand – auch nicht Buthelezi – an einen Verhandlungstisch mit der südafrikanischen Regierung setzen könne, solange Mandela nicht frei sei.

Auf Frage des Bundeskanzlers bejahte der *Präsident*, daß Mandela noch Einfluß bei ANC habe. Der *Bundeskanzler* ergänzte dies durch die Frage, ob es stimme, daß einige ANC-Leute Mandela lieber im Gefängnis als in Freiheit sähen, um so unbehelligter Macht ausüben zu können.

Der *Präsident* erklärte hierzu, einige mag es geben, die so denken. Dies sei aber nicht im Interesse der Schwarzen Südafrikas. Botha selbst mag evtl. die Vorstellung haben, nach dem Tode Mandelas besser mit dem ANC zurechtzukommen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dies nochmals als einen geradezu tragischen Irrtum Bothas. Er habe dies ihm auch deutlich zu verstehen gegeben: Wenn

¹⁰ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher beauftragten den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Leutwiler, nach Südafrika zu reisen, um in einem Gespräch mit Präsident Botha politische Reformen in Südafrika und die Freilassung Nelson Mandelas anzusprechen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Vgl. dazu auch DBPO III/XI, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 148.

¹¹ Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich am 20. und vom 23. bis 27. Januar 1988 in Südafrika auf, am 21./22. Januar besuchte er Mosambik und am 28./29. Januar 1988 Namibia. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 28 und Dok. 35.

¹² Der bayerische Ministerpräsident Strauß starb am 3. Oktober 1988 in Regensburg. Am 7. Oktober 1988 fand in München ein Staatsakt statt. Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 11. Oktober 1988: „In Meldung der Nachrichtenagentur S[outh]A[frican]P[ress]A[gency] vom 8.10.1988 heißt es, daß Staatspräsident P. W. Botha und BK Kohl während ihrer 15-minütigen Begegnung am Rande der Trauerfeier für MP Strauß die Themen Mosambik und Namibia angeschnitten hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 675; Referat 320, Bd. 156011.

Am 13. Oktober 1988 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke die Botschaft in Pretoria, daß das Auswärtige Amt „trotz mehrfachen Nachfragens“ beim Bundeskanzleramt nach wie vor über keine Informationen über das Gespräch verfüge. Vgl. den Drahterlaß Nr. 303; Referat 320, Bd. 156011.

Mandela im Gefängnis sterbe, werde er zwangsläufig zum Märtyrer; mehr noch, viele würden sagen, er sei getötet worden. Was werde dann aus Südafrika?

Präsident *Moi* erklärte hierzu, daß er dies auch so sehe. Botha wäre gut beraten, das Image Mandelas, den er im übrigen nie persönlich kennengelernt habe, zu nützen, solange die Zeit hierfür noch reiche.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er, der Präsident, Einfluß auf den ANC nehmen könne, versicherte der *Präsident*, daß er Tambo gut kenne und periodisch einlade. Tambo habe kein Interesse, Mandela tot zu sehen. Der Präsident ergänzte, daß aus seiner Sicht der ANC beim Tode Mandelas auseinanderbrechen werde.

Auf Frage des *Bundeskanzlers*, was getan werden könne, um Bothas Vorstellung zu korrigieren bzw. ihm die Furcht zu nehmen, der ANC bestehe auf Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele, erklärte der *Präsident*, daß Botha für Argumente kaum zugänglich sei und er, Botha, auch nur wenigen seiner Umgebung Glauben schenke.

Der Präsident fügte hinzu, daß er anlässlich der drohenden Verurteilung der Sharpeville Six¹³ mit Botha einen Briefwechsel hatte, Bothas Antwort sei sehr „nett“ gewesen. Ihm, *Moi*, sei jedoch daraus nicht klargeworden, was Botha überhaupt denke.

Der Präsident führte weiter aus, daß rd. 75% der Afrikaner rechts orientiert seien, rd. 1/4 habe sich gewandelt, insbesondere die Jugend auf verschiedenen Universitäten. Hierzu kämen die englischstämmigen Südafrikaner, Inder und Mischlinge. Nur Mandela könne bei dieser Heterogenität einen Zusammenhalt garantieren, nicht die Regierung Südafrikas, trotz aller militärischen Stärke.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß Bothas Vorstellungswelt aufgrund seiner 70 Jahre noch irgendwie nachvollziehbar sei; daß jedoch auch 40–50-jährige Buren gleich dächten, könne man nicht verstehen.

Auf die Bemerkung des *Präsidenten*, daß jetzt vieles vom neuen amerikanischen Präsidenten¹⁴ abhängе, bemerkte der *Bundeskanzler*, eine befriedigende Regelung/Beruhigung in Angola und Namibia wäre schon ein gewaltiger Fortschritt.

Das Gespräch wurde im erweiterten Kreise¹⁵ im Schmidt-Rottluff-Zimmer fortgesetzt.

¹³ Referat 320 vermerkte am 15. März 1988: „Bei den ‚Sharpeville Six‘ handelt es sich um sechs schwarze Südafrikaner (eine Frau und fünf Männer), die Ende 1985 wegen Mordes zum Tode verurteilt wurden. [...] Die Todesurteile wurden ausgesprochen, ohne daß den Angeklagten eine kausale Beteiligung für den Tod des Ermordeten nachgewiesen werden konnte. Es handelt sich um ein rechtsstaatlich fragwürdiges und auch in der südafrikanischen Rechtswissenschaft als bedenklich angesehenes Urteil, das von der bisherigen Rechtsprechung abweicht.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156068.

Am 28. November 1988 notierte Vortragender Legationsrat Hiller, der südafrikanische Präsident Botha habe am 23. November 1988 die Todesurteile aufgehoben und in Haftstrafen umgewandelt: „Die aufgrund massiver internationaler und insbesondere westlicher Interventionen erfolgte Begnadigung der Sharpeville Six macht deutlich, daß Präsident Botha und die südafrikanische Regierung gegenüber Druckausübung nicht unempfindlich sind. Interessant in diesem Zusammenhang sind Erklärungen der Anwälte der Sharpeville Six, die betonen, daß die Entscheidung des Staatspräsidenten vor allem durch Einflüsse von PM Thatcher, Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl beeinflusst worden seien.“ Hiller legte dar, daraus auf grundlegende Änderungen der Apartheidspolitik zu schließen, wäre aber ein Fehler. Vgl. Referat 320, Bd. 156048.

¹⁴ George H. W. Bush.

¹⁵ Die Wörter „im erweiterten Kreise“ wurden von Ministerialdirigent Sulimma hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?“

Auf Frage des Bundeskanzlers erläuterte die kenianische Seite die deutsch-kenianischen Handelsbeziehungen und die Stellung der Bundesrepublik als Handelspartner im Verhältnis zu anderen westlichen Ländern. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß neben Kaffee (40 %) und Tee der Tourismus für Kenia insgesamt und auch im Verhältnis zur Bundesrepublik immer mehr an Bedeutung zunehme. Die Steigerungsraten im Tourismus wurden auf insgesamt ca. 20–25 % jährlich beziffert.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach wesentlichen Entwicklungen Kenias seit seinem Besuch erwähnte der *Präsident* u.a. die Erschließung weiterer Energiequellen (Wasserkraft, Geothermik), die ländliche Entwicklung, Aufforstung und den Schutz der Teeanbaugebiete durch Bewaldung der angrenzenden Zonen.

Der *Bundeskanzler* kam nochmals auf den Schuldenerlaß zurück. Die von Kenia auf dem Gebiet des Umwelt- und Ressourcenschutzes ergriffenen und jetzt zusätzlich möglichen (erwarteten) Maßnahmen seien von außerordentlicher Bedeutung und sollten Modellcharakter für andere Länder haben. Der Bundeskanzler verwies auf grenzüberschreitende Klimaveränderungen und die Gesamtverantwortung aller Länder hierfür.

Der *Präsident* ergänzte, daß Kenia Umweltfragen verstärkt auch in Schulen und Universitäten einführe und bereits einige afrikanische Länder Interesse an den Umweltschutzmaßnahmen Kenias gezeigt hätten.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die langfristigen positiven Auswirkungen des Umweltschutzes auch für den Tourismus. Die Maßnahmen seien somit auch von wirtschaftlicher Bedeutung.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläuterte der *Präsident* das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der äthiopischen Zentralregierung und der eritreischen Befreiungsfront über eine gewisse Autonomie dieses Gebietes.¹⁶ Es bestehe Hoffnung auf eine innenpolitische Normalisierung. Auch die Lage der wiederholt Hunger leidenden Bevölkerung in verschiedenen Gebieten habe sich verbessert. Äthiopien habe sich an die EG und Italien wegen Hilfe gewandt.

BM *Klein* bat den Präsidenten, sich des Problems der kenianischen Haltung zum Tropenwald-Aktionsplan der FAO¹⁷ anzunehmen.¹⁸ Die offene Frage sei, ob und unter welchen Bedingungen Kenia mit der FAO auf diesem Gebiet zusammenarbeiten wolle. Hintergrund sei, daß die FAO zwar Projekte identifiziere, sie jedoch nicht selbst durchführe, vielmehr bilaterale Geber hierfür suche. Wir, die Bundesrepublik, seien zur Übernahme geeigneter Projekte bereit. Wichtig sei hierfür aber die Zustimmung der FAO.

Der *Präsident* schien zu den Einzelheiten überfragt, versprach jedoch, sich um die Sache zu kümmern.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Lage in Zaire schien die kenianische Seite zu einer offenen Meinungsäußerung nicht gerne bereit zu sein. Der

¹⁶ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Nitzschke hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

¹⁷ Für den Wortlaut des „FAO's Tropical Forestry Action Plan“ (TFAP), der beim neunten Weltwald-Kongreß im Juli 1985 in Mexiko-Stadt vorgestellt wurde, vgl. UNASYLVA 38 (1986/2), Nr. 152, S. 38–64.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Nitzschke durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Präsident erklärte schließlich, das Land habe ungeheure Reichtümer, nichts sei jedoch richtig geplant. In den weiteren Ausführungen hierzu wurde deutlich, daß Kenia das Problem Zaires in der Person des dortigen Präsidenten¹⁹ sieht.

Auf die belgisch-zairische Verstimmung²⁰ angesprochen, wurde erklärt, dies könne nur von den beiden betroffenen Seiten selbst gelöst werden.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach den Vorstellungen und Idealen der Jugend Kenias erklärte der Präsident die Notwendigkeit, ihr – der Jugend – eine eigene Identität zu geben und das Gefühl, daß ihre Zukunft in eigener Hand liege. Grundlage sei zudem die Philosophie der kenianischen Einheitspartei, nämlich Einheit, Frieden und Stabilität.

Der Präsident erläuterte die Bedeutung und den Sinn einer Einheitspartei für Kenia mit seiner Vielzahl von Stämmen. Ein Mehrparteiensystem wäre automatisch stammesmäßig aufgesplittet, ein einheitlicher Staat so niemals erreichbar. Ein Auseinanderdividieren der Stämme – *divide et impera* – sei ja auch ein Mittel der Herrschaft der Kolonialmächte gewesen.

Angesprochen wurden im weiteren Gespräch noch u. a.

- das Berufsausbildungssystem in Kenia und Möglichkeiten einer deutschen Unterstützung staatlicherseits bzw. durch deutsche, in Kenia ansässige Firmen;
BM Klein erläuterte hierzu einschlägige entwicklungspolitische Erfahrungen bei der Ausbildung von z. B. Berufsschullehrern;
- auf kenianische Frage die Erfahrungen mit türkischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland;
- der Anteil und die Bedeutung der indischen Minderheit (ca. 100 000) für Kenia, ihr Anteil am Handelssektor;
- die kenianischen Erfahrungen bei der Stabilisierung des Bestandes freilebender Tiere; auch der Bestand der bedrohten Rhinos konnte durch ein Schutzprogramm gesichert werden; harte staatliche Maßnahmen gegen Wilderei von Elefanten (Bestand in Kenia ca. 21 000); Erfolge dadurch, daß man auch gegen die mit den Wilderern zusammenarbeitenden Händler vorgeht (Elfenbein, Rhinohorn);
BM Klein erläuterte das deutsche TZ-Projekt in Tansania (Selous-Park²¹); besondere Erfolge durch wirtschaftliche Einbindung der am Wildpark lebenden Bevölkerung.

¹⁹ Mobutu Sese Seko.

²⁰ Botschafter Venzlaff, Kinshasa, berichtete am 16. Januar 1989: „Die Krise der belgisch-zairischen Beziehungen nimmt besorgniserregende Ausmaße an. Das vom 9. bis 13. Januar tagende zairische Zentralkomitee entschied, das belgisch-zairische Generalabkommen betr[effend] Freundschaft, Unterstützung und technische Zusammenarbeit vom 29. Juni 1960 aufzukündigen, [...] die Zahlung aller öffentlichen Schulden an Belgien zu suspendieren [...], das zairische Kupfer anderswo als in Hoboken zu raffinieren.“ Venzlaff legte weiter dar: „Die These, es solle von inneren Schwierigkeiten abgelenkt werden, erscheint mir zu einfach. Auslösendes Element dürfte die virulente Kritik in der belgischen Presse an der Person des Präsidenten gewesen sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 34/35; Referat 322, Bd. 150048.

²¹ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit vermerkte am 5. September 1989, in den Regierungsverhandlungen mit Tansania vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 seien der tansanischen Regierung 35 Millionen DM für Projekte der Technischen Zusammenarbeit zugesagt worden, verteilt auf die Jahre 1990 bis 1994. Für die Durchführungsphase des Projekts „Wildlife Management Selous“ stünden 2,7 Millionen DM zur Verfügung. Vgl. dazu Referat 322, Bd. 150031.

Präsident *Moi* faßte abschließend seinen Dank an die Bundesregierung zusammen. Die Freundschaft zwischen Kenia und der Bundesrepublik Deutschland sei durch diesen Besuch weiter zementiert worden.

Auf der Welt gebe es immer noch zu viel Streit statt Anstrengungen zur Entwicklung, zu der schon die wachsende Bevölkerung zwingt. Die allmähliche Abrüstung schaffe Spielraum, um sich mehr als bisher auf die Entwicklung der Dritten Welt zu konzentrieren.

Der Präsident fügte hinzu, daß aus seiner Sicht die VN-Organisationen zu aufgebläht seien und überhaupt zu viel Geld verschwendeten.

Der *Bundeskanzler* würdigte abschließend das Ergebnis des Besuches, Kenia als ein Land mit großer Zukunft und den Präsidenten als einen Politiker, der sein Land mit Würde und Einsicht in die menschliche Natur regiere.

Referat 322, Bd. 149943

37

Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, in Washington

VS-vertraulich

9. Februar 1989¹

Besuch BM Schäuble in Washington vom 8. bis 10.2.89;
hier: Gespräch mit Sicherheitsberater Scowcroft

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Ruhfus, VLR Weber als Dolmetscher, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker.

Sicherheitsberater *Scowcroft* knüpfte an das vorausgehende Gespräch von BM Schäuble mit Präsident Bush² an: Die US-Regierung habe nie Zweifel an der Bereitschaft der Bundesregierung gehabt, die mögliche Mitwirkung deutscher

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, z. Z. Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 658/659 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 13. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Moltke am 24. Februar 1989 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989.

² Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 9. Februar 1989 kam der amerikanische Präsident Bush „auf die Irritationen zu sprechen, die sich seit der Jahreswende im Zusammenhang mit dem Bau des CW-Komplexes in Libyen im deutsch-amerikanischen Verhältnis ergeben hätten. Er freue sich, daß diese bereits bei seinem Telefongespräch mit dem Bundeskanzler vollkommen ausgeräumt werden konnten. Manches hätte – so der Präsident – von amerikanischer Seite auch mit ‚mehr Finesse‘ behandelt werden können. Angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen betrachte er die Angelegenheit als abgeschlossen.“ Vgl. die mit Drahtbericht Nr. 634 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13041 (204); B 150, Aktenkopien 1989. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Für das in diesem Gespräch übergebene Schreiben von Bundeskanzler Kohl an Bush vgl. Dok. 38.

Firmen beim Bau chemischer Kampfstoffanlagen³ aufzuklären und für die Zukunft zu verhindern. Die US-Regierung habe auch keine Probleme mit der Art und Weise, wie der Bundeskanzler die amerikanischen Hinweise aufgegriffen und weiterverfolgt habe. Wenn es auf amerikanischer Seite Unzulänglichkeiten gegeben habe, so bedauere er dies.

Chef BK hielt zwei Ansätze für eine wirksame Nichtverbreitung von CW-Waffen für wesentlich: einerseits die Zusammenarbeit der Regierungen der Industrieländer, zum anderen aber auch ein Zusammenwirken der einzelnen Regierungen mit den jeweils Verantwortlichen ihrer chemischen Industrien. Die Bundesregierung benötige jedenfalls für ein wirksames außenwirtschaftliches Kontrollregime das Fachwissen der deutschen chemischen Industrie.

Um sich deren Kooperationsbereitschaft zu erhalten, müsse man darauf achten, bei Sanktionen nicht mit den „schwarzen Schafen“ zugleich die ganze Herde zu verurteilen. Insbesondere dürfe man nicht Firmen ohne Beweise an den Pranger stellen; dies erschwere nur die Kooperation. So könnte man die z. Zt. große Bereitschaft der deutschen chemischen Industrie zur Mitwirkung im Kampf gegen unverantwortliche Firmen sehr leicht durch ungerechtfertigte Anschuldigungen in Frustration verkehren.

Zum anderen dürfe man nicht einen künstlichen Graben zwischen den Regierungen, die eine vollständige Ächtung der C-Waffen wollten, und denjenigen, die eine Vereinbarung über die Nichtverbreitung anstrebten, entstehen lassen. Entscheidend sei, daß beide Seiten die Überzeugung teilten, daß ein Abkommen über Nichtverbreitung eine erste Etappe zu einem Abkommen über die vollständige Ächtung der C-Waffen darstellen müsse.

Scowcroft stimmte dem zu. Präsident Bush sei in der Frage der Nichtverbreitung von C-Waffen auch emotional sehr engagiert. Die US-Regierung bemühe sich hier um eine einvernehmliche Lösung, könne aber auch die Argumente der DW-Länder (Diskriminierung) nicht ohne weiteres beiseite schieben. Den deutschen Kooperationsvorstellungen könne die US-Regierung jedenfalls ohne Vorbehalt zustimmen.

Chef BK warf ein, daß im US-Kongreß immer noch starke Tendenzen vorhanden seien, Sanktionen gegen deutsche Firmen zu verhängen. Für die Bundesregierung sei der Rat der US-Regierung sehr erwünscht.

Scowcroft versicherte, daß man seitens der Administration versuchen werde, hier so weit wie möglich zu helfen.

Chef BK betonte, daß es aus deutscher Sicht vor allem darauf ankomme, bei der Prüfung von Anschuldigungen gegen ausländische Firmen die gleichen rechtsstaatlichen Maßstäbe anzulegen wie bei der Prüfung von Anschuldigungen gegen US-Firmen.

Aus den zahlreichen Gesprächen führender deutscher Politiker mit der US-Regierung in diesen Tagen in Washington⁴, was fast einer konzertierten Aktion

³ Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

⁴ Nach einem Besuch des CDU-Abgeordneten Rühle vom 8. bis 11. Januar 1989 hielt sich Bundesminister Stoltenberg vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 7 und 8. Vom 1. bis 3. Februar 1989 fand ein Besuch von Bundestagspräsidentin Süssmuth statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 557/558 des Botschafters Rühfus vom 6. Februar 1989; Referat 011, Bd. 150600. Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 21.

geglichen habe, müsse auch klargeworden sein, daß die Bundesregierung künftig alles tun werde, um eine Mitwirkung deutscher Firmen am Aufbau von C-Waffen-Produktionen im Ausland zu verhindern, was sie in der Vergangenheit infolge der bestehenden Rechtslage nicht immer tun konnte. *Scowcroft* versicherte, daß diese Botschaft voll verstanden worden sei. BM Schäubles Mission habe vollen Erfolg gehabt. Er kam sodann auf sein kürzliches Gespräch mit Graf Lambsdorff über die Modernisierung der Kurzstreckenraketen zurück.⁵ BM Schäubles Überlegungen über ein Abrüstungspolitisches Gesamtkonzept seien sehr positiv zu bewerten. Die Modernisierung sei ein sehr wichtiges Element dieses Gesamtkonzepts. Hinsichtlich ihrer Modalitäten bedürfe die US-Regierung der Anregungen und der Mitarbeit der Bundesregierung.

Chef BK unterstrich, daß es wichtig sei, daß diese Einbindung der Modernisierungsproblematik in ein Abrüstungspolitisches Gesamtkonzept richtig verstanden werde. Die Bundesregierung wolle keine dritte Null-Lösung. Der Bundeskanzler wolle dahin gehende Vorschläge von Gorbatschow nicht akzeptieren. Auch die Bundesregierung wünsche keinen Verzicht auf landgestützte Nuklearwaffen. Wenn man die Modernisierung dann durchführe, wenn sie notwendig werde, sei dies in Ordnung. Es sei jedoch kein Glaubwürdigkeitsnachweis durch eine Modernisierungsentscheidung ohne zeitliche Notwendigkeit erforderlich. Das Gesamtkonzept könnte auf dem NATO-Gipfel im Frühsommer d.J.⁶ verabschiedet werden. Auf deutscher Seite sei man dann auch zu einer Diskussion bereit, wie die neuen Systeme unter 500 km Reichweite aussehen sollten. Wenn man jedoch eine Modernisierung zu einem Zeitpunkt diskutieren wolle, wo eine Entscheidung noch nicht nötig sei, schaffe man sich nur unnütz neue Probleme.

Chef BK kam sodann auf die deutsch-deutschen Beziehungen zu sprechen. Die Darstellung der jüngsten Entwicklungen könne vielleicht das Verständnis für uns auf amerikanischer Seite erleichtern. In der DDR herrsche gegenwärtig eine labile Situation, die beim Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland im Herbst 1987⁷ nicht voraussehbar gewesen sei. Zu diesem Zeitpunkt sei Honecker noch der relativ angesehenste Politiker in seinem eigenen Lande, bis

⁵ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 9. Februar 1989, Lambsdorff habe am Vortag ein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten geführt. *Scowcroft* habe festgestellt, „daß die USA keinerlei Absichten zu einer Denuklearisierung Europas hätten. Er würde zugeben, daß die USA mit zu den politischen Schwierigkeiten beigetragen hätten, in denen man sich gegenwärtig befinde. Die Modernisierung habe eine symbolische Qualität angenommen, die weit über ihre militärische Bedeutung hinausgehe. [...] Er bringe dem Wunsch nach Abbau der nuklearen Artillerie Sympathie entgegen, doch dürfe dies keinesfalls isoliert ohne eine parallele Entscheidung zur Modernisierung erfolgen [...] L[ambsdorff] bemerkte hierzu, daß er dagegen sei, die Dinge zu überstürzen, und betonte, daß er keinesfalls einseitige Maßnahmen habe vorschlagen wollen. [...] Es müsse darum gehen, möglichst ein Paket zusammenzustellen, das weniger, aber bessere Waffen, keine Artillerie und möglichst Fortschritte in der konventionellen Rüstungskontrolle miteinander verbinde. Ein solches Paket sei leichter gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten als eine isolierte Modernisierungsentscheidung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 621; Referat 201, Bd. 151172. Anschließend traf Lambsdorff zu einem zehnminütigen Gespräch mit Präsident Bush zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 605 des Gesandten Paschke, Washington, vom 8. Februar 1989; Referat 011, Bd. 150596. Vgl. dazu auch das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. September 1987. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

zu einem gewissen Grade auch in der Bundesrepublik Deutschland, gewesen. Diese Stellung habe sich in jüngster Zeit jedoch dramatisch geändert. Dazu hätten einmal die in der DDR-Bevölkerung von Gorbatschow und seinen Reformen erweckten Erwartungen beigetragen und zugleich aber auch der Druck, der durch die Öffnung zur Bundesrepublik Deutschland entstanden sei. Die Bundesrepublik nutze diese Drucksituation, die DDR-Führung zu einer noch weiteren Öffnung zu bewegen. So hätten in den letzten Jahren fünf bis sechs Millionen DDR-Bürger – bei einer Gesamteinwohnerzahl von 16 Millionen – die Bundesrepublik Deutschland besucht. Die Bundesregierung wolle diesen Druck nutzen, gleichzeitig aber eine Konfrontation mit der DDR vermeiden, die zu einer Rücknahme der Öffnungsentscheidung beitragen könnte. Die Bundesregierung gehe daher einen Mittelweg, indem sie einmal immer leistungsfähigere Beziehungen zur DDR entwickle, andererseits aber Druck auf Honecker ausübe, die DDR nach dem Westen offenzuhalten. Die zunehmende Erwartungshaltung in der DDR-Bevölkerung stärke verständlicherweise die Unzufriedenheit. Man müsse ein gefährliches Überkochen in der Stimmung der DDR-Bevölkerung vermeiden, um den Prozeß der Öffnung zum Westen nicht aufs Spiel zu setzen. Entscheidend sei es hier, wie im Verhältnis zu Polen, einerseits wachsam zu bleiben, aber andererseits die Chancen zur Öffnung des Ostens zu nutzen.

Scowcroft stimmte dieser Auffassung zu. Auch im Hinblick auf die Sowjetunion müsse man die Zeit nutzen, um die Bereitschaft zur Öffnung zu fördern, zumal man nicht wissen könne, wie lange sich Gorbatschow im Sattel halten könne. Der Westen könne kein Interesse daran haben, eine explosionsartige Entwicklung im östlichen Europa herbeizuführen.

Eine ähnlich explosive Situation könnte sich in der DDR entwickeln, wo einerseits Glasnost und Perestroika nicht akzeptiert würden, andererseits aber die Bevölkerung immer mehr Gelegenheit habe, die Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland selbst kennenzulernen. *Chef BK* betonte, daß die DDR deswegen besonders fragil sei, weil sie – im Gegensatz zu anderen Ostblockstaaten – nicht über eine eigene nationale Identität verfüge.

Ein weiterer wichtiger Punkt, wo die Bundesregierung die Hilfe der USA brauchen werde, sei Berlin. Auch hier stehe die DDR vor einer schwierigen Situation, weil Gorbatschow die Lage in Berlin als ein Mittel nutze, um die DDR zu kontrollieren. Die DDR habe hier keinen eigenen Spielraum.

Die Bundesregierung habe dies sehr klar im Rahmen der letzten Verhandlungen über die Transitzuschüsse feststellen können.⁸ Dabei sei es u. a. um die Schaffung eines zusätzlichen Übergangs zwischen Berlin (Ost) und Berlin (West) gegangen. Dabei habe sich die limitierte Entscheidungsfreiheit in der Berlin-Frage erneut erwiesen.

⁸ Nach Artikel 18 des Transitabkommens vom 17. Dezember 1971 entrichtete die Bundesrepublik der DDR für den Transit von und nach Berlin (West) jährlich eine Pauschalsumme als Gebühren für Straßennutzung und Visa. Für den Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1972, D 75.

Mit Protokoll vom 16. November 1978 wurde die Transitzuschüsse für die Jahre 1980 bis 1989 auf 525 Millionen DM jährlich festgelegt. Für den Wortlaut vgl. *BULLETIN* 1978, S. 1254 f.

Am 14. September 1988 vereinbarten beide Regierungen weitere Verbesserungen im Transitverkehr. Dafür stimmte die Bundesregierung einer Erhöhung der jährlichen Transitzuschüsse auf 860 Millionen DM für die Jahre 1990 bis 1999 zu. Für den Wortlaut des am 5. Oktober 1988 unterzeichneten Protokolls vgl. *BULLETIN* 1988, S. 1138.

Umgekehrt sei Gorbatschow auch nicht bereit, seinerseits irgendwelche Konzessionen im Hinblick auf den Status von Berlin (West) zu machen. Dies sei beim Bundeskanzler-Besuch in Moskau⁹ der schwierigste Punkt gewesen.

Der Bundeskanzler habe seinerseits verdeutlicht, daß eine echte Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nur denkbar sei, wenn Berlin (West) davon auch profitiere. Aus diesem Grunde habe für uns die Berlin-Initiative von Präsident Reagan¹⁰ auch eine so große Bedeutung erlangt. Ebenso sei das Eintreten der Schutzmächte insgesamt von existentieller Bedeutung für Berlin (West).

Das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Berlin¹¹ habe die Verbesserung der Lage dieser Stadt nicht gefördert. Es sei sehr bedauerlich, daß die neue Rechtspartei sieben Prozent der Stimmen erhalten habe. Bedenklicher aber noch sei, daß die Alternative Liste, eine radikale Berliner Form der Grünen, zwölf Prozent aller Stimmen gewinnen konnte. Damit werde eine Koalition zwischen SPD und AL wahrscheinlich. Er, Chef BK, habe gegenüber AM Baker erklärt, daß man zur SPD in dem Sinne Vertrauen haben könne, daß sie nicht die rechtlichen Existenzgrundlagen Berlins aufs Spiel setzen werde.¹² Dennoch könne sich eine rot-grüne Koalition in Berlin als gefährlich erweisen. Der CDU/CSU sei es seinerzeit unter dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker gelungen, die psychologische Situation in Berlin mit all ihren Konsequenzen für das Investitions- und Handelsklima wesentlich zu verbessern. Hier könne durch eine rot-grüne

⁹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹⁰ In einer Rede vor dem Brandenburger Tor in Berlin (West) am 12. Juni 1987 schlug der amerikanische Präsident Reagan u. a. vor, den Zugang zur Stadt auf dem Luftweg zu erweitern, den kommerziellen Luftverkehr zu verbessern, in Berlin verstärkt internationale Konferenzen abzuhalten sowie Olympische Spiele in beiden Teilen der Stadt zu veranstalten. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 168, und AAPD 1987, II, Dok. 342.

Zum Fortgang der Berlin-Initiative vgl. AAPD 1988, II, Dok. 252.

Legationsrat I. Klasse Graf von Waldersee vermerkte am 13. Februar 1989: „Am Rande der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 8.2.89 erwähnte der deutsche Sprecher die Äußerung von Botschafter Kotschemassow gegenüber StS Bertele, die SU habe bereits durch das Angebot von Gesprächen auf Gesandten-Ebene auf die Berlin-Initiative geantwortet. Die Vertreter der Drei Mächte zeigten sich überrascht. Sie erklärten, ihnen sei keine Äußerung von sowjetischer Seite bekannt, die so interpretiert werden könne, wie Kotschemassow dies getan habe. Bei Übergabe des Erinnerungs-Aide-memoires im Dezember 1988 habe der stv. Außenminister Kowaljow angekündigt, die SU werde geeignete Gesprächsthemen benennen, und für Kontakte zwischen den Drei Mächten und der SU auf die Schiene sowjetische Botschaft Berlin (Ost)/Missionen der Drei Mächte in Berlin verwiesen. Im Dezember 1988 habe der sowjetische Gesandte Maximyschew gegenüber dem US-Gesandten Gilmore die Einschätzung geäußert, es könne noch lange dauern, bis die Sowjetunion sich wieder äußern würde.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140737.

¹¹ Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989 erreichte die CDU 37,7% der abgegebenen gültigen Stimmen, die SPD 37,3% und die Alternative Liste 11,8%. Die Republikaner kamen auf 7,5%, während die FDP den Wiedereinzug in das Parlament verfehlte. Am 16. März 1989 wurde der Spitzenkandidat der SPD, Momper, von einer Koalition aus SPD und Alternativer Liste zum Regierenden Bürgermeister gewählt, der den bisherigen Amtsinhaber Diepgen (CDU) ablöste.

¹² Beim Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 8. Februar 1989 in Washington standen die libysche Chemieanlage in Rabta, der Auslieferungsfall Hamadi und die SNF-Frage im Mittelpunkt. Zur Lage in Berlin legte Schäuble dar, die Bundesregierung sei besorgt, „daß radikale Kräfte etwa 20 v.H. der Stimmen erhalten hätten: Republikaner etwa 7,5 v.H., was für uns sensitiv sei, die Alternative Linke etwa 12 v.H. Die meisten Beobachter hielten eine SPD-Regierung (Rot/Grün oder Tolerierung durch die AL) für wahrscheinlich. Falls die SPD die Regierungsverantwortung übernehme, werde sie allerdings mit allen Partnern diejenigen Grundfragen klären, ohne die in Berlin erfahrungsgemäß nicht regiert werden könne. Dennoch seien Komplikationen bis hin zu evtl. Neuwahlen nicht auszuschließen.“ Vgl. die mit Drahtbericht Nr. 609/610 des Gesandten Paschke, Washington, vom selben Tag übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 201, Bd. 151172.

Koalition sehr schnell Veränderung der Lage eintreten, die für Berlin als Symbol der Glaubwürdigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung schädlich sein könne.

Scowcroft fragte, ob von deutscher Seite besondere Wünsche in bezug auf Berlin und die amerikanische Schutzmacht bestünden. *Chef BK* regte an, daß von amerikanischer Seite gegenüber der UdSSR die Reagan-Initiative – etwa im Hinblick auf die Flug- und Landrechte – wiederaufgenommen werden sollte. Nicht der Westen, sondern Gorbatschow verhindere eine Verbesserung der Situation in Berlin (West). Gerade hier sollte man ihn im Hinblick auf die Ernsthaftigkeit seiner Friedensbeteuerungen auf die Probe stellen.

Scowcroft fragte, ob das Ergebnis der jüngsten Wahlen in Berlin eine Überraschung für die Bundesregierung gewesen sei. *Chef BK* bejahte dies, und zwar sowohl im Hinblick auf die CDU/CSU und die FDP als auch im Hinblick auf die SPD. Keiner habe hier mit einer möglichen rot-grünen Mehrheit gerechnet. Für das Ergebnis könne man viele Gründe anführen:

Die tiefgreifenden Reformvorhaben der Bundesregierung, von der Gesundheits- bis zur Postreform, hätten hier sicher eine Rolle gespielt. Ferner hätten sich eine Reihe lokaler Probleme ausgewirkt. In der Berliner Bevölkerung gebe es einen hohen Ausländeranteil, darunter viele deutschstämmige Aussiedler und ausländische Asylsucher. Vor dem Hintergrund der Wohnungsknappheit in Berlin habe es daher zahlreiche Protestwähler gegeben. Nur wenige von diesen hätten jedoch die Gefahr eines Sturzes des Regierenden Bürgermeisters Diepgen gesehen, der nach Meinungsumfragen immer noch die meisten Anhänger in der Berliner Bevölkerung hinter sich vereinige. Trotz all dieser Entwicklungen bestehe nach wie vor keine Gefahr, daß die Entwicklung in Berlin außer Kontrolle gerade. Die Bundesregierung rechne damit, daß es zu einer Koalitionsregierung zwischen SPD und der AL unter Ausschluß der CDU kommen werde.

Die Frage von *Scowcroft*, ob eine ähnliche Entwicklung auch in der Bundesrepublik Deutschland denkbar sei, verneinte *Chef BK*. Das Zusammengehen zwischen SPD und AL in Berlin werde für die SPD in der Bundesrepublik Deutschland einen Rückschlag mit sich bringen. Für die CDU/CSU sei eine so instabile Koalition eher ein taktischer Vorteil. Dennoch sei die CDU zu einer Großen Koalition mit der SPD im Interesse Berlins bereit.

Scowcroft dankte *Chef BK* für sein Kommen und sprach die Hoffnung auf noch engere Zusammenarbeit aus, gerade im Bereich sensibler Probleme, die man gemeinsam angehen und lösen müsse. Er stehe *Chef BK* immer zu Gesprächen zur Verfügung. *Chef BK* dankt seinerseits *Scowcroft* für die ihm am Tage der Haushaltsrede von Präsident Bush¹³ gewidmete Gesprächszeit. Er dankte für das Angebot zur Zusammenarbeit. Die Bundesregierung werde die offene und vertrauensvolle Kooperation mit den USA und der neuen Administration verstärkt fortsetzen.

BM Schäuble hat Bericht vor Abflug nicht mehr gesehen.

VS-Bd. 13041 (204)

¹³ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 9. Februar 1989 vor beiden Häusern des Kongresses zu den Zielen der neuen Regierung vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 74–81. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKA-DIENST vom 15. Februar 1989, Dokumentation, S. 1–11.

Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Präsidenten Bush**VS-vertraulich****9. Februar 1989¹**

Lieber George,

Bundesminister Dr. Schäuble, der Ihnen dieses Schreiben überbringt², ist Chef des Bundeskanzleramtes, sein Aufgabenkreis entspricht dem Ihres Chefs des Stabes, John Sununu. Ich habe ihn als meinen persönlichen Beauftragten in die USA entsandt, um Ihnen und Ihren Mitarbeitern meine persönliche Anschauung zu verschiedenen dringenden transatlantischen, aber auch insbesondere deutsch-amerikanischen Fragen darzulegen und zu erläutern. Ich würde mich sehr freuen, wenn er kurz mit Ihnen persönlich zusammentreffen und mit Ihren engsten Mitarbeitern ausführliche Gespräche führen könnte.

Für Ihr Fernschreiben vom 25. Januar 1989³ und die darin enthaltene Anregung, den bilateralen Dialog intensiv fortzusetzen, danke ich Ihnen sehr. Mir liegt deshalb so viel daran, weil ich unsere Beziehungen für sehr wichtig, für mein Land als existentiell ansehe. Ich sehe deshalb unseren nächsten Zusammentreffen beim NATO-Gipfel im Frühjahr⁴ und beim Wirtschaftsgipfel im Juli⁵ mit großem Interesse entgegen.

Ich schlage vor, daß wir unsere persönlichen Begegnungen in der zweiten Jahreshälfte, nach der Sommerpause, in Washington fortsetzen. Meiner Meinung nach wäre es für unsere gegenseitigen Beziehungen hilfreich und entspräche auch der Dichte der übrigen bilateralen Kontakte, wenn wir uns vornähmen, regelmäßig einmal im Jahr zu einem bilateralen Meinungsaustausch zusammenzutreffen.

Nicht zuletzt durch die frühzeitige Benennung von Vernon Walters als Ihren Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland haben Sie deutlich gemacht, daß Sie den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ebenfalls hohe Priorität einräumen. Dies begrüße ich sehr.

Ich habe Herrn Dr. Schäuble gebeten, Ihrer Regierung

- die bisherigen Ergebnisse unserer Bemühungen zu schildern, jede mögliche Mitwirkung deutscher Firmen am Bau und an der Inbetriebnahme der Chemieanlage „Pharma 150“ in Rabta/Libyen⁶ aufzuklären und zu ahnden,

¹ Das Schreiben wurde mit Drahtbericht Nr. 646/647 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 10. Februar 1989 übermittelt. Dazu vermerkte Ruhfus: „Als Anlage wird zur Vorabunterrichtung BM für Gespräch mit AM Baker der Text des Schreibens übermittelt, das BM Schäuble Präsident Bush übergeben hat.“

Hat dem Bereitschaftsdienst am 11. Februar 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Elbe wurde unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 11. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 12. Februar 1989 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1989.

² Bundesminister Schäuble besuchte die USA vom 8. bis 10. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37.

³ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

⁶ Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

- unsere aktuellen Maßnahmen zu einer Verschärfung unserer gesetzlichen Bestimmungen über die Ausfuhrkontrolle sensitiver Güter und zu Ihrer Einhaltung zu erläutern und
- mit Ihrer Regierung Möglichkeiten zu erörtern – auch durch internationale Zusammenarbeit –, die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieser und ähnlicher Anlagen jetzt und in Zukunft zu verhindern.

Wie Sie, Herr Präsident, wissen, ist die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt, das auf Produktion, Weitergabe und Einsatz von chemischen Waffen verzichtet hat.⁷ Meine Regierung hat nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß chemische Waffen unmenschliche Kampfmittel sind, die internationaler Ächtung bedürfen. In der Erkenntnis, daß nationale Anstrengungen allein nicht ausreichen, um die Entwicklung derartiger Waffen zu verhindern, ist meine Regierung stets, zuletzt auf der internationalen C-Waffen-Konferenz in Paris⁸, für ein weltweites Verbot dieser Waffen eingetreten. Um so mehr ist meine Regierung daran interessiert, eine Beteiligung deutscher Firmen oder Fachleute an der Herstellung chemischer Waffen zu verhindern oder diese für bereits begangene Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Wir sind hierbei zu jeder Zusammenarbeit mit Ihrer Regierung bereit. Über dieses, für unsere Zusammenarbeit so wichtige Thema hinaus ist Bundesminister Dr. Schäuble gern bereit, auch auf andere Fragen im transatlantischen Dialog einzugehen.

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie in Ihrem Fernschreiben in der offenen Weise, wie Sie unter Freunden möglich ist, die uns bewegenden Probleme im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept der NATO für Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung ansprechen und ihre Zusammenarbeit anbieten. Ich greife dieses Angebot gerne auf, weil das Thema für unsere bilateralen Beziehungen besonders wichtig ist, aber auch die Allianz insgesamt bewegt.

Die Nordatlantische Allianz begehrt – wie die Bundesrepublik Deutschland – in diesem Jahr den 40. Jahrestag. Während vier Jahrzehnten hat dieser Zusammenschluß der nordamerikanischen und der europäischen Demokratien die Freiheit und Menschenwürde sowie die Menschenrechte und die Selbstbestimmung gewahrt. Auch in Zukunft wird das Bündnis Garant unserer gemeinsamen Sicherheit bleiben. Dazu ist wie bisher die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa unverzichtbar.

Wir sollten den 40. Jahrestag meiner Meinung nach in einer Weise begehen, die der guten Tradition unseres Bündnisses würdig ist: indem wir in der Allianz Einheit und Geschlossenheit wahren und Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

⁷ Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

Anlaßlich der Unterzeichnung des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen erklärte die Bundesregierung am selben Tag, „daß sie auch im Bereich chemischer Waffen solche Kampfstoffe, auf deren Herstellung sie bereits verzichtet hat, darüber hinaus weder entwickeln, noch erwerben, noch unter eigener Kontrolle lagern wird“. Vgl. BULLETTIN 1972, S. 728.

⁸ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

Dies bedeutet, daß wir die gemeinsam in Reykjavik (1987)⁹ und in Brüssel (1988)¹⁰ entwickelten Positionen in konkrete Fortschritte umsetzen.

Ich teile Ihre Auffassung, daß wir „keine Türen zuschlagen“ sollten. Im Gesamtkonzept, das wir – so hoffe ich – beim NATO-Gipfel im Frühjahr verabschieden werden, sollten sich die zwei Elemente wiederfinden, die das Bündnis bereits in der Vergangenheit erfolgreich vereinigen konnte: Sicherheit und Rüstungskontrolle. Hierin stimme ich Ihnen lebhaft zu. Erst die Berücksichtigung beider Elemente gestattet es, unser Ziel zu erreichen, ein wirkliches Gesamtkonzept zu erarbeiten und dabei auch die Struktur des zukünftigen Nuklearpotentials der NATO in und für Europa festzulegen. Die SNF-Rüstungskontrollkomponente, wie sie in Reykjavik von den Außenministern bereits angesprochen wurde, darf dabei nicht fehlen.

Das Bündnis muß der Herausforderung, die sich aus den Entwicklungen im Warschauer Pakt ergibt, gerecht werden und sollte selbst die Tagesordnung der Rüstungskontrolle bestimmen, wie es ihm in der Vergangenheit bereits gelungen ist. Der oben skizzierte Ansatz wird dem gerecht und bietet Chancen auf Erfolg. Die Erfahrungen des Bündnisses in der Vergangenheit berechtigen zu diesem Selbstbewußtsein.

Wie die amerikanische Administration lehnt auch die Bundesregierung eine „dritte Null-Lösung“, eine Denuklearisierung Europas, ab. Ich habe das in der Vergangenheit unmißverständlich in der Öffentlichkeit festgestellt, und ich habe es gegenüber Generalsekretär Gorbatschow bei meinem Besuch in der Sowjetunion¹¹ wiederholt.

Sollte Generalsekretär Gorbatschow dennoch bei seinem bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik Deutschland¹² eine „dritte Null-Lösung“ anbieten, so werde ich sie ebenso zurückweisen, wie ich das seinerzeit gegenüber Generalsekretär Honecker tat, als er diesen Vorschlag in seinem Schreiben aus dem Jahre 1987 vorbrachte.¹³ Ich würde es natürlich sehr begrüßen, wenn ich dabei bereits auf das Gesamtkonzept des Bündnisses verweisen könnte.

Wir sollten uns aber nicht der Vorstellung hingeben, das Angebot einer „dritten Null-Lösung“ könne nur in SNF-Verhandlungen erfolgen. Es wird m. E. früher oder später gemacht werden. Gerade im Hinblick auf unsere Öffentlichkeiten würde uns eine glaubwürdige, ausgewogene SNF-Rüstungskontrollposition in die Lage versetzen, in angemessener Weise darauf zu reagieren.

⁹ Am 11./12. Juni 1987 fand in Reykjavik die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁰ Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹¹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹³ Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 12. Dezember 1987 an Bundeskanzler Kohl bzw. das Schreiben Kohls vom 23. März 1988 an Honecker vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 3 bzw. Dok. 7.

Ich habe von der Sowjetunion immer wieder einseitige Schritte gefordert, um ihr erdrückendes, soeben auch selbst eingestandenes Übergewicht in diesem Bereich abzubauen und so künftige Verhandlungen zu erleichtern. Ich erinnere daran, daß ein einseitiger Schritt von mir im August 1987 einen Beitrag zu anderen Abrüstungsverhandlungen leistete: die Entscheidung zu den deutschen PIA-Raketen im Hinblick auf die INF-Verhandlungen.¹⁴

Die Entscheidungen des Bündnisses sollten synchron und zeitgerecht getroffen werden. Der Frühjahrsgipfel erschiene mir der geeignete Moment. Um bis dahin das Gesamtkonzept erstellt zu haben, sollten wir unsere Bemühungen innerhalb des Bündnisses, aber auch bilateral, intensivieren. Aus diesem Grund begrüße ich, daß Sie der Anregung, eine kleine Gruppe hochrangiger Beamter sollte zusammentreffen, um in dieser Frage zusammenzuarbeiten, zugestimmt haben.

Ich möchte abschließend erneut das von Ihnen verwandte Bild der „offenen Türen“ aufnehmen und es ausdrücklich auf die transatlantischen Beziehungen insgesamt und einige der sich dabei ergebenden Problemfelder projizieren.

- Im Hinblick auf das Vorhaben eines europäischen Binnenmarktes sind gerade wir Deutsche es, die sich – nicht zuletzt aus eigenem Interesse – für den freien Welthandel und gegen Protektionismus einsetzen. Dies werden wir auch weiterhin im Dialog der Sieben beim Wirtschaftsgipfel, bei den Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde¹⁵ und selbstverständlich auch innerhalb der Gremien der EG tun.

Protektionismus kann uns allen nur schaden, insbesondere aber uns Deutschen, die wir die führende Exportnation der Welt sind.

- Die Herbst-Tagung der NATO im vergangenen Jahr¹⁶ hat deutlich gemacht, daß alle Bündnispartner davon überzeugt sind, daß sie alle gleichgewichtig an den Aufgaben, Risiken und Verantwortlichkeiten des Bündnisses teilhaben sollten. Die Bundesregierung nimmt diesen Fragenkreis und die amerikanischen Anliegen sehr ernst. Sie läßt sich bei ihren Überlegungen davon leiten, daß eine gerechte Lastenverteilung zu einer Verbesserung der westlichen Verteidigungsfähigkeit und nicht zu einer Schwächung des Zusammenhalts im Bündnis führen sollte.

Ich sehe mit großem Interesse dem Bericht entgegen, den mir Bundesminister Dr. Schäuble von seiner USA-Reise und seinen Gesprächen erstatten wird.

Mit freundlichen Grüßen

[Helmut Kohl]

VS-Bd. 14153 (010)

¹⁴ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

¹⁵ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 6.

¹⁶ Die NATO-Ministerratstagung fand am 8./9. Dezember 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31 bzw. S. 104–109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 86–92. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Gröning

201-363.31/1-131/89 VS-vertraulich

10. Februar 1989¹

Betr.: Sitzung der Technischen Arbeitsgruppe (TAG)/Bonn Liaison Group
(BLG) am 8. Februar 1989 im BMVg;
hier: Künftige Nutzung der INF-Basen in der Bundesrepublik Deutschland

1) Unter Bezugnahme auf ein dem BMVg am 30.1. übergebenes detailliertes Planungspapier (liegt AA noch nicht vor, wird von BMVg aber übersandt) erläuterte US-Seite ihre Vorstellungen für die künftige Nutzung der bisherigen INF-Basen, die bilateral mit D und im NATO-Rahmen zu verhandeln sind. Die jetzt präsentierten US-Vorstellungen weichen von den bereits im Oktober (Sitzung am 24.10.1988²) vorgetragenen Planungen teilweise erheblich ab:

- Neu-Ulm (bisher PII): Stationierung von 2 MLRS-Artilleriebataillonen sowie eines Lance-Bataillons³ (bisher vorgesehen eine mechanisierte Infanteriebrigade).
- Heilbronn (bisher PII): 2 Transportkompanien und 1 Pionierbataillon sowie Instandsetzungseinheiten (Planung wie bisher).
- Schwäbisch-Gmünd (bisher PII): 2⁴ MLRS-Artilleriebataillone (statt wie bisheriger Vorschlag 3 MLRS-Artilleriebataillone).
- Wüschheim⁵ (bisher GLCM): mobile Radareinheit (601. Tactical Control Wing) (Planung wie bisher).

2) Aus deutscher Sicht äußerst problematisch ist die von US-Seite gewünschte Stationierung der MLRS-Werferbataillone in Neu-Ulm und Schwäbisch-Gmünd sowie vor allem des Lance-Bataillons in Neu-Ulm. Es ist damit zu rechnen, daß sich die USA für MLRS als Werfer für ein eventuelles künftiges nukleares Lance-Nachfolgemodell entscheiden. In der Öffentlichkeit könnte damit der Eindruck entstehen, daß man an diesen beiden Stationierungsarten gleich nach Abzug der PII die Grundlagen für die Einführung eines neuen Nuklearsystems schafft. Die ausschließlich konventionelle Rolle, die nach US-Auskunft den MLRS-Bataillonen in Schwäbisch-Gmünd und Neu-Ulm zugewiesen ist, löst dieses Problem nicht, zumal die amerikanische Regierung beabsichtigt, den neuen

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff vorgelegen, der Ministerialdirigent Hofstetter um Rücksprache bat.
Hat Hofstetter am 13. Februar 1989 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat Gröning um Rücksprache bat.
Hat Gröning am 13. Februar 1989 erneut vorgelegen.

² Korrigiert aus: „24.1.1988“.

³ Die Wörter „2 MLRS-Artilleriebataillonen“ und „Lance-Bataillons“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Neu? Wo bisher?“
Vortragender Legationsrat Gröning vermerkte dazu am 13. Februar 1989 handschriftlich: „MLRS: neu“ bzw. „Lance: Hanau/Gießen“.

⁴ Diese Zahl wurde von Vortragendem Legationsrat Gröning gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „1“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „MLRS: neu“.

⁵ Korrigiert aus: „Wüschheim“.

konventionellen Boden-Boden-Flugkörper ATACMS (Army Tactical Missiles) auf MLRS-Werfern als konventionelles Lance-Nachfolgesystem in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Denn gleichzeitig ist ATACMS auch als Nachfolgemodell für die nukleare Version der Lance im Gespräch. In dieser Situation wird es sehr schwer sein, Mißtrauen in der Öffentlichkeit, insbesondere an den gewünschten Stationierungsorten, bezüglich einer angeblichen Vorbereitung der Stationierung neuer nuklearer Flugkörper auszuschließen. Die geplante Umverlegung eines Lance-Bataillons nach Neu-Ulm erscheint aus deutscher Sicht politisch unmöglich.

3) In Absprache mit dem Vertreter des AA⁶ und des Bundeskanzleramts hat der Delegationsleiter der deutschen Seite (BMVg)⁷ der amerikanischen Seite deshalb in der Sitzung mitgeteilt, daß diese Planung für die deutsche Seite in keinem Fall akzeptabel sein könne. Sie würde das Ende der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und insbesondere des Bundesverteidigungsministers⁸ in der deutschen Öffentlichkeit bedeuten. Bereits jetzt gebe es eine erhebliche öffentliche Diskussion über die künftige Nutzung der bisherigen INF-Basen. Die deutsche Seite habe die US-Seite bereits nachdrücklich hierauf hingewiesen und im Anschluß an die Sitzung im Oktober bereits erklärt, daß die geplante MLRS-Stationierung in Schwäbisch-Gmünd nicht zumutbar sei. Der Vertreter des Bundeskanzleramts wies ferner darauf hin, daß der Bundeskanzler und der Bundesminister der Verteidigung bei der Öffentlichkeit an den Stationierungsorten im Wort seien, die politisch Verantwortlichen an den Stationierungsorten rechtzeitig an der Planung für die künftige Nutzung der INF-Basen zu beteiligen. An diesen Orten erwarte die Öffentlichkeit, daß die künftige Nutzung nicht mit nuklearen Einheiten verbunden sei, selbst wenn die Bundesregierung eindeutig klargemacht habe, daß die Basen auch künftig militärisch genutzt werden müßten. Die US-Seite müsse diese politischen Rahmenbedingungen bei ihren Planungen und Vorstellungen in Rechnung stellen.

4) Die US-Seite war von diesen Darlegungen sichtlich beeindruckt, insbesondere auch die militärischen Vertreter (USEUCOM, USAFE, USAREUR). Der amerikanische Delegationsleiter, Mr. Vargas, erklärte, er halte eine Lösung des Problems auf der Arbeitsebene nicht für möglich, und schlug vor, hierüber auf höherer Ebene zu sprechen und die Frage bei den bilateralen Gesprächen am Rande der HLG-Sitzung am 16.2.1989⁹ aufzunehmen. Er dankte für die Offenheit, mit der die deutsche Seite ihre Besorgnisse vorgetragen habe, und wies darauf hin, daß die amerikanische Planung, vor allem in Washington im Pentagon, in aller Regel nach rein militärischen Gesichtspunkten erfolge.

In einem kurzen persönlichen Gespräch im Anschluß an die Sitzung erklärte mir Mr. Vargas, daß sich die US-Botschaft in Bonn der Problematik völlig bewußt sei und dies auch weitergegeben habe. Um so wichtiger sei es gewesen, daß den militärischen Vertretern die deutschen Besorgnisse bei dieser Sitzung mit dieser Deutlichkeit nahegebracht worden seien. Hierfür sei er dankbar.

⁶ Friedrich Gröning.

⁷ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁸ Rupert Scholz.

⁹ Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 16. Februar 1989 vgl. Dok. 51, Anm. 8.

5) Das BMVg (General Naumann) beabsichtigt, die Frage am Rande der HLG bilateral mit Ron Lehman aufzunehmen.¹⁰ Hieran sollte auch der HLG-Vertreter des AA¹¹ teilnehmen.

Gröning

VS-Bd. 12227 (201)

40

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker

12. Februar 1989¹

(von BM noch nicht gebilligt)

Gespräch BM/AM Baker am 12.2.1989 (Abendessen)²

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: AM Baker; Botschafter Burt; Herr Zoellick, außenpolitischer Berater; Frau Marcuse, Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM; D 2³; LMB⁴; Herr Weber, Dolmetscher.

BM erkundigte sich nach den Grundzügen der Politik der neuen Administration.

AM Baker erwiderte, daß ein besonderes Interesse dem Friedensprozeß in Zentralamerika gelte. Man bemühe sich um eine einheitliche Politik. Hierzu bedürfe es der Mitarbeit des Kongresses, der aber wohl dazu bereit sei. Er stelle sich vor, durch eine Reihe von diplomatischen Schritten den Friedensprozeß in Zentralamerika zu fördern. Gegenwärtig gebe es keinen Durchsetzungsmechanismus. Er denke daran, einen Zeitrahmen aufzustellen, in dem die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Eine Politik von „carrots and sticks“ sollte bewirken, daß die Parteien ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Hilfe an Nicaragua sollte abhängig gemacht werden vom politischen Verhalten des Landes. Er denke an Fortschritte bei der Einräumung politischer Rechte, bei der Pressefreiheit und bei den religiösen Rechten. Insgesamt messe er dem Friedensprozeß in Zentralamerika eine wirkliche Chance bei.

Er teile diese Auffassung mit Frau Thatcher und Geoffrey Howe. Die kanadische Regierung sowie Felipe González seien bereit, den Friedensprozeß aktiv zu unterstützen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja!“

¹¹ Rolf Hofstetter.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 13. Februar 1989 gefertigt.

² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Dieter Kastrup.

⁴ Leiter des Ministerbüros war Frank Elbe.

BM führte aus, daß wir auch aufgefordert seien, am Friedensprozeß mitzuwirken. Gemeinsam mit Spanien und Kanada sei daran gedacht, Verifikationsmaßnahmen im Grenzgebiet durchzuführen.

Auf entsprechende Frage von AM Baker stellte BM fest, daß wir keine direkte Entwicklungshilfe an Nicaragua geben, sondern nur im Rahmen der EG.

Baker stellte dann fest, daß nichts veranlaßt werden dürfe, was hinter Esquipulas⁵ zurückbleibe.

Zur Zukunft von El Salvador führte AM Baker aus, daß er die Chancen für faire und freie Wahlen für sehr gut einschätzt.

Baker brachte das Gespräch auf den Fall Hamadi⁶, der in den USA immer noch ein sehr sensibles, emotionales Problem sei.

BM stellte klar, daß wir keinerlei Erpressungen nachgegeben hätten. Es gebe hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Verfahrens Kontakte zwischen den Justizbehörden, insbesondere was die Zurverfügungstellung von Beweismitteln durch die amerikanische Seite angehe. Er erinnerte daran, daß wir kürzlich einen Iraner – mit Wohnsitz in Großbritannien – an die USA ausgeliefert hätten, der Waffen und Ersatzteile gestohlen hätte.⁷ Auch der Bruder von Hamadi habe eine höhere Strafe vom Gericht erhalten, als der Staatsanwalt beantragt habe.⁸

Baker erkundigte sich, ob Hamadi als Minderjähriger oder als Erwachsener verurteilt werde.

BM Genscher führte aus, daß das allein Sache des unabhängigen Gerichtes sei, daß aber die Art, wie das Gericht den Prozeß führe, nicht dafür spreche, daß er als Minderjähriger verurteilt werden würde.

⁵ Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

⁶ Am 13. Januar 1987 wurde der libanesische Staatsangehörige Mohammed Ali Hamadi in Frankfurt am Main verhaftet, der Sprengstoff und gefälschte Ausweispapiere mit sich führte. Daraufhin wurden am 17. Januar 1987 der Mitarbeiter der Hoechst AG, Cordes, und in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar 1987 der Mitarbeiter der Siemens AG, Schmidt, in Beirut entführt. Die Entführer forderten die Freilassung Hamadis. Am 24. Juni 1987 entschied die Bundesregierung, einem Auslieferungsersuchen der USA wegen des Verdachts der Beteiligung Hamadis an der Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft TWA am 14. Juni 1985 nicht stattzugeben und ihn in der Bundesrepublik anzuklagen. Schmidt wurde von den Entführern am 7. September 1987 freigelassen. Die Freilassung von Cordes erfolgte am 12. September 1988. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 9, Dok. 20, Dok. 107 und Dok. 153, sowie AAPD 1987, II, Dok. 195 und Dok. 249, ferner AAPD 1988, I, Dok. 80 und Dok. 94, sowie AAPD 1988, II, Dok. 223 und Dok. 247.

⁷ Vortragender Legationsrat Wentzel vermerkte am 16. Juni 1988, am 8. Mai 1988 sei der zur internationalen Fahndung ausgeschriebene iranische Staatsangehörige Saeid Asefi Inanlou am Hamburger Flughafen festgenommen worden: „Gegen ihn liegt ein amerikanischer Haftbefehl vor, in dem ihm unter anderem vorgeworfen wird, unter Umgehung gesetzlicher Verbote Kriegsmaterial, darunter Anleitungen, Diagramme und Ausrüstungsteile für F-14-Kampfflugzeuge, an den Iran verschifft zu haben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154166.

Ministerialdirektor Schlagintweit notierte am 22. November 1988, die iranische Seite habe den Fall Inanlou „wiederholt und dringend“ angesprochen. Sie sei sehr daran interessiert, daß Inanlou nicht an die USA ausgeliefert werde: „Das iranische Interesse rührt offensichtlich daher, daß Inanlou seine Straftaten in amtlichem iranischen Auftrag begangen haben dürfte.“ Das von ihm beschaffte Material habe der Iran während des irakisch-iranischen Krieges dringend benötigt. Vgl. Referat 311, Bd. 154166.

Am 19. Dezember 1988 teilte Schlagintweit dem iranischen Botschafter Mostafavi mit, daß die Bundesregierung entschieden habe, Inanlou an die USA auszuliefern. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel vom selben Tag; Referat 311, Bd. 154166.

⁸ Nach seiner Festnahme am 26. Januar 1987 in Frankfurt am Main wurde Abbas Ali Hamadi, Bruder von Mohammed Ali Hamadi, am 19. April 1988 in Düsseldorf wegen Beteiligung an der Entführung der deutschen Staatsangehörigen Rudolf Cordes und Alfred Schmidt im Januar 1987 im Libanon zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt.

Botschafter *Burt* warf ein, daß im Falle einer Verurteilung als Minderjähriger die gesetzlich zulässige Höchststrafe zehn Jahre betrage. Folge man der deutschen Gerichtspraxis, würde der Strafraum wahrscheinlich noch unterschritten.

BM wies auf die Unabhängigkeit des Gerichtes hin. Niemand habe an diese Frage zum Zeitpunkt der Verhaftung und während des Ermittlungsverfahrens gedacht. Diese Frage sei erst im Prozeß hochgekommen.

Baker stellte die Frage, ob man für den Fall, daß das Gericht Hamadi als Minderjährigen verurteilen werde, die Auslieferungsfrage erneut überdenken könne.

BM Genscher hielt das kaum für möglich. Die Staatsanwaltschaft könne jedoch in die nächste Instanz gehen, zumal sie Hamadi als Erwachsenen angeklagt habe.

Baker fragte erneut nach, ob wir uns mit zehn Jahren zufriedengeben würden oder ob wir ihn vielleicht doch nicht ausliefern könnten. Er aber wolle in dieser Frage nicht drängen und nicht jetzt eine Antwort haben.

BM wies erneut darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft wohl in die nächste Instanz gehen würde. Man dürfe jetzt nicht diese Frage zu einem öffentlichen Punkt machen, weil sonst der Eindruck entstehe, daß das Gericht in seiner Entscheidung nicht unabhängig sei.

Baker stimmte zu, daß diese Frage jetzt nicht zu einem öffentlichen Thema gemacht werden würde. Er fragte jedoch, ob irgendwelche rechtlichen Hindernisse bestünden, Hamadi nach rechtskräftiger Verurteilung auszuliefern.

BM stellte fest, daß er die Frage nicht definitiv beantworten könne, er werde sie jedoch prüfen.

Baker schnitt die Tätigkeiten der syrischen PFLP an.

BM erklärte sich bereit, mit den Syrern zu sprechen, und bat um ein entsprechendes Papier.

Botschafter *Burt* wies auf die Verwicklung der Syrer in den Flugzeugabsturz der PanAm⁹ hin. Es gebe Indizien, insbesondere die Art des plastischen Sprengstoffes, die auf eine Beteiligung der Syrer schließen ließen.

AM Baker wies darauf hin, daß sich noch zwei von den ursprünglich in Frankfurt verhafteten Syrern in Haft befänden, dies seien sehr wichtige Mittelsmänner.

BM erkundigte sich nach dem Schicksal der amerikanischen Geiseln.

AM Baker sagte, es gebe keine Veränderungen. Die USA unterhielten gewisse Kontakte zu einigen Gruppen, allerdings keinerlei Kontakte mit iranischen Regierungsstellen. Es gebe zwar im Iran einige, die reden wollten, die jedoch die Geiselfrage in unakzeptabler Weise mit anderen Punkten verknüpften. Dies gelte für das in den USA eingefrorene iranische Vermögen.¹⁰

⁹ Zum Anschlag auf Flug 103 der PanAm über der schottischen Stadt Lockerbie am 21. Dezember 1988 vgl. Dok. 24, Anm. 7.

¹⁰ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 27. April 1989, er sei im amerikanischen Außenministerium über die amerikanisch-iranischen Beziehungen informiert worden. Von zentraler Bedeutung sei weiterhin die Frage der amerikanischen Geiseln im Libanon, die durch „völlige Stagnation“ gekennzeichnet sei: „Daß iranische Seite über erheblichen Einfluß bei mindestens einigen der US-Geiseln verfüge, habe sie selbst immer wieder – ,bekanntlich auch in Gesprächen mit der deutschen Seite‘ – mehr oder minder klar zugegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1866; Referat 221 (204), Bd. 179535.

BM erinnerte daran, daß er *AM Shultz* in Brüssel¹¹ ein Papier übergeben habe. Der deutsche Botschafter in Teheran¹² habe nach einem Gespräch im iranischen Außenministerium der US-Vertretung eine Nachricht zukommen lassen. Offensichtlich seien die Iraner bereit, die Geiselfrage ohne Bedingung diskutieren zu wollen. Aber sie wollten auch noch anderes regeln. Er halte nach wie vor das für relevant, was in dem Papier stehe, das er Außenminister Shultz übergeben habe. Es sei schwierig einzuschätzen, was im Iran vor sich gehe. Es gebe innere Auseinandersetzungen. Er habe den Eindruck, daß einige das internationale Ansehen des Iran durch Interventionen in der Geiselfrage verbessern wollten. Er könne nicht beurteilen, wie weit ein solcher Einfluß gehe. Bemerkenswert sei jedoch gewesen, daß im Fall der Freilassung der deutschen Geisel Cordes uns die Iraner bereits fünf Wochen vorher den genauen Tag der Überstellung mitgeteilt hätten. Sie verfolgten mit dieser Politik offensichtlich eine Art „Goodwill“-Aktion. Wir hätten klargemacht, daß wir für die Befreiung der Geiseln keinerlei Bedingungen akzeptieren würden.

Baker stellte fest, daß er die Bemühungen von *BM Genscher*, das Hormonproblem¹³ zu lösen, sehr schätze.

BM Genscher sagte, er wolle in aller Offenheit feststellen, daß man in der Frage der Handelspolitik sehr vorsichtig sein müsse, um Spannungen nicht erst entstehen zu lassen. Deutschland sei mit Großbritannien und mit den Niederlanden auf einer Linie. Wir könnten am allerwenigsten Handelsauseinandersetzungen mit den USA gebrauchen. Bei der Schaffermahlzeit in Bremen¹⁴ habe er auf die weltwirtschaftliche Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft und der USA hingewiesen. Es dürfe keine handelspolitische Eskalation geben.

AM Baker stimmte nachdrücklich zu. Es gebe in den USA eine große Nervosität im Hinblick auf das Jahr 1992¹⁵, allerdings nicht so sehr bei der Regierung. Er schlug vor, gemeinsam nach Wegen zu suchen, um Konsultationsmechanismen für die Zukunft zu finden. Dies sei insbesondere im Hinblick auf die Erarbeitung von Normen durch die Europäische Gemeinschaft erforderlich.

BM Genscher machte drei grundsätzliche Bemerkungen:

- 1) Es sei das Schicksal der EG, innen unterschätzt und draußen überschätzt zu werden.
- 2) Es habe dieselbe Diskussion bei der Gründung der EG als Zollgemeinschaft gegeben; damals seien jedoch die gemeinsamen Außenzölle niedriger als zuvor ausgefallen, die Binnenzölle seien ganz weggefallen.
- 3) Ein amerikanischer Exporteur werde davon profitieren, daß er sich nicht mehr mit mehreren Normen – drei, fünf, sieben oder sogar zwölf – herumschlagen

¹¹ In Brüssel fand am 8./9. Dezember 1988 die NATO-Ministerratstagung statt. Für den Wortlaut des Communiqués sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 29–31 bzw. S. 104–109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 86–92. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 361 und Dok. 362.

¹² Armin Freitag.

¹³ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 32, Anm. 15.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher bei der „Schaffermahlzeit“ am 10. Februar 1989 im Rathaus zu Bremen vgl. BULLETIN 1989, S. 142–145.

¹⁵ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

müsse, sondern in Zukunft nur noch mit einer. Dies sei ein wesentlicher Vorteil. Niemand sei mehr auf Offenheit im Welthandel angewiesen als wir. Der Gedanke einer Festung Europas wäre wirtschaftlicher Selbstmord.

AM *Baker* verwies auf die Gefahren der Protektionismusdebatte in den Vereinigten Staaten.

BM *Genscher* stellte fest, daß die deutschen Exporte zurückgehen. Im übrigen sei er schon ein Bekehrter. Wir wüßten ganz genau, daß sich niemand mehr schaden würde als die EG selbst, wenn sie sich abschüsse. Dies gelte sowohl im Verhältnis zu den USA als auch im Verhältnis zu den Staaten der EFTA.

AM *Baker* schnitt das Gipfeltreffen der NATO¹⁶ an. Er verwies darauf, daß Gorbatschow im Juni nach Bonn¹⁷ kommen wolle. Präsident Bush würde es bevorzugen, wenn der NATO-Gipfel in den beiden letzten Wochen im Mai in Brüssel stattfinden könnte. Frau Thatcher sei damit einverstanden, wolle aber das Frühjahrstreffen der NATO-Außenminister im Juni nach London holen.

BM *Genscher* sagte, daß wir den NATO-Gipfel vor dem Besuch von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik haben wollten.

AM *Baker* schnitt das Thema Gesamtkonzept an, das Gegenstand der Gespräche mit Graf Lambsdorff¹⁸ und BM Schäuble¹⁹ gewesen sei. Die amerikanische Seite habe das bekannte Problem mit dem Kongreß. Es müsse jetzt darum gehen, eine Formel zu finden, bevor der NATO-Gipfel in Brüssel stattfinde.

Die Modernisierungsfrage dürfe nicht zu einer großen Angelegenheit werden. Er hoffe, daß man im Anschluß an das Gespräch mit dem Bundeskanzler morgen²⁰ eine Erklärung abgeben könne, daß die Bundesregierung ihre Auffassung im Hinblick auf ihre frühere Entscheidung nicht geändert habe.

BM empfahl, sich das Problem einmal genau anzuschauen. Uns gefalle nicht, daß die Frage der Modernisierung zu einer Testfrage unserer Bündnistreue hochgespielt werde. Er habe am Mittwoch auf einer politischen Veranstaltung²¹ mit einem 18-jährigen diskutiert, der bald sein Abitur machen und danach Soldat sein werde. Dieser junge Mann habe ihm gesagt, daß er natürlich seine 18 Monate Wehrdienst leisten werde, obwohl es ihm lieber gewesen wäre, nur 15 Monate leisten zu müssen. Er habe ihm jedoch die Frage gestellt, warum seine gleichaltrigen Freunde in den USA und dem Vereinigten Königreich früher ins Berufsleben treten könnten, weil es dort keine Wehrpflicht gebe.

BM fuhr fort, daß sich niemand vorstellen könne, daß wir hieraus jemals eine Testfrage machen würden. In Amerika wären die Wahlen verloren worden, wenn

¹⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁸ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 5.

¹⁹ Bundesminister Schäuble hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

²⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 13. Februar 1989 vgl. Dok. 41.

²¹ Zu den Veranstaltungen des „Politischen Aschermittwochs“ am 8. Februar 1989 vgl. den Artikel „Waigel klagt in Passau über Fehler und Defizite der Bonner Politik“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Februar 1989, S. 1 f.

man die Einführung der Wehrpflicht fordere. Jedes Land habe eben seine Probleme. Freunde sollten sich nicht gegenseitig Schwierigkeiten machen.

Baker stellte fest, daß er keineswegs die Modernisierung zu einer Testfrage machen wolle.

BM erwiderte, daß er dies wisse und daß dies auch niemals von George Shultz so gesehen worden sei.

AM Baker erklärte, daß er behilflich sein wolle, das Problem zu lösen.

BM wies auf die Modernisierung der nuklearen Artillerie hin. Diese sei zur rechten Zeit erfolgt. In Reykjavik habe es einen Beschluß zu SNF-Verhandlungen gegeben.²² Diese seien für uns von besonderer Wichtigkeit, da wir wie kein anderes Land unter der Bedrohung durch sowjetische Kurzstreckenwaffen stünden. Die NATO besitze 88 Systeme mit etwa 700 Raketen. Ihr stünden 1350 sowjetische Systeme gegenüber. Es müsse darum gehen, die Überlegenheit der Sowjetunion in diesem Bereich durch Verhandlungen abzubauen. Daher seien Rüstungskontrollverhandlungen für uns mit dem in Reykjavik beschlossenen Ziel, nämlich Reduzierungen, die zu gleichen Obergrenzen führen, besonders wichtig. In Reykjavik sei das Nachfolgesystem für die Lance nicht diskutiert worden. Ein von Großbritannien entwickelter Begriff, nämlich die Errichtung einer Brandmauer gegen Verhandlungen, habe die Probleme geschaffen, vor denen wir jetzt stehen. Auf dem NATO-Gipfel 1988²³ habe man sich geeinigt, daß die Streitkräfte auf dem gebotenen Stand gehalten werden müssen, wo dies erforderlich ist. Graf Lambsdorff habe bei seinen Gesprächen in Washington darauf hingewiesen, daß erst 1991/92 ein Entscheidungsbedarf bestehe. Für uns sei wichtig, daß diese Regierung bleiben müsse. 1982 habe sich ein schwieriger Regierungswechsel vollzogen.²⁴ Wir seien der Meinung, daß die gegenwärtige Regierung für eine lange Zeit im Amt bleiben müsse. Dies sei wichtig für die Allianz und für die Kohäsion des Bündnisses. Der Bundeskanzler habe in seinem Interview in der *Financial Times*²⁵ festgestellt, daß die Entscheidung für die Modernisierung 1991/92 getroffen werden soll. Es werde eine Gelegenheit geben, das morgen mit ihm zu besprechen.

In dem Telefongespräch, das der Bundeskanzler mit Präsident Bush geführt hat²⁶, und in dem Brief von Präsident Bush an den Bundeskanzler²⁷ sei die

²² Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

²³ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

²⁴ Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die der FDP angehörenden Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. September 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

²⁵ Für das Interview des Bundeskanzlers Kohl vgl. den Artikel „A Chancellor for all seasons“; FINANCIAL TIMES vom 10. Februar 1989, S. 14.

²⁶ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

²⁷ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

Bildung einer bilateralen Gruppe von hochrangigen Beamten vorgeschlagen worden. Es wäre gut, wenn diese Gruppe sich des Problems annehmen würde. An unserer Zuverlässigkeit²⁸ und Standhaftigkeit gebe es keinen Zweifel, obwohl einige in den USA seine Standhaftigkeit in Frage stellten. Er habe den Beweis der Standhaftigkeit bereits hinter sich gebracht, andere hätten ihn noch vor sich. Dies gelte nicht nur für seine Haltung bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses²⁹, er rede von mehr. Er habe 1952 seine Heimat in der DDR verlassen müssen, was ihm eine schwere Entscheidung abgefordert habe. Er sei frei davon, irgendwelche Illusionen über den Kommunismus zu haben. Er bedürfe auch keiner Nachhilfestunde in Standhaftigkeit. Er glaube, daß, wenn der Westen so geschlossen zusammenstehe, wie er das auf dem Wiener Folgetreffen³⁰ in bezug auf die Verhandlungen über die konventionelle Stabilität getan habe, würden die in Wien im März beginnenden Verhandlungen³¹ einen positiven Verlauf nehmen.³² Diese Verhandlungen seien wichtig, denn wir bräuchten Vereinbarungen, damit die einseitigen Schritte der Sowjets nicht rückgängig gemacht werden können.

BM erkundigte sich danach, ob AM Baker beabsichtige, AM Schewardnadse in Wien zu treffen.

AM *Baker* erwiderte, daß er Schewardnadse wohl kurz am Rande der Konferenz treffen würde, daß aber die Substanzfragen einem späteren Zusammentreffen in Moskau³³ vorbehalten bleiben sollten.

Auf das Thema Gesamtkonzept zurückkommend, stellte Baker fest, daß wir hart daran arbeiten müßten, um für den Gipfel im Mai ein Ergebnis vorzeigen zu können.

BM schlug vor, diese Fragen im engen Kontakt mit den USA zu lösen. Er wolle noch einmal darauf aufmerksam machen, daß wir das Land seien, wo die Lance stationiert sind.

Auf entsprechende Frage von BM nach der Einschätzung der Lage in Nahost sagte *Baker*, daß die neue Administration aktiv sein wolle, aber keine voreiligen Schritte unternehmen werde. Israel befände sich zur Zeit in einer defensiven Lage. Eine internationale Konferenz würde gegenwärtig keine Ergebnisse hervorbringen. Die USA hätten nicht vor, ihre Kontakte mit der PLO abzubreaken.³⁴ Shamir habe als Regierungschef einer Koalitionsregierung wenig Spielraum. Das

²⁸ Korrigiert aus: „An unser Zuverlässigkeit“.

²⁹ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

³⁰ Zur dritten KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7 und Dok. 21.

³¹ Die VKSE begannen am 9. März 1989. Vgl. dazu Dok. 74.

³² So in der Vorlage.

³³ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

³⁴ Der amerikanische Präsident Reagan gab am 14. Dezember 1988 die Aufnahme eines Dialogs mit der PLO bekannt. Außenminister Shultz benannte am selben Tag den amerikanischen Botschafter in Tunis, Pelletreau, als Gesprächsführer. Ein erstes Treffen zwischen Pelletreau und einem Vertreter der PLO fand am 16. Dezember 1988 in Tunis statt. Für den Wortlaut beider Erklärungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2143, S. 51–53. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 370.

Schlimmste, was jetzt passieren könnte, wäre, eine politische Initiative zu ergreifen, die dann in sich zusammenbreche.

BM stellte fest, daß er nicht die Absicht gehabt habe, *AM Baker* zu drängen. Die Bundesrepublik Deutschland unterhalte ein spezielles Verhältnis zu Israel. Auf der anderen Seite trügen wir die Nahostpolitik der EG mit. Wir hielten uns aber aus historischen Gründen nicht für berechtigt, Israel Lektionen zu erteilen, wie es sich zu verhalten habe. Er sage natürlich in Gesprächen mit Shamir und Peres seine Einschätzung der Situation; dies sei die Grundlage der Freundschaft zu beiden. Unter den Europäern hielten wir uns jedoch zurück mit den Kontakten zur PLO. Während der deutschen EG-Präsidentschaft³⁵ habe er das Kunststück vollbracht, kein Treffen mit der PLO zu haben.

BM führte dann aus, daß es erforderlich sei, einmal grundsätzlich die Philosophie der EG zu erläutern, weil man dann manches verstehe, was in Europa vor sich gehe. Er wolle dies ausdrücklich nicht unter dem Gesichtspunkt der Handelsbeziehungen darstellen, sondern die Bedeutung des Prozesses der politischen, der wirtschaftlichen und währungspolitischen Einigung für ganz Europa hervorheben.

Anfang der 80er Jahre habe Nußbaum in seinem Buch „Decline of Europe“ Sorgen in den USA geweckt, wie es mit Europa weitergehen würde. Diese pessimistische Einschätzung habe sich auch auf die Staaten Osteuropas übertragen. In den Augen der sozialistischen Führer habe Westeuropa einen ziemlich niedrigen Stellenwert erhalten. Die alten Männer im Kreml seien wohl der Auffassung gewesen, daß der Kapitalismus doch noch – zumindest in Europa – zusammenfallen könne. Heute sei Europa jedoch attraktiv. Die Reformprozesse in Ungarn, Polen und auch teilweise in der Sowjetunion seien auch darauf zurückzuführen, daß das Einigungsbestreben der Westeuropäer eine große Attraktivität entfaltet habe. Europas Einigung werde in den sozialistischen Staaten als das Modell der Freiheit begriffen. Dieses Modell entfalte mehr und mehr Wirkung für die sozialistischen Staaten. Man solle sich aber auch die Frage stellen, was die Einigung Europas für uns Deutsche bedeute. Mit jedem Schritt Europas würden wir Deutsche immer stärker in das gemeinsame Europa integriert. Auf die in den USA gestellte Frage, „Wo wollen die Deutschen hin?“, sei die Antwort einfach: noch mehr in die Europäische Gemeinschaft, noch mehr in die freie Welt. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland seien ganz verlässliche Partner im Bündnis. Zugegebenermaßen hätten die Tiefflüge eine verständliche Diskussion ausgelöst, weil sie über Wohngebieten stattfinden. Am sicherheitspolitischen Grundkonsens der Bevölkerung habe sich jedoch nichts geändert. Kein Land verfüge über eine vergleichbar lange Wehrpflichtzeit, und kein Land habe eine so hohe Konzentration nuklearer Waffen pro Quadratkilometer. Er sage das, weil er die wirklichen Gefühle der Bevölkerung kenne. Er wisse, was in diesem Lande vor sich gehe.

AM Baker erwiderte, daß er dies verstehe. Es gehe hier jedoch jetzt darum, daß man die Sowjets herumbekommt (to bring them around). Dazu sei erforderlich, daß Waffensysteme auf dem gebotenen Stand gehalten werden. Dann könne man erfolgreich in Verhandlungen gehen. Dies seien die Lehren aus Afghanistan³⁶

³⁵ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

³⁶ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

und dem INF-Abkommen³⁷. Er sei der Meinung, daß kein Potential gegeben sein dürfte, das den bevorstehenden Gipfel belaste. Allerdings möchte er auch auf den langen Vorlauf im Kongreß aufmerksam machen. Er selbst wisse, daß dieses Argument wenig Gewicht habe. Andererseits könne man jedoch nicht bis 1991/92 warten. Les Aspin habe sich zwar anders geäußert. Er verstehe jedoch dieses Problem nicht.

AM Baker schnitt dann eine internationale Umweltschutzkonferenz an, die am 11. März 1989 auf Initiative der französischen Regierung in Den Haag stattfinden werde.³⁸ Er sei besorgt, daß hier das Modell einer supranationalen Umweltschutzagentur verfolgt würde. Die USA seien bisher nicht eingeladen.

BM Genscher stellte fest, daß ihm dieses Konferenzprojekt unbekannt sei. Er werde die Frage prüfen. Er habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß die neue Administration sich verstärkt mit Umweltschutzfragen und dem Problem des Ozonlochs befassen wolle. Dieses entspreche auch seinen Interessen.

AM Baker bestätigte, daß Umweltschutzfragen ein zusätzliches Gewicht erhalten würden. Es sei auch daran gedacht, in den sowjetisch-amerikanischen Konsultationen als zusätzliche Themen den Umweltschutz, die Bekämpfung des Terrorismus und die Drogenkriminalität aufzunehmen.

Gegen Ende des Gesprächs lud BM AM Baker zur Teilnahme an der Konferenz des IEWSS in Frankfurt im Oktober 1989 ein.³⁹

AM Baker sagte, daß er diese Frage prüfen wolle.

Referat 010, Bd. 178931

³⁷ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

³⁸ Referat 433 vermerkte am 21. Februar 1989, auf Einladung der Ministerpräsidenten Brundtland (Norwegen), Lubbers (Niederlande) und Rocard (Frankreich) werde am 11./12. März 1989 in Den Haag eine als „Initialzündung“ gedachte Konferenz der Regierungschefs „mittelgroßer Staaten“ stattfinden. Die UdSSR, die USA und die Volksrepublik China seien bewußt nicht eingeladen worden. Die Konferenz solle eine Deklaration verabschieden. Diese ziele „auf die Einrichtung einer multilateralen Behörde mit weitgehenden Einwirkungsmöglichkeiten in den Mitgliedstaaten. Es soll zum Schutz der Erdatmosphäre neues Völkerrecht geschaffen werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168589. In der Presse wurde berichtet: „Unter Hinweis auf die Gefahren, die der Erdatmosphäre vor allem durch ihre Erwärmung (Treibhauseffekt) und durch die Zerstörung der Ozonschicht drohen, plädieren die Konferenzteilnehmer in einer von ihnen unterzeichneten ‚Haager Erklärung‘ zu diesem Zweck für einen neuen Ansatz für die Lösung der als ‚vital, dringend und global‘ bezeichneten Probleme durch die ‚Entwicklung neuer Prinzipien des Völkerrechts‘ einschließlich eines neuen wirkungsvolleren Entscheidungs- und Durchsetzungsmechanismus.“ Vgl. den Artikel „Umweltgipfel will Atmosphäre schützen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1989, S. 6. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 476f.

³⁹ Die Jahreskonferenz des Institute for East West Strategic Studies wurde von Bundesminister Genscher am 19. Oktober 1989 in der Paulskirche in Frankfurt am Main eröffnet und fand bis zum 21. Oktober 1989 statt. Unter anderem nahm der amerikanische Handelsminister Mosbacher an ihr teil. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Citron vom 23. Oktober 1989; Referat 213, Bd. 147107.

41

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Außenminister Baker

VS-NfD

13. Februar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit US-Außenminister James A. Baker²
Bonn, 13. Februar 1989, 17.15 Uhr–19.00 Uhr

Der Bundeskanzler empfängt US-Außenminister Baker zu einem knapp zwei-
stündigen Gespräch, an dem teilnehmen

auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer;
MDg Dr. Hartmann; VLR I Dr. Kaestner (Note-taker);

auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt; Assistant Secretary im US-Verteidi-
gungsministerium, Lehman; Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Frau
Ridgway; Counselor Zoellick; Leiter des Planungsstabes Ross; Pressesprecherin
Frau Tutwiler; Botschaftsrat Grobel (Note-taker)

sowie Dolmetscher beider Seiten.

Der *Bundeskanzler* begrüßt Außenminister Baker aufs herzlichste: Er freue sich
und wisse zu würdigen, daß AM Baker kurz nach Amtsübernahme nach Europa
gekommen sei. Er hoffe auf lange, intensive, gute und freundschaftliche Zu-
sammenarbeit. Mit Präsident Bush sei er seit Jahren freundschaftlich verbunden
und wisse wohl zu schätzen, daß dieser am Tage nach seiner Amtseinführung
ihn – den Bundeskanzler – angerufen habe.³ Er – der Bundeskanzler – verfolge
mit großer Sympathie, was Präsident Bush sich in der sozialen Dimension seines
schweren und verantwortungsvollen Amtes vorgenommen habe. Er bitte, Prä-
sident Bush und Frau Bush aufs herzlichste zu grüßen.

Auch mit Außenminister Baker wolle er den direkten und freundschaftlichen
Kontakt fortsetzen, den er mit dessen Amtsvorgänger⁴ unterhalten habe. Dies sei
angesichts des wichtigen Zeitabschnitts, der in den nächsten vier Jahren vor uns
liege, von größter Wichtigkeit. In der Welt veränderten sich viele Dinge: das
West-Ost-Verhältnis; Europa, das bis 1992 den Binnenmarkt vollenden werde;
Lateinamerika, Asien und Afrika. Dies erfordere ständige, enge, intensive Ab-
stimmung.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundes-
kanzleramt, am 14. Februar 1989 gefertigt und am 20. Februar 1989 „zur Unterrichtung des Herrn
Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt.

Hat Bächmann am 20. Februar 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Schauer am 21. Februar 1989 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 201
verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, den Vortragenden Legationsräten Gröning und
von Morr sowie Legationsrat I. Klasse Haller vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 201,
Bd. 151172.

² Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise vom 12. bis 14. Fe-
bruar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 40.

³ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am
23. Januar 1989 vgl. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>. Vgl. dazu auch BULLETIN 1989, S. 68.

⁴ George P. Shultz.

Zum deutsch-amerikanischen Verhältnis wolle er eine sehr persönliche Bemerkung voranstellen: Er sei Zeit seines politischen Lebens leidenschaftlicher Vorkämpfer einer engen, freundschaftlichen, partnerschaftlichen Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA gewesen und werde es bleiben. Von dieser als richtig erkannten Position lasse er sich auch nicht durch gewisse Journalisten abbringen. Vor 20 Jahren, auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges, sei er als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz öffentlich der Stimmung „Ami go home“ entgegengetreten.

AM Baker kenne ihn aus früheren Gesprächen und wisse, daß dies auch für die Zukunft seine Position sein werde.

Für die Bundesrepublik Deutschland liege keine Alternative in den Beziehungen zu Frankreich, die wir so intensiv wie möglich gestalten wollten – unsere Politik sei nicht das Entweder-Oder, sondern das Sowohl-Als-auch! Die Freundschaft mit den USA und die zu Frankreich seien komplementär.

Es gebe keinen Ersatz für die NATO, keinen „dritten Weg“, kein „Wandern zwischen den Welten“.

Gerade deshalb sei es wichtig, daß das Vertrauen erhalten bleibe. Dies könne man nicht in Besprechungen beschließen, es müsse vielmehr in Jahren wachsen und sich bewähren. Außenminister Baker wisse auch, daß er – der Bundeskanzler – seit seiner Amtsübernahme 1982 von östlicher Seite gerade wegen seiner pro-amerikanischen Haltung immer wieder als der Feind schlechthin bezeichnet worden sei – aber auch dadurch lasse er sich von der richtigen Politik nicht abbringen.

Freundschaftliche Beziehungen müßten sich auch in Zeiten der Belastung beweisen. Er wolle seine persönliche Betroffenheit nicht verschweigen über das, was in einem Teil der öffentlichen Meinung in den USA – und dazu zählten ernsthafte Vertreter der Gesellschaft, auch der Politik – über uns geschrieben und diskutiert worden sei, und dies in einer Zeit, in der er die Beibehaltung des Gesetzes über Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate durchgesetzt⁵ und damit unsere Bündnistreue bewiesen habe. Wenn man dann in diesen Diskussionen das genaue Gegenteil höre, sei dies vielleicht auch sein Schaden – auf jeden Fall aber ein Schaden der deutsch-amerikanischen Allianz insgesamt. Dies solle man sich gegenseitig ersparen. Er sei sehr erfreut, daß die Bundesminister Stoltenberg⁶, Haussmann⁷ und Schäuble⁸ sowie FDP-Vorsitzender Graf Lambsdorff⁹ von ihren Gesprächen mit der Administration berichtet hätten, daß man sich alle Mühe geben wolle, in dieser Richtung positiv zu wirken.

In Fragen der Verteidigung – so der Bundeskanzler weiter – seien wir in einer völlig anderen Lage, als viele unserer amerikanischen Freunde, auch im Kongreß,

⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210. Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁶ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 7.

⁷ Bundesminister Haussmann besuchte die USA vom 1. bis 5. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 32, Anm. 21.

⁸ Bundesminister Schäuble hielt sich vom 8. bis 10. Februar 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

⁹ Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff besuchte die USA vom 31. Januar bis 9. Februar 1989. Vgl. dazu Dok. 37, Anm. 5.

sich dies vorstellten. In der Bundesrepublik Deutschland lebten 900 000 Soldaten mit allem, was an militärischen Aktivitäten und Belastungen dazugehöre. Dazu sage er ein klares „Ja“ – Freiheit sei nicht zum Nulltarif zu haben. Aber er wolle AM Baker bei einem baldigen Besuch in seinem Haus, zu dem er ihn herzlich einlade, auch seine engere Heimat zeigen: Es gebe keinen Platz in der Welt, weder in der Sowjetunion noch in den USA, wo eine derartige Truppenpräsenz zu verzeichnen sei. Er wolle auch hinzufügen, daß man Piloten zwar in Kanada ausbilden könne, aber Tiefflugübungen hierzulande haben müsse. Andererseits möge sich AM Baker Long Island mit seiner Länge von 220 km vorstellen – dies sei die Breite der Bundesrepublik Deutschland, und in dieser Dimension bewegten sich 900 000 Soldaten mit all ihrem Gerät. Die Notwendigkeit dieser Präsenz, dieser Übungsaktivitäten und der Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate müsse er jungen Bürgern erklären, die natürlich im Fernsehen auch Bilder wie die vom Empfang GS Gorbatschows in Washington¹⁰ sähen und deshalb fragten, warum dies alles noch nötig sei. Er – der Bundeskanzler – stelle fest: Diese Überzeugungsarbeit sei schwieriger geworden, und der Verteidigungsminister¹¹ habe heute einen besonders schwierigen Stand. Er bitte die amerikanischen Freunde, daran zu denken, daß unsere psychologische Situation schwieriger als anderswo ist.

PM Thatcher sei mit der doppelten Null-Lösung die in Großbritannien stationierten Raketen los – wenn sie nun über eine „Brandmauer“ nachdenke, so sei es für sie leichter als für ihn, den Bundeskanzler. Denn es gehe um Deutsche hier und drüben.

AM Baker – so der Bundeskanzler weiter – könne darauf vertrauen, in ihm einen treuen Freund zu haben, der ein politisches Leben lang diese Freundschaft gepflegt und die Amerikaner, wenn angegriffen, in Schutz genommen habe. Seine Bitte an die Administration sei, in ihrer Weise darauf hinzuwirken, daß gute Leute und guter Wille in der jetzigen Diskussion die Oberhand gewinnen. Wenn er diese Bemerkungen über die „Gemütslage“ hierzulande voranstelle, so nicht um die Erörterung über das Problem der chemischen Waffen¹² usw. abzuschneiden. AM Baker wisse, daß die Bundesregierung jetzt eine Gesetzgebung, die auch verfassungsrechtlich nicht einfach sei, vorbereite, um es völlig unmöglich zu machen, daß deutsche Einzelpersonen oder Firmen sich in irgendwelcher Art und Weise an der Produktion von ABC-Waffen beteiligten. Wir seien keine Kernwaffenmacht, wünschten es nicht zu werden und wollten verhindern, daß Deutsche anderswo daran arbeiten. Im übrigen sei die Bundesrepublik Deutschland in der Rüstungsexportpolitik eher zurückhaltend (Beispiele: Leopard II nach Saudi-Arabien).

AM Baker dankt für die herzliche Begrüßung und erinnert an produktive Gipfelgespräche um diesen Tisch herum. Er überbringe dem Bundeskanzler herzliche Grüße von einem alten Freund, der jetzt Präsident der USA sei. Die Wahlvoraus-

¹⁰ Anlässlich der Unterzeichnung des INF-Vertrags am 8. Dezember 1987 in Washington hielt sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 7. bis 10. Dezember 1987 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹¹ Rupert Scholz.

¹² Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 11.

sage, die der Bundeskanzler ihm – Baker – in Toronto¹³ anvertraut habe, habe sich bewahrheitet.

Bereits im Wahlkampf habe Präsident Bush den Stellenwert der Allianz unterstrichen und zugesagt, als erstes seinen Außenminister in die NATO-Hauptstädte zu entsenden, und zwar vor jeder Diskussion mit den Sowjets.

Die USA wüßten die enge, freundschaftliche, partnerschaftliche Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland sehr zu schätzen. Niemand in der Administration bezweifle die starke und standfeste Unterstützung des Bundeskanzlers für diese Freundschaft und für das Bündnis. 1983 habe der Bundeskanzler seinen Mann gestanden.¹⁴ Auch die Versicherung, daß die Freundschaft mit einem anderen Land kein Ersatz, sondern eine Ergänzung für die Freundschaft mit den USA sei, wisse er wohl zu würdigen. Er teile auch die Auffassung des Bundeskanzlers, daß diese Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen sich im Test der Zeit und unter Belastungen bewährt haben und dies auch in Zukunft tun werden.

Die Stimmung in den USA – dies habe er BM Dr. Schäuble und Graf Lambsdorff versichert – werde sich ändern. Hoher Stellenwert komme der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts der Bundesregierung zum 15. Februar 1989¹⁵ zu. Dabei gehe es um politische Aussagen, nicht um Kategorien eines gerichtlichen Verfahrens. Die USA verfolgten mit größter Aufmerksamkeit die Verstärkung unserer Exportkontrollen und Strafbestimmungen, wie BM Dr. Schäuble ihm dies erläutert habe.

Die Administration habe gegen die im Kongreß erörterte Sanktionsgesetzgebung à la Toshiba¹⁶ Widerstand angemeldet. Sie zu verhindern, werde nicht leicht sein, Voraussetzung sei aber auf jeden Fall, daß die Bundesregierung die angekündigten Maßnahmen auch durchsetze.

Er verstehe auch durchaus die Unterschiede in der politischen Grundstimmung und der Geographie zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Wahr sei aber auch, daß man nur deshalb im Weißen Haus das Lied „Moskauer Nächte“ habe singen können, weil die USA entschlossen und fest gewesen seien. Er wolle nicht verschweigen, daß es in den USA einige Leute

¹³ In Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

¹⁴ Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

¹⁵ Für den „Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen“ vom 15. Februar 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/3995.

¹⁶ In der Presse wurde berichtet: „Die Führung von ‚Toshiba Corporation‘ hat aus der Affäre um illegale Exporte von Hochtechnologie-Erzeugnissen der Tochtergesellschaft Toshiba Machine in die Sowjetunion Konsequenzen gezogen.“ Sie habe ihren Rücktritt angekündigt und reagiere damit „auch auf den Beschluß des amerikanischen Senats vom Dienstag, Toshiba und Kongsberg Våpenfabrikk in Norwegen für ihre illegalen Exporte in die Sowjetunion mit einem Einfuhrverbot in die Vereinigten Staaten zu bestrafen. [...] Toshiba Machine hatte 1983/84 numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen geliefert, die auch zur Bearbeitung von U-Boot-Schrauben genutzt werden können. Das Unternehmen habe damit gegen die Cocom-Liste, die den Export bestimmter Erzeugnisse in Länder des Ostblocks verbietet, verstoßen. Die gelieferten Maschinen ermöglichen die Herstellung von sehr leisen U-Boot-Schrauben.“ Vgl. den Artikel „Der Kongreß beschließt Einfuhrsperre gegen Toshiba und Kongsberg“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juli 1987, S. 2.

gebe, die Gorbatschow scheitern sehen wollten – aber niemand in der Administration teile diese Auffassung. Die Widerstände, auf die Gorbatschow treffe, seien stärker als vorausgesehen. Fortschritte in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen habe es aber immer dort gegeben, wo man die SU vor harte Entscheidungen gestellt habe: INF, Afghanistan, Angola/Namibia.

Diese Entschlossenheit und Festigkeit gelte es auch in Zukunft zu wahren. Dazu gehöre, daß man nunmehr mit dem Gesamtkonzept ernst mache, und zwar auf dem NATO-Gipfel, der, dies wolle er vorschlagen, in den letzten zwei Mai-Wochen in Brüssel stattfinden solle.¹⁷

Der *Bundeskanzler* wirft ein, im Zusammenhang mit dem Libyen-Komplex werde die Bundesregierung alles, was sie zugesagt habe, auch durchsetzen, und zwar, weil es nach unserer Überzeugung richtig sei, nicht weil seitens des Kongresses auf uns Druck ausgeübt werde. Das gleiche gelte für die Haltung der Bundesrepublik Deutschland in den transatlantischen Handelsfragen, wo er – entgegen der Meinung einiger Kolleginnen und Kollegen – dringend abrate, irgendwelche Handelskriege mit den USA zu eröffnen – er plädiere für Lösungen der Vernunft und für Offenheit, weil dies seiner Überzeugung entspreche.

Der Bundeskanzler bittet sodann AM Baker um nähere Einzelheiten zu der Behauptung (von CIA-Chef Webster), es seien Firmen aus sechs europäischen Ländern in Rabta beteiligt – welche Länder seien gemeint? AM Baker sagt im späteren Gesprächsverlauf Erkundigungen und Unterrichtung zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er habe Zweifel, ob die Nachrichtendienste beider Seiten sowie die Pressevertreter, die zu ihnen Zugang hätten, immer im besten Interesse ihrer Regierung handelten – die Nachkriegsgeschichte der USA kenne dafür Beispiele. Wann immer in Zukunft derartige kritische Situationen zwischen den beiden Diensten aufräten, so schlage er vor, sie sofort auf politischer Ebene aufzunehmen und zu regeln.

AM Baker stimmt zu.

Zur Lage in der Sowjetunion fährt der *Bundeskanzler* fort, keiner an diesem Tisch wisse, wie es wirklich weitergehe. Mit großer Freude habe er von AM Baker – wie zuvor auch von Präsident Bush – gehört, daß es nicht unser Interesse sein könne, mit Schadenfreude zuzusehen, wie Gorbatschow scheitere. Zwar sei er – der Bundeskanzler – heute skeptischer als vor einem Jahr, ob Gorbatschow seine Pläne verwirklichen könne. Aber wenn er scheitere, werde das alte Sprichwort sich bewahrheiten: Etwas Besseres kommt selten nach. Tatsächlich würden wir zurückgeworfen!

Wenn er aber nicht scheitere, würden wir einen wahren Triumph erleben, denn damit werde der Kommunismus nach 70 Jahren ad absurdum geführt.

Im Westen sei der Glaube an die eigene Kraft recht schwach entwickelt – dabei habe man 1988 den 40. Jahrestag der Deutschen Mark und der von Ludwig Erhard durchgesetzten Sozialen Marktwirtschaft gefeiert – wohl wissend, daß Gorbatschow, wenn er weiterkommen wolle, in die damals konzipierte Richtung gehen und damit sein System in Frage stellen müsse. (Exkurs: Treffen mit Wirt-

¹⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

schaftswissenschaftlern in Moskau, die Ludwig Erhard als Glücksfall für die Bundesrepublik Deutschland bezeichnet haben.¹⁸⁾

Wir brauchten – so der Bundeskanzler weiter – keineswegs ängstlich sein, vorausgesetzt, wir gäben uns keinen Illusionen hin. Gorbatschow dürfe den Friedensnobelpreis allenfalls dann bekommen, wenn er seine Ankündigungen umgesetzt habe.

Die Entwicklung in anderen Staaten des Warschauer Paktes stärke ihn in seiner Überzeugung. Präsident Bush habe früher Ungarn¹⁹ und Polen²⁰ besucht. Mit letzterem hätten wir wichtige Gespräche aufgenommen, um den langen Zustand des „Nicht-Verhältnisses“ zu beenden. Er führe damit die von Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung 1949²¹ konzipierte Politik fort: Frieden und Aussöhnung mit allen Kriegsgegnern, insonderheit mit Frankreich und Israel – inzwischen erreicht – sowie mit Polen! Wir täten dies nicht mit Illusionen, aber mit politischem Willen, das Machbare zu tun.

Für uns sei wichtig, daß die USA im Bewußtsein der Stärke der eigenen Werte und Ideale ihre Politik fortsetzten, mit der anderen Seite zu reden und dort, wo möglich, zu Einvernehmen zu kommen.

AM *Baker* erwidert, in seiner Sicht habe GS Gorbatschow bereits eingestanden, daß das kommunistische System total gescheitert sei.

Der *Bundeskanzler* fragt, welche konkreten Terminvorstellungen die Administration für den NATO-Gipfel habe.

AM *Baker* nennt die beiden letzten Mai-Wochen – nach US-Verständnis sollte dieser Termin für uns annehmbar sein, da er ja vor dem Gorbatschow-Besuch bei uns²² liege.

Der *Bundeskanzler* erwidert, im fraglichen Zeitraum hätten wir nur ein Terminproblem: 22.–24. Mai – Neuwahl des Bundespräsidenten²³, 40. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland. Er bitte, dies auch von seiten der USA zu berücksichtigen.

Was den Gipfel selbst angehe, so müsse er unbedingt, auch aus optischen Gründen, zum Erfolg werden: Denn man müsse aus der Situation herauskommen, daß

¹⁸ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Beim Gespräch mit führenden sowjetischen Wissenschaftlern am 26. Oktober 1988 in Moskau erinnerte Bundeskanzler Kohl an die Währungsreform von 1948 bzw. die Einführung der Deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel vor vierzig Jahren. Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Aganbegjan, antwortete, „die Bundesrepublik Deutschland habe damals das Glück gehabt, einen sehr klugen Wirtschaftsminister zu besitzen: Man studiere jetzt seine Erfahrungen, er sei ein Klassiker der Wirtschaftstheorie. Die Währungsreform sei ‚Klassik auf dem Gebiet der Nationalökonomie‘.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 421, Bd. 140377.

¹⁹ Vom 19. bis 22. September 1983, unterbrochen durch einen Aufenthalt in Wien am 21. September 1983, besuchte der amerikanische Vizepräsident Bush Ungarn.

²⁰ Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 274.

²¹ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

²² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

²³ Am 23. Mai 1989 wählte die Bundesversammlung den bisherigen Amtsinhaber Freiherr von Weizsäcker erneut zum Bundespräsidenten.

in der öffentlichen Perzeption die NATO auf Gorbatschow reagiere – während ja in Wahrheit Gorbatschow immer wieder auf Initiativen des Westens reagiere. Der Amtsantritt der neuen Administration sei Grund genug, die Staats- und Regierungschefs zusammenzubringen.

AM *Baker* pflichtet ausdrücklich bei: Es gelte, einen „affirmativen“ Gipfel zu veranstalten – dies habe er auch mit PM Frau Thatcher und MP Mulroney festgehalten. Es gelte, wachsam zu sein, die Initiative wieder zu ergreifen.

Der *Bundeskanzler* betont, uns liege besonders daran, daß auch Staatspräsident Mitterrand am Gipfel teilnehme – dies werde ihm nach dem letztjährigen Präzedenzfall in Brüssel²⁴ leichter sein als etwa in London.

AM *Baker* bestätigt, Frau Thatcher habe ihm versichert, sie werde gern an einem Gipfel in Brüssel teilnehmen. Dafür – so AM *Baker* – werde man den NATO-Ministerrat ausfallen lassen.

Der *Bundeskanzler* faßt zusammen: Man sei mit dem Zeitrahmen einverstanden. Man wolle einen offensiven, initiativen NATO-Gipfel; wir wollten gern bei der Vorbereitung hilfreich sein, das gelte für ihn persönlich wie auch für die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung.

Natürlich werde man für den Gipfel das Gesamtkonzept des Bündnisses erarbeiten und verabschieden müssen. Hier sei Übereinstimmung zwischen USA und uns besonders wichtig.

Er biete deshalb an – nicht wegen einer Privilegierung, sondern um der Sache willen –, diesen Gipfel und dort zu verabschiedende Papiere bilateral vorzubereiten. Keineswegs wolle er in NATO-Gremien mit Positionen auftreten, die im Gegensatz zu denen der amerikanischen Freunde liegen.

Zum Inhaltlichen: Bei aller Veränderung in der Welt habe sich aus seiner Sicht am Harmel-Bericht²⁵ nichts geändert: Seine beiden Ziele seien komplementär!

- Gesicherte Verteidigungsfähigkeit schließe ein: Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa; ausgewogenes Verhältnis konventioneller und nuklearer Waffen; Erhaltung beider in wirksamem und einsatzfähigem Zustand.

Dies schließe ferner ein – und auch darüber könne man bilateral reden –, was die Europäer mehr tun könnten. Er wolle den amerikanischen Freunden die Debatte um Lastenteilung nicht erschweren, sondern erleichtern. Daß wir mehr tun müßten, sage er in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich. Er kenne das gegenwärtige Haushaltsproblem der USA, er wisse, daß die Europäer mehr tun müßten, und wolle hilfreich sein. Vielleicht könne die Bundesrepublik Deutschland einen ersten Schritt tun.

- Zweites Element des Harmel-Berichts seien Dialog und Zusammenarbeit. Dazu gehören Abrüstung und Rüstungskontrolle und entsprechende Mandate.

²⁴ In Brüssel fand am 2./3. März 1988 die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

²⁵ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Beide Elemente des Harmel-Berichts müßten sich im Gesamtkonzept wiederfinden.

Für uns sei auch ganz klar, daß bei Erörterung von Strategiefragen Vorneverteidigung und flexible Antwort²⁶ aufrechterhalten werden müßten. Auch seien wir gegen eine dritte Null-Lösung. Er wiederhole, was er bei der Diskussion über die zweite Null-Lösung gesagt habe: Im Bündnis darf es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.

Auch sähen wir den Zusammenhang zwischen konventioneller Abrüstung und Nuklearwaffen mit Reichweiten bis zu 500km. Gerade diese beträfen uns Deutsche in besonderer Weise. Man müsse die Frage der Lance-Nachfolge, der Flugzeuge und der Artillerie erörtern. Unser Ziel sei eindeutig: Verminderung auf niedrigere Obergrenzen. Dabei behielten wir das Verhältnis zur konventionellen Abrüstung im Blick. Gerade deshalb glaubten wir, daß ein Verhandlungsmandat (sc. für SNF) notwendig sei.

Was die Modernisierung angehe, so habe er die Diskussion nie verstanden: Sie sei von außen hereingetragen worden und in dieser Form völlig unnötig. Er sei unterrichtet worden, daß die Lance bis 1995 einsatzfähig sein werde. Nach der Erfahrung bei der Pershing II gehe er davon aus, daß irgendwann zwischen 1991 und 1992 über die Stationierung gesprochen werden müsse. Bereits beim NATO-Gipfel im März 1988 hätten wir über dieses Thema Texte verabschiedet, in denen das berühmte Wort „up to date“ stehe.

In der Sache sage er mit aller Deutlichkeit, daß er ohne weiteres Möglichkeiten zu einer Einigung mit den USA sehe, wenn man das Ganze im Blick habe und sich nicht auf einen Punkt fixieren lasse.

Allerdings wolle er betonen, daß er keine innenpolitische Debatte brauche: Wenn er die Wehrpflicht verlängere, für Tiefflugnotwendigkeiten eintrete, unsere Bereitschaft zur Erörterung des Burden sharing erkläre – dann müsse sich unser Land mit seinen Anliegen auch im Paket der NATO wiederfinden. Dann werde es trotz aller Schwierigkeiten Möglichkeiten der Verständigung geben.

Genau dies habe er auch in seinem Interview in „Financial Times“²⁷ gesagt – nur die Überschrift der Zeitung stimme nicht!

Er halte es auch für falsch, dauernd über die (SNF-)Frage eine öffentliche Diskussion zu führen. Die Leute, die bei uns diese Debatte betrieben, wollten etwas ganz anderes: weder Modernisierung noch Stabilität der NATO; dafür aber die dritte Null-Lösung, Abschaffung der Tiefflüge, Verminderung oder Abschaffung der Wehrpflicht. Kurzum: das genaue Gegenteil seiner Politik!

AM Baker pflichtet bei: Auch ihm würden auf jeder Station seiner Reise derartige Fragen gestellt, und er sei ihnen immer wieder ausgewichen. Richtig sei auch der Hinweis des Bundeskanzlers auf das Gesamtkonzept und die Wichtigkeit, vor dem NATO-Gipfel eine Verständigung zu erreichen. Auch sei er mit bilateraler Zusammenarbeit einverstanden, allerdings mit dem Vorbehalt, daß man dies anderen, deren Unterstützung man auch brauche, werde sagen müssen.

²⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

²⁷ Für das Interview des Bundeskanzlers Kohl vgl. den Artikel „A Chancellor for all seasons“, FINANCIAL TIMES vom 10. Februar 1989, S. 14.

Für die Bereitschaft des Bundeskanzlers, die Frage der Lastenteilung zu diskutieren, danke er ausdrücklich – dieses Thema werde in der Tat in USA schwierig werden.

Der *Bundeskanzler* stellt klar, es sei keineswegs seine Absicht, die bilaterale Abstimmung vor anderen zu verheimlichen, sein Ziel sei zu vermeiden, daß USA und wir mit nicht harmonisierten Positionen in NATO-Gremien aufträten.

AM *Baker* pflichtet bei.

Sodann fragt AM *Baker*, ob der Bundeskanzler mit der von ihm vorgeschlagenen Presselinie (vorher übermittelt) einverstanden sei.

Der *Bundeskanzler* betont, zunächst solle man etwas über die sehr freundschaftliche Atmosphäre der Begegnung sagen und herausstellen, daß dies auch für die Zukunft gelten sollte.

Sodann müsse man zum Thema Libyen bekräftigen, was die Vertreter der Bundesregierung bereits in Washington gesagt hätten.

BM *Genscher* schlägt vor, hinsichtlich des Gesamtkonzepts die Entschlossenheit hervorzuheben, im Geist des Gipfels von Brüssel die Arbeiten fortzusetzen und den kommenden NATO-Gipfel zum Erfolg zu machen. Hingegen solle man nicht aus dem Brüsseler Gipfel-Kommuniqué einzelne Elemente herausnehmen – dann stellten sich nur Fragen hinsichtlich der anderen.

AM *Baker* wendet ein, dies werde nicht alle Fragen, die die Presse aufgrund des Bundeskanzler-Interviews in „Financial Times“ stelle, lösen helfen.

Der *Bundeskanzler* betont, in diesem Interview habe er sich auf der Linie des Brüsseler Gipfel-Kommunikés geäußert – die Überschrift habe er nicht zu vertreten. Auch er bevorzuge den Gesamtbezug auf das Brüsseler Gipfel-Kommuniqué, denn im amerikanischen Text fehle z. B. jeder Hinweis auf konventionelle Abrüstung und Artillerie.

AM *Baker* stellt klar, er wolle die öffentliche Debatte beruhigen, die nicht an KRK und Artillerie festmache, sondern an SNF.

Der *Bundeskanzler* und AM *Baker* legen nach weiterer Diskussion, an der Bundesminister *Genscher* und Botschafter *Burt* sich beteiligen, folgende Linie fest:

- freundschaftliche Gespräche;
- Libyen-Komplex – Entschlossenheit der Bundesregierung usw.;
- produktive Diskussion über Ost-West- und Sicherheitsfragen einschließlich SNF; Bekräftigung des Brüsseler NATO-Kommunikés vom 3. März 1988 einschließlich der Bedeutung der Aufrechterhaltung der Vorneverteidigung und der Strategie der flexiblen Antwort;
- Einigkeit über die Notwendigkeit, Gesamtkonzept für Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle bei nächstem NATO-Gipfel zu verabschieden; Fortsetzung der Erörterung dieser Frage, auch bilateral;
- Bundeskanzler-Äußerungen in „Financial Times“ liegen auf Linie des NATO-Kommunikés vom 3. März 1988, dies wurde während des Gesprächs bestätigt.²⁸

²⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 13. Februar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 154.

Der *Bundeskanzler* betont abschließend die Bedeutung, nunmehr bilateral sehr schnell zu arbeiten, um die Diskussionen im Bündnis vorzubereiten. Dies müsse direkt und nicht über Dritte geschehen.

Im übrigen bitte er AM Baker, noch einmal nachzulesen, was er – der Bundeskanzler – in Brüssel im NATO-Rat sowie in der anschließenden Presse-Erklärung gesagt habe²⁹: All diese Positionen seien unverändert!

Der Bundeskanzler bittet abschließend AM Baker, Präsident Bush herzliche Grüße auszurichten und ihm insbesondere auch seine Bereitschaft zu übermitteln, in diskreter Weise – er betone dies! – über die Frage der Lastenteilung zu reden. Er wolle hier hilfreich sein!

AM *Baker* bekräftigt, daß dies angesichts der Kongreß-Debatten sehr hilfreich wäre. Dort vertrete die Administration seit langem den Standpunkt, daß es nicht um Prozentzahlen des jeweiligen Haushalts oder des Bruttosozialprodukts gehe, sondern um „creative responsibility sharing“.

Der *Bundeskanzler* pflichtet bei: Botschafter Burt wisse von seinen Überlegungen, den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten zu helfen. Hier könne man sich viele Möglichkeiten vorstellen – wichtig sei, daß, sobald ein neuer amerikanischer Verteidigungsminister im Amt sei, die zuständigen Ressortchefs darüber redeten.

Ende des Gesprächs: 19.00 Uhr.

Referat 201, Bd. 151172

42

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 POL

16. Februar 1989¹

Über Herrn Dg21², Herrn D2³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Entwicklung in Polen nach einer Woche Gespräche am „Runden Tisch“

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Kurzfassung

Nach Eröffnung der Gespräche am „Runden Tisch“ am 6.2.1989 haben seit Ende vergangener Woche drei Arbeitsgruppen und diverse Untergruppen ihre Arbeit aufgenommen. Die Tatsache, daß Führung und Opposition – die Gegner von

²⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl in der NATO-Gipfelkonferenz am 2. März 1988 sowie seiner Erklärung vor der Presse am 3. März 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 289–292.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationsrat I. Klasse Almer konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 17. Februar 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 17. Februar 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. Februar 1989 vorgelegen.

einst – heute nebeneinander am selben Tisch sitzen, zeigt, daß wichtige Schritte hin zur „nationalen Versöhnung“ eingeleitet sind. Dessenungeachtet werden Ergebnisse in allen Bereichen noch erhebliche Kompromißbereitschaft aller Beteiligten erfordern. Dabei kommt der zukünftigen Rolle der offiziellen Gewerkschaften, die zu den Gegnern des neuen Versöhnungskurses zählen, eine besondere Bedeutung zu.

Die Sitzung der am „Runden Tisch“ Beteiligten läßt sich derzeit mit „verhaltenem Optimismus“ umschreiben. Erst der weitere Fortgang der Verhandlungen wird zeigen, ob tatsächlich der Durchbruch zum nationalen Konsens erreicht werden kann.

II. 1) Nach fünf erfolglosen Vorgesprächen seit August 1988 zwischen Innenminister Kiszczak und Arbeiterführer Wałęsa wurden am 6.2.1989 die Gespräche am „Runden Tisch“ aufgenommen. Sie sollen etwa sechs Wochen dauern. Drei Arbeitsgruppen (1. Wirtschaft und Gesellschaftspolitik, 2. Gewerkschaftspluralismus, 3. Politische Reformen) sind eingerichtet. Sie werden durch Untergruppen ergänzt (u.a. Landwirtschaft, Bergbau, Rechtsreform, Vereinigungswesen, Selbstverwaltung, Medien, Jugendfragen).

Dies wurde möglich durch den im Januar 1989 vom ZK der PVAP⁵ verabschiedeten „Standpunkt zum politischen und gewerkschaftlichen Pluralismus“, der erst nach dem Rücktrittsangebot des Kerns der Partei- und Staatsführung (u.a. GS Jaruzelski, MP Rakowski, Innenminister Kiszczak, Verteidigungsminister Siwicki) durchgesetzt werden konnte. Der Beschluß empfiehlt die Aufhebung der Beschränkungen des 1982 verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzes⁶ und eröffnet so der Zulassung der „Solidarität“ den Weg. Damit war die Hauptforderung der Opposition für einen Neubeginn, für die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs mit der Führung, erfüllt.

2) Die Plenarsitzung am 6. Februar 1989 zur Eröffnung der Gespräche am „Runden Tisch“ zwischen Führung und Opposition wird als historischer Moment gewertet. Der Symbolgehalt dieses Zusammentreffens von 57 Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Kräfte ist beachtlich: „Unterdrücker“ und „Verfolgte“ aus der Zeit des Kriegsrechts⁷ sitzen nebeneinander am selben Tisch. Der Führer der Regierungsseite, General Kiszczak, ist schon seit 1981 Innenminister, Teilnehmer aus der Opposition mußten eben unter diesem Innenminister Freiheitsstrafen verbüßen (Michnik, Kuroń). Es ist auffällig, daß bekannte Protagonisten des politischen und gesellschaftlichen Konflikts der letzten Jahre sich an diesem Tisch zusammengefunden haben – und nicht so sehr neue Gesichter, die nicht mit der Erinnerung an diese Ereignisse belastet sind.

Der Wandel von Positionen auf seiten der Führung ebenso wie bei den gemäßigten Kräften der Solidarität um Wałęsa hat den Runden Tisch nunmehr möglich gemacht.

⁵ Zum zehnten Plenum des ZK der PVAP vom 16. bis 18. Januar 1989 vgl. Dok. 17, besonders Anm. 3.

⁶ Am 8. Oktober 1982 billigte das polnische Parlament ein Gesetz, das in Artikel 52 die Registrierung von Gewerkschaften vor Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für ungültig erklärte und damit die Zulassung der Gewerkschaft Solidarność widerrief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 187–192 (Auszug).

⁷ Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärtrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

Beide Seiten sitzen nur deswegen heute am „Runden Tisch“, weil ihre Führer bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen mußten und müssen, um ihre eigenen Anhänger von der neuen Linie zu überzeugen (Vertrauensfrage der Parteiführung auf dem ZK-Plenum; Beendigung immer wieder aufflammender Streiks durch die Führer der „Solidarität“). Erst dieser Einsatz bis zum äußersten beweist, daß wichtige Schritte hin zur „nationalen Versöhnung“ bereits eingeleitet sind.

3) Der Erfolg, den das Zustandekommen des „Runden Tisches“ darstellt, bedeutet allerdings nicht, daß die Einigung auf beiderseits akzeptable Ergebnisse jetzt als gesichert anzusehen ist. In den vom „Runden Tisch“ eingesetzten drei Arbeitsgruppen müssen Lösungen gefunden werden, die von den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen erhebliche Kompromißbereitschaft verlangen:

- Politische Reformen (erste Tagung der AG am 10.2.1989): Der im Raume schwebende Begriff der die Opposition in die Verantwortung einbindenden „konfrontationsfreien Wahlen“ (Innenminister Kiszczak) verlangt eine Wahlordnung, die der PVAP eine herausgehobene Stellung beläßt und der Bevölkerung dennoch das Gefühl vermittelt, erstmals politischen Einfluß im parlamentarischen System ausüben zu können. Welche Einschränkungen „nicht konfrontative Wahlen“ für die „Solidarität“ und andere oppositionelle Kräfte nach den Vorstellungen der Führung beinhalten, wird erst im Verlauf der weiteren Verhandlungen in dieser Arbeitsgruppe deutlich werden.
- Wirtschaft und Gesellschaftspolitik: Bei grundsätzlicher Übereinstimmung über das anzustrebende Wirtschaftsmodell (erster Tag der AG am 8.2.1989), bei dem die Regierung Rakowski bereits erste konkrete Erfolge verbuchen kann (zum 1.1.1989 in Kraft getretene Wirtschaftsreformgesetze), fehlt bisher ein Programm zur sozial verträglichen Flankierung, das die Bekämpfung der Inflation und die Rückführung der Auslandsverschuldung nicht allein auf dem Rücken der bereits⁸ jetzt stark betroffenen Bevölkerung austrägt.
- Gewerkschaftspluralismus: Auch hier herrscht nach der ersten Sitzung der AG (9.2.89) grundsätzliche Übereinstimmung über die Zulassung der „Solidarität“. Im einzelnen gehen die Vorstellungen beider Seiten noch sehr auseinander. Die Führung will die Zulassung einer „neuen“ Solidarität (nicht der von 1980) bei befriedigenden Ergebnissen in den anderen Bereichen als Teil eines Gesamtpakets konzedieren. Die Solidarität stellt die Zulassungsfrage an den Anfang der Gespräche.

In jedem Falle wird es darauf ankommen, die Resultate der Arbeitsgruppen in einen allseits akzeptierten „Reformkalender“ umzusetzen. Bei den eingesetzten Untergruppen, von denen bereits eine Reihe an der Arbeit sind (Justizreform, Landwirtschaft, Medien), mißt die Opposition folgenden Themen besondere Bedeutung zu: Versammlungsfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz, Zugang zu den Massenmedien, Demokratisierung der regionalen Selbstverwaltung. Auch hier sind noch schwierige Verhandlungen zu erwarten; keine Seite wird es unterlassen, mit Drohgebärden der Gegenseite und den eigenen Gefolgsleuten den eigenen entschiedenen Durchsetzungswillen zu zeigen.

⁸ Korrigiert aus: „Rücken bereits“.

4) Eine schwer einzuordnende Rolle spielen in dem Gesamtprozeß die offiziellen Gewerkschaften (OPZZ⁹) unter ihrem Führer (und PB-Mitglied) Miodowicz. Gegründet, um „Solidarität“ zu ersetzen, rüttelt der Schwenk von Partei und Regierung hin zum Gewerkschaftspluralismus an den Grundfesten ihrer Existenzberechtigung. Sie zählen zu den schärfsten Gegnern des neuen Versöhnungskurses. Die OPZZ müssen befürchten, daß sie einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder an die Solidarität nach deren Zulassung verlieren werden. Die Schätzungen aus Kreisen der OPZZ belaufen sich auf etwa 1 Mio. (von 7 Mio.).

Bereits unter der früheren Regierung hatten sich die OPZZ als Interessenvertreter des „kleinen Mannes“ zu profilieren gesucht und wollen sich nun als Warner vor einer zu Lasten der Arbeiterschaft gehenden „Einigung der regierenden Elite und der Elite der Opposition“ profilieren. Als Teilnehmer am „Runden Tisch“ äußern sie sich nicht nur zum sie direkt betreffenden Gewerkschaftspluralismus („ein Betrieb – eine Gewerkschaft“), sondern auch zu den politischen Reformen (keine Wahlen mit „gezinkten Karten“) und zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik („anständige Löhne und Renten für anständige Leute“).

5) Neben den Geschehnissen am „Runden Tisch“ wird zu beobachten sein, was außerhalb des „Tisches“ im Lande passieren wird. Am Sprengen des Versöhnungsprozesses interessierte Gruppen haben genügend Möglichkeiten, die Stimmung zu polarisieren (wilde Streiks, Priesterorde, gewalttätige Demonstrationen) und die Verhandlungsteilnehmer bloßzustellen.

III. Die Organisatoren des „Runden Tisches“ haben eine Dauer von sechs Wochen zur Lösung der wichtigsten Fragen veranschlagt. Die Stimmung bei den Beteiligten läßt sich nach der Eröffnung mit „verhaltenem Optimismus“ umschreiben. Mehr kann am Anfang dieses Prozesses niemand erhoffen. Angesichts der zu bewältigenden Schwierigkeiten und der zum Teil erheblich divergierenden Interessen sind jetzt von allen Beteiligten Geduld, Realismus und Kompromißbereitschaft gefordert. Erst der weitere Fortgang der Verhandlungen wird zeigen, ob der Durchbruch zu einem nationalen Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte tatsächlich erreicht werden kann.

Derix

Referat 214, Bd. 139853

⁹ Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband).

43

Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem iranischen Botschafter Mostafavi

311-321.00 IRN

17. Februar 1989¹

Morddrohungen gegen Salman Rushdie²;

hier: Einbestellung des iranischen Botschafters durch StS Sudhoff am 17.2.1989

StS führte gegenüber dem Botschafter im Auftrag des BM folgendes aus:

Die Bundesregierung sei über die Morddrohung gegen Rushdie tief bestürzt und verurteile sie scharf. Sie sei eine Belastung der deutsch-iranischen Beziehungen. Der Botschafter habe sich sicher ein Bild über die deutsche und internationale Reaktion auf diese Drohung machen können und könne sich daher ein Urteil darüber bilden, was dies für die internationale Stellung Irans bedeute. Er bitte, die iranische Regierung umgehend zu unterrichten.

Der *Botschafter* sagte sofortige Unterrichtung zu. Er wies auf die Reaktionen in der islamischen Welt auf das inkriminierte Buch Rushdies hin und stellte fest, Khomeini habe mit seiner Äußerung nicht allein für Iran gesprochen. Man habe nichts gegen eine wissenschaftliche Diskussion von Religionsfragen. Hier gehe es aber um Blasphemie und Häresie. Keine Religion könne so etwas akzeptieren. Er, der Botschafter, hoffe für seine Person, daß aus dieser Angelegenheit keine Belastung für die Beziehungen erwachse.

StS machte deutlich, daß es hier nicht um eine wissenschaftliche Diskussion, sondern um eine Morddrohung gehe. Damit seien Dinge in Bewegung gebracht worden, die wir nicht gutheißen könnten. Eine derartige Verhaltensweise werde vom überwiegenden Teil der Menschheit abgelehnt.

Referat 311, Bd. 154140

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Eickhoff gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ an Staatssekretär Sudhoff geleitet. Hat Sudhoff vorgelegen.

² Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, berichtete am 16. Februar 1989: „1) Ayatollah Khomeini hat am 14.2.89 eine Botschaft an alle Moslems der Welt gerichtet, in der es heißt: ‚Ich teile hiermit allen eifrigen Moslems der Welt mit, daß der Verfasser des Buches ‚Satanische Verse‘, das sich gegen den Islam, den Propheten und den Koran richtet, ebenso wie seine Herausgeber, die den Inhalt des Werkes kannten, zum Tode verurteilt sind. Ich rufe alle eifrigen Moslems auf, diese Personen dort, wo sie sie finden, sofort hinzurichten, damit niemand künftig die heiligen Güter der Moslems schände. Und jeder, der bei dieser Aktion ums Leben kommt, wird, so Gott will, ein Märtyrer. Im übrigen soll jeder, der Zugang zum Verfasser hat, aber selbst die Hinrichtung nicht durchführen kann, ihn denjenigen zuführen, die ihn für seine Tat bestrafen können.‘ 2) Am selben Tag hat die iranische Regierung ‚auf Anordnung des großen Führers der islamischen Revolution‘ den 15.2.89 zu einem öffentlichen Trauertag erklärt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 311, Bd. 154140.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Frankfurt am Main

20. Februar 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Frau Thatcher bei den deutsch-britischen Konsultationen in Frankfurt am Main am Montag, den 20. Februar 1989, von 18.00–19.00 Uhr²

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite Charles Powell und Dolmetscher Lederer teil, auf deutscher Seite MD Teltschik, Frau Siebourg, Dolmetscherin, und MDg Dr. Neuer als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* begrüßt PM Thatcher und stellt fest, es seien eine Reihe wichtiger Fragen zu besprechen. Er lädt Frau Thatcher ein, Ende April mit ihm in der Pfalz zusammenzutreffen.³ Es sei wichtig, auch nach außen Gesten zu machen, die das gute Einvernehmen bestätigten. Er werde anrufen.

PM *Thatcher* bedankt sich herzlich für die Einladung. Sie stellt fest, daß der NATO-Gipfel-Termin auf den 29./30. Mai 1989 hinauslaufe.⁴ Dieses Datum passe ihr. Auch mit dem Tagungsort Brüssel sei sie einverstanden.

Das Gespräch dreht sich zunächst um die Lage in der Sowjetunion. PM Thatcher bemerkt, daß sie in der Beurteilung bezüglich Gorbatschows Chancen, zu einem wirtschaftlichen Durchbruch zu kommen, immer vorsichtiger werde. Die „Glasnost“ sei zwar irreversibel. Aber die Wirtschaftslage sei schwierig. Die Durchsetzung von Wirtschaftsreformen dauere entweder länger als vorgesehen, oder Gorbatschow müsse seine Politik in dieser Richtung etwas abändern, wenn er schneller Erfolg haben wolle oder müsse. Sie hoffe, dies werde ihm gelingen.

Die Produktion in der UdSSR laufe schlechter, als sie vor den Reformen gelaufen sei. Auch in der Landwirtschaft gebe es Probleme. Man müsse sich die russische Geschichte vergegenwärtigen, in der es keine eigenständigen Bauern gegeben habe. Sie sei über die Lage besorgt. Beim NATO-Gipfel müsse absolut klargemacht werden, daß die NATO im 40. Jahr ihres Bestehens weiterhin stark bleiben müsse, daß sie modernisieren werde, wo dies notwendig sei, und daß entsprechendes vor den Wahlen zum Europäischen Parlament⁵ geschehen müsse.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Februar 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 23. Februar 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, verfügte und handschriftlich vermerkte: „Weitergabe AA?“

Hat Bitterlich am 7. März 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein – s[iehe] Entsch[cheidung] BK.“ Vgl. Dok. 47, Anm. 1.

² Die britische Premierministerin Thatcher und Außenminister Howe hielten sich am 20./21. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 45–47.

³ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 30. April 1989 in Deidesheim zusammen. Vgl. dazu Dok. 115 und Dok. 116.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

Der Bundeskanzler stimme sicher mit ihr darin überein, daß im Hinblick auf Gorbatschow Vorsicht geboten sei. Wir müßten stark sein. Baker habe ihr erklärt⁶, die Entscheidung über die Modernisierung der SNF dürfe nicht aufgeschoben werden. Sonst werde der Kongreß die notwendigen Mittel von 30 Millionen Dollar in diesem Jahr und 130 Millionen Dollar im nächsten Jahr nicht bewilligen. Wenn also kein Ja erfolge, gebe es kein Geld vom Kongreß. Sie hoffe, daß Gorbatschow Erfolg haben werde. Dies sei aber sehr ungewiß. Da es 15 Jahre dauere, bis ein Waffensystem neu entwickelt sei, müsse jetzt entschieden werden. Der Bundeskanzler sehe, daß sie dieses Problem sehr direkt anspreche. Es sei aber wichtig, da es um die Verteidigung der Freiheit gehe. Einigkeit und Stärke müßten demonstriert werden. Sie habe keine Schwierigkeit mit den Bürgern in dieser Hinsicht. Sie hoffe, sie könne wie in Rhodos⁷ mit dem Bundeskanzler übereinstimmen. Die SNF müßten modernisiert werden, da die NATO sonst unterminiert werde. Die Doktrin der „flexible response“⁸ erfordere dies.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet es als vernünftig, ein Außenministertreffen in London abzuhalten und das Gipfeltreffen in Brüssel zu dem vorgeschlagenen Datum. Er glaube, es sei klug, das vorgesehene Treffen mit PM Thatcher Ende April/Anfang Mai zu nutzen, um nochmals die auf dem NATO-Gipfel anstehenden Probleme zu besprechen. Was die Entwicklung in der UdSSR betreffe, sei er bei seiner Meinung geblieben. Taten und nicht Reden zählten. Leistung und Gegenleistung müßten ausgewogen sein. Er glaube, heute seien die Schwierigkeiten in der SU größer als vor zwölf Monaten. Gorbatschow habe den Punkt überschritten, an dem er noch umkehren könne. Vielleicht werde er gezwungen sein, das Tempo zu reduzieren. Es sei für ihn eine nahezu unlösbare Aufgabe. Er müsse das System total reformieren.

Die Frage sei nur, ob es überhaupt reformfähig sei. Gorbatschow befinde sich in einem Teufelskreis. Er müsse die Menschen dazu bringen, mehr zu arbeiten. Um dies zu erreichen, müsse er jedoch etwas bieten, entweder ideell oder materiell. Solange die Wirtschaft jedoch nichts für Leistung bieten könne, bestehe eben dieser Teufelskreis. Wenn Gorbatschow heute scheitern würde und ein Stalinist trete an seine Stelle, wäre dieser in zehn Jahren in der gleichen Lage. Wenn man einen Vergleich aus dem Fußball heranziehen wolle, so müsse man feststellen, daß die SU militärisch Weltmeisterschaftsklasse habe; wirtschaftlich gehöre sie jedoch nur in die dritte Division. Sie nehme heute nur Platz vier im RGW ein, was das Pro-Kopf-Einkommen angehe. Wenn in der ČSSR heute moderne Wirtschaftsbeziehungen herrschten, wäre dieses Land in fünf Jahren ganz oben. Wir müßten jetzt zweierlei tun: Die Philosophie des Harmel-Berichts⁹ müsse beim NATO-Gipfel gelten, nämlich Zusammenstehen in der NATO, stark sein, „up to date“ sein, keine Illusionen haben. Wenn wir stark seien, seien wir

⁶ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich im Zuge einer Europa-Reise am 11./12. Februar 1989 in Großbritannien auf.

⁷ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 2. Dezember 1988 am Rande der Tagung des Europäischen Rats zusammen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349.

⁸ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁹ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.